REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 443 · 26.10.2000

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 46 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Antisemitismus und Betroffenheitskultur
2. Der Krieg um Jerusalem ist nicht zu gewinnen
3. Jugoslawien: Ein Umsturz, der keiner war. Serbischer Nationalismus wird im Westen hoffähig - Boris Kanzleiter
4. Die deutsche Interventionsarmee. Ein rot-grünes Projekt für das neue Jahrtausend - 2. Teil - Vo
5. Rot-grüne Rüstungspolitik = Munitionsfabrik für Ankara - Thomas Klein
6. Kalt erwischt. Die deutsche Einheit, die radikale Linke und das Ende des Kommunistischen Bundes - gw.
7. Mythenbildender Demontierer - gw.
8. Loben und loben lassen. Alles ist gut - Bilanzen der deutschen Einheit - Js.
9. Harmonie satt PDS und Energie siegen in Cottbus - mb.
10. Abgründe einer Beamtenseele. Der Prozess gegen Cornelius Yufanyi ist eröffnet - Anke Schwarzer
11. Dialoge und Parolen. Wie "Gegenstrategien" Neonazis in Ostdeutschland erst recht aufwerten - Christian Grünert
12. Der Vertrag gegenseitiger Indifferenz. Warum aus Schröders "Aufstand der Anständigen" nichts werden kann - Enzo Traverso
13. Wie die Staats-Antifa Tote zählt ... und damit ihr Nicht-Handeln legitimiert - Helmut Schröder
14. Mit Recht gegen Rechts? Der Ruf nach Law-and-Order dominiert in der Staatsantifa - Timo Nagel
15. Die Eskalation des israelischpalästinensischen Konflikts war absehbar - Achim Rhode, Anat Frumin
16. Für Mindestlohn und soziale Grundrechte. Euromärsche mobilisieren zum EU-Gipfel in Nizza - Gerhard Klas
17. Kein Euro in Kopenhagen. Dänemark stimmt gegen Europa-Währung - Peter Birke
18. Rutelloni gegen Berlutelli. Francesco Rutelli ist der Mann, der Italiens Tony Blair sein möchte - Js.
19. Rumänien vor den Wahlen: Kandidatenchaos in den Karpaten - Hannes Hofbauer
20. No business like show-business. Prestigeverlust des IWF und der Weltbank auf ihrer Herbsttagung in Prag - Joachim Kolb
21. Prager Nachspiel. Eingeknastete Anti-IWF-AktivistInnen berichten über Misshandlungen - Verena Paetow
22. Russland: Rückwärts zum Zentralstaat. Putin und Beresovski - zwei Reformer der besonderen Art - Kai Ehlers
23. Fujimoris Finten. Nach angekündigtem Rückzug ist Perus Staatschef wieder obenauf - Al., Nürnberg
24. Der Plan Colombia trägt Früchte. Kolumbien: Das Militär forciert seine Angriffe - Raul Zelik
25. Zapatisten in der Sackgasse. Demokratisierung Mexikos schwächt EZLN - Albert Sterr
26. Sonderwege a la mexicana. Weltmarktöffnung und Demokratisierung in Mexiko - Albert Sterr
27. In Treue fest zu Milosevic. Die realsozialistische Glaubensgemeinschaft haut so schnell nichts um - Js.
28. Von einem der auszog die Welt zu verändern. OPEC-Prozess gegen Hans-Joachim Klein und Rudolf Schindler eröffnet - mb., Berlin
29. Griechenland: Antiterrorismus-Kampf soll auf "internationales Niveau" gehoben werden - H.P. Kartenberg, Libertad!
30. Larmoyante Klagen. Schernikau musste bereits in seinen Dreißigern sein Lebenswerk schreiben - Raul Zelik
31. Blinkender Turnschuh. Die Anthologie "Morgen Land": Astronauten auf Planetensuche - Stefanie Kron
32. Internationalismus im Doppelpack. Kritik an der Globalisierung bei Konferenzen in Berlin - Alexander Schudy, Anke Schwarzer
33. SM-Debatte: Über Macht, Identität und Politik - Christian Klesse
34. Stets zu Diensten. Call Center und die Schattenseiten der Dienstleistungsgesellschaft - Jörg Nowak
35. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der bezahlten und unbezahlten Arbeit
36. Auftakt in Gorleben und Philippsburg - DSe
37. Die tiefgründige Dialektik des Umweltministers Trittin - Rainer Trampert
38. Castoren aus Stade - DSe

39. Die Grenzen des Selbstverständlichen oder warum man Derrida gelesen haben wird - Stefanie Gräfe
40. Keine Angst vor Jacques Derrida. Annäherung an einen linken Radikalismus nach dem Ende der Utopie - Thomas Seibert
41. Das Eine und das Viele. Zum Hintergrund postmoderner Kritik - ef.
42. Word Up! Die CD "Zigaretten Rauchen": Heimorgelmarxismus und Irritations-Drum & Bass - Raul Zelik
43. AUFGEBLÄTTERT
44. KALENDER
45. Ein Preisausschreiben
46. Postmoderne Philosophie

1. Antisemitismus und Betroffenheitskultur

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Juden in der BRD; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak443/antisem.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:443:antisem

Ein Brandanschlag auf die jüdische Synagoge in Düsseldorf, Schändung der KZ-Gedenkstätte in Weimar-Buchenwald, Grabschändung auf jüdischen Friedhöfen in allen Teilen der Republik: In den letzten Wochen hinterließ der antisemitische Mob wieder markante Spuren. Eine Verdichtung von Anschlägen, wie sie in den letzten Jahren und Jahrzehnten anlässlich markanter Daten vorkommen. Diesmal wurde der Zeitraum um den Tag der deutschen Einheit genutzt, um den Jüdinnen und Juden zu zeigen, dass sie hier zu Lande wieder oder immer noch unerwünscht sind.

Die Betroffenheitskultur der politischen Klasse ist fast nicht mehr zu bremsen. Bei der zentralen Einheitsfeier in Dresden allerdings wird kein einziges Wort zum Brandanschlag auf die Düsseldorfer Synagoge verloren, um die Stimmung am "Tag der Freude" nicht zu stören. Tage später dann stehen die Schröder-Fischer-Westerwelle- Polenz mit herunter gelassenen Mundwinkeln in der kurz zuvor mit Steinen beworfenen Kreuzberger Synagoge und heucheln Betroffenheit. Schröder fordert den "Aufstand der Anständigen". Für die "anständige", rassistische Politik aber ist sein Kabinett selbst verantwortlich - und damit für den realen "Aufstand" rassistischer und faschistischer Gewalt der letzten zehn Jahre, dem mehr als 100 Menschen zum Opfer fielen.

Jenseits der Betroffenheitskultur fabuliert der Fraktionsvorsitzende der CDU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, von der "deutschen Leitkultur", der sich EinwanderInnen gefälligst anzupassen hätten. Das hat nicht nur an den Stammtischen und bei den Nazi-Schlägerbanden einen Begeisterungssturm ausgelöst.

Schon droht die CDU mit der Mobilisierung der fremdenfeindlichen Deutschen, sollten Schily & Co. nicht eine noch rigidere "Ausländerpolitik" betreiben. Bezeichnenderweise sind es gerade Menschen aus der jüdischen Community, die für Menschen anderer Herkunft ähnliche Solidaritätsbekundungen und gleichen Schutz erwarten wie für sich selbst.

Kurz vor seinem Tode 1999 bekannte Ignatz Bubis resigniert sein Scheitern: "Ich wollte den Mann auf der Straße überzeugen, dass die Vergangenheit ein Teil der deutschen Geschichte ist, die man annehmen muss." Die Mehrheit aber, allen voran die Elite der BildungsbürgerInnen, denke wie der Schriftsteller Walser, der seine Polemik gegen die "Moralkeule" Auschwitz aufantisemitische Stereotypen aufgebaut hatte: Die Juden würden die Shoah für "gegenwärtige Zwecke" instrumentalisieren. Angesichts der antisemitischen Anschläge im aktuellen Deutschland wäre Bubis` Bilanz sicherlich noch negativer ausgefallen.

Seite 9 und 10

2. Der Krieg um Jerusalem ist nicht zu gewinnen

Rubrik: Kommentare zu aktuellen Geschehen; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak443/israel.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:443:israel

Die Medien kommen mit dem Zählen der Opfer kaum nach. Allein in den ersten drei Wochen der "Intifada 2000" wurden mehr als 100 Menschen getötet, Hunderte zum Teil schwer verletzt. Die allermeisten von ihnen sind Palästinenser, die durch die Waffen israelischer Soldaten und Siedler starben. Der Lynchmord an zwei israelischen Soldaten, der Gebrauch von Schusswaffen auch auf palästinensischer Seite und Aufrufe der Rebellierenden zu blutiger Rache zeigen: Bei diesem Konflikt kann, mehr noch als bei anderen, nicht eindeutig zwischen "Gut" und "Böse" unterschieden werden.

Entsprechend schwer fällt die Parteinahme - gerade deutschen Linken. Jedenfalls den meisten von ihnen. Die "antideutsche" Fraktion hat augenscheinlich keinerlei Probleme, sich ohne Wenn und Aber auf die Seite Israels zu schlagen - auch wenn dabei offen rassistische Stereotypen zur Begründung des Feindbildes herhalten müssen. So unterstellt konkret-Herausgeber Gremliza muslimischen Männern einen generellen Hang zum Märtyrertum - weil der Islam ihnen paradiesischen Lohn in Gestalt williger Jungfrauen verspreche. In der jungle world wird die Rebellion der PalästinenserInnen mit den rassistischen Hetzjagden deutscher Neonazis auf eine Stufe gestellt. Dieselbe Zeitung stellt sich hinter den Provokateur Ariel Scharon, der mit seinem Tempelberg-Besuch den schwelenden Konflikt entzündete.

Der Streit um Scharon verdeckt aber nur einen tiefer liegenden Konflikt. Denn die PalästinenserInnen rebellieren, weil der mit dem Oslo-Abkommen von 1993 eingeleitete "Friedensprozess" ihnen statt sozialem Fortschritt vor allem fortdauernde Demütigungen bringt. Weder sind die Autonomie-Gebiete wirklich autonom, noch nimmt der eigene Staat Gestalt an. Israel seinerseits erwartet von der palästinensischen Administration und Polizei vor allem wirksame Repression gegen die eigenen Leute, sobald es zu "Unruhen" kommt.

Ebenso richtig ist allerdings, dass eine Ausweitung der Proteste zur Katastrophe führen kann. PalästinenserInnen, arabische und jüdische Israeli sind zum Zusammenleben und damit zum Kompromiss gezwungen. Kompromiss bedeutet in der jetzigen Lage zu allererst Gewaltverzicht. Dass nicht nur islamistische Fanatiker den Brand schüren, sondern auch Arafat allem Anschein nach doppelbödig agiert, erschwert die Verständigung. Zu einem wirklichen Friedensprozess aber gibt es keine Alternative. Als dessen Grundlage fordert der jüdisch-israelische Publizist Uri Avnery "einen Staat Palästina neben dem Staat Israel, Jerusalem Hauptstadt beider Staaten". Dass auf dieser Basis eine friedliche Lösung möglich ist, trotz der Radikalisierung in beiden Lagern, begründet er so: "Vielleicht, auf paradoxe Weise, wird diese gewalttätige Auseinandersetzung beide Führer (Barak und Arafat) so stärken, dass sie es wagen können, diese Lösung bei ihren Völkern durchzusetzen." Mehr als eine vage Hoffnung ist das beim derzeitigen Stand der Dinge nicht.

Seite 11

3. Jugoslawien: Ein Umsturz, der keiner war. Serbischer Nationalismus wird im Westen hoffähig

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak443/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:443:34

Der Held des Umsturzes in Belgrad heißt Ljubisav Djokic. Jo, wie ihn seine Freunde nennen, rammte am Abend des 5. Oktober seinen Schaufelbagger in das Parlamentsgebäude und eröffnete so den Sturm auf das Zentrum der Macht: "Ich habe zehn Jahr lang protestiert. Ich ging zu Demos, wurde von der Polizei geschlagen, schluckte jede Menge Tränengas, kam dann nach Hause und hatte nichts erreicht", sagt der arbeitslose Bauarbeiter aus dem Städtchen Cacak. "Diesmal habe ich lange überlegt und entschieden, dass ich erfolgreicher sein würde, wenn ich meinen Bagger mit auf die Demo nehme."

Baggerführer Jo hat Recht behalten. (1) Slobodan Milosevic und sein engster Umkreis haben die Macht in Jugoslawien verloren. Was als Plebiszit zur Bestätigung Milosevics gedacht war, ging am 24. September kräftig daneben. Milosevic hat seine Konkurrenz offenbar unterschätzt.

Nachdem die NATO-Angriffe des letzten Jahres die serbische Gesellschaft in antiwestlichem Nationalismus zusammenschweißte, so sein Kalkül, dürfte es kein Problem sein, eine Opposition zu besiegen, die sich zur Denunziation als "Vaterlandsverräter" und "NATO-Söldner" geradezu anbietet. Also schrieb Milosevic im Juli für den 24. September Wahlen aus - ohne Not, denn seine Amtszeit reichte eigentlich noch bis in den Frühsommer nächsten Jahres.

Doch dann trat Vojislav Kostunica als Kandidat des Oppositionsbündnisses DOS aus dem Nichts in die Öffentlichkeit und machte Milosevics Pläne zunichte. Vier Faktoren machten ihn, den bisher kaum bekannten Chef der kleinen rechtsnationalistischen Serbischen Demokratischen Partei (DSS), zum umjubelten Sieger:

1. Kostunica konnte den seit 13 Jahren regierenden Milosevic auf dem Gebiet nationaler Rhetorik schlagen. Und die scheint unabdingbar, wenn man in Ex-Jugoslawien als Politiker Erfolg haben will. Der Juraprofessor Kostunica profilierte sich bereits in den 70er Jahren nicht nur als Antikommunist, sondern auch als serbischer Nationalist. Damals war Milosevic noch ein braver Funktionär im multinationalen Jugoslawien unter Marschall Tito.

Den Teufel mit dem Beelzebub ausgetrieben

Kostunica kritisierte 1974 die neue jugoslawische Verfassung, die die Föderalisierung Jugoslawiens vorsah, und flog deshalb von der Uni. Kostunica benutzte damals schon Argumente, wie sie 1987 im Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften wieder auftauchten. Dieses Memorandum wurde zum Manifest des neuen anti-jugoslawischen Nationalismus in Serbien, dessen sich Milosevic bediente, als er sich Ende der 80er Jahre gegen die pro-jugoslawischen Funkionäre in der serbischen Kommunistischen Partei durchsetzte.

Bis heute ist sich Kostunica treu geblieben. In nationalistischer Manier denunziert er den "Verrat" Milosevics an den kroatischen, bosnischen und kosovarischen Serben - und meint damit nicht die serbische Kriegführung in Kroatien, Bosnien und Kosovo, sondern die Tatsache, dass Milosevic die Kriege verloren hat.

2. In Serbien hatte sich ein tiefer und nachhaltiger Unmut gegen Milosevic und seine Serbische Sozialistische Partei (SPS) angestaut. Die soziale Situation des größten Teils der Bevölkerung ist deprimierend. Die monatlichen Durchschnittslöhne fielen in den letzten zehn Jahren auf unter 80 DM. Gesundheitsversorgung, das öffentliche Transportwesen und Bildungseinrichtungen sind in einem miserablen Zustand. Das Jahrzehnt der Kriege, marktwirtschaftliche Transformation und die Wirtschaftssanktionen haben zu einer tief greifenden Wirtschaftskrise geführt. Überall fehlt es an Investitionen zum Erhalt der produktiven und infrastrukturellen Anlagen. Die wirtschaftliche Aussichtslosigkeit und der rapide Rückgang des Lebensstandards der Bevölkerung stehen in krassem Gegensatz zu den Konsumprodukten aus dem Westen, die in Belgrad und allen anderen serbischen Städten in den Schaufenstern liegen. Man kann alles kaufen, aber nur mit viel Geld - und das hat keiner. Ganz unabhängig davon, wie negativ die Erfahrungen mit den vom Westen betriebenen Strukturreformen in den Nachbarländern aussehen mögen, Geld aus dem Westen scheint vielen die einzige Lösung für die wirtschaftlichen Probleme zu sein.

3. Ein Grund für den unerwartet reibungslosen Sturz Milosevics, der wohl kaum als "Revolution" in die Geschichtsbücher eingehen wird, sondern eher als die Neukonstituierung eines Machtsystems, war das Verhalten von Militär, Polizei und Bürokratie. Sie wandten sich schnell von Milosevic ab und befinden sich nun in einem Aushandlungsprozess mit den Kräften, die an die Macht gekommen sind. Dies zeigt zweierlei: Das System Milosevic wurde nicht nur von außen angegriffen, sondern war auch von innen erodiert. Und: Maßgebliche Akteure des alten Systems haben keinerlei Befürchtung, Kostunicas Machtübernahme könnte ihre Position gefährden.

Ein Indiz dafür, dass sich die Veränderung der Wirtschaftspolitik, die sich in Zukunft an die Vorgaben der Kreditgeber von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank halten wird, keineswegs gegen die alte Nomenklatura richten werden. Denn der Kurs auf Privatisierung der Staatsbetriebe wird längst betrieben. Die noch aus dem alten Jugoslawien stammende Funktionärsschicht und Funktionselite, die ihre Heimat bisher bei der Jugoslawischen Vereinigten Linken (JUL) von Milosevics Frau Mira Markovic und in der SPS hatten, werden keinerlei ideologisches Problem haben, die Sachverwaltern der nun anstehenden Integration Jugoslawiens in den westlich dominierten Wirtschaftsraum zu sein. JUL und SPS haben doch längst eine marktwirtschaftlich orientierte Politik betrieben, deren sozialistische Rhetorik nur noch der politischen Legitimation diente. (2)

Kontinuität statt Bruch

Kontinuität statt Bruch steht also auf der Tagesordnung der politischen Neuordnung. Darüber kann auch nicht hinwegtäuschen, dass einzelne Repräsentanten des alten Systems unter die Räder kommen, wie der König des Belgrader Vergnügungsbusiness, Marko Milosevic, Sohn des Ex-Präsidenten, der nach Moskau zu seinem Onkel Borislav flüchtete. (3)

4. Obwohl sich Kostunica selbstbewusst antiwestlich - hauptsächlich antiamerikanisch - gibt und kaum eine Gelegenheit auslässt, das UN-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag als illegitime "amerikanische Institution" zu kennzeichnen, flossen erkleckliche Millionenbeträge aus dem Westen in die Kassen der serbischen Opposition. So zahlte nach offiziellen Angaben 1999 und 2000 allein die US-Staatskasse insgesamt 35,7 Mio. Dollar an die serbische Opposition aus. (Berliner Zeitung, 21.9.2000)

Abgesehen von dieser direkten Unterstützung begünstigten die lautstarken Ankündigungen, wenn erst Milosevic aus dem Amt gejagt wäre, würde Serbien endlich den internationalen Pariastatus verlieren, die Opposition. Trotz allem Widerwillen gegenüber dem Westen hat die große Mehrheit der serbischen Bevölkerung die internationale Isolation gründlich satt.

Die USA und die EU werden in den kommenden Monaten alles unternehmen, um das neue Regime zu stabilisieren. Auf dem EU-Gipfel in Biarritz Mitte Oktober konnte so Kostunica mit dem Versprechen auf 175 Mio. Dollar Soforthilfe wieder nach Belgrad zurückfliegen. Angesichts von Kriegsschäden in der Höhe von 30 Mrd. Dollar durch das NATO-Bombardement ist das zwar lächerlich, aber es ist der Bevölkerung natürlich besser zu verkaufen als ein Wirtschaftsembargo.

Entscheidend für Kostunica wird es nun bis zu den Neuwahlen für das serbische Parlament am 23. Dezember sein, das DOS-Bündnis zu konsolidieren, um die Mehrheit gewinnen zu können. Die beiden gefährlichsten Stolpersteine für Kostunica dürften die Beziehungen zu Montenegro und Kosovo werden. Während die USA und die EU bis zum Sturz Milosevics die Sezession Montenegros und Kosovos als Option unterstützten, um den Ex-Machthaber in Bedrängnis zu bringen, scheint sich die Politik des Westens jetzt verändert zu haben. In Washington werden Pläne diskutiert, die vorsehen, Kosovo den Status einer jugoslawischen Republik einzuräumen. Bis jetzt ist Kosovo formell Bestandteil von Serbien.. Auch Montenegro soll nach US-Vorstellungen Bestandteil Jugoslawiens bleiben. Denn eine Sezession der von Milo Djukanovic geführten 600.000-Einwohner-Republik würde unweigerlich die Proklamation der Unabhängigkeit durch die Kosovo-Albaner zur Folge haben, was zum Auseinanderbrechen Mazedoniens führen könnte, wo eine starke albanische Minderheit mit dem Kosovo fusionieren möchte. Aber an einer solchen Entwicklung hat der Westen jetzt kein Interesse mehr.

Die Frage der territorialen Einheit

Da Kostunica die territoriale Souveränität Jugoslawien schützen möchte, wie eines seiner ersten Versprechen lautete, nachdem er am 8. Oktober den Amtseid geleistet hat, passen ihm die amerikanischen Pläne für die Region gut ins Konzept. Djukanovics montenegrinische Regierungskoalition zeigt sich Kostunica gegenüber allerdings bisher noch recht feindselig. Letztlich dürfte Djukanovic aber ein Arrangement mit den neuen Machthabern finden. Schließlich hängen beide am Tropf des Westens und die Unabhängigkeit Montenegros scheint selbst vielen Montenegrinern absurd. Zu eng ist Montenegro kulturell, wirtschaftlich und historisch mit Serbien verbunden.

Etwas anders liegt der Fall im Kosovo. Die kosovo-albanische Führung scheint sich weitgehend einig, dass die Unabhängigkeit der Provinz die allein glücklich machende Perspektive ist. Auch einen Fahrplan zur Unabhängigkeit gibt es schon. Am 28. Oktober finden unter UN-Aufsicht Kommunalwahlen statt. Damit wird eine politisch legitimierte kosovo-albanische Verwaltungsstruktur entstehen. Danach soll eine Verfassung ausgearbeitet und beschlossen werden. Im Frühjahr sollen dann Parlamentswahlen für eine Regierung des Kosovo im Rahmen der UN-Verwaltung stattfinden, die dann ein Referendum für die Unabhängigkeit ausrufen könnte.

Dass Kostunica die Unabhängigkeit Kosovos nicht akzeptieren kann, liegt auf der Hand. Schließlich hat er die Wahlen auch mit dem Versprechen gewonnen, die Rückkehr der 200.000 vertriebenen Serben ins Kosovo zu ermöglichen.

Boris Kanzleiter

Anmerkungen:

1) Mittlerweile wird allerdings deutlich, dass der Sturm auf das Parlament und den Fernsehsender RTS keineswegs so spontan und unorganisiert war, wie von den westlichen Medien suggeriert wurde. Velimir Ilic, Bürgermeister der Oppositionshochburg Cacak, sagte der Belgrader Tageszeitung Glas Javnosti, dass die Stürmungen über einen langen Zeitraum "sorgsam geplant" gewesen seien. Er habe Armeeangehörige, Spezialpolizisten und Veteranen des Bosnienkrieges rekrutiert, um Teams von Demonstranten zu führen, welche die Aktion koordiniert durchgeführt hätten. (Institute for War and Peace Reporting, Balkan Crisis Report No. 185, 13.10.)

2) Selbst die lautstärksten Verteidiger des gestürzten Regimes scheinen dies jetzt zu erkennen. So schreibt Werner Pirker in der jungen Welt: "Wenn die Wiener Zeitung Die Presse gedankenlos daherschreibt, mit Jugoslawien sei die letzte kommunistische Bastion in Europa untergegangen, dann ignoriert sie schlicht die Tatsache, dass die Transformation zu Marktwirtschaft und bürgerlicher Demokratie in der Ära Milosevic ihren Anfang nahm. Es ist von kaum zu überbietender Ironie, dass der kapitalistische Westen diesen Prozess durch seine Embargopolitik mehr behindert als befördert hat. Es ist eine ungeklärte Frage, ob sich Jugoslawien aus eigenem Antrieb der neoliberalen Globalisierung verweigert hat oder ob es dazu gezwungen wurde." (jW, 14./15.10)

3) Amüsant ist, dass Pirker sogar Zweifel an der moralischen Integrität der Belgrader Nomenklatura zu bekommen scheint, nachdem seine Zeitung jahrelang genau diese zur Speerspitze eines unbestechlichen Antiimperialismus erklärt hatte: "Was verblüfft, war die Würdelosigkeit des Abgangs des bisher herrschenden Blocks, der jahrelang allen Angriffen standgehalten und bei der Organisierung des Volkswiderstandes gegen die NATO-Aggression eines der ruhmreichsten Kapitel serbischer Geschichte geschrieben hat. Das beweist, dass das Pro-Milosevic-Lager auch an seinen inneren Widersprüchen gescheitert ist. Die regierenden Sozialisten hatten keinen Rückhalt in der werktätigen Bevölkerung mehr, weil sie mehr regierten, als Sozialisten zu sein." Und: "Die Flucht des Milosevic-Sprösslings Marko sagt einiges über die heruntergekommene Moral der jugoslawischen Marktwirtschaftsnomenklatura aus." (jW, 14./15.10.)

4. Die deutsche Interventionsarmee. Ein rot-grünes Projekt für das neue Jahrtausend - 2. Teil

Autor: Vo · Rubrik: Bundeswehr; Interventionspolitik und Kriege · CD-Datei: daten/aksuche/ak443/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:443:03

Im 1. Teil des Artikels (ak 442) wurde der Kern der Bundeswehrreform herausgearbeitet: Angestrebt wird die Interventionsfähigkeit der deutschen Armee "ohne geographische Beschränkung". Im 2. Teil geht es um die Machtverteilung innerhalb der NATO und der EU: Die reformierte Bundeswehr soll "der Bundesrepublik angemessenes Gewicht und Mitsprache im Bündnis sichern", so die Weizsäcker-Kommission. Angesichts dieser im wahrsten Sinne des Wortes lebensgefährlichen Militärpolitik müssen die Ziele der Friedensbewegung zum Gegenstand einer breiten antimilitaristischen Debatte werden, fordert unser Autor.

Scharping verweist gern darauf, die NATO-Oberen und die US-amerikanischen Bündnispartner würden massiv darauf drängen, dass die europäischen NATO-Staaten gefälligst mehr für die gemeinsamen NATO-Aufgaben tun - und entsprechend mehr Geld für ihr Militär ausgeben. Und er lamentiert darüber, dass die Bundeswehr zurzeit "nicht voll bündnisfähig" und "noch nicht europafähig" sei (Der Spiegel, 29.5.2000), dies aber schleunigst werden müsse - und dass das nun einmal etwas koste. In der Tat folgt der Bundeswehr-Umbau den Vorgaben, die sich aus der Entwicklung der NATO zum Interventionsbündnis ergeben. Diese Entwicklung wurde mit der Verabschiedung des neuen strategischen Konzepts der NATO auf dem Washingtoner Gipfel im April 1999 besiegelt. Die "Neue NATO", die sich nach dem Abhandenkommen ihres einstigen Gegners UdSSR/Warschauer Vertragsorganisation im Laufe des letzten Jahrzehnts schrittweise herausgebildet hat, findet ihren neuen Daseinszweck in der militärischen Bearbeitung eines "breiten Spektrums militärischer und nichtmilitärischer Risiken, die aus vielen Richtungen kommen", wie es im "neuen strategischen Konzept" heißt.

Zu diesen Risiken zählen u.a. "regionale Krisen an der Peripherie des Bündnisses", "ethnische und religiöse Rivalitäten", "Akte des Terrorismus", "Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen", "unkontrollierte Bewegung einer großen Zahl von Menschen, insbesondere als Folge bewaffneter Konflikte". Angesichts dieser "Risiken" kommt eine Beschränkung auf "Verteidigung" des Territoriums der NATO-Staaten selbstverständlich nicht mehr in Betracht. Vielmehr stellt sich die neue NATO die Aufgabe, "durch nicht unter Artikel 5 fallende Krisenreaktionseinsätze zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung beizutragen" (Artikel 5 des NATO-Vertrags regelt den gegenseitigen Beistand im Falle eines Angriffs auf ein Bündnismitglied). Sogenannte "non-article 5 missions" treten formal gleichberechtigt neben "Bündnisverteidigung", faktisch rücken sie sogar ins Zentrum des Aufgabenspektrums, da "Verteidigung" nach NATO-Selbstaussage "höchst unwahrscheinlich" geworden ist.

Selbstmandatierungder NATO

Damit hat das jahrelange Gezerre um "out-of-area"-Einsätze (Einsätze außerhalb des NATO-Vertragsgebiets) ein Ende. Die NATO erklärt sich für "Krisenbewältigung" auch "out of area" für zuständig. Die geographische Bestimmung des Zuständigkeitsbereichs ist dabei so vage - "in und um den euro-atlantischen Raum", "Peripherie des Bündnisses", "globaler Kontext" -, dass man von Fall zu Fall entscheiden kann, ob eine "Krise" in Nordafrika, im Kaukasus oder am Kaspischen Meer in den eigenen Zuständigkeitsbereich fällt oder nicht. Überdies hat man sich bewusst nicht an ein UN- oder OSZE-Mandat für "Krisenreaktionseinsätze" gebunden; im "Ausnahmefall" will man auch "selbstmandatiert" aktiv werden. Ein UN- oder OSZE-Mandat ist wünschenswert, aber nicht zwingend. Mit anderen Worten: Wo und wann man interveniert - diese Entscheidung trifft man ganz allein gemäß eigener Interessenlage. "Selbstmandatierung" heißt nichts anderes, als dass man für sich das Recht auf Kriegführung beansprucht. Das ist ein entscheidender Rückfall hinter den mit der UN-Charta und dem dort verankerten Gewaltverbot erreichten Stand des Völkerrechts. Der Krieg gegen Jugoslawien war Präzedenzfall für die Anwendung des "neuen strategischen Konzepts".

Zu seiner Umsetzung bedarf es der entsprechenden militärischen Mittel, also hochmoderner Expeditions- und Interventionstruppen. Die Stichworte zur Kennzeichnung der operativen Fähigkeiten solcher Truppen sind aus der Darstellung der Bundeswehrreform bereits bekannt: Auch im "neuen strategischen Konzept" ist viel von "Verlegefähigkeit und Mobilität", "Durchhaltefähigkeit", "ausreichenden Fähigkeiten in den Bereichen Führung und Kommunikation, Aufklärung und Nachrichtengewinnung und Überwachung" die Rede. Die NATO-Staaten

verpflichteten sich in Washington mit der sog. "Defence Capabilities Initiative" zur Schaffung dieser Fähigkeiten. Der Umbau der Bundeswehr fügt sich hier ein.

Überdies entspricht man damit auch Vorgaben, die sich daraus ableiten, dass künftig auch die EU zu einer interventionsfähigen Militärmacht werden soll. Schon seit langem gibt es entsprechende Bestrebungen, die allerdings nur langsam vorankamen. Bereits im Vertrag von Maastricht und noch deutlicher im Amsterdamer Vertrag war die Rede davon, dass die EU eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) entwickeln müsse, die schließlich auch die Verteidigungspolitik umfassen und letztlich in eine gemeinsame Verteidigung münden solle. Seit dem Krieg gegen Jugoslawien, der den EU-Europäern ihre Abhängigkeit von den USA auf militärischem Gebiet drastisch vor Augen führte, wird mit frischem Schwung an die praktische Umsetzung dieser Ziele herangegangen. Seither wird unter dem Schlagwort "Stärkung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik" (ESVP) eine beschleunigte Militarisierung der EU betrieben.

Eine Vorreiterrolle spielt dabei die deutsche rot-grüne Regierung. Unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft wurden im ersten Halbjahr 1999 entscheidende Vorarbeiten geleistet, auf den EU-Gipfeln in Köln im Juni 1999 und in Helsinki im Dezember 1999 wurden wegweisende Beschlüsse gefasst. So einigte man sich in Köln u.a. darauf, den Militärpakt WEU (Westeuropäische Union) bis Ende 2000 in die EU zu integrieren und "EU-geführte Operationen ohne Rückgriff auf Mittel und Fähigkeiten der NATO" künftig möglich zu machen, also unabhängig von der NATO - und damit den USA - interventionsfähig zu werden. In Helsinki wurde beschlossen, zu diesem Zweck bis 2003 eine EU-Eingreifstreitmacht von rund 60.000 Männern und Frauen aufzustellen.

Die Bundesrepublik will sich daran massiv beteiligen; die Rede ist von etwa 20.000 Bundeswehrsoldaten für diese EU-Truppe. Eine solche sei erforderlich, damit die EU in die Lage versetzt werde, die sog. Petersberg-Aufgaben erfüllen zu können. Auf dem Petersberg bei Bonn hatte sich die WEU bereits auf einer Tagung im Juni 1992 zuständig erklärt für "humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung, einschließlich friedenschaffender Maßnahmen" - also Militärinterventionen. Im Frühjahr 2000 nahmen die ersten rein militärpolitischen EU-Gremien ihre Arbeit in Brüssel auf.

Herrschende Politik betont, dass man die interventionsfähige Bundeswehr ja nur "im Bündnis", also im Rahmen der NATO oder neuerdings auch der EU, einsetzen und sie auch nur bündnisgemeinsam einsetzbar machen will. Das mag zwar nationale militärische Alleingänge ausschließen, nicht aber militärgestützte nationale Machtpolitik als solche. Denn das eigene militärische Gewicht wird als Trumpfkarte in die internen machtpolitischen Konkurrenzen in NATO und EU eingebracht werden. Die Weizsäcker-Kommission formuliert ganz offen: 140.000 Mann und Frau Einsatzkräfte seien erforderlich, um "der Bundesrepublik angemessenes Gewicht und Mitsprache im Bündnis zu sichern".

Militarisierung der EU

Im Scharping'schen "Eckpfeiler"-Papier heißt es: Deutsche Streitkräfte müssen "qualitativ und quantitativ dem politischen Gestaltungsanspruch und Gewicht Deutschlands im Bündnis sowie in regionalen und überregionalen Organisationen entsprechen". Man versteckt sich bei den Umbaumaßnahmen zwar hinter den angeblichen Anforderungen von NATO und EU, betont die Notwendigkeit von "Bündnistreue" und "Verlässlichkeit gegenüber den Partnern" und behauptet, "deutsche Sonderwege" ausschließen zu wollen. Doch tatsächlich geht es darum, auch über das Instrument Militär "angemessenes Gewicht", mithin eine hegemoniale Position Deutschlands in NATO und EU, sicher zu stellen. Dass man für die künftigen EU-Eingreifstreitkräfte das größte nationale Kontingent stellen will, spricht in diesem Zusammenhang Bände.

Deutsche Politik hat sich darauf festgelegt, den Interventionskurs von NATO und EU an führender Stelle mitzutragen und damit auch mitzubestimmen. Deutsche SoldatInnen werden - wie erstmals im Krieg gegen Jugoslawien - künftig bei Interventionen "out of area" in vorderster Front mit dabei sein. Nur so glaubt man, deutsche Interessen - innerhalb der NATO und der EU einerseits, in den Krisenregionen "im und um den euro-atlantischen Raum" andererseits - wahren und durchsetzen zu können.

Den eigenen BürgerInnen wird man diese Interventionsorientierung mit dem Mythos der "humanitären Intervention" schmackhaft zu machen versuchen: Man unterhalte die Interventionsarmee ja lediglich für den "guten Zweck", also "Krisenvorsorge", "Krisenbewältigung", "humanitäre Nothilfe" etc. pp. Der Krieg gegen

Jugoslawien hat gezeigt, was davon zu halten ist. Man hat sich über Völkerrecht, Grundgesetz, Charta der Vereinten Nationen und die Regeln des humanitären Kriegsvölkerrechts hinweggesetzt und einen Angriffskrieg geführt. Menschen und Menschenrechten wurde damit nicht geholfen, sondern schwerer Schaden zugefügt. Dieser Krieg und seine Folgen belegen einmal mehr, dass man mit kriegerischen Mitteln keine menschenrechtlichen und friedlichen Zwecke verfolgen und durchsetzen kann.

Es ist zu erwarten, dass herrschende Politik auch künftig das "humanitäre" und "menschenrechtliche" Deckmäntelchen über ihre kriegerischen Absichten und Aktionen breiten wird; und zusätzlich ist damit zu rechnen, dass verstärkt neue Bedrohungsszenarien aufgebaut und neue Bedrohungsängste in der Bevölkerung geschürt werden. Das Schlagwort von den "Schurkenstaaten", die man letztlich nur mit militärischen Mitteln zur Räson bringen kann, erfreut sich steigender Beliebtheit. Abgesehen davon, dass von diesen Staaten (wie Nordkorea, Iran oder Irak) auf absehbare Zeit keinerlei militärische Bedrohung Europas ausgehen kann, lassen sich die undemokratischen und Menschenrechte verletzenden Verhältnisse dort nicht durch militärische Intervention von außen überwinden, sondern lediglich durch gesellschaftliche Transformationen im Inneren (die durch nicht-militärische zivilgesellschaftliche Einmischung, ökonomische Anreize etc. von außen unterstützt werden können). Nebenbei gefragt: Sind Staaten, die einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg führen (wie die NATO-Staaten gegen Jugoslawien), eigentlich keine "Schurkenstaaten"?!

Die rot-grüne Bundesregierung legt sehr viel Wert darauf, die Umrüstung der Bundeswehr einzuordnen in eine angeblich primär auf zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung orientierte Politik; das Militär sei lediglich ein Mittel solcher Politik unter anderen. Doch zeigt die Verteilung der Gewichte - nimmt man etwa die Ausstattung mit Finanzen und sonstigen Ressourcen -, dass einmal mehr das Militär zum Kern von "Krisenvorsorge" und "Krisenbewältigung" gemacht werden soll. Zivile Instrumente - wie etwa der hoch gelobte, aber finanziell mickrig ausgestattete "Zivile Friedensdienst" - sollen demgegenüber zum Wurmfortsatz der hochgerüsteten Interventionsarmee degradiert werden. Herrschender Politik geht es offensichtlich nicht um eine Alternative zu militärgestützter Außen- und Sicherheitspolitik, sondern um deren Ergänzung und Perfektionierung durch Hinzuziehung nicht-militärischer Mittel.

Gegen diesen von Rot-Grün als "Friedenspolitik" verkauften Kurs ist festzuhalten: Oberstes Gebot friedenspolitischen Urteilens ist und bleibt, militärische Mittel nicht nach den hehren Absichtsbekundungen der Politiker und Militärs zu beurteilen (die wollen sowieso immer nur das Beste), sondern nach den Fähigkeiten, also danach, was man mit ihnen anstellen kann. Interventionsfähigkeit aber ist das zentrale Charakteristikum der von Rot-Grün angestrebten neuen Bundeswehr.

Tatsächliche Friedenspolitik müsste demgegenüber dafür sorgen, zum einen militärische Mittel so abzubauen und umzumodeln, dass sie nicht mehr offensiv- und interventionsfähig sind. Das heißt, die Einsatzkräfte der Bundeswehr müssten als allererstes abgerüstet werden. Zum anderen müssten Methoden und Instrumente ziviler Konfliktbearbeitung entwickelt und gestärkt sowie praktisch eingesetzt werden, um die militärische Komponente faktisch zurückzudrängen. Die Bundesrepublik sollte sich als ausschließlich ziviler, auf militärische Mittel verzichtender Mediator auf der internationalen Bühne anbieten. Das hat nichts mit nationalen Sonderwegen zu tun, sondern könnte für andere Staaten den Anreiz schaffen, ähnlich zu handeln. Ziel bleibt eine Bundesrepublik ohne Armee und eine Welt ohne Militär und Gewaltkonflikte.

Voraussetzung für solches Vorgehen ist allerdings, dass man bereit ist, aus der machtpolitischen Logik auszusteigen, in der man immer militärische Mittel braucht, und sich auf ein neues Verständnis von Frieden und Sicherheit einzulassen, in dessen Mittelpunkt die BürgerInnen hier und überall auf der Welt stehen und nicht die Staaten. Frieden und Menschenrechte weltweit können nur auf zivilem Wege, im gewaltfreien Kampf für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung, für globale soziale Gerechtigkeit und umfassende demokratische Teilhabe Aller realisiert werden. Das hat mit herkömmlicher staatlich gestützter Sicherheitspolitik nichts, mit einem neuen Internationalismus und von unten wachsender Friedenspolitik sehr viel zu tun.

Armeereform sichert Führung im Bündnis

Für die Friedensbewegung kommt es darauf an, in radikal militärkritischer Absicht eine Grundsatzdebatte in der Gesellschaft anzuzetteln über die Frage: Wozu überhaupt deutsches Militär? In ihrer alltäglichen Arbeit muss sie versuchen, die Fernziele (Bundesrepublik ohne Armee, ausschließlich Zivile Konfliktbearbeitung) mit

ersten Einstiegsschritten in eine neue Friedenspolitik strategisch zu vermitteln. Ansatzpunkte für eine Basis-Friedensbewegung, die sich von Illusionen über rot-grüne "Friedenspolitik" frei macht, gibt es durchaus. Anzusetzen ist insbesondere an jenen Punkten, an denen die Interventionsarmee Bundeswehr konkret kenntlich und fassbar wird: Das geplante Bombodrom in der Wittstocker Heide ist zum Beispiel ein solcher Punkt. Hier sollen die Interventionstruppen künftig üben, hier kämpft die Bürgerbewegung "Freie Heide" bereits seit Jahren einen unterstützenswerten Kampf gegen die Bundeswehr. Der Sitz des "Kommandos Spezialkräfte", der Speerspitze der Einsatzkräfte, in Calw wäre ein anderer solcher Punkt. Die Indienststellung neuer Kriegsschiffe ein weiterer. Der Kampf um das Recht auf situationsbedingte Kriegsdienstverweigerung, die es SoldatInnen erlauben würde, sich der Beteiligung an Interventionen zu verweigern, noch einer.

Vo

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie und das Netzwerk Friedenskooperative laden für den 4./5. November 2000 zu einer Perspektivkonferenz "Die Zukunft der Friedensbewegung nach dem NATO-Krieg um den Kosovo" ein, auf der über solche Handlungsmöglichkeiten, den Stand, die Aufgaben und die Schwierigkeiten sowie die Aussichten der Bewegung geredet werden soll. Wer Mut und Optimismus noch nicht ganz verloren hat, sollte dorthin kommen. Anmeldungen bei: Komitee für Grundrechte und Demokratie, Aquinostraße 7-11, 50670 Köln, Tel.: 0221-9726930

Zitate im Text aus:

- Kommission Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr: Bericht der Kommission an die Bundesregierung. Berlin, 23.5.2000

- Der Bundesminister der Verteidigung: Eckpfeiler für eine Erneuerung von Grund auf. Die Bundeswehr - sicher ins 21. Jahrhundert. Berlin, Mai 2000

- Das strategische Konzept des Bündnisses (u.a. in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Bulletin Nr. 24, Bonn, 3. Mai 1999, S. 222-231).

5. Rot-grüne Rüstungspolitik = Munitionsfabrik für Ankara

Autor: Thomas Klein · Rubrik: Rüstungsexport; Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak443/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:443:18

Bis vor einigen Wochen versuchte das Wirtschaftsministerium zu mauern: Ob eine Anfrage zur Lieferung von Gewehrmunition für die Türkei vorliegt, wollte es offiziell nicht einmal bestätigen. Dabei war seit längerem der Wunsch Ankaras bekannt, die Armee des Landes mit neuer Munition auszustatten, die dem Kaliber entspricht, das auch in den anderen NATO-Ländern gebräuchlich ist. Seit Ende August ist das Versteck-Spiel beendet. Die hessische Firma Fritz Werner in Geisenheim bei Wiesbaden hat den Zuschlag erhalten, eine Munitionsfabrik zur Herstellung der von Ankara gewünschten Gewehrmunition zu liefern. Das Wirtschaftsministerium hat eine entsprechende Ausfuhrgenehmigung erteilt.

In den Bundestagsfraktionen der Regierungsparteien SPD und Grüne entbrannte kurz ein Streit darüber, ob dieses Geschäft überhaupt hätte genehmigt werden dürfen. Aber nach wenigen Tagen glätteten sich die Wogen. Für Wirtschaftsminister Müller und Kanzler Schröder ist das ohnehin kein Problem. Auch die im Januar dieses Jahres vom Kabinett beschlossenen neuen Rüstungsexportrichtlinien, die ausdrücklich die Menschenrechtslage im möglichen Empfängerland als ein Kriterium für eine Entscheidung nennen, stehe einem Export, so Müller in einem knappen Kommentar, "nicht entgegen".

Eine für Friedens- und Menschenrechtsorganisationen durchaus erstaunliche Erkenntnis: "Nach Angaben von amnesty international", so Kristian Golla vom Netzwerk Friedenskooperative in Bonn, "gehört die Türkei bis heute zu den Ländern, in denen Misshandlungen und Folter in Polizeistationen und Gefängnissen, willkürliche Verhaftungen und Morde durch Angehörige der Sicherheitsbehörden an der Tagesordnung sind. "

Immerhin erklärte zumindest die grüne Abgeordnete Claudia Roth, Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses, die Entscheidung des Wirtschaftsministeriums sei "ein klarer Verstoß" gegen die beschlossenen Richtlinien und "politisch falsch". Außenminister Fischer, der zusammen mit Entwicklungsministerin Heidi Wieczorek-Zeul (SPD) Einwände gegen dieses Rüstungsgeschäft vorgebracht haben soll, wollte dagegen als "Geheimnisträger" das Ganze "nicht weiter kommentieren".

Anders als bei der Lieferung eines Kampfpanzers Leopard-II zu Testzwecken im Herbst 1999, scheint sich in der Regierungskoalition kaum noch Widerstand gegen derartige Geschäfte zu regen. Selbst die Einschätzung des Friedensforschungsinstituts SIPRI, dass statt einer Trendwende zu weniger Rüstungsexporten Deutschland in den nächsten Jahren eher auf Platz 3 als auf Platz 5 der weltweit größten Waffenexporteure landen werde, schreckte niemanden mehr in der rot-grünen Bundesregierung auf.

Firmen wie Fritz Werner wird das nur freuen. Das hessische, ehemals bundeseigene Unternehmen, inzwischen eine Tochterfirma der Ferrostahl AG, hat eine lange Tradition bei der Belieferung von Folterregimes und Militärdiktaturen. In der Vergangenheit gehörte u.a. der Schah von Persien zu den besten Kunden. Während des iranisch-irakischen Krieges von 1980 bis 1988 belieferte die Firma beide Kriegsparteien, obwohl die gesetzlichen Bestimmungen in Deutschland eigentlich die Ausfuhr von Kriegsgerät in Spannungsgebiete verbieten.

Diese Lieferungen bescherten der Firma später Ermittlungen der hessischen Justiz und brachten den ehemaligen Außenminister Genscher in Bedrängnis. Der hatte nämlich 1981 in einem Brief an den Aufsichtsrat der Firma die Hoffnung formuliert, es gebe eine Lösung bei der Ausfuhr von Material aus "Altverträgen" in beide Länder. Auch wenn angesichts des Krieges möglicherweise "nicht bei allen" Anträgen eine Genehmigung möglich sei.

Fritz Werner wusste sich 1981 mit eigentümlichen Definitionen aus der Misere zu helfen. Der ehemalige Außenminister stand mit entsprechenden Ratschlägen zur Seite, die er nach der Aufnahme staatsanwaltlicher Ermittlungen lediglich als "Informationen zur Rechtslage" verstanden wissen wollte. So hatte z.B. die "Regierung von Iran" eine "Fabrik zur Herstellung von Werkzeugen" bei Fritz Werner geordert. Und der Irak erhielt Maschinen zu Herstellung von Rohren. Anders ausgedrückt: Das Unternehmen war maßgeblich bei Saddam Husseins Aufrüstungsprogramm vor dem 2. Golfkrieg involviert, hier vor allem am "Saad-16"-Projekt,

einem militärischen Forschungs- und Entwicklungszentrum. "Dass Fritz Werner, mit seiner von Skandalen geschüttelten Firmengeschichte, heute unter Rot-Grün", so Kristian Golla, "der Türkei eine Munitionsfabrik liefern darf, ist unfasslich".

Jetzt hat sich auf Initiative des Flüchtlingsrates Wiesbaden ein Trägerkreis zusammengefunden, der zu einer Demonstration gegen dieses Waffengeschäft aufruft. In dem Aufruf zur Demonstration, der u.a. von dem Wiesbadener Flüchtlingsrat, dem AKU Wiesbaden, der Rheingauer Friedensinitiative, dem Anarchistischen Forum Mainz, dem Aktionsbündnis Rhein-Main gegen Abschiebungen, AG3f Hanau und weiteren Gruppen unterschrieben wurde, wird festgestellt, dass die meisten der rund 40.000 Toten im türkisch-kurdischen Krieg "kleinkalibriger Munition für die bereits genutzten deutschen G-3 Gewehre zum Opfer" fielen. Wenn sich gegen die geplante Lieferung der Waffenfabrik nicht ein breiter öffentlicher Protest erhebe, so der Aufruf, "werden bald Menschen in der Türkei mit Munition aus Geisenheim erschossen". Deshalb sei es geboten, vor dem Firmengelände von Fritz Werner nochmals auf einige Punkte hinzuweisen: "Das Geschäft widerspricht eindeutig den Rüstungsexportrichtlinien der rot-grünen Koalition, nach denen die Bundesregierung Exporte ablehnt, bei denen hinreichender Verdacht besteht, dass sie zu fortdauernden und systematischen Menschenrechtsverletzungen missbraucht werden". Außerdem habe die Bundesregierung "rechtlich die Möglichkeit, die Vorentscheidung der Regierung Kohl zu revidieren und im Konflikt mit der türkischen Regierung einen Beitrag zur Respektierung der Menschenrechte in der Türkei zu leisten."

Schließlich geht der Aufruf auch noch auf die Situation in der Türkei und die drohende Abschiebung der kurdischen Familie Akyüz ein: "Das Auswärtige Amt erkennt trotz einiger Korrekturen in seinem aktuellen Lagebericht für die Türkei keine Gruppenverfolgung für KurdInnen an. Zahlreiche Berichte, z.B. die der Menschenrechtskommission des türkischen Parlaments, des IHD, des US-Außenministeriums, der IPPNW und die von amnesty international belegen, dass gravierende Menschenrechtsverletzungen, Folter und sexuelle Gewalt systematisch verübt werden. Der Niedersächsische Flüchtlingsrat und Pro Asyl stellen in ihrer Dokumentation ‚Von Deutschland in den türkischen Folterkeller` fest, dass mehrfach abgeschobene KurdInnen in der Türkei erneuten Verhaftungen und Folterungen ausgesetzt waren". Vor diesem Hintergrund sei es dringend geboten, der akut von Abschiebung bedrohten, zuletzt in Wiesbaden ansässigen und gegenwärtig untergetauchten Familie Akyüz ein Bleiberecht zu ermöglichen.

Thomas Klein

"Menschenrechte statt Munition und Panzer.

Kein Waffenexport

in die Türkei!

Keine Abschiebungen in den Folterstaat Türkei! Bleiberecht für

Familie Akyüz!"

@BODY MITTE = Demonstration und Kundgebung am 4. November in Geisenheim, Treffpunkt 11.30 Uhr

Bahnhof Geisenheim

6. Kalt erwischt. Die deutsche Einheit, die radikale Linke und das Ende des Kommunistischen Bundes

Autor: gw. · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak443/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:443:16

Es tue ihm leid für den Rest der Welt, verkündete Herr Beckenbauer nach der Weltmeisterschaft 1990 - aber nach der Eingliederung der DDR-Fußballelite "sind WIR auf Jahre hinaus unschlagbar". Bei der Europameisterschaft 2000 schied die DFB- Truppe in der Vorrunde aus.

Wie kein anderes Ereignis hat die deutsche Vereinigung die Linke durcheinander gewirbelt. Der Kommunistische Bund (KB) - früher Herausgeber dieser Zeitung - überlebte den Einheitsprozess nicht. Heftigste Debatten und Spaltungen innerhalb der radikalen Linken prägten das Jahr 1990. Die inhaltliche und organisatorische Spaltung einer kaum noch handlungsfähigen radikalen Linken wurde durch den Vereinigungsprozess noch verstärkt. Schlimmer noch: Ein Teil dieser Linken - auch und gerade GenossInnen aus dem KB - erhoben "die Kraft der Negation" und deren Verkürzung auf das Antideutschsein zum neuen Dogma. Der Forderung nach direkter Intervention in den Umgruppierungsprozess wurde die reine Ideologiekritik gegenübergestellt. Was blieb, ist ein neues Deutschland und eine kaum noch wahrnehmbare radikale Linke.

Den großen Jubelorgien, die noch das Bild um den Vereinigungstag 1990 prägten, ist längst Ernüchterung gefolgt, insbesondere auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, wo die Folgen des schnellen Anschlusses an die BRD offensichtlich geworden sind. Die von Alkohol und Vereinigungseuphorie trunkenen Massen der Jahre 1989/90 haben anderen politischen Akteuren Platz gemacht: den Nazis, die den 10. Jahrestag der deutschen Einheit begehen, indem sie jüdische Einrichtungen angreifen und schänden. Die Staatselite macht in Betroffenheit und fährt fort im Tagesgeschäft.

Zehn Jahre später hat auch die Linke allen Grund zu (selbst-)kritischer Rückschau. In diesem Artikel sollen die tatsächlichen "Frontverläufe" im KB der Jahre 1989/90 dargestellt werden. Selbstgerechte Geschichtsklitterungen, wie sie das KB-Eigengewächs Gaston Kirsche in der jungle world vom 11. Oktober vornahm, werden einem kritischen Umgang mit der eigenen Geschichte nicht gerecht. (siehe unten)

"Nie wieder Deutschland" ...

Im Dezember 1989 erklärte das Leitende Gremium (LG) des KB: "Wir lehnen die Wiedervereinigung nicht gezwungenermaßen oder unwillig, nicht bedrückt oder als Verzicht von etwas ab, das man eigentlich gerne hätte. Wir lehnen sie ab, weil es nach dem dritten kein viertes Reich geben darf und weil wir Internationalisten sind: weil wir mit Türken, Iranern, Pakistanern, Polen, Chilenen, Senegalesen, Jugoslawen, Franzosen, Italienern und allen anderen, die hierher gekommen sind, zusammen leben, arbeiten und Politik machen. Mit ihnen zusammen wollen wir ‚Deutschland` bekämpfen und durchsetzen, was ansteht: Die Anerkennung der DDR!" (ak 313, 11.12.89)

Das war, wie sich ziemlich schnell heraus stellen sollte, die letzte gemeinsame Erklärung des LG. Angenommen mit 18 gegen drei Stimmen bei zwei Enthaltungen, gab diese Verlautbarung ein Stimmungsbild innerhalb der radikalen Linken wieder, die von dem ausbrechenden nationalen Taumel vollkommen überrascht wurde. Zu sehr hatte man sich in der alten BRD, im Denken des Kalten Krieges eingerichtet und war dabei immer radikale Opposition gewesen, Opposition gegen revanchistische Bestrebungen jedweder Couleur. Und plötzlich wurde dies von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung in der DDR in Frage gestellt.

Natürlich hatte man als radikaler Linker den Einheitssozialisten in der DDR nie über den Weg getraut. Aber dass die Mehrheit der DDR-Bevölkerung nun schnurstracks dem Imperialismus (so wurden die führenden kapitalistischen Staatsgebilde damals unisono genannt) in die Arme lief und noch nicht mal mehr Versatzstücke des Realsozialismus retten wollte, das brachte Weltbilder zum einstürzen.

Die Erklärung des LG ist ein schönes Beispiel, wie sich schon mal kräftig in die Tasche gelogen und Wunschträume schriftlich fixiert wurden. Die dort behauptete internationalistische Zusammenarbeit mit Menschen aus aller Welt fand weder im Kampf gegen "Deutschland" noch in anderen Fragen statt, noch

wurden in der politischen Praxis konkrete Anstrengungen dafür unternommen. Dies galt für die Organisation KB in ihrer Gesamtheit.

Die Widerspruchslinien innerhalb des Kommunistischen Bundes waren sehr schnell abgeklärt. Die Mehrheitsströmung sah es als zentrale Aufgabe an, "eine politische Front aufzubauen, die alle Elemente, die sich gegen das Großmachtstreben wenden, anspricht. (...) Es wäre die Aufgabe, eine ‚radikale Linke` zu schaffen, die sich nicht entlang ideologischer Übereinstimmung in der antinationalen Auffassung findet, sondern in dem Bestreben, in praktisch politischer Hinsicht alle radikalen Gegner der Großmacht BRD zu vereinigen." (ak 317 vom 2.4.1990)

...oder "DDR muss bleiben"

Für die KB-Minderheit war die alleinige Messlatte und einziger Orientierungspunkt der Widerstand gegen Großdeutschland und gegen das drohende "Vierte Reich". In schlechter alter Dogmatikertradition wurde jedeR, der diese Einschätzung nicht teilte, mindestens zum verkappten Nationalisten und Befürworter der drohenden gesellschaftlichen Entwicklung gemacht. Wortradikal erklärte es die Minderheit in einem Papier zur Mitgliederversammlung des KB im März 1990 zur zentralen Aufgabe, dass "die BRD-Linke den Hass auf das eigene Vaterland schüren und es bekämpfen" müsse. Nur wie und mit wem, wurde nicht gesagt. Da wurde gar die Zusammenarbeit mit der DDR-Linken abgelehnt, weil das schon eine Art der Akzeptanz des Einheitsprozesses darstelle. Als "konstituierend für eine neue radikale und sozialistische Linke" sah die KB-Minderheit die "Stellung zum deutschen Wiedervereinigungsprozess, dem neuen Großdeutschland und dem deutschen Nationalismus." (ak 319, 28. Mai 1990) Der neue Hauptwiderspruch war gefunden, und alles, aber wirklich alles diesem Thema untergeordnet.

Die Vereinigung war nicht zu verhindern

DDR muss bleiben! hieß dagegen die Parole, mit der der KB im Januar 1990 auf der Liebknecht/Luxemburg-Demo mit einer ak-Sonderausgabe (damals noch Arbeiterkampf/Zeitung des Kommunistischen Bundes) intervenierte. Im Aufmacher heißt es: "Uns liegt daran, mit Euch zusammen die Existenz einer souveränen, nicht-kapitalistischen DDR zu verteidigen. Die DDR soll keine ‚Bananenrepublik`, keine billige Produktionsstätte der BRD-Konzerne werden. Sie soll auch kein etwas ärmeres Abziehbild der BRD-Gesellschaft werden. Es muss auf deutschem Boden ein Staat bleiben, der sich wenigstens ein Stück weit dem totalen Zugriff der BRD-Konzerne entzieht."

Alle Pläne, die DDR als eigenständigen Staat zu erhalten, eine Föderation einzugehen oder eine schrittweise Annäherung und Integration zu versuchen, wurden von zwei Seiten in die Zange genommen: von den konservativen Kräften in der BRD und der überwiegenden Mehrheit der DDR-Bevölkerung. "Kommt die D-Mark, bleiben wir, kommt sie nicht geh'n wir zu ihr!" war die Hauptparole auf den Leipziger Montagsdemos zu Beginn des Jahres 1990. Eine Drohung, die hervorragend in die Strategie der westdeutschen Vereiniger passte und den Prozess der Annexion drastisch beschleunigte. Die einen wollten die "geschichtliche Mission" erfüllen (d.h. die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges revidieren), die anderen möglichst rasch am westdeutschen Wohlstand partizipieren.

Die deutsche Vereinigung war ein Abfallprodukt beim Zerfall der realsozialistischen Hemisphäre und für die Herrschenden in Westdeutschland ein vollkommen unerwarteter "Glücksfall". Unbestritten ist, dass die imperialistischen Staaten mit ihrer Politik der militärischen Bedrohung (der Strategie des "Totrüstens"), verknüpft mit der sozialliberalen Politik des "Wandels durch Annäherung", den Zerfallsprozess voran trieben. Aber die Probleme der RGW-Staaten waren vor allem hausgemacht; große Teile der deutschen Linken, die diesen entscheidenden Tatbestand übersahen, rannten wie kopflos durch die Gegend.

Großmachtpolitik ist nicht gleich Expansion

Fast nie wurde in der linken Diskussion die Frage gestellt, wie die Vereinigung gestoppt werden konnte. Das einzige Mittel wäre eine militärische Intervention der SU oder der Westalliierten gewesen, die denn auch - umschrieben als "Vollbremsung der Alliierten" (Detlef zum Winkel in konkret 1/1990) - in die Debatte geworfen wurde. Dass eine militärische "Lösung" der realsozialistischen Krise überhaupt nicht wünschenswert war, hatte ak-Redakteur Kt. schon im Juni 1989 hervor gehoben, als er schrieb: "Es scheint, dass diese erste experimentelle Form des Sozialismus nicht mehr zu retten ist, so dass es am zweckmäßigten wäre, wenn sie

sich ohne große Konflikte und Massaker transformieren und damit die relativ günstigen Bedingungen für einen neuen Anfang offen lassen würde. Die schlimmste Variante wäre, dass das chinesische Beispiel Schule macht." (ak 308, 26.6.1989; gemeint ist das von der chinesischen Staats- und Parteiführung angeordnete Massaker auf dem Platz des himmlischen Friedens in Peking im Juni 1989)

Die Defizite der realsozialistischen Gesellschaftsordnung wurden in einem Thesenpapier zur KB-Mitgliederversammlung am 17./18.3. 1990 so formuliert: "Die realsozialistischen Staaten waren über die vergangenen 40 Jahre hinweg nicht in der Lage, ein Gesellschaftssystem aufzubauen, das sich für die Mehrzahl der Menschen als ein dem kapitalistischen überlegenes oder zumindest gleichwertiges erwiesen hätte. (...)Trotz hohen Standes der Industrialisierung haben diese Staaten für die Menschen im wesentlichen eine Mangelwirtschaft hervorgebracht. Demokratie, demokratische Rechte für Gruppen und Individuen, freie Entfaltung des Individuums sind scheinbar innerhalb der kapitalistischen Struktur weiter entwickelt als in der realsozialistischen." (ak 317)

Mit dem Kollaps des Realsozialismus wurde nicht nur die Nachkriegsordnung ausgehebelt; auch die wenigen Grundfesten der westdeutschen Linken stürzten ein. Die von der antideutschen Fraktion in aller Eile gezimmerten Analysen der neuen Lage beschworen die Gefahr, dass die innerimperialistischen Widersprüche beim Wegfall des gemeinsamen Gegners wieder aufbrechen und eskalieren würden - bis hin zum Krieg.

Ich wage die These, dass dieses Imperialismusverständnis heute keine Gültigkeit mehr hat. Im Vordergrund steht die ökonomische Durchdringung und nicht die direkte Landnahme. Die räumliche Annexion ist für die Eroberung von Märkten nicht mehr vonnöten (solange es in diesen Ländern keine ernst zu nehmenden Bestrebungen gibt, sich dem Einfluss der Konzerne zu entziehen). Die Verwertungsbedingungen des Kapitals richten sich heute noch weniger als vor Jahren nach den nationalen Grenzen aus. Die Großkonzerne haben immer weniger ein Vaterland. (Hier wäre sicherlich noch einiges an Untersuchungstätigkeit zu leisten.)

Das einzige imperialistische Land, das territoriale Veränderungen anstrebte, war (West-)Deutschland. Mit der Einverleibung der DDR scheint mir dieser Prozess abgeschlossen zu sein. Ich kann keine Entwicklungen erkennen, sieht man von den Vertriebenenverbänden und faschistoiden Kräften ab, die die jetzigen Grenzen, insbesondere die polnische Grenze zu Deutschland, in Frage stellen; Bedingung für die Zustimmung der Alliierten zur deutschen Vereinigung war die Anerkennung der polnischen Westgrenze durch die Bundesregierung.

Zurück zum KB, der zunächst als organisatorische Hülle zweier Strömungen bestehen blieb. Die politische Praxis differenzierte sich insofern aus, als die einzigen Bezugspunkte der KB-Minderheit das Projekt Radikale Linke (falls sich noch jemand an dessen Existenz erinnert) und die Initiative "Nie wieder Deutschland" wurden (an der fast ausschließlich Westlinke beteiligt waren). Innerhalb der KB-Mehrheit beteiligte sich ein großer Teil der GenossInnen am Herausbildungsprozess der PDS-Linken Liste - mit einigen Illusionen, was linke Einflussnahme anging.

Zehn Jahre danach ist die linke Weltenlage wieder einfach und überschaubar. Der Zustand der radikalen Linken in Deutschland ist noch erschütternder als damals. Organisierte radikal linke Politik hat de facto aufgehört zu existieren. Nach wie vor gibt es Teil"kämpfe", aber keine gesamtgesellschaftlich agierende radikale Linke. Das ist bedauerlich; wiewohl Versuche, diesen Zustand zu überwinden, zur Zeit nur voluntaristische Züge haben können.

gw.

7. Mythenbildender Demontierer

Autor: gw. · Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak443/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:443:26

Um aber die Fehler und Erfahrungen von Linken in der BRD zu reflektieren," schreibt Gaston Kirsche in der jungle world vom 11.10., "sollte man zuerst mit der eigenen Geschichte beginnen - wie in meinem Fall mit der des Kommunistischen Bundes (KB)". Man ist gespannt - und wird enttäuscht. Der Autor hat die schlechte Ausbildung, die er im deutschen Einigungsprozess in der KB-Minderheit genoss, leider bis heute nicht überwunden. Selbstkritische Reflexion sieht er ausschließlich bei seiner Gruppierung, stures Beharren dagegen bei der KB-Mehrheit und der ak-Redaktion: "Die KB-Mehrheit beschränkte sich in den folgenden Jahren darauf, einfach weiterzumachen wie zuvor. Entsprechend lautete der Titel der Jubiläumsausgabe ihres Zentralorgans 1997: 25 Jahre ak wir machen weiter. Der Grund, an dem der KB zerbrach, nämlich der Umgang mit dem Deutschtum nach 1989 kam nicht zur Sprache. Aus dem Arbeiterkampf wurde analyse & kritik. Zum Nato-Krieg gegen Jugoslawien brachte ak im April 1999 sogar die Überschrift ‚Stoppt den Krieg! Rettet die Menschen im Kosovo!` zustande."

Was will uns der Autor damit sagen? Dass wir besser den fragwürdigen und dem Inhalt der Zeitung längst nicht entsprechenden Namen "Arbeiterkampf" hätten weiter führen sollen? Interessant wäre auch zu erfahren, was er denn an unserer Überschrift zum NATO-Krieg zu bemängeln hat. Unsere Position war eindeutig: Gegen die NATO, gegen die deutsche Beteiligung am Krieg und gegen die aggressiv-nationalistische Politik der Milosevic-Regierung. Diese Position setzte sich bewusst und willentlich ab von der beschränkten Sicht des antideutschen Lagers.

Weiteres Grundmuster bei Gaston Kirsche: In ak gebe es eine "inhaltliche Beliebigkeit beim Thema Volk und Nation". Beweis: "So wurde in ak über eine ‚russische Volksseele` lamentiert (1997) oder der Antisemitismus gegen AussiedlerInnen im ostdeutschen Dorf Gollwitz mit den Ressentiments in der Ex-DDR gegenüber Westdeutschen gleich gesetzt (1998)". Wir hatten uns tatsächlich erlaubt, unter der Überschrift "Gollwitz und die Heuchler" die reine Linie der antideutschen Strömung in Frage zu stellen, für die feststand, dass in Gollwitz das nächste antisemitische Pogrom vorbereitet wurde. In ak 407 (23.10.1997) schrieben wir: "Wieweit die Missstimmung in Gollwitz ganz speziell darauf zurückzuführen ist, dass die 60 Menschen, die dort untergebracht werden sollten, Juden und Jüdinnen sind, hat noch niemand zuverlässig ermittelt. Dass heftige antisemitische Ressentiments laut wurden, ist unverkennbar." Und tatsächlich wurde von uns die These aufgestellt, dass die GollwitzerInnen auch auf die Ansiedlungspläne von "einfach nur RussInnen" oder "deutschstämmigen AussiedlerInnen" so reagiert hätten. Und jetzt kommts: "Auch ein Wessi, der sich in einem pommerschen Dorf ein Haus gekauft hat, wird dort wohl nicht gerade mit offenen Armen aufgenommen werden, (...) Eine ganz allgemeine Fremdenfeindlichkeit zum einen, nationalistische Ressentiments zum anderen bilden gerade in der ostdeutschen Provinz eine unentwirrbare Gemengelage."

Wichtig war uns dann noch, die von einer großen Koalition getragene staatliche "Abschreckungspolitik" gegen jüdische Einwanderung zu geißeln. Ein Gedanke, der in der antideutschen Sicht absolut keine Rolle spielte. Natürlich lässt sich über unsere Sichtweise diskutieren. Das ist aber gar nicht die Absicht von Gaston Kirsche. Seine Diagnose - "inhaltliche Beliebigkeit beim Thema Volk und Nation" - steht fest und muss nur noch "bewiesen" werden; wer wird es schon so genau nehmen und den umstrittenen Text noch einmal nachlesen?

Fazit: Gaston Kirsches Artikel "Demontiert die Mythenbilder!" ist ein missglückter Versuch, aus der "spannenden Widersprüchlichkeit" der KB-Geschichte zu lernen. Aber das war es wohl auch nicht wirklich, was der Autor vorhatte. Schade eigentlich.

gw.

8. Loben und loben lassen. Alles ist gut - Bilanzen der deutschen Einheit

Autor: Js. · Rubrik: Wiedervereinigung; Geschichte der BRD · CD-Datei: daten/aksuche/ak443/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:443:25

Dem neuen Feiertag der Deutschen, dem 3. Oktober, scheint das gleiche Schicksal beschieden wie weiland dem 17. Juni: Man freut sich über den freien Tag, der - wenn er so günstig liegt wie in diesem Jahr - ein verlängertes Wochenende beschert. Was stört, sind die Staus auf den Autobahnen, die Politikerreden und das eintönige Fernsehprogramm: Den unzähligen Bilanzen der Einheit, Ost-West-Talk-Runden und -Rückblicken ist nur schwer zu entkommen.

Einen richtigen Staatsmann schmerzt das Desinteresse der allermeisten Deutschen an ihrem Nationalfeiertag, und so schlug der deutsche Außenminister allen Ernstes vor, doch den unpopulären Einheitsfeiertag wieder abzuschaffen und durch den 9. November zu ersetzen. Eine "kritische" Begründung durfte natürlich nicht fehlen: Das Datum der Maueröffnung und der Reichspogromnacht vereine die guten wie die schlechten Seiten der deutschen Geschichte! Glaubt man Krenz und Schabowski, dann war die übereilte Maueröffnung am 9. November 1989 Folge eines Missverständnisses - dass ihr Dilettantismus die Erinnerung an den 9. November 1938 weiter verblassen ließ und damit zur Entsorgung der deutschen Geschichte beitrug, ist offensichtlich: Der 9. November ist fortan der Tag der nationalen Verbrüderung, dessen Bedeutung in der bierseligen Parole "Wahnsinn!" auf den Punkt gebracht wurde.

Nach dem Rausch kam nicht etwa der Kater, sondern "Normalität", lesen wir im Leitartikel der Zeit, der, wie es sich in einem Blatt für Intellektuelle gehört, mit einer kritischen Rückschau auf die europäischen Bedenken gegen die deutsche Vereinigung beginnt: "Angst ging um (auch in meiner Schweizer Heimat)", schreibt Roger de Weck, "aber es kam Normalität." Als Gast aus dem Nachbarland darf der Autor sodann ein Loblied anstimmen, das in seiner Peinlichkeit kaum zu überbieten ist. Die Deutschen seien "erwachsen" geworden, "selbstironisch" und "politischer" - obwohl sie doch einiges an Veränderungen zu verkraften hatten: "Auf die Teilung folgte die Einheit, (...) auf die Generation des Kriegs die des Friedens, auf 50 Jahre Frieden der Kampfeinsatz auf dem Balkan, auf Kulturkritik der neue Glaube an Technik und Wachstum, auf den deutschen Korporatismus das Börsenfieber..." usw. Unschönen Begleiterscheinungen des Wandels, so de Weck, sei die Politik mit "Augenmaß" entgegen getreten: "Zum Beispiel die Neonazis, Auswuchs der unvermeidlichen Werte- und Wirtschaftskrise im Osten: Den Glatzköpfen antwortete Deutschland zu spät, dann aber ebenso entschieden wie besonnen." Eigentlich unerklärlich, dass eben diese "entschieden und besonnen" bekämpften Nazis ausgerechnet um den 3. Oktober zur gewalttätigen Offensive gegen jüdische Einrichtungen ansetzten.

Dass die Bilanz der deutschen Vereinigung "überraschend positiv" ausfalle (Der Spiegel), ist unter den Meinungsführern und staatstragenden Politikern Konsens. Einzig der "Kanzler der Einheit" erdreistete sich, die Harmonie zu stören: "Die große Mehrheit der SPD-Führung" habe 1989 "in der Schicksalsfrage der Nation versagt" - "sie war drauf und dran, unsere Landsleute in der DDR kläglich im Stich zu lassen." Wirklich kläglich war die Reaktion der SPD auf diese "unwürdige" Attacke: Kohl wolle doch nur von "kriminellen Machenschaften in der eigenen Partei ablenken", befand Schröder. Dass ein erheblicher Teil der SPD 1989/90 keineswegs euphorisch an die Frage der "Wiedervereinigung" heran ging, darf heute offensichtlich nicht mehr zugegeben werden.

Tatsächlich hat Kohl einen Teil der historischen Wahrheit auf seiner Seite. Denn die von ihm und seiner Partei zusammen gestellten Zitate, in denen führende Sozialdemokraten ihre Skepsis gegenüber einer schnellen Einverleibung der DDR ausdrückten, sind ebenso authentisch wie Willy Brandts patriotischer Ausspruch: "Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört." Ähnlich uneindeutig präsentierten sich die Grünen. Während deren Abgeordnete im Bundestag ergriffen die Nationalhymne sangen, ließen sich andere von der Welle nationaler Begeisterung nicht mitreißen. Joschka Fischer sprach sich in seinen "Thesen zu einer neuen grünen Deutschlandpolitik" strikt gegen die "Wiedervereinigung" aus und begründete das mit der deutschen Verbrechensgeschichte: "In Deutschland 45 Jahre nach Auschwitz auf alles Nationale panisch zu reagieren, ist kein Anlass zur Scham und Kritik, sondern überlebensnotwendige Demokratenpflicht für mindestens weitere 45 Jahre." (taz, 16.11.1989)

Kohl geißelt das "Versagen" der Sozis

Eher aus Opportunismus denn aus nationaler Begeisterung trotteten große Teile der SPD, ihr Kanzlerkandidat Lafontaine eingeschlossen, am Ende hinter Kohl her, der mit seinem Zehn-Punkte-Plan vorgeprescht war; noch Anfang Dezember 1989 hatte Lafontaine diese Politik als "großen diplomatischen Fehler" und Ausdruck von "Ko(h)lonialismus" kritisiert.

Die Grünen nörgelten noch eine Weile herum und schickten sich dann an, die "Einheit mit zu gestalten". Heute halten auch sie es für ihre Pflicht, "Kohls Leistung anzuerkennen". Deutliche Distanz halten sie lieber zur PDS, deren Position im Osten beweist, dass man sich auch eine andere Lösung der "deutschen Frage" hätte vorstellen können. Heute behaupten die staatstragenden Parteien mit Ausnahme der PDS, zur "ko(h)lonialistischen" Einverleibung der DDR hätte es keine Alternative gegeben.

Der "Architekt" der sozialliberalen neuen Ostpolitik, Egon Bahr, macht in seiner Einheitsbilanz deutlich, dass die neue deutsche Außen- und Militärpolitik ganz in seinem Sinne ist. Sein Aufsatz im Freitag vom 1.10. zeigt, dass die "neue Ostpolitik" Willy Brandts alles andere war als "Verzichtspolitik". Bahr geht es, wie den noch aktiven außenpolitischen Strategen (vgl. ak 442), um deutsche "Interessenpolitik". Mit Genugtuung registriert er, dass "die Bundeswehrreform kein Thema ist, das irgendeinen Nachbarn beunruhigt". Überhaupt gelte: "Was das Gewicht des vereinten Deutschlands angeht, so ist Sorge deshalb nicht mehr zu spüren". Was leider wahr ist - wenn man von einigen ewigen Bedenkenträgern und unverbesserlichen Pazifisten absieht.

Js.

9. Harmonie satt PDS und Energie siegen in Cottbus

Autor: mb. · Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak443/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:443:33

"Der PDS stehen turbulente Zeiten bevor", so war im April in dieser Zeitung zu lesen. Diese Einschätzung hat sich als falsch erwiesen. Erstaunlich reibungslos hat die Partei den Führungswechsel an ihrer Spitze und an der Spitze der Bundestagsfraktion bewerkstelligt. Und auch die innerparteilichen Auseinandersetzungen über den weiteren Weg verliefen wider Erwarten in ruhigen Bahnen.

Hat der Osten gesiegt am 14. Oktober in Cottbus, oder war es doch eher ein symbolischer Sieg im "immer währenden" Kampf oben gegen unten? Tatsache ist jedenfalls, dass Energie Cottbus, bis zum damaligen Zeitpunkt Tabellenletzter in der ersten Fußball-Bundesliga, an diesem Samstag im heimischen Stadion den FC Bayern München mit 1:0 besiegte. Gregor Gysi machte sich gleich nach dem Spiel für die klassenkämpferische Interpretation stark. Ob das "Spielergebnis" der 1. Tagung des 7. Parteitags der PDS, die am selben Wochenende in Cottbus stattfand, ebenso interpretiert werden kann? Die öffentliche Berichterstattung spricht dagegen. Die taz titelte "Zonen-Gabi im Glück" und führte in ihrem Kommentar aus: "Die PDS ist so ostdeutsch wie ihre neue Vorsitzende Gabi Zimmer". Die Berliner Zeitung haute in die gleiche Kerbe: "Würde die PDS sich selbst als ostdeutsche Regionalpartei - spätestens seit Gysis Abgang ist sie das ganz offensichtlich - akzeptieren, hätte sie die ideale Vorsitzende. Für den selbst gesetzten Anspruch, auch den Westen zu repräsentieren, hat Gabriele Zimmer kein Konzept."

Wo nicht die Wahl der neuen Parteivorsitzenden in den Vordergrund gestellt wurde, sondern man sich den inhaltlichen Aspekten des Parteitags widmete, das gleiche Bild. "Die PDS präsentierte sich in Cottbus erstmals als normale Partei: machtbereit, aber inhaltsarm", so das vernichtende Resümee der Süddeutschen. "Die Partei des Demokratischen Sozialismus spricht inzwischen von Deutschland, wenn sie die gesamtdeutsche Bundesrepublik meint", kommentierte die FAZ und verwies damit nicht nur auf die großformatige Bühnendekoration, die Bertolt Brechts Zitat "dass ein gutes deutschland blühe" zierte. "Die PDS sieht sich mittlerweile veranlasst", so das Zentralorgan der Bourgeoisie weiter, "auch noch andere Begriffe neu zu setzen. So tauscht sie immer öfter die Vorsilbe ‚Anti-` gegen die Anführung ‚-kritisch`, etwa um das Wort ‚Kapitalismus` herum; sie tauscht auch ‚Systemopposition` um in ‚gesellschaftliche Opposition`". Wo die FAZ noch von einem "vorläufigen Eindruck" spricht, meint die junge Welt Unumstößliches zu erkennen: "Nebulöse Formulierungen wie die vom ‚Ringen um gesellschaftliche Mehrheiten`, von der Politik zum ‚Nutzen der Menschen` einerseits und vom zu bekämpfenden ‚linken Hochmut` andererseits sind nach der Verabschiedung des Leitantrags der Parteispitze faktisch zum Programm erhoben worden."

Der Leitantrag war vom neuen Führungstrio der Partei vorgelegt worden - Gabi Zimmer, dem Gysi-Nachfolger als Fraktionsvorsitzendem im Bundestag, Roland Claus, und dem alten wie neuen Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch. Wichtigste Botschaft darin: Die PDS signalisiert der SPD offene Koalitionsbereitschaft. Im O-Ton klingt das so: "Es geht darum, den gesellschaftlichen Druck auf die Bundesregierung so zu vergrößern, dass mittelfristig ein Mitte-Links-Bündnis unter Einschluss der PDS möglich und eine Wende zu einer demokratischen, sozialen und ökologischen Reformpolitik realisierbar wird."

Ran an die SPD - der Weg ist das Ziel

Aus der zutreffenden Selbstwahrnehmung und -beschreibung als "ostdeutsche Volkspartei" wird im Leitantrag die politisch wohl unvermeidliche Schlussfolgerung gezogen und der SPD "die Zusammenarbeit in den ostdeutschen Bundesländern" angeboten. Nach den Auseinandersetzungen in Münster und im Zuge der Programmdebatte, die allerdings nach dem Münsteraner Parteitag merklich an Schwung verloren hat, war es kaum zu erwarten gewesen, dass der Leitantrag fast unwidersprochen angenommen wurde. Doch auch die Vertreter der KPF und des Marxistischen Forums sprachen sich nicht grundsätzlich gegen eine Zusammenarbeit mit der SPD aus, betonten aber, dass die Partei sich auch nicht verkaufen dürfe. Mit einer solchen Position dürften sie in der Partei nicht isoliert sein. Hans Modrow, der oftmals schon in diesem Sinne seismographisches Gespür gezeigt hat, gab zumindest Ähnliches zu bedenken. Die PDS würde sich der SPD zu sehr anbieten, nach dem Motto "Nehmt uns". Die FDP hingegen fordere die SPD noch heraus: "Kämpft um uns".

Warum ist der PDS-Parteitag, obwohl sich der Reformflügel inhaltlich durchsetzen konnte, so harmonisch verlaufen? Dieter Dehm, stellvertretender Parteivorsitzender und ehemaliges SPD-Mitglied, gibt eine überzeugende Erklärung: "Das ist die Antwort auf Münster, der Pendelschlag." Es spricht vieles dafür, dass die Delegierten nach den Ereignissen von Münster und dem Wechsel an der Parteispitze einfach nicht einen weiteren, das Bild der Partei in der Öffentlichkeit belastenden Parteitag wollten. Nimmt man den Begriff "Pendelschlag" allerdings ernst, so heißt das auch, dass in der PDS das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. Man kann nur hoffen, dass Jürgen Reents mit seiner Einschätzung des Cottbuser Parteitags recht behält. Gabi Zimmer, so der Chefredakteur des Neuen Deutschland, wolle "die Frage von Opposition, Tolerierung und Koalition nicht länger hierarchisch gedacht wissen -, sondern als parallele Möglichkeiten, über die je nach Einigungsmenge und Kräftekonstellation zu entscheiden ist. Und sie will die Kontroverse mit der Kommunistischen Plattform auf die Frage zuspitzen: Streit um eine bessere Gesellschaft oder um eine andere Partei?"

In den letzten Jahren war ein Problem innerhalb der PDS, dass alle Kritiker einer SPD-Annäherung als Dogmatiker und Traditionalisten gebrandmarkt wurden. Dies war wohl auch unvermeidlich, solange Strömungen in der Partei eine Art "historischen Radikalismus" betrieben, der sich darauf bezog, dass die DDR-Vergangenheit so schlimm nicht gewesen sei, und einen entsprechenden Politikstil weiter verfolgten. Diese Frontstellung ist auch heute noch nicht ganz überwunden, aber immerhin verschoben.

mb.

10. Abgründe einer Beamtenseele. Der Prozess gegen Cornelius Yufanyi ist eröffnet

Autor: Anke Schwarzer · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak443/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:443:10

Am 12. Oktober wurde im Amtsgericht Worbis in Nordthüringen die Verhandlung gegen Cornelius Yufanyi eröffnet. Wegen Verstoßes gegen die Residenzpflicht hatte der Asylsuchende aus Kamerun zuvor einen Strafbefehl über 600 DM erhalten. Da Cornelius Yufanyi es nicht einsieht, auch nur einen Pfennig für seine Bewegungsfreiheit zu zahlen, muss er sich nun vor Gericht verantworten (vgl. ak 442). Die Verhandlung wurde aber ausgesetzt und wird an einem noch nicht bekannten Termin wieder aufgenommen.

Mit dem Prozess möchte der Flüchtling auf den diskriminierenden Aspekt der Residenzpflicht aufmerksam machen. Cornelius Yufanyi ist Mitglied in der Flüchtlingsorganisation The Voice, die gemeinsam mit der bundesweiten Initiative Karawane Für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen gegen dieses Gesetz protestieren. Seit 1982 unterliegen Asylsuchende, deren Anträge noch bearbeitet werden, einer Aufenthaltsbeschränkung nach dem Asylverfahrensgesetz - die sogenannte Residenzpflicht. Es ist ihnen verboten, die Kreisgrenze bzw. die Grenze des Verwaltungsbezirks, in dem sie gemeldet sind, zu überschreiten. Bei mehrmaligen Verstößen gegen die Residenzpflicht, wie im Falle Yufanyis, droht eine Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr, eine Geldstrafe bis zu 5000 Mark oder der Ausweisungsbescheid.

Rund 70 UnterstützerInnen und BeobachterInnen versammelten sich am Prozesstag vor dem Gebäude des Amtsgerichtes zu einer Protestkundgebung gegen die Residenzpflicht und zur Unterstützung des Angeklagten. Der Sicherheitsaufwand war beträchtlich: martialisch ausgerüstete Polizeieinheiten im Hinterhof, Leibesvisitationen (inklusive Metalldetektor) aller ProzessbesucherInnen und Zivilpolizisten im Sitzungssaal.

Gleich zu Beginn des Prozesses beantragte der Verteidiger, Ulrich von Klinggräff, den Fall an das Bundesverfassungsgericht zu überweisen. Die Residenzpflicht verstoße gegen das Recht auf Freizügigkeit, gegen die Versammlungsfreiheit und andere grundgesetzlich verbriefte Rechte. Angesichts der rassistischen und antisemitischen Angriffe verweigere die Residenzpflicht Flüchtlingen den Schutz. Sie würden gezwungen an Orten zu bleiben, an denen sie tagtäglich Gefahr laufen, von Rechtsextremen verletzt zu werden. In der aktuellen Debatte über rechte Gewalt dürften die Opfer nicht zu Objekten gemacht werden, indem ihnen verweigert werde, sich selbst zu organisieren und zu Wort zu melden. Der Anwalt erläuterte, dass auf Grund der gesellschaftlichen Entwicklung eine neue Sachlage gegenüber der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes von 1997 besteht. Juristisch ist das die Voraussetzung dafür, dass das Bundesverfassungsgericht über Gesetze neu verhandeln soll, über die es schon einmal entschieden hat. Damals hatte das Gericht nämlich die Residenzpflicht für grundgesetzkonform erklärt.

Die Richterin des Amtsgerichts Worbis konnte in dem Sondergesetz für Flüchtlinge aber keinen Grundrechtsverstoß erkennen. Der Berliner Rechtsanwalt Ulrich von Klinggräff zeigte sich dennoch zufrieden mit dem ersten Prozesstag: "Von dem Einzelfall weg, wurde das Gesetz ins Zentrum gerückt. Es geht nicht nur um einen Freispruch. Das Gesetz muss weg." Als kleinen Erfolg bewertete der Rechtsanwalt auch, dass die Verhandlung nicht ohne großes Aufsehen wie sonst über die Bühne ging. Während ähnliche Verstöße in der Regel in einer halben Stunden verhandelt werden, dauerte der Prozess am 12. Oktober über zwei Stunden und ist jetzt wegen weiterer Ermittlungen für unbestimmte Zeit ausgesetzt.

Da der geladene Zeuge Manfred Schäfer, Mitarbeiter der Ausländerbehörde Eichsfeld, nicht beweisen konnte, dass sich der Angeklagte unerlaubterweise im Frühjahr dieses Jahres in Jena aufgehalten hatte, wurde der Prozess ausgesetzt. Vermutlich wird bei der nächsten Verhandlung ein neuer Zeuge geladen werden.

Bei der Befragung des Zeugen Schäfer kam zudem an Licht, dass unter seiner Verantwortung angebliche Erkenntnisse über den Angeklagten unzulässigerweise an das Bundesamt für die Anerkennung von ausländischen Flüchtlingen weitergeleitet wurden. Dafür erhielt er einen Rüffel von der Datenschutzbeauftragten des Landes Thüringen.

Der Brief enthielt außerdem klischeehafte Unterstellungen, wonach Cornelius Yufanyi lediglich nach Deutschland gekommen sei, um politischen Unfrieden zu stiften ("er nutzt seinen Aufenthalt vorwiegend, um

politisch tätig zu werden"). Seine Anwesenheit im Wohnheim beschränke sich nur auf die Tage der Geldauszahlung und er treibe sich mit deutschen Frauen herum (Yufanyi werde "oftmals von einer deutschen Studentin aus Niedersachsen begleitet").

Die Proteste gegen die Residenzpflicht gehen weiter. Die Haupträger der aktuellen Kampagne, The Voice und die Karawane, rufen zu zivilem Ungehorsam gegen die Residenzpflicht auf: Flüchtlinge sollen sich weigern, nach einer Reiseerlaubnis zu fragen und Bußgelder zu bezahlen.

"Die Abschaffung diskriminierender, grundrechtseinschränkender Sondergesetze gegen Asylsuchende wäre ein angemessener Beitrag der politischen Klasse im viel beschworenen ‚Ruck gegen Rechts`", so das Komitee für Grundrechte und Demokratie in Köln. Die strafrechtliche Verfolgung der Verstöße sei "offizielle ‚rechtsradikale Politik`".

Anke Schwarzer

11. Dialoge und Parolen. Wie "Gegenstrategien" Neonazis in Ostdeutschland erst recht aufwerten

Autor: Christian Grünert · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak443/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:443:08

Nach der medialen Sommerdebatte über Rechtsextremismus sehen sich ostdeutsche Kommunalpolitiker in Zugzwang, auf die vor Ort fest verankerten rechten Jugendkulturen und den jahrelang ignorierten Straßenterror von rechts zu reagieren. "Foren gegen Gewalt" und "Runde Tische" sollen eine Ächtung von "Rechtsextremismus und Gewalt" bewirken. Doch die Auftritte von neonazistischen Kameradschaften und der NPD bei diesen Gesprächskreisen führen das Unterfangen ad absurdum.

Anfang September wandte sich der Oberbürgermeister der sachsen-anhaltischen Kreisstadt Schönebeck bei Magdeburg über den Lokalanzeiger an die Bevölkerung. "Mit großer Besorgnis", habe er beobachtet, dass auch im Landkreis Schönebeck die Gewalt gegen Ausländer zunehme. "Damit ist dem Ansehen der Stadt Schönebeck geschadet worden", so der Oberbürgermeister. Deshalb lud er für Mitte September die interessierten Bürger zu einem "Forum gegen rechte Gewalt" in das Gemeindezentrum der örtlichen Kirchengemeinde. Zum angekündigten Termin erschienen dann aber nicht nur interessierte Bürger, sondern auch die neonazistische Kameradschaft Schönebeck und Vertreter des NPD-Kreisverbandes Magdeburg. Man wolle "auf Basis von Demokratie und Meinungsfreiheit" an der Diskussion teilnehmen, erklärten die Neonazis. An einem "Forum gegen Gewalt" werde man sich gern beteiligen, so NPD Kreischef Gürtler. So kam man ins Gespräch: über das NPD Programm und die sozialen Nöte der Bürger. Dabei gingen Berichte, wie der einer Frau, deren farbige Tochter zwei Mal Opfer des Versuchs rechter Jugendlicher geworden war, sie aus der fahrenden S-Bahn zu werfen, beinahe unter.

Am Ende des Abends bekundeten Vertreter der Stadt und der Kirche ihr Interesse, den Dialog mit den Rechten fortzusetzen. In einer Gesprächsrunde, an der zehn Bürger und zehn Rechte teilnehmen sollen, wolle man der Motivlage der jungen Neonazis nachgehen. Ein erstes Treffen fand mittlerweile Anfang Oktober unter starkem Polizeischutz und in Gegenwart der landesweit aktiven paramilitärischen Neonazitruppe Selbstschutz Sachsen-Anhalt (SSA) statt. Während drinnen über das NPD-Programm gestritten wurde, machten Faschos von der SSA mit dem Auto Jagd auf Antifaschisten. Nach der Gesprächsrunde bat sich der OB zwei bis drei Wochen Bedenkzeit aus um zu klären, ob und wie der Dialog mit den Rechten fortzusetzen sei. Inzwischen gibt es von Seiten der PDS und der Grünen scharfe Kritik an dieser Art öffentlicher Aufwertung der Neonazis. Stattdessen wollen beide Parteien einen Stadtratsbeschluss über eine Informationsveranstaltung über die Strategien öffentlicher Auftritte von Neonazis herbeiführen. Auch die Vertreter der evangelischen Kirche überdenken ihre in der Wendezeit durchaus gerechtfertigte Praxis, Räume und Moderatoren für gesellschaftliche Konflikte zu stellen. Sichtlich schwer fällt es allerdings den Vertretern der Stadt und der Kirche zu begreifen, dass es sich bei den Rechten nicht um irregeleitete Anhänger einer Subkultur, sondern um organisierte Neonazis handelt.

Das Auftreten von NPD und Kameradschaften ist von einem taktischen Verhältnis zu einander geprägt. Für die Kameradschaften, die sich in der Regel offen zum Nationalsozialismus bekennen, ist die NPD die organisatorische und politische Plattform, von der aus sie im legalen Rahmen operieren. Aktionen am Rande der Legalität, wie Fackelaufmärsche zum Hess-Gedenken oder Konzerte, werden unter eigenem Namen veranstaltet. Die NPD hingegen braucht die Kameradschaften als Mobilisierungsreservoir für Aufmärsche und andere öffentliche Auftritte. Seit Jahren ist bekannt, dass Doppelmitgliedschaften in der mittleren Führungsebene vor allem ostdeutscher Landesverbände die Regel sind, nicht die Ausnahme. Nach Informationen des Antifaschistischen Infoblatts wurden Ende der neunziger Jahre systematisch Funktionsträger aus den verbotenen neonazistischen Organisationen FAP, NF, NO in die NPD integriert. Eben dieser Personenkreis bemüht sich seitdem um den Aufbau eines Netzes unabhängiger Kameradschaften.

Indes belassen es NPD und Kameradschaften in Ostdeutschland nicht bei hohlen ausländerfeindlichen Parolen. Vielmehr greifen sie gezielt Themen auf, die die Bevölkerung beschäftigen. Das reicht von der Abwasserverordnung bis zum Kindesmissbrauch und von Drogen bis zur Arbeitslosigkeit. Im kommunalen Kontext durchaus sachkundig, weisen die Neonazis auf die Leerstellen der etablierten Politik hin. Mit argumentativen Gespür stellen sie Verbindungen zu den in Ostdeutschland weit verbreiteten

Homogenitätsvorstellungen, davon wie man zu leben habe, und autoritären Bildern von sozialer Gerechtigkeit und Sozialismus her.

Die NPD und ihr Umfeld haben erkannt, dass mit Antikommunismus und der Beschwörung der PDS als Gefahr im Osten niemand hinter dem Ofen hervorzulocken ist. Im Gegenteil - die soziale Alltagsverankerung der PDS gilt als Vorbild. Noch fehlt der Partei dazu allerdings das seriöse Personal, das Mieter- und Sozialhilfeberatung oder Stadtteilarbeit umsetzen könnte. Argumentativ anknüpfen können die Rechten in Ostdeutschland auch an die Ressentiments gegen die Westdeutschen, hinter denen zum Teil eine Ablehnung positiver liberaler Werte wie z.B. Bürgerrechte für Minderheiten steht. Schließlich gereicht es den Rechten zum Vorteil, dass ihnen im kommunalen Kontext kaum jemand widerspricht, wenn sie Ausgrenzung von Minderheiten und soziale Gerechtigkeit nur für Deutsche fordern. Initiativen aus Kultur und Sozialarbeit haben kommunal einen schweren Stand, wenn sie sich mit Asylbewerbern oder alternativen Jugendkulturen solidarisieren. Letztere stehen vielerorts mit dem Rücken zur Wand und unterliegen einer doppelten Diffamierung: als extremistische Chaoten von Seiten der Stadtverwaltung und der Verfolgung als "linke Zecken" durch rechte Jugendliche. Von daher besteht die Gefahr, das Neonazis auf zwei Ebenen Akzeptanz finden: durch den Straßenterror und durch öffentliche Aufwertung in kommunalen Gremien.

Christian Grünert

12. Der Vertrag gegenseitiger Indifferenz. Warum aus Schröders "Aufstand der Anständigen" nichts werden kann

Autor: Enzo Traverso · Rubrik: Theorie · CD-Datei: daten/aksuche/ak443/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:443:04

Der Jargon der staatlichen "Antifaschisten" ist um einen neuen Slogan reicher: Einen "Aufstand der Anständigen" forderte Schröder nach dem Anschlag auf die Düsseldorfer Synagoge. "Anständig" - das zumindest zweideutige Wort ließ nicht nur Wiglaf Droste (taz, 6.10.) an Heinrich Himmlers Ausspruch denken, die SS sei "auch in schwierigster Lage immer anständig geblieben". Jenseits dieser - unbedingt legitimen - Assoziation kann "anständig" aber auch eine positive Bedeutung haben. So leitet der Politologe Enzo Traverso seine Überlegungen zu einer "ethischen Neudefinition des Sozialismus" mit einem Zitat von Edmund Burke ein: "Eine notwendige Bedingung für den Triumph des Bösen ist, dass die anständigen Leute nichts unternehmen." Warum die "Anständigen" in einer "atomisierten Gesellschaft egoistischer Individuen" angesichts von Unrecht und Gewalt untätig bleiben (müssen), zeigt Traverso anhand der Analysen des marxistischen Philosophen Norman Geras.

Die Passivität der Welt angesichts des Mordes an den Juden zeigt eine viel allgemeinere Haltung unserer Gesellschaften, wenn sie mit Unterdrückung und Gewalt konfrontiert sind, die die Politik ins Mark trifft. Geras schlägt vor, diese Haltung in Begriffen der politischen Philosophie als "Vertrag gegenseitiger Indifferenz" zu bezeichnen. Diese implizite Norm, die in den modernen Gesellschaften dominant ist, postuliert den egoistischen Rückzug und die Untätigkeit angesichts des Unglücks des Anderen: Ich werde dem Opfer der Unterdrückung und der Ungerechtigkeit nicht helfen; ich tue nichts, ihn zu retten, wenn sein Leben in Gefahr ist; gleichzeitig darf ich auf keinerlei Hilfe hoffen, wenn ich mich in einer ähnlichen Lage befinde.

Natürlich handelt es sich bei diesem "Vertrag" nur um einen "Idealtypus", um eine paradigmatische Figur, die in der gegenwärtigen Welt die dominierende Tendenz darstellt, ohne jedoch alle menschlichen und gesellschaftlichen Verhaltensweisen abzudecken. Würde sie sich ohne Ausnahme verallgemeinern, würde das Leben auf unserem Planeten unmöglich werden; das wäre dann der Triumph des Zynismus und der grenzenlosen Gewalt. Aber, sagt uns Geras, der grundlegende Widerspruch dieses Vertrages liegt genau darin, dass er eine absolut unerträgliche moralische Realität impliziert; er beschreibt Verhaltensweisen und bezeichnet eine praktische Norm, aber kein universales ethisches Prinzip; viele, die ihn in der Praxis respektieren, sind bereit, ihre Bewunderung für jene auszudrücken, die den Mut und die Mittel gefunden haben, ihn außer Kraft zu setzen. Abgesehen von einer kleinen Minderheit von Sadisten und Perversen, freut sich niemand am Leid der anderen oder delektiert sich am Schauspiel der Folter oder des Todes. Helden sind selten, aber wir sind sehr zahlreich, die Erzählungen ihrer Taten auf der Kinoleinwand oder in der persönlichen Lektüre genießen.

Der "Vertrag gegenseitiger Indifferenz" lässt die Solidarität als Ausnahme zu, als bewunderungswürdigen individuellen Akt, der jedoch in den Bereich der Philanthropie, des Heldentums oder der Heiligkeit, die den Normen der zivilen Gesellschaft immer fremd sind, abgedrängt wird. Eigentlich, betont Geras, ist der genannte "Vertrag" nur die verborgene Kehrseite des Liberalismus, eine politische Philosophie, die seit den lapidaren Formulierungen eines Benjamin Constant immer die Überlegenheit der "negativen Freiheiten" theoretisiert hat. In ihrem Bemühen, einen privaten Bereich der Individuen, der vor äußeren Einmischungen sowohl des Staates wie der anderen Mitglieder der Gesellschaft geschützt ist, zu bestimmen, wurden diese "negativen" Freiheiten den "positiven" Freiheiten, die als "alt" und überholt abqualifiziert wurden und die die Beteiligung, die bürgerliche Gesinnung, das Eingreifen in den öffentlichen Raum, die kollektive Aktion und die Solidarität für wertvoll erachteten, gegenübergestellt.

Der Liberalismus definiert juristisch ein Ensemble von individuellen Rechten, die, sofern sie universell respektiert werden, die Freiheit eines jeden garantieren sollen. Das schließt die Anerkennung der Rechte anderer und die Nicht-Einmischung in ihr Privatleben ein; er schreibt aber kein solidarisches Handeln vor. In dieser Perspektive werden die Ungerechtigkeit und die Unterdrückung ausschließlich als Verletzung des Rechtes, eines den Staat konstituierenden Rechtes gesehen, das der Staat daher verteidigen und durchsetzen muss.

In einem repräsentativen System, das die Gesellschaft entpolitisiert und es den Bürgern erlaubt, sich nicht für das öffentliche Leben zu interessieren, können letztere angesichts der Ungleichheiten, der Ungerechtigkeit und der Unterdrückung ruhig indifferent bleiben. Es erstaunt nicht, dass eine solche politische Philosophie - die man "Besitzindividualismus" getauft hat - besonders geeignet ist, sich in eine Ideologie einer vom Markt regierten Wirtschaftsordnung zu verwandeln, denn sie postuliert eine atomisierte Gesellschaft egoistischer Individuen. Der schreiendste Widerspruch eines solchen Ansatzes liegt darin, dass er die Aufgabe, den Verbrechen, deren Grund er selbst ist, vorzubeugen, sie zu verhindern oder ihre Folgen zu beseitigen, völlig dem Staat überantwortet, dem die Gewalt monopolisierenden Apparat und Instrument der schrecklichsten Katastrophen unserer Epoche. Für Geras "willigt die liberale Kultur in die moralische Indifferenz ein".

Enzo Traverso

Den Text entnahmen wir mit freundlicher Genehmigung des ISP-Verlages Enzo Traversos neuem Buch "Nach Auschwitz. Die Linke und die Aufarbeitung des NS-Völkermordes", ISP-Verlag, Köln 2000, 220 Seiten, 29,80 DM. Eine Besprechung des Buches folgt in einer der nächsten ak-Ausgaben.

13. Wie die Staats-Antifa Tote zählt ... und damit ihr Nicht-Handeln legitimiert

Autor: Helmut Schröder · Rubrik: SPD; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak443/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:443:27

Für die Bundesregierung und besonders für das Bundesministerium des Innern (BMI) platzte am 14. September eine Bombe. Die Frankfurter Rundschau und der Tagesspiegel dokumentierten gemeinsam über mehrere Seiten und in Extra-Ausgaben, dass seit der Wiedervereinigung bis zum Sommer 2000 in der BRD mindestens 93 Menschen von Neofaschisten getötet wurden. Gleichzeitig enthüllten die beiden Zeitungen mit dieser Dokumentation aber auch, dass die rot-grüne Bundesregierung - ähnlich wie die alte Kohl-Regierung - nicht einmal ein Drittel dieser Fälle in ihrer offiziellen Statistik erfasst hat.

Unter dem öffentlichen Druck musste Bundesinnenminister Otto Schily anschließend "Erfassungsdefizite" einräumen. Schily teilte mit, das eine "Projektgruppe" gebildet worden sei, "in der das Bundeskriminalamt (BKA) und die Landeskriminalämter (LKÄ) Vorschläge zur Verbesserung der Erfassungskriterien und Bewertungspraxis einarbeiten". (Tagesspiegel, 14.9.)

Für das BMI wurden die so genannten Defizite bei der Erfassung und der Bewertung von rechtsextremen Gewalttaten in den nächsten Tagen der Rettungsanker schlechthin. Dabei handelt es sich bei diesen "Defiziten" keineswegs um irgendwelche irrtümlichen Versäumnisse der Bundesregierung. Die bisher gültigen Erfassungskriterien hat sowohl die alte, als auch die neue Bundesregierung in scharfer Auseinandersetzung mit der parlamentarischen Opposition vorgenommen. Insbesondere durch die Kleinen Anfragen der PDS-Bundestagsfraktion war die jeweils zuständige Bundesregierung immer wieder dazu gezwungen worden, zu neofaschistisch oder rassistisch motivierten Tötungsdelikten und Gewalttaten Stellung zu beziehen.

1996 hatte dies die alte Bundesregierung dazu veranlasst, ihre bis dahin gültigen Erfassungskriterien zu verändern. Damals sah sich Bundesinnenminister Kanther mit dem Problem konfrontiert, dass die Zahlen des BKA und des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) weit auseinander gingen. Kanther verfügte, dass ab dem 1.1.1996 das BfV die Zahlen des BKA zu übernehmen habe. In einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der PDS-Fraktion heißt es hierzu: "Bis Ende 1995 wurden rechtsextreme Gewalttaten sowohl beim BKA als auch beim BfV registriert. Dabei kam es auf Grund unterschiedlicher Informationsquellen zu teilweise unterschiedlichen Bewertungen und infolgedessen auch zu unterschiedlichen Fallzahlen." (1) Als Begründung für den Erlass wurde folgende Antwort gegeben: "Zur Gewährleistung einer Vergleichbarkeit der Fallzahlen im Jahresrückblick hat das Bundesamt für Verfassungsschutz daraufhin rückwirkend bis 1990 seine Statistiken entsprechend korrigiert." (2)

Vertuschen, verheimlichen, fälschen ...

Konkret bedeutet dies: Während das BfV sich auch auf die Auswertung von Zeitungen und anderer Informationsquellen gestützt hatte, bekam und bekommt das BKA seine Zahlen über die Sondermeldedienste der LKÄ und verwertet auch nur diese gemeldeten Zahlen.

In der Folge ließ die Bundesregierung zehn rechtsextrem motivierte Tötungsdelikte aus der Statistik verschwinden. Führte die Bundesregierung bis 1996 für den Zeitraum von 1990 bis einschließlich 1993 insgesamt 21 Tötungsdelikte mit 23 getöteten Menschen auf, so wusste man nach diesem Erlass nur noch von 13 Toten und kam für den gesamten Zeitraum von 1990 bis 2000 auf nur 26 Menschen, die von Neofaschisten getötet worden sind.

Ergebnis des gleichen Erlasses war, dass auf diesem Wege 4.000 rechtsextreme Gewalttaten aus dem Zahlenwerk des BfV spurlos verschwanden. Der Pressesprecher des BfV erklärte zu diesem Vorgang: "Seit 1997 werden Sachbeschädigungen mit Gewaltanwendungen nicht mehr den Gewalttaten zugerechnet, die Vorjahreszahlen wurden entsprechend bereinigt." (taz, 21.9.2000) "Bereinigt" ist ein gute und treffende Beschreibung.

Die Bundesregierung ist offensichtlich bestrebt, das Problem der neofaschistischen Gewalt auf ein Problem der Statistik zu reduzieren. Dabei hat die Bundesregierung genau durch "Verbesserung" der

Erfassungskriterien in der Vergangenheit die Gewalttaten der Neofaschisten und Rassisten in diesem Land geleugnet und ihre eigene Tatenlosigkeit auf diese Bereinigung gestützt.

Wie das vonstatten geht, kann man am Umgang der Bundesregierung mit den durch Neofaschisten getöteten Obdachlosen in seiner ganzen Tragweite nachzeichnen. Konfrontiert mit der Tatsache, dass in der Dokumentation der FR und des Tagesspiegel seit Anfang 1999 bis zum Juli 2000 allein sieben Tötungsdelikte angeführt wurden, offiziell aber nur von zwei Fällen dieser Art die Rede ist, antwortete die Bundesregierung: "Über Hetze gegen Obdachlose in rechtsextremistischen Parteien und rechtsextremistischen Publikationsorganen liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor. In der Neonazi- und Skinheadszene wird nach den vorliegenden Erkenntnissen die Einstellung gegenüber Obdachlosen kaum thematisiert". Und auf die präzise Frage "welche konkreten Maßnahmen die Bundesregierung ... ergriffen hat, um Obdachlose zu warnen und zu schützen", äußert die Bundesregierung verschwommen und vage: "Die Sicherheitsbehörden des Bundes leiten Informationen über eine mögliche Gefährdung von Obdachlosen, wie auch sonst in Fällen einer möglichen Gefährdung von Personen oder Einrichtungen, an die örtlich zuständigen Behörden weiter." (3) Da man aber keine Informationen hat, konnte man - so muss man schließen - auch nichts weiterleiten. Die Regierung sieht keinen Handlungsbedarf, die potenziellen Opfer bleiben weiter ungeschützt. So wirken sich die "Erfassungsdefizite" praktisch aus ...

Helmut Schröder

Anmerkungen:

1) Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage "Erhebungen des Bundeskriminalamtes und des Bundesamtes für Verfassungsschutz über rechtsextreme Straftaten" vom 18.10.2000.

2) Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage "Erfassungsmerkmale für Tötungsdelikte aus rechtsextremer und ausländerfeindlicher Motivation" vom 5.10.2000.

3) Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage "Tatsächlich oder vermutlich rechtsextrem motivierte Tötungsdelikte gegen Obdachlose" vom 6.10.2000.

14. Mit Recht gegen Rechts? Der Ruf nach Law-and-Order dominiert in der Staatsantifa

Autor: Timo Nagel · Rubrik: Staat, Innere Sicherheit · CD-Datei: daten/aksuche/ak443/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:443:15

In der staatlichen Auseinandersetzung mit neofaschistischer Gewalt rufen Politiker aller Parteien nach Law-and-Order. Die Überlegungen reichen von einer Einschränkung des Versammlungsrechts bis hin zum Verbot der NPD. Auch der Bundesgrenzschutz (BGS) soll verstärkt im Landesinneren eingesetzt werden.

Erst unlängst wurde bekannt, dass die Zahl der rechtsextremen Straftaten im August drastisch angestiegen ist. Das Bundesinnenministerium (BMI) sieht sich allerdings momentan noch nicht in der Lage, "die Ursachen für den deutlichen Anstieg dieser Delikte klar einzuschätzen". In Betracht kämen sowohl etliche Nachahmungstaten, als auch ein geändertes Anzeige- und Meldeverhalten in der Bevölkerung, so das BMI. Auch die jüngsten antisemitischen Übergriffe anlässlich des "Tages der Deutschen Einheit" haben der staatlichen und medialen Rechtsextremismus-Debatte des Sommerlochs zusätzlich Auftrieb gegeben.

Das Gros der Politiker setzt bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus weiterhin auf Repression und Gesetzesverschärfungen. Fast schon ein Dauerbrenner bei der Law-and-Order-Profilierung sind die Forderungen aus Berlin, das Versammlungsgesetz zu verschärfen. Berlins Innensenator Eckart Werthebach (CDU) kündigte Ende September eine entsprechende Initiative für die gemeinsame Innenministerkonferenz von Bund und Ländern an. Generalbundesanwalt Kay Nehm forderte unterdessen eine Kompetenzerweiterung der Bundesanwaltschaft (BAW). Seine Behörde - so Nehm - soll zukünftig schon dann die Ermittlungen an sich ziehen können, wenn die Innere Sicherheit der BRD gefährdet scheint und nicht erst im Zusammenhang mit "kriminellen" oder "terroristischen Vereinigungen".

Jede Gelegenheit wird genutzt

Das CSU-Zentralorgan Bayernkurier stellt in seiner Ausgabe vom 30. September das Grundsatzpapier der CSU-Landtagsfraktion zur "Bekämpfung des Extremismus" vor. "Politisch-ideologische Erklärungsansätze" über die Ursachen rechter Gewalt lehnt die CSU allerdings ab. Für sie ist rechte Gewalt ein "Krankheitszeichen der Gesellschaft". Insofern gibt's nur eine Lösung - nach Meinung der bayrischen Hardliners müsse der Staat alle Möglichkeiten der Prävention und Repression ausschöpfen und "Null Toleranz" gegenüber jeder Form von Gewalt und Kriminalität üben. Vor allem drängen sie auf eine Änderung des Jugendgerichtsgesetzes, damit Straftaten von Heranwachsenden in der Regel nach Erwachsenenstrafrecht geahndet werden können, wenn ein extremistischer Hintergrund vorliege. Damit meint die CSU-Landtagsfraktion allerdings nicht nur Skins und Neonazis - sondern auch "Linksextremisten".

Der brandenburgische Justizminister Kurt Schelte (CDU) schlug im August vor, die US-amerikanische Strafvorschrift des "Hassparagrafen" in das deutsche Strafgesetzbuch zu übernehmen, wonach Körperverletzungen, denen als Motive Vorurteile zu Grunde liegen, härter bestraft werden sollen. Baden-Württembergs CDU-Innenminister Thomas Schäuble sowie SPD-Bundestagsfraktionschef Peter Struck wollen hingegen rechten Straftätern den Führerschein entziehen. Auch der Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) ist in den letzten Wochen nicht untätig geblieben. Zusammen mit seinen Länderkollegen aus Bayern und Sachsen treibt er das nicht unumstrittene NPD-Verbot voran. Der NPD-Verbotsantrag seitens der Bundesregierung steht nun unmittelbar bevor. Bundestag und Bundesrat sollen am 8. November bzw. 10. November den Antrag beschließen.

Darüber hinaus hat der Bundesinnenminister auf der inoffiziellen Innenministerkonferenz im August den Bundesländern den Einsatz des BGS zur Unterstützung der Länderpolizeien im Kampf gegen Rechts angeboten. Eine Sondertelefonnummer wurde beim BGS geschaltet, unter der aufmerksame Bürger direkt Meldung über rechtsradikale Vorfälle machen können. Ein Schritt mehr, mit dem der BGS über kurz oder lang zur Polizei des Bundes gemacht werden soll, der ohne Einschränkungen auch im Landesinneren tätig ist. Die Aufgabenteilung - Grenzschutz als Bundesangelegenheit, Gefahrenabwehr und Strafverfolgung als Ländersache - ist schon seit Jahren am bröckeln. Zu erinnern wäre da nur an die Eingliederung der Luftsicherheit und der Bahnpolizei durch das BGS-Neuregelungsgesetz 1994, die Einführung der ereignis-und anlassunabhängigen Kontrollen 1998, oder die Unterstützung des Bundesamtes für Verfassungsschutz auf

dem Gebiet der Funktechnik 1997, worin viele KritikerInnen einen Verstoß gegen das verfassungsgemäße Trennungsgebot von Polizei und Geheimdiensten sehen.

Relevant werden die Überlegungen, Aufgabenfelder für den BGS im Landesinneren zu suchen, vor allem vor dem Hintergrund der in absehbarer Zeit bevorstehenden EU-Ost-Erweiterung. Durch die Verschiebung der EU-Außengrenze wird gut ein Viertel der knapp 40.000 BundesgrenzschützerInnen ohne Tätigkeitsbereich sein. Schon gibt es laut FAZ vom 11. Oktober Überlegungen, wonach die späteren EU-Außengrenzen von GrenzschützerInnen mehrerer EU-Mitgliedsländer überwacht werden sollen. So könnte zumindest ein Teil des BGS außerhalb des Staatsgebietes der BRD "grenzsichernd" zum Einsatz kommen.

Dass rechte Gewalt alleine durch Law-and-Order verhindert werden kann, wie in den letzten Woche so oft propagiert wurde, bezweifeln nicht nur Linke. Auch Praktiker vor Ort haben ihre Zweifel. Am 30. August verurteilte der Strafsenat des Oberlandesgerichtes Naumburg drei rechte Schläger wegen gemeinschaftlichen Mordes an Alberto Adriano in Dessau im Juni diesen Jahres. Ein erwachsener Angeklagte erhielt eine lebenslange Freiheitsstrafe, die beiden Jugendlichen Jugendstrafen von neun Jahren. In seiner Urteilsbegründung gab der Vorsitzende Richter Albrecht Hennig zu bedenken, dass an das Strafrecht bei der Bekämpfung des Neonazismus nicht allzu hohe Erwartungen gestellt werden dürften. Das Strafrecht sei alleine kein taugliches Instrument gegen menschliche Dummheit und rassistische Borniertheit, so Henning. (FR, 1.9.)

Timo Nagel

15. Die Eskalation des israelischpalästinensischen Konflikts war absehbar

Die Eskalation des israelisch-palästinensischen Konflikts war absehbar

Autor: Achim Rhode, Anat Frumin · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak443/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:443:19

Die Ereignisse der vergangenen Wochen haben Israel/Palästina und die gesamte Region an den Rand eines Krieges geführt. Der "Besuch" des Likud-Vorsitzenden Ariel Sharon auf dem Haram ash-Sharif/Har Ha-Beit (Tempelberg) hat eine Kette von Reaktionen und Gegenreaktionen ausgelöst, die den Atem stocken lässt. Sharon ist einer der Hauptverantwortlichen für die Massaker an palästinensischen Flüchtlingen in Sabra und Shatila im September 1982, ein professioneller Kriegstreiber.

Doch die Gründe für den Zusammenbruch des Oslo-Prozesses liegen natürlich tiefer und haben mit Sharon nicht unmittelbar zu tun. Israelische Regierungen jedweder Couleur haben die Oslo-Verträge seit ihrer Unterzeichnung 1993 lediglich benutzt, um ihre ungebrochene Apartheidspolitik gegenüber den Palästinensern zu legitimieren. Einen historischen Kompromiss mit den Palästinensern haben sie nie ernsthaft angestrebt.

Die von Barak kürzlich in Camp David eingebrachten Angebote für die endgültige Beilegung des israelisch-palästinensischen Konfliktes laufen auf die Festschreibung eines notdürftig kaschierten, neo-kolonialen Abhängigkeitsverhältnisses des palästinensischen Subsystems von der israelischen Zentralmacht hinaus (siehe ak 442). Arafat konnte einen solchen Vertrag unmöglich unterschreiben - seine eigenen Leibwächter hätten ihn dafür erschossen. Offenbar hatte sogar Barak dies in den Wochen nach dem gescheiterten Gipfel in Camp David verstanden und sich in Sachen Jerusalem in bedeutendem Maße auf Arafat zubewegt.

Allen verfügbaren Informationen zufolge scheint ein Vertrag praktisch unterschriftsreif gewesen zu sein, welcher Jerusalem als Hauptstadt zweier Staaten und Ostjerusalem als palästinensische Hauptstadt etabliert hätte. Auch die Altstadt war im Grunde bereits aufgeteilt: Demnach sollten die armenischen und jüdischen Viertel unter israelische, die christlichen und muslimischen Viertel unter palästinensische Souveränität fallen. Entsprechend diesem Gedanken sollte die Klagemauer unter israelischer Souveränität bleiben und der obere Teil des Tempelbergs mit dem Felsendom und der al-Aqsa-Moschee den Palästinensern zugesprochen werden (die Moschee ist nach Mekka und Medina der dritte heilige Ort in der muslimischen Welt; von hier aus, glauben die Muslime, fuhr der Prophet für eine Nacht gen Himmel).

Einer Faustregel zufolge sind sozialdemokratisch geführte israelische Regierungen pragmatischer als national-chauvinistische Regierungen unter Führung des Likud. So auch in Sachen Jerusalem, wo es vor allem um Symbole geht. Wo immer es um nennenswerten Verzicht auf Territorien und Ressourcen und um die Anerkennung historischer Verantwortung geht - so in Fragen der Siedlungen, der Wasserrechte und der Flüchtlinge von 1948 - blieb Barak unnachgiebig wie eh und je. Wie dem auch sei, der unsägliche Coup de Force Sharons und die exzessive Gewaltanwendung seitens der israelischen Armee und Polizei, die ca. 100 Palästinensern das Leben gekostet und mehrere Tausend Verletzte verursacht hat, haben die Situation im Laufe der letzten Wochen ein für allemal verändert.

Oslo ist tot, und Israel wird nie wieder so sein, wie es bislang war - solch schicksalschwangere Voraussagen kann man dieser Tage in der israelischen Tagespresse lesen. Tatsächlich sind in den letzten zwei Wochen mehrere bislang scheinbar voneinander getrennte Problematiken unübersehbar miteinander verbunden worden: die Frage des endgültigen Status der besetzten Gebiete und Jerusalems, des Status der palästinensischen Minderheit innerhalb der Grenzen von 1948 sowie diejenige der regionalen Integration Israels. Letztere wird exemplarisch verdeutlicht anhand der Vorfälle an der Nordgrenze Israels zum Libanon, wo die Hizbollah auf den Wagen aufgesprungen ist. Sie wird ihre eigenen in Israel einsitzenden Leute gegen die drei von ihr gekidnappten israelischen Soldaten austauschen. Gleichzeitig halten sich die Organisation und ihre syrischen und iranischen Sponsoren die Option offen, mittels weiterer Entführungen israelischer Bürger auch die in Israel einsitzenden Palästinenser freizupressen. Das ist zwar zynisch und brutal, aber offenbar die einzige Möglichkeit, in dieser Angelegenheit bei israelischen Regierungen Gehör zu finden.

Unter der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten hat sich im Laufe der vergangenen Jahre eine Unmenge Frust angestaut angesichts der stetigen Verschlechterung ihrer Lebenssituation trotz (oder wegen?) Oslo. Arafats Administration diente israelischen Regierungen vor allem als nützlicher Puffer, um die besetzten Gebiete unter Kontrolle zu halten. Wer zählt noch die im Rahmen des Oslo-Prozesses von Israel nicht eingehaltenen vertraglichen Absprachen mit den Palästinensern? Die arrogante und beinharte Verhandlungsführung Baraks hat diesen Trend bestätigt und die Legitimität des Oslo-Prozesses in den besetzten Gebieten gen Null sinken lassen. Zwar haben die Leute dort mittlerweile die Notwendigkeit einer vertraglichen Einigung mit Israel akzeptiert. Doch Oslo scheint ihnen nicht einmal das für eine halbwegs menschenwürdige Existenz notwendige Minimum zu garantieren.

Trotz Oslo blieb die Apartheid

Arafat hat zwar seine Macht mit Hilfe eines ansehnlichen Repressionsapparates und eines geschickt gestrickten Netzes von Klientelverhältnissen abgesichert; ein allmächtiger Potentat ist er deswegen aber noch lange nicht. Die Al-Aqsa-Intifada ist ein genuiner Volksaufstand, dem sich Arafat aus taktischem Kalkül und purem Überlebenssinn nicht entgegensetzt. Er reitet den Tiger, aber er beherrscht ihn nicht. Dies ist ein gefährliches Spiel und ein zynisches dazu: Arafat ist sich der Tatsache durchaus bewusst, dass Bilder erschossener palästinensischer Kinder seine Verhandlungsposition stärken.

Der Lynchmob in Ramallah hat dieses Kalkül ad absurdum geführt: Trotz offenbarer Gegenwehr der palästinensischen Polizei hat eine bluthungrige Menschenmenge zwei israelische Reservisten innerhalb der Polizeistation von Ramallah ermordet und ihre Leichen in aller Öffentlichkeit geschändet. Wer diese Grenze überschreitet, beschädigt die eigene Menschlichkeit. Der politische Schaden dieses schrecklichen Vorfalles für die palästinensische Administration ist weit größer als der durch die israelischen Vergeltungsschläge angerichtete Sachschaden.

Arafat reitet den Tiger

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Kräfteverhältnisse in den besetzten Gebieten weiterentwickeln werden. Mit Marwan Barghouti, dem Chef der paramilitärischen Tanzim-Brigaden, ist ein Angehöriger der internen Elite ins Rampenlicht gerückt. Barghouti entstammt einer einflussreichen Familie innerhalb der Westbank; als AStA-Vorsitzender der Universität Birzeit in den Jahren der Intifada hat er sich weit über die Grenzen der eigenen Fatah-Fraktion hinaus den Ruf eines integeren und engagierten Befreiungskämpfers erworben. Arafat stützt sich bislang vor allem auf seine alten Weggefährten aus den Jahren des Exils; die in seiner Abwesenheit innerhalb der besetzten Gebiete gewachsene Führung hat er weitgehend kaltgestellt. Dies könnte sich nun ändern; die Generation der Intifada-Aktivisten der 80er Jahre ist erwachsen geworden und hat nur sehr begrenzten Respekt vor dem Denkmal Arafat.

Die israelische Armee wird die besetzten Gebiete nicht wieder unter Kontrolle bekommen. Zu viel ist passiert; die Leute haben nicht mehr genügend Angst vor der geballten israelischen Militärmacht. Israel kann zwar die Westbank und Gaza militärisch erobern und die dort lebende palästinensische Bevölkerung in die Knie zwingen; eine längerfristig angelegte politische Strategie gibt es aber für ein solches Horrorszenario nicht. Jüdische Siedler würden ihre Hochsicherheitstrakte dann nur noch per Hubschrauber erreichen und verlassen können, und die Weltmeinung würde sich endgültig gegen Israel wenden.

Zudem würden bedeutende Teile der israelischen Bevölkerung selbst eine steigende Zahl von Opfern unter den eigenen Truppen nicht lange tolerieren. Tina Turner ist auch in Israel beliebt: We don't need another hero! Die Evakuierung der meisten jüdischen Siedlungen und der Rückzug der israelischen Armee aus den besetzten Gebieten sind deshalb nur noch eine Frage der Zeit. Die Besatzung geht ihrem Ende entgegen. Aber um welchen Preis?

Der dominante israelische Diskurs war bislang derart selbstbezogen und realitätsfremd, dass die jüngsten Entwicklungen eine tiefe Krise im öffentlichen Bewusstsein der jüdisch-israelischen Mehrheit ausgelöst haben. Die weit reichendste Erschütterung des israelischen Selbstbildes vom demokratischen und friedliebenden Unschuldslamm inmitten eines Meers von blutrünstigen, fundamentalistischen und irrationalen Arabern fand ausgerechnet innerhalb Israels selbst statt. Sharons Provokation löste auch unter der palästinensischen Minderheit innerhalb des Staates Israel, die offiziell gleichberechtigte Staatsbürger sind, einen Sturm des Protestes aus.

Bislang hatten die "israelischen Araber", wie sie in offizieller Diktion heißen, stets von einer aktiven Unterstützung des Befreiungskampfes der Palästinenser in der Westbank und Gaza abgesehen. Die überwältigende Mehrheit der Palästinenser israelischer Staatsangehörigkeit (immerhin eine Million Menschen, bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 6 Millionen) hat bei den Wahlen im vergangenen Jahr für Barak gestimmt. Was hat Barak damals getan? Er hat die arabischen Parteien keines Blickes gewürdigt und stattdessen eine Koalition u.a. mit Parteien gebildet, die für Netanjahu gestimmt hatten - ein jüdischer Staat braucht eine jüdische Regierung, so die Message. Palästinenser sind in Israel allenfalls "Mitbürger", und das seit 50 Jahren. Nun haben diese "Mitbürger" von ihrem Recht auf freie politische Meinungsäußerung offensiv und flächendeckend Gebrauch gemacht.

Arabische Israelis mischen sich ein

Die israelische Polizei ist mit derartiger Brutalität gegen diese Proteste vorgegangen, dass selbst viele jüdische Israelis sich entsetzt zeigten. Mehr noch: In zahlreichen Orten in Israel gingen jüdisch-israelische Mobs randalierend und brandschatzend gegen Palästinenser vor; in Nazareth wurden bei diesen Zusammenstößen unter den Augen einer verdächtig untätigen israelischen Polizei zwei Palästinenser erschossen. Die Polizei hatte dort nach eigenen Angaben aber gar nicht scharf geschossen... Der Beauftragte Baraks für arabische Angelegenheiten, Matan Vilnai, hat diese Vorfälle mit den schärfsten Worten kritisiert, die je ein Angehöriger einer israelischen Regierung diesbezüglich gefunden hat: Das Vorgehen der jüdischen Mobs gleiche den antisemitischen Pogromen in Europa.

Auch Barak hat diese Kritik später in abgeschwächter Form übernommen und die Polizei zu einer gleichmäßigen Verfolgung aller Straftaten unabhängig von ethnischen Kriterien aufgefordert. Das Verhältnis zwischen jüdischen und palästinensischen Bürgern Israels wird sich durch diese Vorfälle verändern. Die vermeintliche jüdisch-israelische Unschuld ist endgültig dahin; ab jetzt wird die palästinensische Minderheit um ihre Rechte nicht mehr betteln. Auch die Verhandlungsposition Israels gegenüber der palästinensischen Administration ist dadurch geschwächt.

Wie soll es jetzt bloß weitergehen? Die Ergebnisse des Krisengipfels in Sharm al-Shaikh versprechen eine kleine Atempause, so sie denn umgesetzt werden. Sie stellen den Versuch dar, die Situation auf dem Niveau des Wye-River-Abkommens vom letzten Jahr zu stabilisieren. Viele palästinensische Kommentatoren, etwa Hanan Ashrawi, bezweifeln allerdings, ob es möglich ist, das Rad einfach zurückzudrehen. Klar ist: Die Gewalt muss aufhören, damit die Beteiligten wieder reden können. Barak muss endlich einsehen, dass dies nicht per Dekret durchzusetzen ist, man muss den Leuten schon einen Grund geben innezuhalten. Eine Deeskalationstaktik seitens der israelischen Militärs wäre ein Zeichen in die richtige Richtung.

Die umgehende Fortsetzung der Verhandlungen ist zwingend notwendig. Ein regionaler Krieg muss unbedingt vermieden werden. Barak und Arafat müssen schnellstmöglich weitere Verhandlungsergebnisse erzielen, um das Gesetz des Handelns von der Straße weg wieder an den Verhandlungstisch zu verlagern. Dabei kann es nicht um eine endgültige Lösung des Konfliktes gehen, sondern nur um ernsthafte Schritte auf dem Weg dorthin. Vor allem ein Vertrag über den endgültigen Status Jerusalems, wie er offenbar bereits in der Schublade liegt, böte sich an. Eine halbwegs gerechte Lösung dieses Konfliktpunktes könnte vielleicht wieder Ruhe in die Region bringen und weitere Verhandlungen ermöglichen.

Barak muss schleunigst wieder eine mehrheitsfähige Koalition schmieden: Ende des Monats ist die Sommerpause der Knesset vorbei. Wenn bis dahin keine greifbaren Ergebnisse zu Stande kommen, könnte Barak über den in erster Lesung bereits angenommenen Gesetzentwurf des Likud für vorgezogene Neuwahlen fallen. Niemand möchte sich ausmalen, welche Mehrheitsverhältnisse unter den gegenwärtigen Bedingungen bei solchen Wahlen herauskommen würden. Das Gerichtsverfahren gegen Benjamin Netanjahu wegen diverser Korruptionsdelikte während seiner Amtszeit ist kürzlich eingestellt worden. Somit kann Netanjahu sich wieder für ein politisches Amt bewerben. Sharons Provokation war deshalb auch eine Art Vorwahlkampf um den Likud-Vorsitz gegen seinen potenziellen Herausforderer.

Eine große Koalition bedeutet Krieg

Um Neuwahlen und damit die wahrscheinliche Rückkehr des populären Bulldozers Netanjahu auf die politische Bühne zu vermeiden, scheint Barak gegenwärtig mit dem Gedanken einer großen Koalition zwischen Arbeitspartei und Likud zu spielen. Die nationale Einheit, welche eine große Koalition suggeriert, gibt

es aber nicht. Eine solche Koalition wäre nicht verhandlungsfähig; eine große Koalition mit Sharon am Kabinettstisch bedeutet Krieg. Nur eine kleine Koalition der Sozialdemokraten mit Meretz, Shas, Yisra'el be'Aliya und den arabischen Parteien kann die Fortführung der Verhandlungen gewährleisten. Angesichts der tiefen innenpolitischen Gräben zwischen diesen Parteien erfordert eine solche Konstruktion allerdings ein bedeutendes Maß an Verantwortungsgefühl und Selbstdisziplin bei allen Beteiligten, um jetzt nicht klein beizugeben und sich der bestechenden Logik der Eskalation zu unterwerfen.

Auch Arafat muss die Dramatik der Lage verstehen. Er muss jetzt einen Vertrag unterschreiben, wenn er den unabhängigen palästinensischen Staat noch erleben will. Erreicht er einen wie auch immer gearteten Vertrag mit Barak über einen der großen Konfliktpunkte, verhindert er damit eine große Koalition, denn weder Sharon noch Netanjahu noch der Rest des national-chauvinistischen Lagers würden Barak danach wieder die Hand schütteln. Die Entscheidung in Sharm al-Shaikh, eine internationale Untersuchungskommission zu den Ereignissen der letzten Wochen einzusetzen, ist ein politischer Sieg für Arafat, auch wenn diese Kommission kein UN-Mandat erhalten wird.

Allerdings verbietet es sich angesichts der zugespitzten Lage, die Ergebnisse der Untersuchung abzuwarten. Arafats sprichwörtlicher politischer Instinkt hat in der Vergangenheit schon einige Male versagt, wenn es um die Beziehungen der Palästinenser zu den benachbarten Staaten und Regimen ging, so 1970 in Jordanien, in den frühen 80ern im Libanon und 1990/91 während des zweiten Golfkriegs. Auch diesmal pokert Arafat hoch. Er baut darauf, mittels der in den besetzten Gebieten sogenannten "Intifada 2000" seine Verhandlungsposition zu stärken, obwohl er den Gang der Dinge gar nicht vollständig kontrollieren kann. Diese Taktik kann sich jeden Augenblick gegen ihn wenden. Die Zeit läuft.

Achim Rohde und Anat Frumkin

16. Für Mindestlohn und soziale Grundrechte. Euromärsche mobilisieren zum EU-Gipfel in Nizza

Autor: Gerhard Klas · Rubrik: Sozialbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak443/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:443:13

Europas Erwerbslose und prekär Beschäftigte machen erneut mobil. Nach den Großdemonstrationen 1997 in Amsterdam und 1999 in Köln geht es im diesem Jahr an die Mittelmeerküste nach Nizza. Dort treffen sich die EU-Regierungschefs Anfang Dezember zu ihrem halbjährlichen Gipfeltreffen. Für das Netzwerk der "Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung, Rassismus und Ausgrenzung" ein weiterer Anlass, gegen die Sparpolitik in den Mitgliedsländern der EU zu protestieren. Denn bisher haben ihre Forderungen nach radikaler Arbeitszeitverkürzung und einem existenzsichernden Mindesteinkommen kein Gehör bei den EU-Regierungen gefunden und die Spirale der Verelendung hat sich auch in Europa weiter gedreht: dafür stehen drei Millionen Obdachlose und 60 Millionen Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze leben müssen.

Der Aufbau Europas folgt dem Diktat des Marktes und der Manager - mit Demokratie hat er nichts zu tun", heißt es im Mobilisierungsaufruf der Euromärsche nach Nizza. Die Maßnahmen zur Beschäftigungspolitik, die seit den Amsterdamer Protesten von den EU-Gremien ausgehen, sind allesamt den "Großen wirtschaftspolitischen Leitlinien" der EU untergeordnet - und die orientieren sich in erster Linie am Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den USA. "Vollmundig wird uns die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung angekündigt, aber es kommen dabei nur Billigjobs und ein Abbau von Errungenschaften heraus, die in sozialen Kämpfen erstritten worden sind", beklagen die Euromärsche.

Schon 1996 verankerte die EU-Kommission gemeinsam mit den Zentralbanken und Finanzministerien der Mitgliedsländer in den wirtschaftspolitischen Leitlinien, dass "die Lohnskala nach unten gespreizt und dazu die Lohnkosten für gering qualifizierte Tätigkeiten um 20 bis 30 Prozent gesenkt werden" müsse. Damit diese "Maßnahme greift, müssen in Europa die Leistungen für Arbeitslose und die Sozialleistungen entsprechend gekürzt werden", so die Kommission weiter.

Auf dem EU-Beschäftigungsgipfel in Luxemburg 1997 haben die Regierungschefs ihr Vorhaben ideologisch unterfüttert. Erwerbslose seien "nicht beschäftigungsfähig und wegen ihrer Passivität schuld an ihrer Lage", so die Luxemburger Erklärung. Seither konzentriert sich die Beschäftigungspolitik der EU darauf, die Erwerbslosen zu "aktivieren". Sie sollen selber nachweisen, dass sie sich um eine Stelle bemühen. Auch wenn diese unter dem Lohnniveau ihrer bisherigen Beschäftigung liegt und weite Anfahrtswege mit der neuen Arbeitsstelle verbunden sind, erfolgt bei einer Ablehnung einer angebotenen oder freien Stelle der Entzug der Arbeitslosenunterstützung. Die Kontrollen reichen bis in die unmittelbare Privatsphäre: In Belgien etwa bekommen Erwerbslose zu Hause Besuch von Mitarbeitern des Arbeitsamtes.

Gegen Billigjobs und Sozialdumping

"Wir akzeptieren nicht, dass Erwerbslose für ihre Situation verantwortlich gemacht werden", erklären die Euromärsche in ihrem Aufruf und widersprechen damit den Rechtfertigungen für die Schikanen gegen Erwerbslose. Doch die werden unter Vorgabe des "lebenslangen Lernens" und der "Leistungsfähigkeit" weiter ausgebaut.

Auf jedem EU-Gipfel legen die Regierungen der Mitgliedsländer Rechenschaft über die "Nationalen Aktionspläne" zur Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik ab. Die EU-Kommission geht dabei mehr und mehr ins Detail und fragt mittlerweile auch einzelne Kategorien von Erwerbslosen ab: Jugendliche, Alte, Frauen. Für jede Kategorie empfiehlt die EU-Kommission besondere Maßnahmen, deren Umsetzung die Regierungen in den nationalen Aktionsplänen festschreiben. Deshalb sind heute in jedem EU-Mitgliedsland dieselben Grundzüge der Beschäftigungspolitik zu finden: Zwang zur Arbeit, befristete und flexible Arbeitsstellen ohne tarifliche Bindung, Niedriglöhne, etc.

Das Ende der Fahnenstange ist noch längst nicht erreicht, denn die EU weitet ihre Offensive auf weitere soziale Gruppen, z.B. die Rentner, aus. Überall in Europa greifen Regierungen und Wirtschaftskapitäne das Solidarprinzip der Rentenversicherung an und wollen Gesundheits- und Sozialsysteme mehr und mehr durchlöchern. Besonders deutlich wird die künftige Entwicklung Europas in der aktuellen Debatte um die

europäische Grundrechtecharta, die neben der EU-Osterweiterung der wichtigste Punkt auf der Tagesordnung des Regierungsgipfels in Nizza sein wird. Die bisher veröffentlichten Entwürfe der Charta enthalten keine individuell einklagbaren sozialen Rechte.

Genau darum geht es aber den Euromärschen: Sie sind davon überzeugt, "dass die grundlegenden Rechte nicht ohne eine Umverteilung des Reichtums geachtet werden können". Nichts anderes stellt die Forderung nach verbindlichen sozialen Rechten dar, die einem gnadenlosen Lohn- und Sozialdumping in Europa Einhalt gebieten sollen. Dazu gehören ein europaweites Mindesteinkommen, das alle Arbeitslosen-, Renten- und Sozialleistungen mit einbezieht und ein "gesetzlicher Mindestlohn, wo der tarifliche nicht mehr ausreicht". Das wird nicht funktionieren, ohne die Profite der Unternehmen und Konzerne anzutasten.

Neue Vertretungsformen

Die jahrelange Erfahrung hat bestätigt, dass Forderungen gegen die Interessen der Wirtschaft, die zahlreiche Lobbyisten im Umfeld der EU-Kommission beschäftigt, nicht einfach durchzusetzen sind. Darüber hinaus fallen die Möglichkeiten demokratischer Einflussnahme in der EU weit hinter die Standards in den einzelnen Mitgliedsstaaten zurück. Das einzige Gremium, das nach formaldemokratischen Regeln gewählt wird, ist das Europaparlament. Doch dieses Parlament hat nicht einmal Entscheidungsrechte für den EU-Haushalt. Die Macht liegt faktisch in den Händen der Kommission und in unterschiedlicher Gewichtung bei den einzelnen Regierungen der Mitgliedsländer.

Die Kritik der Durchsetzungsfähigkeit ihrer Forderungen hat bei den Euromärschen aber auch eine interne Dimension. "Wenn wir die Forderungen wie die nach einem europäischen Mindesteinkommen ernst nehmen, können wir es nicht dabei belassen, anlässlich eines Ratsgipfels eine Demonstration durchzuführen", erklärt Angela Klein, Koordinatorin der Euromärsche in der Bundesrepublik.

Deshalb hatten die Euromärsche auf Initiative verschiedener Erwerbslosenorganisationen aus Europa im Anschluss an die Kölner Großdemonstration im Mai 1999 erstmals eine Erwerbslosenversammlung durchgeführt. Diese wird nun erneut im Vorfeld des EU-Gipfels in Paris tagen. Die Versammlung soll sich auf Basis eines örtlichen Delegiertenprinzips mittelfristig zu einem unabhängigen Vertretungsorgan außerhalb der bestehenden EU-Institutionen entwickeln. "In dem Maße, wie eine flächendeckende Repräsentation auch für andere Teile der sozialen Bewegung geleistet wird - prekär Beschäftigte, MigrantInnen und Flüchtlinge, Frauen, Bauern, Lohnabhängige - könnte es zur Keimzelle für den politischen Entwurf eines anderen Europa werden: ein soziales, demokratisches, offenes und solidarisches Europa, in dem die Menschen ihre Zukunft selbst bestimmen", heißt es in einem Diskussionspapier der europäischen Koordination.

Vor allem aus Frankreich, Spanien, Italien, Griechenland und den Benelux-Ländern werden Erwerbslose zunächst nach Paris anschließend nach Nizza fahren, um dort zu demonstrieren und am 7. Dezember die Regierungschefs zu empfangen. Aber auch in Deutschland haben sich Erwerbslosengruppen zusammengerauft und gemeinsam einen "Runden Tisch" gegründet, an dem neben den Euromärschen die Bundesarbeitsgemeinschaft der unabhängige Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen, die Arbeitsloseninitiative Thüringen, der ebenfalls in den neuen Bundesländern verankerte Arbeitslosenverband Deutschlands und die Koordinierungsstelle der gewerkschaftlichen Arbeitslosengruppen sitzen. Sie wollen ebenfalls nach Nizza und Paris, "um dort zu einer eindrucksvollen Demonstration der sozialen Bewegungen in Europa zusammenzukommen".

Auch der Europäische Gewerkschaftsbund hat angekündigt am Vortag des Regierungsgipfels eine Demonstration in Nizza durchzuführen. Allein der EGB erwartet 60.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die ebenso für eine "Verankerung von sozialen Grundrechten" protestieren werden. Der DGB will mit 200 Gewerkschaftsmitgliedern aus Bayern und Baden-Württemberg nach Nizza und lässt den Einzelgewerkschaften freie Hand, ihrerseits zu mobilisieren.

Gerhard Klas

Weitere Informationen:

www.euromarches.org

17. Kein Euro in Kopenhagen. Dänemark stimmt gegen Europa-Währung

Autor: Peter Birke · Rubrik: Dänemark · CD-Datei: daten/aksuche/ak443/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:443:28

"Der Euro macht den Unternehmerträumen Beine" titelte die liberale dänische Zeitung Politiken am 20. September. Im Schlussspurt vor der Euro-Abstimmung wollte Politiken den verwirrten dänischen WählerInnen die Zustimmung zur neuen Währung schmackhaft machen. Ob sie die geeigneten Argumente gefunden hat, muss nach dem Abstimmungs-Nein vom 28. September arg bezweifelt werden. 54% der DänInnen stimmten gegen den Euro, nur 46% dafür.

Ebenfalls am 20. September war Ministerpräsident Rasmussen, Sozialdemokrat, zu Gast in einem mittelständischen Betrieb in der Kopenhagener Vorstadt Bröndby. Im blauen Hemd, die Ärmel aber nicht hochgekrempelt, sprach er zu den Beschäftigten von den Vorteilen der neuen Währung. Im wesentlichen bestand diese Rede jedoch aus Drohungen. Der Ministerpräsident warnte davor, dass ohne den Euro ein "Eingriff in die Wirtschaft" drohe. Dieses Stichwort ist den Zuhörern bekannt, solche "Eingriffe" gab es in den letzten Jahren häufiger. Vor allem wurde 1998 der staatlich finanzierte Vorruhestand abgeschafft. Auch in die massiven Arbeitskämpfe der Jahre 1998 (vgl. ak 415) und 1999 wurde eingegriffen, mit dem Argument, dass Verbesserungen bei den Löhnen die "Festkurspolitik der Regierung" beeinträchtigen würden.

Tatsächlich hat die dänische Regierung bislang streng auf die Einhaltung der Konvergenzkriterien und sonstigen Richtlinien der EU geachtet. Man ist sogar stolz darauf, diese, etwa im Falle der Arbeitsmarktpolitik, als erstes europäisches Land wirklich eingehalten zu haben. Die Folge war allerdings eine permanente Steigerung der Arbeitshetze und eine ständige Verschärfung der Repressionen gegen die Erwerbslosen. (vgl. ak 430 und 431).

Im Vorfeld der Abstimmung gerieten angesichts der Meinungsumfragen vier Fünftel der Abgeordneten des Folketing und der Rest der Elite des Landes in Panik. Der Höhepunkt der von außen schwer zu verstehenden Hektik war der Schwur des Ministerpräsidenten, dass die Renten "in den nächsten 40 Jahren" gesichert seien. Und nicht nur das, man veröffentlichte auch eine Art Rentengutschein in den größten Tageszeitungen.

Hysterie im Establishment

Die Kampagne war jedoch nicht besonders überzeugend. Sie erinnerte zu stark an die "Garantie" der Vorruhestandsregelung, die Rasmussen vor der Parlamentswahl Anfang 1998 abgab. Damals hielt die Regierung ihr Versprechen ein knappes halbes Jahr. Eine Vertreterin der linken Einheitsliste bedankte sich bereits vor der Abstimmung ironisch für die "freundliche Wahlhilfe der Regierung für die Nein - Kampagne". Und die bürgerliche Zeitung Jyske Vestkysten schrieb, dass "der Gegenstand der Abstimmung letztlich der allerschlimmste war. Es drehte sich um die Glaubwürdigkeit des Ministerpräsidenten."

54% der Stimmberechtigten stimmten am 28. September gegen den Euro, 46% dafür. Ein "Nein" gab es besonders in den proletarischen Vororten Kopenhagens. Auch in relativ armen ländlichen Gegenden, wie in Teilen Nord-Jütlands oder auf der Insel Bornholm, war der Anteil der "Nein"-Stimmen viel höher als noch bei der Volksabstimmung von 1998. In den wohlhabenderen Vierteln und Gegenden wurde meist mit "Ja" gestimmt. AkademikerInnen stimmten in der Mehrheit mit "Ja", ArbeiterInnen mit "Nein". Laut jüngsten Untersuchungen waren es in überdurchschnittlichem Maße Frauen, die gegen den Euro gestimmt hatten, möglicherweise Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, die um ihre Arbeitsplätze fürchteten.

Das öffentliche "Nein" war gleichmäßig auf alle politischen Lager verteilt. In Bezug auf die "Nein"-Kampagne sind zunächst die zwei Organisationen der Volksbewegung gegen die EU zu erwähnen. Beide Gruppen sind Ein-Punkt-Bündnisse, die ausschließlich den Widerstand gegen die EU organisieren. Sie traten u.a. bei der Europawahl des letzten Jahres an und bekamen dort zusammen etwa 20% der Stimmen. Ihren bislang größten Erfolg feierten sie bei der Ablehnung des Maastricht-Abkommens im Jahre 1992, ein Ergebnis, das erst 1993 durch eine zweite Volksabstimmung korrigiert wurde.

Obwohl in beiden Gruppen ehemalige Mitglieder der KP eine zentrale Rolle spielen, sind sie über das "Nein" hinaus inhaltlich wenig eindeutig. In der dänischen Linken wurde besonders eine der beiden Gruppen, die Junibewegung, kritisiert, weil sie sich im Europa-Parlament der Fraktion Europa der Nationen angeschlossen

hatte. In dieser Fraktion fühlen sich unter anderem auch französische Rassisten aufgehoben. Die Zusammenarbeit wurde Mitte letzten Jahres zwar beendet, ist jedoch ein gutes Beispiel für die Zwiespältigkeit des dänischen EU-Widerstandes.

Neben den "Volksbewegungen" trat diesmal auch die Sozialistische Volkspartei (SF) für eine "Nein" ein. Die SF, 1956 als Abspaltung der KP entstanden, ist heute die größte Partei links von der Sozialdemokratie. Nach der Abstimmung über Maastricht beteiligte sich die SF am "nationalen Kompromiss", der zu den "vier dänischen Vorbehalten" im Vertrag von Edinburgh führte. Drei dieser Vorbehalte - keine gemeinsame Verteidigungs-, Flüchtlings- und Sozialpolitik - sind allerdings durch die Praxis erledigt worden. Die dänische Regierung war eine der Hardliner innerhalb der NATO während des Kosovo-Krieges und übernahm unlängst die Federführung bei der Bildung einer "Skandinavischen Brigade". Auch die dänische Flüchtlingspolitik unterscheidet sich vom EU-Rest nur dadurch, dass an der dänischen Grenze häufiger auch für die Touristen sichtbare Kontrollen stattfinden. Von der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik war schon die Rede.

Links und rechts gegen den Euro

Trotz seines bisherigen Scheiterns ist es keineswegs ausgeschlossen, dass unter der Beteiligung der SF erneut ein "nationaler Kompromiss" gebastelt wird, um die Konsequenzen der Abstimmungsniederlage für die dänischen Eliten parlamentarisch abzufedern.

Die kleine Einheitsliste ist die konsequenteste EU-Gegnerin auf der linken Seite des politischen Spektrums. Im Gegensatz zur SF ist sie grundsätzlich gegen die u.a. von Joschka Fischer geforderte Abschaffung des Vetorechtes im EU-Ministerrat. Allerdings ist der Einfluss dieser Gruppe auf die Debatte vermutlich auch in nächster Zukunft eher gering.

Dagegen ist zu befürchten, dass der Einfluss der rechten EU-Gegner nach der Volksabstimmung wächst. Ein Teil des Erfolges der Nein-Seite rührt daher, dass das bürgerliche Lager nicht mehr eindeutig und einheitlich auf der Seite der Befürworter steht. Neben der kleinen christlichen Volkspartei machte vor allen Dingen Pia Kjärsgaards Dänische Volkspartei in der Kampagne von sich reden. Diese Partei hat in den letzten Jahren einen gewissen Zulauf von ehemaligen sozialdemokratischen WählerInnen gehabt. Ihre Propaganda ist in erster Linie rassistisch ("Flüchtlinge nach Somalia verkaufen") und sozialdemagogisch. Während des Wahlkampfes warb sie besonders für die Erhaltung der "dänischen Identität" und für "unsere schöne Krone".

In den Chefetagen der Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände dominiert die Zustimmung zum Euro. Dies allerdings seit etwa einem Jahr mit neu verteilten Gewichten. Die große Mehrheit der Gewerkschaftszentralen hat sich für ein "Ja" ausgesprochen, trotz der massiven Skepsis unter den Mitgliedern. Noch unmittelbar vor der Abstimmung badete Rasmussen in der Menge der Funktionäre der Metallgewerkschaft. Auf dem Gewerkschaftstag der größten Industriegewerkschaft Dänemarks fiel nur eine kleine Minderheit mit Zwischenrufen und Nein-T-Shirts auf. Der Kontrast zwischen Funktionärs- und Mitgliederebene ist nicht nur in Dansk Metal sehr ausgeprägt. Auf der anderen Seite sprachen sich vor der Abstimmung eine kleine Anzahl von Unternehmern erstmals gegen einen weiteren Schritt ins "Euroland" aus.

Dänemark war das erste Land, in dem der Euro zur Abstimmung stand. Außerhalb der Euro-Zone befinden sich zur Zeit neben den osteuropäischen Staaten und Griechenland, das demnächst beitreten wird, noch Norwegen, Schweden und Großbritannien. In allen drei Ländern wurde das Abstimmungsergebnis von den Regierungen mit zurückhaltender Enttäuschung kommentiert.

Viel Rauch um nichts?

In Schweden, wo die sozialdemokratische Regierung von zwei Parteien gestützt wird, die gegen die Einführung des Euros sind, ist die unmittelbare Konsequenz, dass es vor der Parlamentswahl im Jahre 2002 wohl keine Euro-Volksabstimmung geben wird. Ministerpräsident Person verkündete, dass in Schweden erst abgestimmt wird, wenn "die Bevölkerung und die Wirtschaft reif dafür" sind. Die Linkspartei (ehemalige KP) und die Umweltpartei begrüßten das dänische "Nein". Im Gegensatz zu Dänemark existiert in Schweden zur Zeit keine rechtspopulistische Opposition gegen den Euro.

In Norwegen sieht die Euro-Opposition das dänische Wahlergebnis als Bestätigung ihrer Position. 1994 stimmte eine Mehrheit in diesem Land gegen den Beitritt zur EU. Das hat allerdings bisher keine Regierung daran gehindert, die Richtlinien der EU auf nationaler Ebene umzusetzen. Anders als in Schweden ähnelt das

parteipolitische Bild Norwegens dem Dänemarks - allerdings mit einem entscheidenden Unterschied. Neben der seit 1999 wieder regierenden sozialdemokratischen Partei ist die rassistische Fortschrittspartei bislang auf der Seite der EU-Befürworter. Dies ist vor allem deshalb besonders erwähnenswert, weil diese Partei bei den Meinungsumfragen mittlerweile bei fast 30% liegt und damit eine ähnliche Gefahr für die Entwicklung der norwegischen Gesellschaft darstellt wie Haiders FPÖ.

Trotz der allgemeinen Aufregung vor der Abstimmung in Dänemark dürften ihre Folgen eher gering sein. Unmittelbar ist nicht zu erwarten, dass sich an der Wirtschaftspolitik der Regierung viel ändert. Sie wird weiterhin eine der "Neuen Mitte" sein. Auch ohne Euro ist sie weiter der Überzeugung, dass die verhältnismäßig soliden Sozialleistungen und der ausgeprägte öffentliche Sektor des Landes behutsam abgebaut werden müssen, um "die wirtschaftliche Expansion nicht zu gefährden". Die Traumfabrik des Kapitalismus in Gestalt der Kopenhagener Börse reagierte stabil. Der KFX-Index stieg am Tag nach der Abstimmung um einige Punkte an, nachdem er vorher leicht gefallen war.

Die Regierung wird sich jedoch angesichts der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in der nächsten Zeit mit einem größeren Angriff auf den Rest des fordistischen Kompromisses zurückhalten. Auch das Abstimmungsergebnis wird weitere wirtschaftsliberale Ambitionen der Regierung zunächst bremsen. Dies ist auch ein entscheidendes positives Argument für ein "Nein" gewesen.

In der Nacht nach der Abstimmung zogen etwa 500 Menschen in einer "Jubeldemonstration" vor das Parlament in Kopenhagen. Es wurde die "Internationale" gesungen, und die Abgeordneten der Einheitsliste winkten begeistert aus einem Fenster. Die Leute kamen aus Nörrebro, dem Stadtteil, wo Zivilpolizisten 1993 anlässlich von Auseinandersetzungen um das damalige "Ja" in die Menge geschossen hatten. Die Freude der DemonstrantInnen ist vor dem Hintergrund der alten Konflikte mit der Staatsgewalt durchaus verständlich. Allerdings ist sie, aus der Distanz betrachtet, ein wenig verfrüht.

Bereits am 29. September gab die Regierung bekannt, dass in Zukunft sogenannte kriminelle Flüchtlinge und Flüchtlinge aus der ehemaligen Sowjetunion (was hier offensichtlich gleich gesetzt wird) nunmehr in das Sammellager Sandholm überführt und beschleunigt abgeschoben werden sollen. In ihrem Versuch, der Dänischen Volkspartei das Wasser abzugraben, hatte Innenministerin Jespersen, eine ehemalige Linksradikale, schon einige Wochen vor der Euro-Abstimmung den Wunsch geäußert, die sogenannten kriminellen Flüchtlinge auf eine "einsame Insel zu verbannen".

Die neue Schärfe in der dänischen Flüchtlingspolitik und der staats-offizielle Rassismus deuten darauf hin, dass der "Sieg in der wichtigsten Abstimmung seit 30 Jahren" nur ein kleiner Schritt gewesen ist, dem größere folgen müssen. Auch in Dänemark ist es der parlamentarischen wie außerparlamentarischen Linken bisher nicht gelungen, den Zusammenhang zwischen der sozialen Frage und einem konsequenten Antinationalismus für viele nachvollziehbar zu machen. Wie in anderen Ländern auch, gibt es in Dänemark eine Minderheit, die versucht, einen solchen Zusammenhang herzustellen. Es ist zu hoffen, dass sie sich in nächster Zeit, und nicht nur in Dänemark, stärker durchsetzen kann.

Peter Birke

18. Rutelloni gegen Berlutelli. Francesco Rutelli ist der Mann, der Italiens Tony Blair sein möchte

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak443/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:443:01

Ein neuer Mann soll das Unmögliche möglich machen: Nach dem Verzicht des amtierenden Ministerpräsidenten Giuliano Amato wird der römische Bürgermeister Francesco Rutelli den Mitte-Links-Block bei den Wahlen im kommenden Frühjahr anführen - als Kontrahent Silvio Berlusconis, dessen Rechtsbündnis, das "Haus der Freiheiten" (casa delle libertà), bislang wie der sichere Sieger aussah. Durch die Nominierung Rutellis scheint nun alles wieder offen, zumindest sind die sechs Monate bis zum Wahltermin im kommenden Frühjahr mehr als nur eine Galgenfrist. Nach Umfragen könnte Mitte-Links nur angeführt von Rutelli mit dem Rechtsblock zumindest gleichziehen; mit allen anderen denkbaren Kandidaten wäre die Niederlage so gut wie sicher.

Es ist eine Binsenweisheit: Bei Parlamentswahlen hängt immer weniger von Inhalten, um so mehr von Personen ab. Das "Charisma" des (meist männlichen) Spitzenkandidaten, seine Ausstrahlung und Rhetorik entscheiden mit darüber, ob seine Partei die entscheidenden Stimmen der Unentschlossenen holt oder nicht. Alle Brillanz des Anführers nutzt allerdings nichts, wenn er es nicht versteht, die schlichte, optimistische Botschaft zu vermitteln: Wir können es gemeinsam schaffen, wenn ihr alle - in meinem Gefolge - mitzieht; und wir alle werden etwas davon haben. Wie es scheint, hat das italienische Regierungslager kurz vor Toresschluss den richtigen Mann für diese Aufgabe gefunden - einen überaus ehrgeizigen Politprofi, der allerdings auch weiß, dass er ohne ein starkes Team zum Scheitern verurteilt wäre.

Team-Manager ist ein US-Amerikaner: der Politikwissenschaftler Stanley ("Stan") Greenberg, der sich als Berater von Clinton, Blair, Schröder und Barak einigen Anteil an deren Wahlsiegen gutschreiben darf. Zurzeit dient Greenberg auch dem demokratischen Präsidentschaftskandidaten Al Gore; um Gores allzu kühle Ausstrahlung zu verbessern, hat er sich einen besonderen Coup einfallen lassen: Auf Regisseur Greenbergs Anordnung - und nach angeblich 40-minütigen Proben - musste Gore auf dem Nominierungsparteitag im August "ganz spontan" und keineswegs flüchtig seine Frau küssen; seitdem sind seine Sympathiewerte deutlich gestiegen!

Spielberg oder Greenberg?

Mit derlei Nachhilfe wird Greenberg sich bei Rutelli nicht aufhalten müssen. Dass die potenzielle First Lady großen Anteil an Sieg oder Niederlage ihres Ehemannes hat, haben beide begriffen: Rutellis Frau, die Publizistin Barbara Palombelli, stellt sich ab sofort ganz in den Dienst der gemeinsamen Sache. Auch mit seiner wahlstrategischen Orientierung dürfte Greenberg bei Rutelli offene Türen einrennen: Entscheidend seien die Stimmen der "neuen Mitte", der angeblichen "Leistungsträger", die sich vom wohlfahrtsstaatlichen Denken der traditionellen Linksparteien abgestoßen fühlen - Greenberg prägte Ende der 1980er Jahre den Slogan "the forgotten middle class".

Zu den "Vergessenen" gehört Rutelli (Jahrgang 1954) nun allerdings nicht - seit 20 Jahren wirkt er als Berufspolitiker. Zunächst Generalsekretär für Marco Pannellas Partito Radicale, wechselte er später zu den Grünen und wurde Parlamentsabgeordneter; im vergangenen Jahr dann gehörte er zu den Mitbegründern der Democratici um Romano Prodi und Antonio Di Pietro (letzterer hat inzwischen schon wieder eine eigene Gruppierung gegründet).

International bekannt wurde Rutelli Ende 1993, als er in der Stichwahl um das Amt des Bürgermeisters von Rom den neofaschistischen Kandidaten Gianfranco Fini knapp hinter sich ließ. Damals hatte sich Silvio Berlusconi offen auf die Seite Finis gestellt, damit die bislang ausgegrenzten Neofaschisten auch auf nationaler Ebene koalitionsfähig gemacht und wenige Monate später gemeinsam mit ihnen die Wahlen gewonnen werden konnten. Erst im April 1996, unter Romano Prodi, konnte das Mitte-Links-Bündnis Ulivo den Spieß umdrehen. Damit begann der kurze Frühling der europäischen linken Mitte; es folgten die Wahlsiege von Blair, Jospin und Schröder.

In Italien, wo die parlamentarische Linke 1996 erstmals die Wahl gewonnen hat, verlief die darauf folgende Regierungsarbeit besonders glanzlos. Zwei Ministerpräsidenten, Romano Prodi und Massimo D'Alema,

wurden verschlissen; der dritte, Giuliano Amato, ist zwar noch im Amt, wurde aber durch seinen erzwungenen Verzicht auf eine erneute Kandidatur ebenfalls demontiert. Seine Mitstreiter werfen ihm nicht etwa politische Fehler, sondern ausschließlich persönliche Defizite vor: Er sei zu klein, zu unansehnlich, seine Stimme zu schwach und sein Ton zu professoral.

Nun kommt also Rutelli, der gut aussehende Strahlemann. Seine Schwächen bei der Selbst-Präsentation dürften leicht zu beheben sein: Von Clinton müsse er Selbstironie, von Blair die Fähigkeit zur Selbstkritik lernen, und statt sich in Details zu verzetteln, soll er noch mehr Emotionen übermitteln. Im Grunde laufen Greenbergs Empfehlungen darauf hinaus, Berlusconi mit seinen eigenen Waffen zu schlagen: Letzterer gilt als großer Kommunikator und unübertroffener Animateur, der Menschen für eine diffuse, durch nichts sagende Formeln ("Wechsel", "Hoffnung", "Freiheit") umschriebene Sache begeistern kann. Ganz ohne politische Botschaft wird Rutelli dabei nicht auskommen. Auch Stan Greenberg weiß: Vier bis fünf zündende Slogans sind schon nötig, um das Wahlvolk zu mobilisieren. Sonst könnte es passieren, dass die ohnehin enttäuschten StammwählerInnen der Linken gar nicht erst zur Wahl gehen.

Der Showstar ersetzt den Langweiler

Vor allem soll Aufbruchstimmung verbreitet werden - es gelte, den "Geist des Ulivo" neu zu beleben. Rutelli, "der kleine Prodi" (Prodino), setzt auf Symbole und will mit demselben Bus auf Wahlkampf-Tour gehen, mit dem Prodi 1996 seinen persönlichen Giro d'Italia absolvierte. 80.000 AktivistInnen zählten die Ulivo-Komitees damals. Ob sie erneut zu mobilisieren sind, hängt auch vom Geschick des neuen Kandidaten ab, der gerade vielen Linken als Opportunist gilt. Hatte er als Ziehsohn Pannellas den antiklerikalen Agitator gegeben, so ließ er sich vor fünf Jahren durch den Kardinal Silvestrini noch einmal kirchlich trauen. Das wurde allgemein als demonstrative Abkehr eines Karrierepolitikers von seinen "Jugendsünden" verstanden.

Neben der mediengerechten Dauerpräsentation des Kandidaten darf natürlich die Architektur des Wahlbündnisses nicht vernachlässigt werden. Vor allem müssen Abspaltungen an seinen Rändern verhindert werden. Sorgen bereitet der unberechenbare ehemalige Staatsanwalt Di Pietro, der mit seinem Hang zum Populismus eher ein Mann der Rechten ist. Als Bündnispartner Berlusconis kommt er allein deshalb nicht in Betracht, weil dieser in dem unbestechlichen Ermittler in Sachen Korruption den Totengräber unternehmerischer Freiheit sieht. Spaltungstendenzen gibt es auch bei der größten Nachfolgepartei der ehemaligen Christdemokratie, der Volkspartei (PPI). Jahrzehntelang ans Regieren gewöhnt, stellt sich mancher PPI-Funktionär die bange Frage, ob seine Partei mit der Entscheidung für Mitte-Links auf das richtige Pferd gesetzt hat. Auch die größte Gruppierung im Bündnis, die Partei der aus dem PCI hervor gegangenen Linksdemokraten (DS), ist weniger monolithisch als sie gern erscheinen würde. Aber auch hier gilt, dass die Siegeschance bis auf weiteres disziplinierend wirken dürfte. Die übrigen Kleinparteien müssen ohnehin mitziehen, wenn sie nicht zerrieben werden wollen.

Auch mit Rifondazione Comunista (RC) wird man sich arrangieren. Ein erstes Treffen zwischen Rutelli und RC-Sekretär Fausto Bertinotti hat bereits stattgefunden, noch bevor Amato seinen Verzicht erklärte - der kluge Mann baut vor, und Bertinotti ist klug genug, auf Extratouren zu verzichten. Bei den Wahlen der Jahre 1999/2000 (Europa- bzw. Regionalwahlen) erreichte seine Partei weniger als 5 Prozent (1996 waren es immerhin noch 8,6 Prozent gewesen).

Gegenüber den Regionalwahlen vom April muss das Mitte-Links-Bündnis nun innerhalb eines halben Jahres mehr als fünf Prozentpunkte Rückstand auf den Rechtsblock aufholen. Aus Sicht der europäischen Linken ist der Ausgang der Wahl von großer Bedeutung - denn ein Sieg der Rechten würde ähnlichen Projekten auch in anderen Ländern Auftrieb verleihen. Ein Sieg von Mitte-Links wäre allerdings nicht frei von sehr unschönen Nebenwirkungen. Nicht nur dass die siegreiche Linke aller Voraussicht nach rechte Politik betreiben würde. Hinzu kommt, dass Rutellis Kampagne die politische Verblödung weiter vorantreibt: noch mehr Personalisierung, noch mehr Show, noch weniger Inhalte, und diese reduziert auf platte Slogans. Zu allem Überfluss muss man ihr - wegen der rechten Gefahr - auch noch Erfolg wünschen.

Haiderland - das Modell der Rechten

Silvio Berlusconi, der Führer des Rechtsblocks, hat sich durch die Nominierung Francesco Rutellis bisher nicht aus der Ruhe bringen lassen. Seine Sorgen konzentrieren sich vielmehr auf die Reaktionen der "linken" Regierungen in Europa, die sein Bündnis mit dem Postfaschisten Fini und dem Rassisten Bossi mit Skepsis

beobachten. Nach monatelangen diplomatischen Bemühungen wurde Berlusconi Ende September endlich von Frankreichs konservativem Staatspräsidenten Chirac empfangen - ein großer Erfolg für den gesamten Rechtsblock, der bei offenen Boykottdrohungen Stimmeneinbußen befürchten müsste. Derzeit spricht alles dafür, dass die EU-Partner bei einem Sieg des italienischen Rechtsblocks auf business as usual setzen würden. Dabei können es Berlusconis rechte Partner, Gianfranco Fini (Alleanza Nazionale) und Umberto Bossi (Lega Nord), mit einem Jörg Haider allemal aufnehmen.

In letzter Zeit war es vor allem Bossi, der durch hemmungslose Tiraden auf sich aufmerksam machte. Die europäischen Linken, die biederen italienischen Linksdemokraten eingeschlossen, beschimpfte er als "rote Nazis" - sie würden die Völker Europas durch Einwanderung ausrotten wollen und seien daher "wie Hitler oder schlimmer". Zu den Mächten des Bösen gehört für Bossi auch die US-Regierung, die durch ein von Clinton persönlich initiiertes Klonierungsprogramm eine neue weltbeherrschende Rasse schaffen wolle. Einziger Rückhalt in einer durch kriminelle Ausländer, Linke und Homosexuelle unsicher gemachten Welt ist für Bossi die Familie. Sein missionarischer Eifer kommt beim erzreaktionären Teil des Klerus gut an - und mutmaßlich auch bei dem Teil der christlichen Wählerschaft, der nach dem Zerfall der Democrazia Cristiana die Welt nicht mehr versteht und politische Orientierung sucht.

Dass Bossi eine zumindest politische Freundschaft mit Haider pflegt, versteht sich von selbst. Aber auch in Berlusconis Partei Forza Italia weiß man den Star der österreichischen Rechten zu schätzen. "Jörg ist einer von uns", erklärte kein geringerer als Antonio Martino, 1994 Berlusconis Außenminister, dem erneut dieses Amt übertragen werden könnte. Von den weniger prominenten Funktionären der Rechtsparteien sind erheblich derbere Töne zu hören. Insbesondere die zweite und dritte Reihe der neofaschistischen Partei Alleanza Nazionale tut sich keinen Zwang an und rühmt, wie Parteichef Fini noch 1994, den "großen Staatsmann Mussolini" und seinen Partner Hitler, der "nicht nur Schlechtes" vollbracht habe. Der seit Jahren um moderate Töne bemühte Fini ist mittlerweile selbst bei einigen seiner engsten Vertrauten in Misskredit geraten. Senator Francesco Storace, Fraktionsvize Maurizio Gasparri und andere Spitzenfunktionäre werfen Fini vor, er präsentiere sich zu sehr als Biedermann und vernachlässige die Partei. Eine Palastrevolte der "Intransigenten" ist dennoch bis auf weiteres nicht zu erwarten. Erst bei einer deutlichen Wahlniederlage würde auch an Finis Stuhl spürbar gerüttelt werden.

Über all diesen zwielichtigen Unterstützern der rechten Revanche thront Silvio Berlusconi und verkündet Zweiflern, er habe alles im Griff. Als Führer des Rechtsblocks ist er in der Tat - anders als noch vor Jahren - unumstritten und ohne Gegenkandidaten. Es ist kaum zu glauben, aber wahr: Sein Image als erfolgreicher Unternehmer, reichster Mann Italiens, Fußball-Enthusiast, Familienvater und guter Katholik ist bei einem erheblichen Teil des Wahlvolks (nach Umfragen bis zu 36 Prozent) immer noch intakt - daran können auch diverse Verfahren nichts ändern, in denen es um Korruption und die dunklen Quellen seines Reichtums geht. Wie sagt das Sprichwort: Nichts ist erfolgreicher als der Erfolg.

Js.

19. Rumänien vor den Wahlen: Kandidatenchaos in den Karpaten

Wahlen in Rumänien: Von der Wirtschaftskrise profitieren Postkommunisten und großrumänische Nationalisten

Autor: Hannes Hofbauer · Rubrik: Rumänien · CD-Datei: daten/aksuche/ak443/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:443:24

1996 wurde Emil Constantinescu euphorisch als neues Staatsoberhaupt gefeiert. Heute, kurz vor den nächsten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen am 26. November traut sich der konservativ-liberale Präsident Rumäniens nicht mehr an die Öffentlichkeit. Seine Popularität ist in den vier Jahren seiner Amtszeit auf nahezu Null gesunken. Drei verheizte Regierungsmannschaften zeugen von der politischen Instabilität des Landes. Daran wird auch der erwartete Wechsel, mutmaßlich eine personelle Kehrtwendung zurück zum Vorgänger Constantinescus, Ion Iliescu, von der Partei der sozialen Demokratie (PDSR) wenig ändern. Denn das Problem Rumäniens liegt in der chronisch massiven Wirtschaftskrise, unter der immer mehr der 22 Millionen RumänInnen zu leiden haben. Dieser Hintergrund verhilft einerseits den sogenannten Postkommunisten mit Iliescu als Gallionsfigur zum Come Back - die PDSR ist die direkte Nachfolgerin der staatskommunistischen Ceausescu-Partei. Andererseits bekommen nationalistische Parteien wie Romania Mare Auftrieb, die an großrumänische Visionen anknüpfen.

Laut einer Umfrage vom Sommer dieses Jahres gaben 66 Prozent der Befragten an, die politischen Entwicklungen des südosteuropäischen Landes bewegten sich in eine falsche Richtung. Nur 16 Prozent beurteilten die Arbeit des im Amt befindlichen Präsidenten als zufrieden stellend. Seit Jahren befindet sich Rumänien auf rasanter wirtschaftlicher Talfahrt. Das Bruttoinlandsprodukt ist in den vergangenen zehn Jahren um mehr als 20 Prozent gesunken. Die Industrieproduktion brach verglichen mit 1989, dem absoluten Krisenjahr der staatssozialistischen Epoche, um die Hälfte ein. Der Durchschnittslohn für die wenigen, die sich in einem geregelten Beschäftigungsverhältnis befinden, liegt bei monatlich 120 Mark. Die offizielle Arbeitslosenrate beträgt zwar "nur" 13 Prozent - die Aussagekraft jeglicher Sozialstatistik ist jedoch angesichts eines immer unüberschaubarer werdenden informellen Sektors gering. Eines steht allerdings fest: Vom Lohn eines Jobs in der Produktion kann niemand leben, angesichts des rigorosen Sozialkahlschlags, der seit vier Jahren von der liberal-konservativen Regierungskoalition Demokratische Konvention betrieben wird.

Wirtschaftliches Fiasko

Jährlich fliehen Hunderttausende aus den Städten zu Verwandten in den ausgedehnten ländlichen Regionen, um sich dort mit Subsistenzwirtschaft über Wasser zu halten. Der Anteil der ländlichen Bevölkerung kletterte seit 1989 von 29 auf 37 Prozent. Die unter dem kommunistischen Modernisierungsideal von Nicolae Ceausescu aus dem Boden gestampften Industriekombinate schließen ihre Werkstore, die rasch Proletarisierten kehren auf die Scholle zurück. Die Resignation der jungen Generation gehört zu den bittersten Erfahrungen der postkommunistischen Transformationsgesellschaft. In einer Weltbankstudie erklärten kürzlich zwei Drittel aller Studierenden, lieber heute als morgen das Land verlassen zu wollen.

Der Zusammenbruch des Ostblocks und des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) hinterließ versengte Erde an den Rändern der sich gleichzeitig integrierenden Staaten Westeuropas. Kapitalmangel und Konkurrenzunfähigkeit auf dem Weltmarkt kennzeichnen die Ökonomie Rumäniens. Investiert wird kaum, Rumänien gilt als politisch instabil, die Bürokratie als schwerfällig und korrupt. Zinsen aus international aufgenommenen Krediten übersteigen die per Investment ins Land kommenden Devisen. Fazit: Rumänien sieht sich mit einem "seit 1996 erheblich gesunkenen Lebensstandard" konfrontiert, wie sogar die konservative Apologetin der Rumänienforschung, Ute Gabanyi, in der jüngsten Ausgabe der Zeitschrift "Südosteuropa" einräumt.

In dieser desolaten Situation ist das Hoffen auf ein Wunder zum Massenphänomen geworden. Bingo-Shows im Fernsehen zählen Woche für Woche zu den beliebtesten Programmen, so manche Sport- oder Kulturhalle aus kommunistischen Zeiten strahlt heute den Flair eines monströsen Bingo-Saales aus, in dem Hunderte um ihr persönliches Glück zittern.

Auch Spar- und Anlageformen haben sich über die Jahre der Hyperinflation - von bis zu 50 Prozent - in casinoartige Roulette-Spiele verwandelt. Mitte Juni gab es wieder einmal einen waschechten Bankenskandal. Gut 300.000 KleinsparerInnen verloren dabei ihre gesamten Einlagen. Ein halbes Jahr zuvor war der private Investmentfonds Fondul national de Investiti (FNI) auf Kapitalsuche gegangen. Im Visier hatte FNI die Sparbücher der "kleinen Leute". Die geschäftliche Kooperation mit dem Chef der staatlichen Sparkassenvereinigung (CEC) gab der Suche nach Anlegern eine offizielle Note. 120 Prozent Rendite versprachen die Investmentbanker. Das "Logo" der staatlichen Sparkassen sollte jeden Zweifel darüber ausräumen, es könne sich um unseriöse Unternehmenspraktiken handeln. 300.000 Menschen zahlten im Durchschnitt umgerechnet je drei- bis viertausend Mark auf das Konto des FNI ein. Im Juni ging der Fonds Pleite. Sich verdichtenden Gerüchten zufolge soll jedoch die FNI-Chefin mit dem Geld Richtung Naher Osten verschwunden sein. Jeder Kleininvestor verlor mit einem Schlag den Gegenwert von 30 Monatsgehältern. Mit Protestdemonstrationen machten die Betrogenen ihrem Ärger Luft. Der Skandal um den Fondul national de Investiti ist jedoch nur der jüngste in einer endlos scheinenden Abfolge von Bankenskandalen.

Trugbild EU-Integration

Im Dezember 1999 kehrte Ministerpräsident Radu Vasile vom EU-Gipfel in Köln mit der Botschaft nach Bukarest zurück, dass ab sofort auch mit Rumänien Aufnahmegespräche zwecks Integration in das westeuropäische Hegemonieprojekt aufgenommen würden. Kurz darauf musste er seinen Posten wegen interner Machtspielchen räumen. Sein Nachfolger, der parteilose Technokrat Mugur Isarescu, entwarf in den kommenden Monaten unter Anleitung der in Bukarest ansässigen EU-Behörde einen Sanierungsplan, der zunächst recht simpel klingt: Das Wachstum der Industrie soll jährlich eine Steigerungsrate von sechs bis sieben Prozent aufweisen, die Inflation bis 2001 auf 18 Prozent gedrückt, das Haushaltsdefizit um zwei Drittel gesenkt und die Anhebung des Reallohns ohne Produktivitätssteigerung ausgeschlossen werden. Dem beeindruckenden Zahlenwerk steht einzig die rumänische Wirklichkeit entgegen.

Die Liberalisierungs- und Privatisierungspläne gleichen den Schocktherapien, wie sie der IWF den osteuropäischen Ländern von Polen bis Jugoslawien versucht hat aufzuzwingen; die Einbettung in einen Fünfjahresplan erinnert an längst vergangene Zeiten. Auch die Versprechen eines kräftigen Wirtschaftswachstums sowie die Senkung des Budgetdefizits sind den RumänInnen seit langem geläufig. Die Ausrichtung des Landes auf Landwirtschaft und Leichtindustrie, wie sie EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen anlässlich seines diesjährigen Besuches in Bukarest anregte, ruft historisch bewanderten ZeitgenossInnen zudem die 60er Jahre ins Bewusstsein.

Damals, im Jahr 1964, existierte der "Plan Valew", ein in Moskau erdachter Entwicklungsweg für ein agrarisches Rumänien in ökonomischer Abhängigkeit von Russland. Die Bukarester Nationalkommunisten revoltierten dagegen. Der Bruch mit der Sowjetunion brachte Nicolae Ceausescu an die Macht. Dass nun Brüssel Rumänien nun auf eine ähnliche Entwicklungsschiene einschwören will, kann nur als Ironie der Geschichte aufgefasst werden.

Widerstand gegen die Abwicklung sämtlicher schwerindustriellen Komplexe regt sich vor allem bei den Gewerkschaften. Am heftigsten wehrten sich bislang die nationalistisch orientierten Bergarbeiter. Die Schließung aller Kohlegruben im Schyltal/Jiu-Tal nordwestlich von Bukarest steht als programmatisches Ziel seit 1996 im konservativ-wirtschaftsliberalen Regierungsprogramm von Constantinescu. Weltbank und Währungsfonds sind ebenfalls daran interessiert, die "Überproduktionskapazitäten" stillzulegen. Im Januar 1999 fand der bislang letzte Aufstand der Kumpel gegen diese Pläne statt. Zehntausende marschierten in Richtung Bukarest, um ihren Unmut zu artikulieren. Über eine Woche lang konnte sie niemand aufhalten, bis eine Sondereinheit des Innenministeriums die Proteste zerschlug. 35 tote Bergarbeiter blieben auf den Straßen zurück. Die Leitfigur der Bergarbeiter, Miron Cozma, der im übrigen der rechten Partei Romania Mare nahe steht, wurde verhaftet und sitzt seither im Gefängnis. Allerdings nicht wegen seiner völkischen Gesinnung, sondern wegen Anstiftung zur Aufruhr. Die Repression gegen die rumänischen Bergarbeiter international publik zu machen, würde jedoch kurz vor dem Urnengang das gewünschte Bild eines "demokratiefähigen" Rumäniens stören.

Die politischen Kräfte

Noch 1997, ein Jahr nach seiner Wahl zum Präsidenten, erhielt Emil Constantinescu in einer Umfrage über 50 Prozent Zustimmung als Staatsoberhaupt, während für seinen Widersacher, Ion Iliescu, nur 15 Prozent der Befragten votiert hätten. Heute liegt Iliescu mit 34 Prozent vorne. Constantinescu, der seit September 1999 die 20 Prozent-Marke nicht mehr überschreiten konnte, hat bereits das Handtuch geworfen hat und wird nicht mehr kandidieren. Woher die konservativ-liberale Regierungsallianz Demokratische Konvention in der kurzen Zeit bis zum Urnengang einen gegen Iliescu chancenreichen Kandidaten nehmen soll, ist unklar. Vielmehr zerfleischen sich die Exponenten der Allianz schon im Vorfeld. Ihr aussichtsreichster Kandidat ist mit Vorhersagen von 23 Prozent der aktuelle Ministerpräsident Mugur Isarescu, der sich erst Mitte Oktober meldete, um Iliescu Paroli zu bieten.

Allerdings haben die Kommunalwahlen im Juni dieses Jahres letzte Gewissheit darüber erbracht, dass die aus Liberalen, Christkonservativen, Sozialdemokraten und dem gemäßigten Flügel der ungarischen Minderheit bestehende Demokratische Konvention in den vergangenen vier Jahren definitiv abgewirtschaftet hat. 29 Prozent der Kreis- und Gemeinderäte gingen an die Opposition von Iliescus PDSR. Bei den Bürgermeistern gewann die PDSR gar 35 Prozent aller zu vergebenden Ämter. Die stärkste Kraft des zerfallenden Regierungsbündnisses, die Demokratische Partei von Petre Roman konnte nur 12 Prozent der Sitze in den diversen Regionalverwaltungen einnehmen. Ob die Demokratische Konvention in ihrer alten Form überhaupt erneut als wahlwerbende Allianz auftauchen wird, entscheidet sich dieser Tage vor Gericht. Streitigkeiten mit den Nationalliberalen, die das sinkende Schiff verlassen, mündeten in einen Rechtsstreit um die Zulassung.

Zu den eigentlichen Gewinnerinnen der Wahlen könnten auch die aufstrebenden nationalistischen Parteien avancieren. So bezweifelt niemand mehr, dass sowohl Romania Mare (PRM) als auch der Verband der Ungarn in Rumänien (UDMR) mit mindestens 12 respektive sieben Prozent ins Parlament einziehen werden. Romania Mare hat in Vadim Tudor eine populistisch-charismatische Integrationsfigur, die bereits jahrelang als Koalitionspartner von Iliescu Regierungserfahrung sammeln konnte. Unter dem Druck der EU hat sich Iliescu in letzter Zeit allerdings mehr und mehr von seinem ehemaligen Weggefährten distanziert, was zwar seine Koalitionsmöglichkeiten einschränkt. Aber allem Anschein nach ist ihm der Wahlsieg nicht mehr zu nehmen, auch wenn ihm keine absolute Mehrheit prophezeit wird.

In Gesprächen mit führenden Vertretern des westeuropäischen Kapitals und ihren EU-Kommissaren bereitet sich Iliescu, der das Land bis 1996 mit ebenso eiserner Hand regierte wie der von ihm zu Fall gebrachte größenwahnsinnige Ceausescu, derzeit auf eine mögliche Rückkehr ins Präsidentenamt vor. Sein größtes Problem wird der nötige Koalitionspartner sein - und das in einem Land, in dem die Anzahl der formal wählbaren Parteien inzwischen höher liegt als die Quote der Wahlbeteiligung.

Hannes Hofbauer, Wien

20. No business like show-business. Prestigeverlust des IWF und der Weltbank auf ihrer Herbsttagung in Prag

Prestigeverlust für IWF und Weltbank auf ihrer Herbsttagung in Prag

Autor: Joachim Kolb · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak443/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:443:32

Es war die erste Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank, die in einem Land des ehemaligen Ostblocks abgehalten werden konnte. Grund zum Triumphieren gab es für die beiden Institutionen deswegen trotzdem wenig. Denn nicht nur die Protestaktionen der IWF-GegnerInnen gegen die Jahrestagung verdeutlichten: 56 Jahre nach ihrer Gründung stecken die Bretton-Woods-Geschwister in der schwersten Legitimationskrise ihrer Geschichte.

Die Bilanz von IWF und Weltbank könnte düsterer kaum ausfallen: Selbst ihre eigenen Studien belegen inzwischen eindeutig, dass in den meisten Ländern der Dritten Welt als Folge ihrer marktradikalen und an Großprojekten orientierten Politik die Reallöhne und Sozialausgaben sanken. Arbeitslosigkeit und Armut wuchsen, natürliche Ressourcen wurden in großem Umfang vernichtet und die Nahrungsmittelproduktion ging zurück. Zudem erwies sich der IWF bei seiner Hauptaufgabe, internationale Finanzkrisen effektiv zu managen (wie z.B. in Asien 1997/98), als unfähig.

Business as usual war daher auf der diesjährigen Herbsttagung von IWF und Weltbank kaum angesagt. Das alles beherrschende Thema in Prag war die Diskussion um Reformen. Bereits Tage vor der offiziellen Eröffnung am 26. September warteten daher VertreterInnen der beiden Institutionen mit kleineren Neuerungen auf: Ähnlich wie die Weltbank soll nun auch der IWF eine Umweltabteilung bekommen, welche die ökologischen Auswirkungen der Strukturanpassungsprogramme untersuchen soll. Die Weltbank ihrerseits stellte ihre neue Studie "The Quality of Growth" vor, in der erstmals zugegeben wird, dass Wirtschaftswachstum allein kein wirkungsvolles Instrument zur Armutsbekämpfung darstellt. In Zukunft werde die Weltbank in ihren Projekten daher verstärkt auch die Förderung der Bildung, die Herstellung eines funktionierenden Rechtssystems und die Bekämpfung der Korruption berücksichtigen, so ihr Chefökonom Nicholas Stern bei der Präsentation der Studie.

Im weiteren Verlauf der Tagung gaben sich Weltbank-Präsident James Wolfensohn und der neue IWF-Chef Horst Köhler Mühe, sich nach allen Seiten kooperativ zu zeigen, und suchten ganz demonstrativ auch den Schulterschluss mit ihren KritikerInnen. Sie äußerten auf einer wenige Tage vor dem Gipfel angesetzten Podiumsdiskussion mit VertreterInnen aus dem NGO-Spektrum viel Verständnis für die Proteste: "Etwas läuft schief, wenn die reichsten 20 Prozent der globalen Bevölkerung mehr als 80 Prozent des globalen Einkommens erhalten", so Wolfensohn und forderte einen weitgehenden Schuldenerlass für die 20 ärmsten Länder der Welt. Köhler versprach, der IWF werde sich künftig verstärkt der Bekämpfung der Armut in der Dritten Welt verschreiben. Denn schließlich habe auch er ein Herz.

Enttäuscht zeigten sich die VertreterInnen der NGOs über die Ergebnisse der Unterredung. Konkrete Zusagen für eine wirkliche Änderung der IWF- und Weltbank-Politik habe es nicht gegeben, meinte Ann Pettifor von der britischen Entschuldungskampagne Jubilee 2000. Doch für IWF und Weltbank hatte die Veranstaltung, die als Werbeaktion für die angebliche neue Offenheit der beiden Institutionen streckenweise an eine Verkaufs-Show erinnerte, ihren Zweck erfüllt.

Verständnis für die Proteste

Am Tag des Gipfelbeginns zeigten sich Köhler und Wolfensohn wieder von einer anderen Seite. In seiner Eröffnungsrede gab Köhler nur die altbekannten neoliberalen Ideologeme zum besten: In der Vergangenheit habe der IWF mit seiner Politik wesentlich zur weltweiten Demokratisierung beigetragen, behauptete der neue IWF-Chef - als hätte es die massive Unterstützung des Fonds für die vom Westen protegierten Diktaturen (wie z.B. Chile, Indonesien oder Zaire) nie gegeben. Der Schlüssel zur Bekämpfung der Armut liege in der weiteren Öffnung der Waren- und Kapitalmärkte, meinte Köhler weiter und rief insbesondere die Industriestaaten zum

Abbau von Handelshemmnissen für Produkte aus der Dritten Welt auf. Die Globalisierung - davon ist Köhler fest überzeugt - hätte für alle Vorteile, wenn alle Länder genügend Verantwortung übernähmen. Denn "hausgemachte Probleme" wie eine schlechte Staatsführung, Korruption oder bewaffnete Konflikte müssten die Länder schon selbst lösen. Der IWF sei nicht länger bereit, sich von GlobalisierungsgegnerInnen zum Alleinschuldigen für die Misere in vielen Ländern der Dritten Welt machen zu lassen.

Die GegnerInnen der Tagung sammelten sich derweil in der Prager Innenstadt zu einer Großdemonstration. Die Initiative gegen Ökonomische Globalisierung (INPEG), die die Gegenveranstaltungen organisiert hatte, sprach von rund 15.000 Menschen aus über 20 Ländern, die sich auf die Blockade des Kongresszentrums vorbereiteten. Doch auch die tschechische Polizei hatte sich für den "Global Action Day" gerüstet. Schon Tage zuvor wurde der Gipfel von der tschechischen Staatsführung zur Generalprobe für die Bereitschaft des Landes zum EU-Beitritt hochstilisiert. Dementsprechend wollte man zur Gewährleistung eines reibungslosen Ablaufs der Tagung in jeder Hinsicht lieber klotzen statt kleckern: Mindestens 50 Millionen Mark wird der Gipfel nach Angaben von INPEG kosten. Zum Schutz der ca. 18.000 TagungsteilnehmerInnen hatte das tschechische Innenministerium in Prag über 11.000 PolizistInnen sowie fast 2.000 Soldaten zusammengezogen. Aus Deutschland und den USA hatte man sich materielle und logistische Unterstützung in Form von Tränengaspistolen und Polizeiberatern geholt.

Gegengipfel war ein Desaster

Doch trotz eines martialischen Polizei-Aufgebots und stundenlanger Straßenschlachten mit der Polizei gelang es den DemonstrantInnen, das Tagungsgebäude abzuriegeln. Die Polizei sperrte daraufhin kurzerhand die Metro für die Prager Bevölkerung, um die Delegierten mit Sonderzügen aus dem Tagungsgebäude herauszubringen. Das Abendprogramm für die TagungsteilnehmerInnen, der Besuch der Prager Oper, musste abgesagt werden, nachdem diese bereits Stunden zuvor von IWF-GegnerInnen umstellt worden war.

Auch an den folgenden Tagen setzten die GipfelgegnerInnen ihren Protest mit dezentralen Aktionen, wie der Blockierung der Tagungshotels oder der Besetzung zentraler Straßen und Plätze, fort. Nachdem eine effektive Arbeit kaum möglich war, wurde die Tagung einen Tag früher als geplant beendet. Ähnlich wie beim WTO-Gipfel im November 1999 in Seattle gelang es damit auch in Prag, das offizielle Gipfelgeschehen empfindlich zu stören. "Jetzt, nachdem klar geworden ist, dass die massiven Proteste von Seattle keine Eintagsfliege waren, sondern sich bei jedem Gipfel wiederholen können, wird sich keine Stadt mehr darum reißen, eine solche Tagung austragen zu dürfen!", fasste ein Aktivist den Erfolg der militanten Protestaktionen trotz der einsetzenden Verhaftungswelle zusammen. Zwar wurde in Prag nicht die Größe der Proteste von Seattle erreicht, doch in einem anderen Punkt konnte Prag dafür neue Maßstäbe setzen: Während die bislang größten IWF-Proteste in Berlin 1988 noch eine fast ausschließlich deutsche Veranstaltung waren und auch in Seattle trotz internationaler Beteiligung die amerikanischen AktivistInnen klar den Ton angaben, konnte man in Prag erstmals eine breite multinationale Protestbewegung erleben. Ob diese neue Qualität der Protestbewegung gegen eine neoliberale Globalisierung allerdings von Dauer sein wird, wird erst die Zukunft entscheiden.

Bei all dem Erfolg der Protestveranstaltungen sollten einige Schwächen im Lager der TagungsgegnerInnen jedoch nicht einfach ignoriert werden. Die militanten Protestaktionen erwiesen sich für die Prager Bevölkerung als nicht vermittelbar. Dazu trug wesentlich die katastrophale Berichterstattung in den tschechischen Medien bei. Kann man den TagungsgegnerInnen nur schwer die Verantwortung für die einseitige Berichterstattung in den tschechischen Medien geben, so geht das Desaster des äußerst schlecht besuchten Gegengipfels ganz auf das Konto der Protestbewegung. Einzelne Politgruppen referierten zur eigenen Profilierung ihre Grundsatzerklärungen, anstatt eine Plattform für fundierte Analysen der weltweiten kapitalistischen Transformation, die nicht mit rechten Ansätzen kompatibel sind, zu bilden oder die Weiterentwicklung von Alternativansätzen voranzutreiben.

Joachim Kolb

21. Prager Nachspiel. Eingeknastete Anti-IWF-AktivistInnen berichten über Misshandlungen

Eingeknastete Anti-IWF-AktivistInnen berichten von Misshandlungen

Autor: Verena Paetow · Rubrik: Tschechien; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak443/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:443:38

Seit ein paar Wochen haben die Vertretungen Tschechiens in Bern und Barcelona, London und Paris, Montreal, Venedig und Wien ungewohnten Andrang. Allein in Berlin gab es seit dem Global Action Day am 26. September in Prag (s26) drei Kundgebungen vor der Botschaft des osteuropäischen Landes. Die DemonstrantInnen fordern die Freilassung aller AktivistInnen, die bei den Protesten gegen die Jahrestagung von IWF und Weltbank Ende September in Prag verhaftet wurden, sowie die Einstellung der Verfahren.

Während des Prager Gipfels wurden mindestens 859 Personen festgenommen, knapp zwei Drittel waren tschechische StaatsbürgerInnen. Die Mehrheit wurde bis zum 29. September wieder auf freien Fuß gesetzt. Aber noch immer sitzen mindestens neun s26-AktivistInnen in tschechischen Gefängnissen. Elf Personen wurden am vergangenen Donnerstag nach drei Wochen Untersuchungshaft überraschend freigelassen, nachdem sich Vaclav Havel persönlich in die Angelegenheit eingeschaltet hatte. Er distanzierte sich von Aussagen des Innenministers Stanislav Gross, wonach Berichte über Menschenrechtsverletzungen in den Gefängnissen Teil eines ausländischen Komplotts seien. Havel kritisierte außerdem die Berichterstattung der tschechischen Medien.

Insgesamt sind etwa 25 Personen wegen Sachbeschädigung oder Angriffen auf Beamte angeklagt. Doch die Informationslage ist unüberschaubar, die tschechische Rechtshilfeorganisation OPH chronisch überlastet. Nach wie vor werden Menschen vermisst, darunter auch zwei KurdInnen. AktivistInnen aus Polen, Tschechien, Rumänien, Dänemark, Großbritannien und Österreich saßen vergangene Woche noch in Haft. Laut OPH gibt es Anzeichen dafür, dass insbesondere Gefangene aus Osteuropa weiterhin Misshandlungen ausgesetzt sind.

Die Freigekommenen schildern schockierende Erlebnisse in Polizeiwachen und Gefängnissen: Den meisten wurde tagelang Essen, medizinische Versorgung und Schlaf entzogen. Auch die Benachrichtigung von Anwälten sowie Telefonate und Übersetzung blieben verwehrt. Viele berichten von Tritten, Schlägen und ständiger Schikane. Nicht wenige verließen das Gefängnis mit Blutergüssen, Quetschungen und Knochenbrüchen.

Inzwischen existieren Videobänder, die die Aussagen von Misshandelten dokumentieren: Frauen berichten von sexuellen Übergriffen seitens der Polizei. Einige wurden gezwungen, sich bei Durchsuchungen auszuziehen oder mussten vor johlenden Beamten nackt Turnübungen vorführen. Der Fall einer misshandelten Österreicherin, die sich bei einem Fluchtversuch Rückenwirbel, Bein- und Hüftknochen brach, machte inzwischen auch in tschechischen Medien die Runde.

Ein Inhaftierter aus Israel wurde nach den Aussagen von Mitgefangenen besonders schwer misshandelt und mit antisemitischen Bemerkungen beschimpft. Laut weiteren Augenzeugenberichten seien vor allem die tschechischen Gefangenen der Polizeibrutalität ausgeliefert gewesen. Eine gleichzeitig verhaftete Gruppe von Skinheads hingegen habe die Polizei fast zuvorkommend behandelt - mit Essen versorgt, die Zellentüren offen gelassen und ihre Baseballschläger ausgehändigt. Es sei vor den Augen der tatenlos zusehenden Beamten auch zu Übergriffen von Nazis auf andere Gefangene gekommen. OPH hat inzwischen erste Anzeigen gegen Polizeibeamte erstattet.

Doch der erfolgreiche Widerstand vom s26 geriet nicht nur durch die Exekutivkräfte unter Druck. Die Empörung insbesondere der tschechischen Öffentlichkeit wegen kaputter Fensterscheiben und verletzter Polizisten bekam vor allem die Initiative gegen Ökonomische Globalisierung (INPEG), ein internationales Netzwerk, das für den (nicht-militanten) Protest mobilisiert hatte, deutlich zu spüren. Da hat dem Direct-Action-Bündnis auch die öffentliche Diffamierung von militanten Aktionen wenig genutzt.

Doch die Protestaktionen im In- und Ausland gegen Kriminalisierung, Misshandlung und Folter zeigen erste Wirkung: Neben der Freilassung von Untersuchungshäftlingen scheint sich in den letzten Tagen auch die öffentliche Wahrnehmung der Geschehnisse rund um den s26 zu verändern. Neben Berichten über die

Polizeibrutalität gelangen inzwischen auch inhaltliche Hintergründe des Protestes gegen IWF und Weltbank in einen Teil

der Medien. In den Mailing-Listen des internationalen Widerstands-Netzwerkes Peoples Global Action (PGA) tobt derweil die "Violent-nonviolent"-Debatte. Die strittige Militanzfrage scheint jedoch nicht zu einer Spaltung hinsichtlich der Repression zu führen. Neben INPEG rufen Gruppierungen aus allen PGA-Strömungen zur Solidarität mit den Gefangenen auf.

Verena Paetow

Für die Kosten der anstehenden Prozesse hat die Rote Hilfe ein Soli-Konto eingerichtet: Rote Hilfe e.V. , Konto-Nr.: 191100-462, BLZ: 44010046, Postbank Dortmund, Stichwort: Prag 2000

22. Russland: Rückwärts zum Zentralstaat. Putin und Beresovski - zwei Reformer der besonderen Art

Autor: Kai Ehlers · Rubrik: Russland · CD-Datei: daten/aksuche/ak443/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:443:02

Anfang Juni 2000 präsentierte die Kreml-Administration der Staatsduma eine Gesetzesvorlage: Zukünftig solle der russische Präsident das Recht haben, die Gouverneure der Regionen zu ernennen und sie abzusetzen, wenn sie gegen Föderationsgesetze verstoßen. Die gewählten Gouverneure sollen aus ihrem seit 1993 bestehenden Machtzentrum, dem Föderationsrat, ausziehen und durch ständige Vertreter ersetzt werden. Zudem sollen sie durch Generalgouverneure überwacht werden, die in sieben Super-Regionen herrschen sollen, welche der russische Präsident per Erlass vor kurzem geschaffen hat. Dazu soll auch ein eigener neuer Überwachungs- und Polizeiapparat in den sieben Regionen aufgebaut werden.

Als Ausgleich erhalten die Gouverneure das Recht, mit den Lokalgrößen entsprechend zu verfahren. Das Ganze läuft unter dem Label der Demokratisierung durch Einführung einer "Diktatur des Gesetzes" im Kampf gegen Korruption und Kriminalität. Die Mehrheit der Duma stimmte begeistert zu. Selbst aus den Reihen der Gouverneure gab es kaum offenen Widerstand. Doch dann geschah das für viele Unerwartete: Vladimir Beresovski, vor der Wahl Vladimir Putins zum neuen russischen Präsidenten als dessen Sponsor, Gönner und Manager aktiv hervorgetreten, stellte sich öffentlich gegen die Politik des neuen Präsidenten. Die von Putin betriebene Rezentralisierung beseitige die Gewaltenteilung, erklärte er. Sie führe zu einer Wiederbelebung des sowjetischen Systems, bringe eine korrumpierte Elite hervor und zerstöre die Selbstverwaltung sowie jegliche Initiative von unten.

Dass Beresovskis Interesse weniger demokratisch als eher geschäftlich begründet ist, dürfte klar sein. Er hat in vielen Regionen Russlands wirtschaftliche Interessen; das bewies er gerade wieder bei der Übernahme der Krasnojarsker Aluminiumwerke, nachdem deren erster privater Besitzer Sergej Bykov vom Gouverneur Krasnojarks, Alexander Lebed, hinter Schloss und Riegel gebracht worden ist. Beresovski braucht gute Beziehungen zu den Gouverneuren und den örtlichen Machthabern; er braucht freie Hand für seine Geschäfte. Das ist alles andere als demokratisch. Doch eben dadurch ist Beresovskis Opposition, obwohl nicht ohne paradoxe Züge, auch grundsätzlicher Natur. Er wendet sich gegen das von Putin angestrebte Herrschaftsmodell, das auf dem Primat der Bürokratie und der Sicherheitsdienste einschließlich des Militärs beruht.

In einem solchen Staat, so muss Beresovski offenbar fürchten, wäre für die Oligarchen kein Platz mehr. Könnte es sein, dass er sich dieses Mal verrechnet hat? Jetzt gibt es nämlich keinen Boris Jelzin mehr, der wie bei den Präsidentenwahlen 1996 einen übereifrigen Ordnungspolitiker Alexander Lebed durch seinen anarchischen Autoritarismus bremst. Spielt Putin vielleicht sogar mit dem Gedanken, sich von Jelzins "Familie" loszusagen und auf andere Kräfte zu stützen?

Die Reaktion aus den Reihen des Präsidenten ließ nicht lange auf sich warten. Putin müsse gegen Beresovski vorgehen, tönte der Präsidentenberater Pavlovskij aus dem Kreml. Putin solle noch in diesem Jahr die "Schattenregierung" der russischen Oligarchen beseitigen, andernfalls könne es sein, dass er schon im kommenden Jahr nicht mehr Präsident sein werde. Putin müsse die demokratischen Institutionen vom "Druck eines privaten Clubs" einiger Großunternehmer zu befreien. Diese hätten einen parallelen, verfassungsfeindlichen Schattenstaat geschaffen. Während Putin vom Volk gewählt sei, würden die Massenmedien von Leuten wie Beresovski und Gussinskij kontrolliert, die immer dann als Retter der russischen Demokratie aufträten, wenn sie sich gefährdet fühlten. Nun müsse die Mehrheit, die Putin unterstützt, verhindern, dass sich die Gegner des Präsidenten zu einer Front zusammenschlössen.

Putin stört Beresovskis Geschäfte

Mit diesem Schlagabtausch bricht der Burgfrieden auf, der die Voraussetzung für Putins Wahlsieg darstellte. Der Burgfrieden war durch drei Faktoren begründet: Durch Putins Bereitschaft, die "tschetschenische Frage" zu lösen; durch sein Versprechen, Boris Jelzin und seiner "Familie" Immunität zu garantieren; schließlich durch die politische Leerstelle, die der Newcomer Putin anstelle eines Programms präsentierte. Der Konflikt tritt nun just an jener Stelle zu Tage, an der alle drei Elemente miteinander verzahnt sind - an der Frage der föderalen Struktur des Landes.

Laut Verfassung hat Russland 89 sogenannte föderale Subjekte - Verwaltungsgebiete, autonome, meist nach Ethnien benannte Republiken, autonome Gebiete und die Städte Moskau und St. Petersburg. Unter Boris Jelzin, dessen Amtsantritt als russischer Präsident gleich bedeutend war mit der Auflösung des sowjetischen Zentralstaates, setzte sich die Regionalisierung auf dem Gebiet der nunmehr Russländische Föderation genannten vormaligen Russischen SSR fort. Gleichzeitig wuchsen die Tendenzen der Rezentralisierung.

Durch Krieg zu "nationaler Identität"

Der erste tschetschenische Krieg war der krasseste Ausdruck dieser widersprüchlichen Entwicklung. Er löste das Problem nicht, sondern verschob es und verschärfte es damit. Im zweiten tschetschenischen Krieg geht es nicht mehr hauptsächlich um Tschetschenien - weder um dessen Unabhängigkeit noch deren Verhinderung -, sondern um den inneren Zusammenhalt Russlands, um die Stiftung einer neuen Identität. Am Beispiel Tschetscheniens versuchen Putin und sein "Kommando" eine doppelte Sinngebung: Den einen wird mit der Lösung der "tschetschenischen Frage" ein identitätsstiftendes kollektives Ziel und eine Ablenkung von der eigenen Dauermisere angeboten; den anderen wiederum wird demonstriert, was mit jenen geschieht, die sich dem Anspruch Moskaus auf Wiederherstellung seiner Machtstellung nicht beugen wollen.

Mit dem Vorstoß gegen die Gouverneure soll der durch den tschetschenischen Krieg erzeugte politische Druck nun auch formal auf das ganze Land übertragen werden. Das trifft insbesondere diejenigen Teile des Landes, die sich, wie die ethnischen Republiken an der mittleren Wolga, allen voran Tatarstan, in den letzten Jahren eine relative wirtschaftliche und kulturelle Unabhängigkeit gegenüber der Zentralregierung erkämpfen konnten.

Kai Ehlers

www.kai-ehlers.de

23. Fujimoris Finten. Nach angekündigtem Rückzug ist Perus Staatschef wieder obenauf

Autor: AI., Nürnberg · Rubrik: Peru · CD-Datei: daten/aksuche/ak443/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:443:17

Alberto Fujimori ist ein Taktierer erster Güte. Ob es ihm aber ein weiteres Mal gelingt, die Opposition zu düpieren, die Fäden weiter in der Hand zu halten und an den Schaltstellen der Macht zu bleiben, ist fraglich. Denn jetzt hat es Perus Präsident nicht nur mit innenpolitischen Gegnern zu tun, sondern mit seinem Paten: Es sind die USA, die den neoliberalen Autokraten los werden wollen. Die pittoreske Video-Geschichte (vgl. ak 442) dient dabei nur als Nebelwand, hinter der das Gerangel um die Macht ausgetragen wird.

Nach Fujimoris überraschender Ankündigung, Neuwahlen anzusetzen, für die er selbst nicht mehr kandidieren wolle, machte sich zunächst Freude ob dieses unverhofften Schrittes breit. In Peru und international wurde der angekündigte Rückzug des autoritären Staatschefs - der nach gefälschten und von der Opposition boykottierten Wahlen erst am 28. Juli des Jahres seine dritte Amtsperiode antrat - mit Erleichterung quittiert.

Mittlerweile nehmen jedoch die Zweifel aus verschiedenen Gründen wieder zu. Schon der Anlass der Ankündigung zum Rückzug, ein Video, das Fujimoris engsten Berater, Vladimiro Montesinos, beim Stimmenkauf eines Abgeordneten zeigt, ist bei genauerer Betrachtung recht eigentümlich. Die Details waren zwar überaus dubios, aber Fujimori hat in der Vergangenheit schon Skandale ganz anderen Kalibers durchgestanden. Ginge es nur um die Bestechungsaffäre hätte er sich damit begnügen können, seinen Berater zu entlassen. Trotzdem kündigte er gleichzeitig seine eigene Abdankung an.

Der gewievte Präsident trat formal allerdings nicht von seinem Amt zurück, sondern hat lediglich nach den Neuwahlen - voraussichtlich im März 2001 - die Regierungsübergabe zum 28. Juli 2001 in Aussicht gestellt. In den verbleibenden zehn Monaten will er sich als "Garant der Demokratisierung" präsentieren. US-Außenministerin Madeleine Albright sicherte ihm dafür bei einem Treffen Ende September die Unterstützung der USA zu. Überdies ist die Rolle der Streitkräfte zwielichtig - bislang das Rückgrat des Staatschefs. Und schließlich konnte sich der als Parlamentarierbestecher geoutete Vladimiro Montesinos - bis dato nahezu omnipotenter Chef des berüchtigten peruanischen Geheimdienstes SIN - mit einem lobhudelnden Zeugnis seines Regierungschefs nach Panama absetzen. Weil sich die Regierung Panamas zunächst zierte, Montesinos, der die Ausrottung der Systemopposition Perus maßgeblich organisiert hatte, selbst als angeblich politisch Verfolgtem Asyl zu gewähren, half die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) im Einvernehmen mit den USA ein bisschen nach und stimmte Panama um. Fürs erste scheint der Geheimdienstchef a.D., dem auch Drogen- und Waffengeschäfte nachgesagt werden, weich gefallen. Die große Frage ist allerdings, wie sicher sich Montesinos auf Dauer fühlen kann. Nach Angaben der Opposition steht er seit Jahren auf der Gehaltsliste der CIA und weiß viel über die Verwicklung der US-Dienste in die blutige Innenpolitik Perus. In der Presse wird berichtet, dass Montesinos im Besitz von 2500 Videos mit kompromittierendem Material sei. Im Falle einer Bedrohung würde er "die Büchse der Pandora öffnen", zitiert die kolumbianische Tageszeitung El Tiempo (24.9.2000) einen Peru-Kenner. Dies würde erklären, warum der mit seinen eigenen Methoden ausgebootete Montesinos zwar von seinem Posten weggedrückt wurde, ihm ansonsten jedoch momentan nichts weiter passiert.

Bruch des dominanten Machtblocks

Das Exil des Top-Agenten und die Auflösung des Geheimdienstes SIN hat trotzdem einen positiven Aspekt. Denn es bedeutet den definitiven Bruch im bisherigen Machtblock, der Peru seit 1990 mit eiserner Hand regierte, die Guerillabewegungen Sendero Luminoso und MRTA Túpac Amaru zerschlug und das Land auf neoliberalen Kurs brachte. Dieses Machtgefüge bestand aus einer Kräftebalance zwischen Fujimori, seinem engsten Berater Montesinos und dessen SIN sowie der Armeeführung. Eine neue hegemoniefähige Konstellation zeichnet sich derzeit noch nicht ab. Da zudem die meisten staatlichen Institutionen (Parlament, Justiz, Verfassungsgerichtshof und Wahlbehörden) durch die langjährigen mafiös-autoritären Praktiken unter Fujimori personell und moralisch ausgehöhlt sind und nur sehr unzureichend funktionieren, droht dem Andenland bis zur Neuwahl des Präsidenten eine Phase der Instabilität. Dieses Problem, das in jeder denkbaren Post-Fujimori-Konstellation aufgetreten wäre, haben auch die USA erkannt. Deshalb setzen sie auf einen paktierten Übergang, in den die parlamentarische Opposition, Fujimori sowie die Streitkräfte

eingebunden sind und der zur Zeit unter Federführung der OAS vor Ort ausgehandelt wird. Soziale und politische Kräfte jenseits des wenig repräsentativen Parlamentklüngels sind von den Verhandlungen ausgeschlossen.

Die "oppositionellen" Parteien im Parlament sind um Führungspersonen gruppierte, politisch völlig diffuse Vereinigungen wie "Peru ist möglich" (Peru posible) des Fujimori-Herausforderers Alejandro Toledo, die "Unabhängige moralische Front" (FIM), "Wir sind Peru" (Somos Peru) oder "Laßt uns vorankommen" (Avancemos). Massenparteien gibt es kaum noch. Die traditionsreichen Volksparteien APRA (linke Mitte) und Accíon Popular (rechte Mitte) sind zu Kleingruppen herabgesunken, die sozialistische Linke kandidierte aus Protest gegen die korrupten Methoden Fujimoris nicht und die Christdemokraten bekamen nicht einmal genug Unterschriften für die Wahlregistrierung.

Die einzige mächtige staatliche Institution, die vom politischen Durcheinander nicht unmittelbar betroffen ist, sind die Streitkräfte. Allein aus diesem Grunde kommt ihnen derzeit eine Schlüsselrolle zu. Deshalb wäre es für sie sogar contraproduktiv, zu putschen. Da die Gallionsfigur der parlamentarischen Opposition, Alejandro Toledo, ein Wendehals und Populist reinsten Wassers, weder über eine solide Hausmacht noch über eine gut strukturierte, landesweit präsente Partei oder Organisation verfügt, wird er sich zuallererst mit den Militärs verständigen und das Ergebnis von den USA absegnen lassen. Das Gewicht der Armee dürfte also eher noch zunehmen. Dass ein sich abzeichnender Rücktritt Fujimoris per se schon ein mehr an Demokratisierung bedeutet, ist hingegen eine naive Hoffnung. Eher sieht es so aus, dass der repressive Block aus Politik und Militär an innerer Kohärenz verliert und sich ein politischer Raum öffnen könnte, was emanzipatorischen Kräften die Möglichkeit böte, sich neu zu formieren. Ob dies gelingt, ist offen.

Warum aber kündigte Alberto Fujimori, der vier Jahre lang alles tat, um seine verfassungswidrige dritte Amtsperiode durchzusetzen, seinen Rückzug an - trotz der relativ desolaten internen Opposition? Einerseits mangelt es ihm innenpolitisch schon seit Jahren an Legalität und Legitimität. Dies konnte er durch autoritäre Mechanismen und paternalistische Programme in der Vergangenheit notdürftig übertünchen. So gelang es Fujimori, der weiterhin über eine Massenbasis, insbesondere unter den verarmten Bevölkerungsschichten, verfügt, die manipulierten Wahlen zu gewinnen. Im Anschluss kaufte er die zur Mehrheit nötigen Parlamentarier. Entsprechende Vorwürfe und Zeugenaussagen sind schon seit Juli, also zwei Monate vor der Video-Affäre, auch hier zu Lande öffentlich bekannt. So berichtete beispielsweise der Peru-Experte Estéban Cuya in der Juli-Ausgabe der Lateinamerika-Zeitschrift ila über den Fall. Auch den Bestechungstarif konnte er ganz exakt nennen: 15 000 US-Dollar. Der politische Preis für diese Praktiken war die Spaltung der Gesellschaft Perus.

Schwerer als der innenpolitische Glaubwürdigkeitsverlust dürften jedoch außenpolitische Faktoren, vor allem die Verärgerung der USA wiegen, die weniger auf der mangelnden Demokratie sondern vielmehr auf der zunehmenden Unberechenbarkeit des peruanischen Herrschaftsblocks basiert. Denn vor wenigen Wochen flog ein spektakulärer Waffendeal auf, der für die USA offenbar ein Schlag ins Gesicht war. Darin war Fujimoris rechte Hand Montesinos verwickelt. Angesichts der Machtmechanik in Peru, muss der Präsident davon zumindest Kenntnis gehabt haben.

Wirklicher Grund für den Rückzug

Die peruanischen Streitkräfte hatten in Jordanien über 10.000 Sturmgewehre russischer Bauart eingekauft, vorgeblich für die peruanische Armee. US-Verbündeter Jordanien ließ sich von den USA die Zustimmung für den Export geben. Mit mindestens drei Flugtransporten beförderte die peruanische Luftwaffe die Waffen von Jordanien nach Lateinamerika und warf sie über Kolumbien ab. Und zwar über einem Gebiet, das von der kommunistischen FARC-Guerilla kontrolliert wird. Der kolumbianischen Armee fielen Teile der Lieferung in die Hände, die sie mit US-Hilfe den jordanischen Lieferanten zuordnen konnte. Die daraufhin inhaftierten peruanischen Armeepiloten behaupteten steif und fest, Montesinos selbst habe ihnen per Funk Anweisungen gegeben, wo das Material abzuwerfen sei. Fujimori hingegen stellte die Affäre so dar, als habe Montesinos einen Waffenschmuggel von Angehörigen der Luftwaffe aufgedeckt. Da im US-Kongress erst vor kurzem ein immenses Aufrüstungspaket ("Plan Kolumbien") in Höhe von 1,3 Milliarden Dollar verabschiedet wurde, das vor allem der Bekämpfung der FARC-Guerilla dienen soll, ist klar, dass sich die USA bei Waffendeals mit der FARC nicht mit billigen Erklärungen abspeisen lassen.

Wie im falschen Film

Geldgier und Selbstüberschätzung ließen Montesinos und Fujimori offenbar den Blick dafür verlieren, auf welch heikles Terrain sie sich mit dem Waffendeal für die FARC-Guerilla begaben. Aus Sicht der USA, die auch nach dem groß angelegten Wahlschwindel weiter auf pragmatische Zusammenarbeit bei begrenzter Kritik gesetzt hatten, wurde mit dem Waffenschmuggel für die FARC eindeutig die Toleranzgrenze überschritten. Denn die "technische" Unterstützung der FARC, mit etwa 15.000 Bewaffneten die militärisch schlagkräftigste Guerillabewegung in der Geschichte Lateinamerikas, steht antagonistisch zu den US-Interessen in Kolumbien. Der Plan Kolumbien ist vorrangig ein militärisches Anti-Guerilla- und Anti-Drogenkonzept, das auch Nachbarstaaten wie Peru, Ecuador, Panama und Bolivien aktiv mit einbezieht. So ist es durchaus konsequent, dass die USA auch gegen eigene Zöglinge vorgehen, die ihnen dabei in die Quere kommen. Dass Fujimori in Peru schon seit Jahren eine politische Schmierenkomödie abzog, konnten die Vereinigten Staaten noch "übersehen". Dass er aber mit dem Waffengeschäft in Kolumbien eine weitere Seifenoper inszenieren wollte, ging wohl zu weit. Fujimori und Montesinos bleibt nun noch das Täterwissen über die innenpolitische Tragödie Perus. Diesen Trumpf werfen sie in die Waagschale, um einen kontrollierten Abgang zu erreichen, der vor allem ein Ziel hat: die künftige Straflosigkeit für begangene Verbrechern und mafiöse Selbstbereicherung abzusichern. Bisher zeichnet sich ab, dass sich die USA und die EU auf dieses Spielchen einlassen. Ob die peruanische Opposition, die derzeit noch eine Bestrafung Fujimoris und Montesinos verlangt, stark genug ist, dies zu verhindern, ist hingegen zu bezweifeln.

Al., Nürnberg

24. Der Plan Colombia trägt Früchte. Kolumbien: Das Militär forciert seine Angriffe

Autor: Raul Zelik · Rubrik: Kolumbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak443/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:443:21

Forciert von den USA beschloss Kolumbiens Präsident Andres Pastrana Mitte des Jahres den sogenannten Plan Colombia. Das mit etwa sieben Milliarden Dollar veranschlagte Konzept zur definitiven Befriedung des südamerikanischen Andenlandes soll nach offizieller Verlautbarung vor allem das Geschäft mit den Drogen bekämpfen sowie durch "Sozialprogramme" die "Demokratisierung" fördern. Für ersteres verabschiedete der US-Kongress im Juli ein Militärhilfepaket in Höhe von 1,3 Milliarden Dollar. Spezielle Anti-Drogenbataillone, modernste Hubschrauber sowie weiteres militärisches High-Tech-Gerät sollen die demoralisierte kolumbianische Armee wieder auf Vordermann und in Stellung gegen den "Narcoterror" bringen. Auch die EU ist aufgefordert an der "Demokratisierung" Kolumbiens finanziell mitzuwirken. Kritiker sehen im Kolumbienplan indes eine moderne Form der Aufstandsbekämpfung.

Und tatsächlich: Keine vier Monate sind nach der Verabschiedung des Plan Colombia vergangen, und schon ist zu sehen, wie sehr das Militärhilfe-Paket den Krieg in Kolumbien eskalieren lässt. Gewerkschafter in Bogotá berichten von wachsender Repression durch die Geheimdienste; in der Erdölstadt Barrancabermeja, in der dieses Jahr mehr als 400 Menschen ermordet worden sind, herrscht offener Kriegszustand. Am schlimmsten jedoch ist die Lage im Süden des Landes. Das an Ecuador angrenzende Departement Putumayo ist seit einem Monat fast vollständig von der Außenwelt abgeriegelt. Nur bruchstückhaft dringen Nachrichten aus der Region, die als wichtigstes Koka-Anbaugebiet Kolumbiens gilt. Tausende von Bauern sollen auf der Flucht sein, viele davon Richtung Ecuador.

Verantwortlich dafür sind nach der Darstellung der Medien "Kämpfe zwischen Paramilitärs und Guerilla um die Kontrolle der Koka-Einnahmen". Glaubhaft ist das nicht. Gleichzeitig verkündete die Armeespitze nämlich auch, dass ausgehend vom Stützpunkt Puerto Leguízamo (Putumayo) eine Reihe erfolgreicher Anti-Drogenoperationen durchgeführt worden seien. Zudem ist die Formulierung "Gefechte zwischen Paramilitärs und Guerilla" in der Regel die offizielle Sprachregelung, wenn Armee und Todesschwadrone gemeinsame Offensiven gegen die soziale Basis der Guerilla durchführen.

Dass der Süden Kolumbiens von dem maßgeblich von US-Militärs entwickelten Plan Colombia am stärksten betroffen sein würde, war abzusehen. In den letzten drei Jahren richteten sich die paramilitärischen Aktionen zum Großteil gegen die soziale Basis der kleineren, guevaristischen ELN in der nördlichen Hälfte Kolumbiens. Während der Präsident mit der militärisch stärkeren FARC-Guerilla verhandelte, um auf diese Weise Zeit für eine Neuorganisierung der Armee zu gewinnen, suchte diese die Zerschlagung der ELN.

Nun jedoch rückt mit den Geldspritzen aus den USA das von den FARC dominierte kolumbianische Amazonasbecken ins Blickfeld der Militärstrategen. Schon während der Debatten im US-Kongress hatte der für die US-Kolumbien-Politik verantwortliche "Anti-Drogen-Zar" General Barry McCaffrey das Milliardenpaket damit gerechtfertigt, dass die Kontrolle des kolumbianischen Staates über den Süden des Landes wiederhergestellt werden müsse. Folgerichtig haben die "Anti-Drogenbataillone", für die ein Großteil der Militärhilfe bestimmt war, in der Region zu agieren begonnen, und auch die Special Operation Forces der US-Army, die mehrere wichtige Stützpunkte auf der peruanischen und ecuadorianischen Seite der Grenze unterhalten, haben ihre Aktivitäten intensiviert.

Militarisierung der Grenzen

Die Operationen in Südkolumbien haben zwei Ziele. Erstens soll die FARC (die den Koka-Handel besteuert und den Bauern z.T. auch Saatgut für Neupflanzungen überlässt) von den Einnahmequellen aus dem Koka-Anbau abgeschnitten werden und zweitens sollen ihre Nachschubwege aus Ecuador und Peru unterbrochen werden. Zu diesem Zweck werden zunehmend auch die Truppen der Nachbarstaaten mobilisiert. Als willkommener Anlass gelten Grenzvorfälle, die sich in den letzten zwei Jahren auffällig gehäuft haben. Seit 1999 sind mehrmals Flugzeuge und Helikopter von Unbekannten aus Panama, Venezuela und Ecuador nach Kolumbien entführt worden - zuletzt Anfang Oktober aus dem ost-ecuadorianischen Tivacuno, wo das spanisch-argentinische Konsortium Repsol-YPF eine Ölförderanlage betreibt. Die acht Geiseln wurden mit

dem Helikopter ins kolumbianische Putumayo verschleppt - in eben jenes Kriegsgebiet also, das zur Zeit als isoliert gilt.

In den Nachbarländern werden solche Ereignisse als Beweis für die drohende Expansion der Guerilla bewertet. Doch ob tatsächlich Linke hinter den Vorfällen stehen, ist mehr als fraglich. Viel plausibler erscheint, dass der kolumbianische Armee-Geheimdienst für diese Aktionen verantwortlich ist. Immerhin wurde im Sommer in Panama ein Offizier der kolumbianischen Luftwaffe dabei festgenommen, als er - nach eigenen Aussagen - "im Auftrag der Selbstverteidigungsgruppen der kolumbianischen Armee" einen Hubschrauber nach Kolumbien zu entführen versuchte.

Die EU hält sich zurück

Auf Grund des massiven Drucks von Menschenrechtsorganisationen hat sich die EU gegenüber dem Plan Colombia bisher reichlich zurückhaltend gezeigt. Im Sommer versuchte die kolumbianische Regierung auf sogenannten "Gebertreffen" in London und Madrid finanzielle Unterstützung zu erhalten und legte dafür eine Soft-Version des Plan Colombia vor. Kurioser Weise kursieren nämlich bis zu vier verschiedene Varianten des Planes, in denen - je nach dem, ob Europäer, der US-Kongress oder die kolumbianische Öffentlichkeit angesprochen werden sollen - der Sicherheits- oder der Sozialaspekt stärker betont werden.

Das Treffen in Madrid lief für die Regierung Pastrana eher enttäuschend. Paul-Emile Dupret, belgischer Kolumbien-Spezialist und Mitarbeiter der Vereinigten Linken im Europa-Parlament sieht in dem Ergebnis einen kompletten Misserfolg für Pastrana. "Sie haben keinen Peso zusätzlich zu dem erhalten, was nicht vorher schon vereinbart gewesen war." So kamen (neben den schon zugesagten Krediten der Weltbank und Japans) in Europa nur 20 Millionen aus Norwegen und 100 Millionen von der spanischen Regierung zusammen. Durch die EU läuft offensichtlich ein Riss in der Kolumbien-Frage. Vor allem Belgien und Italien haben sich klar gegen den Plan Colombia positioniert, Frankreich scheint unentschlossen, Spanien ist dafür. Das kann kaum verwundern, wenn man weiß, dass spanische Unternehmen in den letzten fünf Jahren für 4,2 Mrd. DM in Kolumbien investiert haben.

Die Politik der Bundesregierung ist Pastrana-freundlich. Dass Rot-Grün anders als die CDU-FDP-Koalition vorrangig mit dem kolumbianischen Establishment spricht (und die Schmidbauer-Mauss-Connection zur ELN, aber auch zu den kolumbianischen Kirchen mehr oder weniger gekappt hat), drückt sich auch in der Zurückhaltung gegenüber dem Friedensprozess aus. So haben verschiedene europäische Botschaften (darunter auch die spanische und französische) eine "grupo de amigos" gebildet, die im Augenblick die vorsichtigen Kontakte zwischen ELN und Pastrana-Regierung begleitet. Trotz einer Aufforderung aus Kolumbien wollte die bundesdeutsche Regierung allerdings bei dieser Gruppe nicht mitmischen. Man behandelt die Guerillaorganisationen als "Terroristen", delegiert politische Aufgaben an Spanien und behauptet, soziale Anliegen finanzieren zu wollen. Das Problem ist jedoch, dass im Moment alle Gelder, die nicht an ausdrücklich andere Kriterien gebunden sind, - also auch solche für Entwicklungs- und Sozialprojekte - eine Zusatzfinanzierung für den Krieg darstellen. Der Plan der Regierung in Bogotá sieht beispielsweise vor, dass ein Drittel der europäischen Hilfsgelder für Projekte in den Gebieten der Paramilitärs verwendet wird. Damit wird ausdrücklich die soziale und politische Basis der militärischen Ultra-Rechten gestärkt. Unter solchen Voraussetzungen sind "Sozialprojekte" nichts weiter als Begleitungmusik des Krieges.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung wächst die Bedeutung der kolumbianischen Guerillaorganisationen als Gegengewicht zur vom Plan Colombia gestärkten militärischen Rechten. Doch die linken Organisationen, allen voran die FARC, machen es selbst ihren SympathisantInnen schwer, sie als politische Alternative zu akzeptieren. Die Politik der aus den Bauernbewegungen hervorgegangenen KP-nahen FARC ist im Augenblick alles andere als emanzipatorisch.

Deutlich wurde das schon vergangenes Jahr, als die FARC drei Native Americans aus den USA entführte und erschoss. Die Guerillaorganisation gab danach zwar zu, die Ermordung der drei MenschenrechtsaktivistInnen, die die U'wa-Indígenas bei ihrem Kampf gegen den Ölmulti OXY unterstützten, sei ein Fehler gewesen, aber die Begleitumstände der Aktion sprechen eine andere Sprache. Die Guerilleros nahmen die drei AktivistInnen nämlich fest, obwohl sich die U'was für diese verbürgten. Im März warfen die U'was, die einen der heftigsten Landkämpfe in Kolumbien führen, der FARC vor, die Bohrteams des Ölmultis zu schützen. Offensichtlich kassiert die örtliche FARC-Front von OXY Schutzgeldzahlungen und wirft im Gegenzug ein Auge auf die

Explorations-Teams, die das Ölvorkommen auf dem Indígena-Land erschließen wollen. Und unwidersprochen ist schließlich auch, dass die FARC im Frühjahr öffentlich gegen einen von den sozialen Bewegungen ausgerufenen Solidaritätsstreik mit den U'was Stellung bezogen, weil im Aufruf die Guerillaorganisationen kritisiert worden waren.

Nachdem die Guerillakoordination Simón Bolívar (CGSB) 1994 praktisch zu existieren aufhörte, gibt es heute auch wieder bewaffnete Angriffe zwischen den verschiedenen Guerillas. Seit Ende letzten Jahres wurde die ELN, mit 5.000-8.000 KämpferInnen etwa ein Drittel so groß wie die FARC und deutlich schlechter ausgerüstet, mehrmals Opfer von Angriffen. Die Erschießung von drei Verantwortlichen verschiedener ELN-Fronten in der Nähe von Medellín durch die FARC konnte man noch für einen Einzelfall halten, doch Mitte Juni setzte die Guerilla in einem anderen Landesteil nach. Sie griff das Treffen einer ELN-Front mit Guerilleros der versprengten maoistischen EPL in der Karibik-Provinz Guajira an. Und im Juli folgte in Südwestkolumbien der vorläufige Höhepunkt der Auseinandersetzungen, als die FARC 30 ELN-Kämpfer festsetzte, entwaffnete und 19 von ihnen der Polizei auslieferte.

Probleme der Guerilla

Begründet wurden diese Operationen von der FARC unterschiedlich. Zunächst wurde der ELN Diebstahl an FARC-Eigentum vorgeworfen, dann hieß es, die ehemals maoistische EPL sei als quasi-paramilitärischer Verband zum Gegner geworden und werde überall angegriffen - auch in Begleitung der ELN. Und schließlich schob FARC-Kommandant Raúl Reyes die Erklärung hinterher, "die Zusammenstöße mit der ELN seien historischer Natur". Die feindliche Haltung der ELN gegenüber der Kommunistischen Partei und anderen FARC-nahen Gruppierungen sei schließlich bekannt. Tatsächlich steht die ELN der von der FARC unlängst gegründeten Klandestinen Bolivarianischen Bewegung skeptisch gegenüber, weil sie im Augenblick keine Grundlage für eine halböffentliche politische Arbeit sieht, und hat ihrer Anhängerschaft geraten, sich an der Bewegung nicht zu beteiligen.

Die ELN hält den Koka-Anbau für eine Stärkung des Paramilitarismus und versucht, ihn zu zu unterbinden. In mehreren ihrer Stammregionen ist sie deshalb mit der FARC aneinander geraten, weil diese die Ausweitung des Anbaus nicht unterbindet. Außerdem hat die ELN das Auftreten der FARC gegenüber den sozialen Bewegungen und den Indígenas als autoritär kritisiert.

Die FARC ihrerseits ist auf dem Weg, sich als Gegen-Staat zu etablieren. Sie erlässt Gesetze, baut eine eigene Justiz auf und will sich als einziger Akteur der Opposition profilieren. Dabei steht außer Frage, dass die FARC die wichtigste Gegenkraft zum herrschenden Terror-Regime darstellt. Ohne die FARC kann es in Kolumbien keine Veränderung geben; ihre auf Landreformen und soziale Grundversorgung in der von ihr kontrollierten Zone ausgerichtete Politik ist ein Schritt nach vorn. Doch ansonsten verfolgt die Organisation - zumindest im Augenblick - einen paternalistischen und autoritären Politikstil.

Raul Zelik

25. Zapatisten in der Sackgasse. Demokratisierung Mexikos schwächt EZLN

Autor: Albert Sterr · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak443/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:443:12

Es ist schon erstaunlich: Am ersten Dezember steht der Amtsantritt des Konservativen Vicente Fox zum neuen Präsidenten Mexikos bevor und die als linke Kommunikationsweltmeister geltenden Zapatisten schweigen seit Monaten. Da musste die seit sieben Jahrzehnten übermächtige "Partei der Institutionalisierten Revolution" (PRI) bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen (Juli) sowie der Regionalwahl in Chiapas (August) schwere Niederlagen hinnehmen und der glänzende Rhetoriker Marcos gibt zur Wandlung des staatsautoritären Systems hin zum Parlamentarismus westlichen Zuschnitts öffentlich keine Einschätzung ab. Kein Wunder, dass Gerüchte über eine Spaltung der EZLN, ja sogar über eine Verhaftung von Marcos seitens der eigenen Leute ins Kraut schießen können. Warum hüllt sich die EZLN zu den wichtigsten politischen Umwälzungen, die Mexiko seit der Herausbildung der PRI als Staatspartei erlebt, in Schweigen?

Das Ausbleiben von Stellungnahmen ist umso gravierender, da die neuen Entwicklungen nicht nur die Staatspartei PRI aus den Entscheidungszentren drängen, sondern auch das Gewicht der zapatistischen Befreiungsbewegung erheblich reduzieren. Vom zeitweise gefährlichsten PRI-Gegner und maßgeblichem Katalysator der Demokratisierungsbewegung sinkt die EZLN, die sich 1994 aus dem Nichts direkt ins politische Zentrum katapultierte, wieder zu einer regional isolierten Kraft ab, welche die Anliegen radikalisierter indianischer Gemeinden vertritt. Wie ist das ausgeprägte auf und ab der Zapatisten zu erklären?

Zapatismus und Demokratisierung

Das politische Koordinatensystem Mexikos hat sich seit den Wahlen von Juli und August qualitativ verändert. Mit dem dreifachen und unerwartet deutlichen Sieg der konservativen PAN (Präsidentschaft: 42,5%; Parlament: 38,2%; Chiapas: 52%) wurde der Bruch mit dem Staatsparteiensystem vollzogen. Die Siege der Opposition, zu denen neben der Hauptgewinnerin PAN auch andere Parteien beigetragen haben, gehen mit dem dramatischen Bedeutungsverlust der seit Jahrzehnten unangefochten regierenden PRI einher. Damit sind einige wesentliche Bedingungen erfüllt, welche die Zapatisten jahrelang als notwendig für den "Übergang zur Demokratie in Mexiko" forderten.

Allerdings erfolgt die Demokratisierung der politischen Institutionen auf ganz andere Art und Weise als sich die Zapatisten vorgestellt haben: das autoritäre System reformierte sich nämlich von innen heraus und änderte seine Spielregeln so, dass die Wahlen des Jahres 2000 im Wesentlichen als frei, geheim und demokratisch qualifiziert werden können. Die Zapatisten dagegen sahen eine Reform des Staatsparteiensystems als unmöglich an. Deshalb wollten sie mit Wahlen, die sie in ihrem direkten Einflussbereich meist boykottierten, auch nichts zu tun haben. Ein Zitat von Marcos soll dies verdeutlichen: "Innerhalb der Spielregeln des Systems ist es nicht einmal möglich, ein Parteiensystem zu errichten, geschweige denn ein neues, gerechtes Modell der sozialen Organisation". Und einige Zeilen weiter: "In einem Wirtschaftssystem, das immer stärker von Monopolen bestimmt wird, kann das freie politische Spiel der Parteien nicht in einem System verwirklicht werden, das auf dem Monopol der Politik aufbaut: dem System der Staatspartei." (1)

Vom Vorteil zur Falle

Die Zapatisten begründeten ihre tiefe Skepsis mit der Übermacht der PRI, der Schwäche der Opposition und der Abwesenheit der Bevölkerung als eigenständige Akteurin. "Dabei", so Marcos, "steht die gesamte Macht des Regierungs- und Unterdrückungsapparates, die Massenmedien, das Großkapital und der reaktionäre Klerus auf Seiten der PRI und auf der anderen Seite eine zersplitterte und vor allem untereinander zerstrittene Opposition." Eben weil die EZLN eine Reform des Staatsparteiensystems als nicht umsetzbar ansah, postulierte sie die historische Notwendigkeit einer demokratischen Revolution, die einen "demokratischen Raum" öffnen soll. Das Besondere sei nicht der Kampf um die Machtübernahme, sondern für eine "Revolution, die eine Revolution ermöglicht." (2) Die fehlende Demokratie Mexikos hatte also grundlegende Bedeutung für Konzeption und Strategiebildung der Zapatisten. Das entschiedene Eintreten der EZLN für die Demokratie verlieh ihrer seit jeher nur regionalen praktischen Präsenz landesweite Ausstrahlung und Relevanz. Denn um die Grundpfeiler friedliche Lösung des Konfliktes in Chiapas, Ablehnung der militärischen Repression und des Paramilitarismus sowie für die Demokratisierung Mexikos ließen sich seit 1994 immer wieder handlungsfähige

Aktionseinheiten herstellen. Der gemeinsame Hauptgegner war die Staatspartei PRI, die als Verkörperung eines durch Autoritarismus, Repression und Korruption deformierten Staates galt.

Mit den Ergebnissen der Urnengänge in diesem Jahr ist den Zapatisten der zentrale politische Feind innerhalb Mexikos abhanden gekommen. Gegen die Gewinnerin der Wahlen, die "Partei der nationalen Aktion" (PAN), eine von ihren Wurzeln her klerikal-konservative Unternehmer- und Mittelstandspartei, lässt sich die von den Zapatisten bislang vorgetragene Demokratiekritik nicht in Anschlag bringen. Denn die PAN ist die älteste Oppositionspartei, die in der Vergangenheit selbst oft genug um Wahlsiege betrogen worden war. Dass die PAN in vielen Punkten - insbesondere in der Wirtschaftspolitik - mit der PRI übereinstimmt und sich phasenweise auch als Bündnispartnerin andiente, relativiert ihre Geschichte als Oppositionspartei kaum. Auch von der Wählerschaft wird die PAN nicht als Systempartei alten Stils gesehen. Selbst wenn sie es wollte, könnte sie nicht einfach die Staatsparteienfunktionen der PRI übernehmen.

Ohne Zweifel meinen Zapatisten und PAN etwas völlig Verschiedenes, wenn sie den Begriff Demokratie bemühen. Während die konservativen Neoliberalen auf die Sphäre politischer Institutionen und Mechanismen wie saubere Wahlen und funktionierenden Parlamentarismus abheben, der den Boden für die weitere Privatisierung und Weltmarktöffnung Mexikos bereiten soll, haben die Zapatisten die Demokratisierung der Gesellschaft im Auge: In einem Prozess von Mobilisierung und Selbstorganisierung soll ein neues Wirtschafts- und Sozialsystem jenseits marktradikaler Zumutungen aufgebaut werden. Genauere Vorstellungen existieren weder im Hinblick auf das wirtschafts- und sozialpolitische Modell noch über Art und Rolle der Institutionen, die den Demokratisierungsprozess steuern sollen.

Fehlende öffentliche Debatte

War es für die EZLN unter den Bedingungen eines autoritären und repressiven PRI-Staates bündnispolitisch von Vorteil, auf eine grundsätzliche Kritik der Produktionsverhältnisse zu verzichten und Demokratie sowie den Kampf um politische Artikulationsräume zur Leitlinie der eigenen Strategie zu erheben - ohne jedoch den eigenen Demokratiebegriff inhaltlich zu schärfen - so ist genau dies unter den geänderten Konditionen zur Falle geworden. Denn spätestens seit den Wahlen eignet sich die bislang praktizierte pauschale Form der Demokratiekritik nicht mehr als kleinster gemeinsamer Nenner für die Opposition. Da in näherer Zukunft eher mit der Stärkung formaldemokratischer Verfahrenselemente zu rechnen ist, kommt die EZLN an diesem für sie so wichtigen Punkt ins Schlingern. Da helfen auch Verweise auf Unregelmäßigkeiten, die da und dort vorkommen mögen, nicht weiter. Ebenso wenig kann eine radikale Interpretation von Demokratisierung, die ja in ausgeführter Form von den Zapatisten bislang noch gar nicht existiert, der EZLN kurzfristig aus der bündnispolitischen Zwickmühle helfen. Denn ein Demokratieverständnis, das auf eine umfassende gesellschaftliche Umgestaltung hinausläuft, ist in der Bevölkerung kaum verankert.

Angesichts der stark veränderten politischen Rahmenbedingungen scheint es weder zufällig noch besonders schwer erklärbar, warum zur militärischen Defensive, in der sich die Zapatisten seit einigen Jahren befinden, auch eine politische Defensive kommt. Die "tendenziell nachlassende gesellschaftliche Resonanz" (3) im Allgemeinen und das monatelange Schweigen der Zapatisten im Besonderen sind Ergebnis des Scheiterns ihrer bisherigen politischen Konzeption. Ihr Ansatz ist unter den neuen Bedingungen für eine Kraft mit landesweitem revolutionären Anspruch nicht länger tragfähig. Dass die EZLN als regionale Kraft und Interessensvertretung radikalisierter Indígena-Gemeinschaften mit der alten Orientierung weitermachen kann, ist sicher richtig. Dies wäre allerdings von der gesamtgesellschaftlichen Bedeutung her mit dem Zapatismus der Jahre 1994 - 1996 nicht mehr vergleichbar.

Dass es in der EZLN unterschiedliche Ansichten darüber gibt, wie mit der neuen Lage zu verfahren ist, scheint logisch. Die Tatsache, dass sich die EZLN in einer historischen Umbruchsituation monatelang zu gar keiner Erklärung durchringen kann, liegt offenbar an internen Meinungsverschiedenheiten, die eine einheitliche Stellungnahme unmöglich machen. Bedenklich ist, dass es über den gesamten Sachverhalt keine öffentliche Debatte unter Zapatisten und ihren Bündnispartnern gibt. An diesem Punkt verhält sich die EZLN nicht anders, als viele der von ihr oft und gerne kritisierten ML-Sekten. Denn ob der Dissens unter Ausschluss der Öffentlichkeit in einem Zentralkomitee oder einer Dorfversammlung "stillgelegt" wird, macht für die aus der Debatte Verdrängten keinen großen Unterschied. Dass dieser Umgang mit politischen Problemen nicht gerade demokratisch ist, muss wohl nicht extra betont werden.

Albert Sterr

Anmerkungen:

1) Subcomandante Insurgente Marcos: Botschaften aus dem Lakandonischen Urwald. Hamburg 1996. S. 225.

2) Subcomandante Insurgente Marcos: a.a.O. S. 224 - 228.

3) Jens Winter: Entwicklung und Bedeutung des EZLN in Mexiko. In: Peripherie Nr. 76. Jahrgang 1999. Frankfurt/M. 12/1999, S. 23.

26. Sonderwege a la mexicana. Weltmarktöffnung und Demokratisierung in Mexiko

Autor: Albert Sterr · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak443/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:443:14

Noch vor kurzem wurde das politische System Mexikos als "perfekte Diktatur" bezeichnet. Doch letzten Sommer ließ sich das autoritäre PRI-Regime einfach abwählen. Albert Sterr analysiert im folgenden drei Faktoren, die den letztlich leisen Abgang der ältesten Regierungspartei der Welt erklären.

Das Bild vom "Ende der perfekten Diktatur" oder der "abgewählten Diktatur" (1), das von den meisten Kommentatoren bundesdeutscher Tageszeitungen bemüht wurde, um die historische Bedeutung des Oppositionssieges zu unterstreichen, ist zwar eingängig, aber unzutreffend. Denn es hebt auf eine Form der Einparteienherrschaft ab, die in Mexiko auf Bundesebene längst Vergangenheit ist, wenngleich sie in einzelnen Provinzen, darunter in Chiapas, bis in die jüngste Zeit noch praktiziert wurde. Die Zapatisten sowie die auf Chiapas fixierte Solidaritätsbewegung begingen jedoch über Jahre den Fehler, die besondere Situation in Chiapas und in einigen anderen ländlichen und verarmten Regionen, mit der im übrigen Mexiko mehr oder weniger platt gleichzusetzen. Aus diesem Grund konnte die Dynamik einer partiellen Demokratisierung von Staat und Gesellschaft sowie die tief greifende Reform des gesamten Wahlsystems weder rechtzeitig zur Kenntnis genommen, noch richtig eingeordnet werden.

Das politische System Mexikos ist in Lateinamerika einzigartig. Entstanden Ende der zwanziger Jahre, konnte es die revolutionären Kräfte einbinden, die in der Bürgerkriegsphase zwischen 1910 und 1920 freigeworden waren. Dieses System basierte im Wesentlichen auf der Machtkonzentration im Präsidentenamt, der Staatsparteienfunktion der "Partei der Institutionalisierten Revolution" (PRI) sowie der Einbindung der Bevölkerung mittels hierarchisch aufgebauter und autoritär geführter korporatistischer Verbände, die alle Lebensbereiche abdeckten. (2) Zwar war das PRI-System von einem "unverkennbar autoritären Charakter gekennzeichnet", wie Hans Werner Tobler, einer der besten Kenner der mexikanischen Revolution hervorhebt. Die spezifisch mexikanische Form des Autoritarismus weist jedoch im Vergleich zu den Regimes in Süd- und Mittelamerika entscheidende Unterschiede auf, wie Tobler betont: "Im Gegensatz zu diesen blieb das mexikanische System auf politisch-gesellschaftliche Integration, nicht auf Ausschluss der breiten Bevölkerungsschichten ausgerichtet und hielt zugleich durch die periodische Rotation der hohen Partei- und Regierungsämter namentlich der Mittelschicht beträchtliche Mobilitätskanäle offen." (3)

Der Präsident wurde direkt gewählt und verschwand einem ungeschriebenen Gesetz folgend nach sechs Jahren Omnipotenz und Omnipräsenz völlig in der Versenkung. Zuvor bestimmte er aus den Reihen der PRI per Fingerzeig ("dedazo") seinen Nachfolger. Darauf verzichtete erst der nun scheidende Präsident Ernesto Zedillo. Die strikte Rotation der Präsidenten sowie das auf und ab von Allmacht im Amt und politischer Bedeutungslosigkeit nach dem Ausscheiden gab dem System eine innere Dynamik und Anpassungsfähigkeit, welche beispielsweise die Staatsparteiensysteme Osteuropas nie besaßen. Im Gegensatz zu den alle sechs Jahre wechselnden Staatschefs verkörperte die PRI als Partei das Prinzip der Kontinuität der Herrschaft. Bis zu ihren jüngsten Niederlagen hatte sie zwar noch die Funktion einer Staatspartei inne. Ihre absolute Einparteienherrschaft wird jedoch schon seit Ende der achtziger Jahre schrittweise zurückgedrängt. Das "mexikanische Wunder", wie die Verknüpfung jahrzehntelang hoher Wachstumsraten und politischer Stabilität gepriesen wurde, hatte bereits mit der Studentenbewegung 1968 und deren blutiger Niederschlagung durch das Massaker von Tlaltelolco erste Risse bekommen.

Politischer Sonderweg

Erste vorsichtige Schritte zur Öffnung in den siebziger Jahren waren Maßnahmen, um dem Legitimitätsverlust nach Tlaltelolco zu begegnen. Zunächst wurden Oppositionsparteien mit mehr als 2,5 Prozent der Stimmen mindestens fünf und höchstens 20 Parlamentsmandate garantiert. Eine weitere Wahlrechtsreform 1977 setzte die Sperrklausel auf 1,5 Prozent herab und behielt der Opposition de facto ein Viertel der Mandate des Abgeordnetenhauses vor. Bis zur nachfolgenden Wahlreform von 1986 scheint es noch gerechtfertigt, das PRI-System als "perfekte Diktatur" zu bezeichnen. Denn die existierenden Parteien außerhalb der PRI waren entweder ohne gesellschaftlichen Einfluss, wie die Kommunistische Partei, oder gehörten zum Typus der "ergebenen Opposition". In ihrer Funktion sind sie mit den Block- und Satellitenparteien Osteuropas

vergleichbar und dienten vor allem dazu, die faktische Einparteienherrschaft zu bemänteln. Mit der Wahlreform von 1986 erreichte die politische Öffnung ein qualitativ höheres Niveau: Die Anzahl der nach dem Verhältniswahlprinzip besetzten Mandate wurde auf 40 Prozent aufgestockt und die PRI stellte sich erstmals dem Parteienwettbewerb um die Sitze, die nach dem Verhältniswahlrecht vergeben wurden. (4) Auf diese Weise versuchte die Staatspartei einerseits dem Ruf nach mehr Demokratie gerecht zu werden und andererseits ihre Herrschaft abzusichern.

Abschied vom wirtschaftlichen Sonderweg

Der politischen Öffnung vorangegangen war eine Wirtschaftsöffnung, die das binnenzentrierte und staatsinterventionistische Entwicklungsparadigma der vergangenen vier Jahrzehnte ablöste. Präsident Miguel de la Madrid (1982 - 1988), der ein international zahlungsunfähiges Land mit einem hohen Haushaltsdefizit und hoher Inflation übernahm, orientierte die Wirtschaft auf den internationalen Markt um. Seine drakonischen Anpassungsprogramme von 1982/83 und 1985/86 beinhalteten drastische Zollsenkungen, die Privatisierung staatlicher Unternehmen, die Abschaffung staatlicher Importlizenzen, die Öffnung für das Auslandskapital und die Umschuldung der internationalen Verbindlichkeiten. Dies setzte der weitgehenden Abschottung der mexikanischen Ökonomie ein Ende: Dem wirtschaftlichen Sonderweg Mexikos, den das Land nach der Revolution eingeschlagen hatte und der zwischen 1940 und 1970 durchschnittliche Wachstumsraten von 6,5 Prozent hervorbrachte, war das Fundament entzogen. (5)

Der wirtschaftspolitische Kursschwenk läutete den Anfang vom Ende des Revolutionsmodells ein, das die soziale Einschließung der Bevölkerung zur Grundlage hatte und dazu führte, dass bis in die siebziger Jahre hinein die Armut langsam aber stetig abnahm. Innerhalb der PRI war der Abschied vom Revolutionsmythos mit seinen Grundpfeilern wirtschaftliche Unabhängigkeit, staatliche Souveränität und soziale Gerechtigkeit heftig umstritten. Die Kontroversen führten letztlich zur Abspaltung einer "traditionalistischen" Minderheitsströmung unter Cuauthémoc Cardenas. Cardenas trat 1988 zu den Präsidentschaftswahlen an und konnte nur in einem gigantischen Betrugsmanöver um die Früchte seines Sieges gebracht werden.

Der "Wahlsieger" Salinas de Gortari (1988 - 1994) verfolgte eine Doppelstrategie, um den dramatischen Legitimitätsverlust des politischen Systems einzudämmen: Was die Wirtschaft betraf, wurden Maßnahmen zur Erhöhung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Mexikos ergriffen. Einerseits fuhr die Regierung mit ihren kontrollierten Peso-Abwertungen fort, was die Exportquoten erhöhte und das Reallohnniveau im Land weiter absenkte. Die Mindestlöhne sanken zwischen 1981 und 1997 um 70 Prozent! Andererseits wurde das Freihandelsabkommen Nafta ausgehandelt, das Mexiko enger an seine nördlichen Nachbarn bindet. Innenpolitisch soll der Vertrag "die Öffnung der Wirtschaft unumkehrbar zu machen". (6) Politisch wandelte sich das System Ende der 80er Jahre zu einer "Verhandlungsdemokratie". (7) Die PRI akzeptierte Wahlsiege der wirtschaftsliberalen und klerikalkonservativen Oppositionspartei PAN in einigen nördlichen Bundesstaaten. Präsident und PAN-Chef stimmten ihre Politik in wichtigen Fragen wie NAFTA-Vertrag oder Wahlen direkt aufeinander ab. Cuauthémoc Cárdenas und seine linksoppositionelle PRD wurden von diesen Gesprächen systematisch ausgeschlossen und die PRI machte der PRD die regionalen Wahlerfolge mit Manipulationen streitig. Das Parlament spielte weiterhin nur die Rolle der Akklamationsmaschine für Initiativen des Präsidenten.

Druck von unten auf die Öffnung von oben

Der Aufstand der Zapatisten vom 1. Januar 1994, die sich daran anschließenden politischen Massenmobilisierungen gegen den Konfliktkurs der PRI und die in der Partei aufbrechenden Differenzen, die in der Ermordung ihres Präsidentschaftskandidaten sowie ihres Generalsekretärs gipfelten, zogen die Stabilität des PRI-Systems zunehmend in Zweifel. Die Zweifel kulminierten im Dezember 1994/Januar 1995 in einer Vertrauenskrise mit massivem Abzug von ausländischen Portfolioinvestitionen, was den Außenwert des Peso unter Druck brachte und eine Finanz- und Börsenkrise heraufbeschwor, die in eine allgemeine Wirtschaftskrise mündete. "Innerhalb weniger Wochen lösten sich die in 13 Jahren unter hohen Kosten erarbeiteten Stabilisierungserfolge in Nichts auf", resümiert der Soziologe Christian Suter das Fiasko. (8) Der politische Legitimationsverlust und die massiven wirtschaftliche Rückschläge - das Bruttoinlandsprodukt beispielsweise belief sich 1996 auf -6,2 Prozent - setzten der Politik der selektiven Demokratisierung von oben ein Ende.

Basisbewegungen, die nach dem Aufstand der EZLN ein bis dahin ungekanntes Ausmaß an Aktivitäten entfalteten, forderten ebenso wie die Oppositionsparteien transparente Wahlen ein. Schließlich entschloss sich Zedillo 1996 zu einer weiteren Wahlreform, welche die gesetzlichen Rahmenbedingungen für demokratische Wahlen schuf. Diese Öffnung ist jedoch weniger das persönliche Verdienst Zedillos, wie die internationalen Massenmedien inzwischen nahezu unisono die Eigenpropaganda der PRI kolportieren, sondern vielmehr die Kulmination ökonomischer und politischer Prozesse, die nach der Schuldenkrise 1982 einsetzten. Wirtschaftliche Öffnung und politische Liberalisierung erfolgten dabei verschoben. Im Falle Mexikos ging die Liberalisierung der Wirtschaft der Demokratisierung immer um einige Jahre voraus. Letztere wurde "von oben" implementiert, um die umstrittene Wirtschaftspolitik abzusichern, und von unten gefordert, um gegen deren soziale Folgen Druck entwickeln zu können. Die Zapatisten wirkten in der Phase von 1994 bis 1996 als wichtiger Katalysator der sozialen und politischen Mobilisierung. In dem Maße, wie sich aber außerhalb von Chiapas nennenswerte Aktivitäten auf parlamentarischer und außerparlamentarischer Ebene entfalteten, relativierte sich die Rolle des Zapatismus.

Albert Sterr

Anmerkungen

1) FAZ 4.7.2000. S.1; Süddeutsche Zeitung 4.7.2000. S.4; Frankfurter Rundschau 19. Juli. S. 16.

2) Luis Javier Garrido: El partido de la Revolución institucionalizada. México D.F. 1986. S. 221ff.

3) Hans Werner Tobler: Geht Mexikos Revolution jetzt zu Ende? In: Der Überblick 2/2000 (Hamburg). Juni 2000. S. 13/14.

4) Dieter Nohlen: Politische Reform a la Mexicana - zur mexikanischen Wahlrechtsreform. In: Rafael Sevilla/Arturo Azuela: Mexiko. Die institutionalisierte Revolution. Unkel/Bad Honnef 1993. S. 202ff.

5) Dieter Boris: Mexiko im Umbruch. Modellfall einer gescheiterten Entwicklungsstrategie. Darmstadt 1996. S. 13.

6) Juan Muiño Kielmann: Mexiko und das Nordamerikanische Freihandelsabkommen. In: Sevilla/Azuela: Mexiko. Die institutionalisierte Revolution. Unkel/Bad Honnef 1993. S. 207.

7) Christian Suter: Kaufen kann man die Anhänger nicht mehr. In: Der Überblick 2/2000 (Hamburg). Juni 2000. S. 16.

8) Christian Suter: a.a.O. S. 14.

27. In Treue fest zu Milosevic. Die realsozialistische Glaubensgemeinschaft haut so schnell nichts um

Autor: Js. · Rubrik: DKP - SEW; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak443/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:443:06

Mit gewohnter Prinzipienfestigkeit kommentieren die Fans des realen Sozialismus den Machtwechsel in Belgrad. Dass das Serbien Milosevic` das Attribut sozialistisch verdient, stellt der ak-LeserInnen nicht unbekannte junge-Welt-Redakteur Werner Pirker klar: Der serbischen Opposition gehe es "um die endgültige Revanche an der im antifaschistischen Volksbefreiungskrieg vollzogenen sozialistischen Revolution".

Wer "Revanche" nimmt, muss vorher eine Niederlage erlitten haben; da die jugoslawische Revolution bekanntlich gegen kroatische Ustashi, serbische Tschetniks, deutsche Nazis und italienische Faschisten siegte, versuchen die heutigen "Revanchisten" also, der damals unterlegenen Seite doch noch zum Sieg zu verhelfen - so erläutert der geschulte Kommentator dem hinreichend gläubigen jW-Publikum "historische Kontinuitäten". (jW, 5.10.)

Inmitten der "serbischen Tragödie" hat er auch eine Identifikationsfigur anzubieten: jenen ganz zu Unrecht zum Teufel gewünschten Slobodan Milosevic, "Repräsentant der Selbstbestimmung..., der einen gerechten, aber aussichtslosen Kampf gegen die nationale Unterwerfung geführt hat". Ihm ruft Pirker zweisprachig ein herzliches "Do vidjenja, auf Wiedersehen" zu. Was in diesem Fall keine leere Grußformel ist - Pirker will ihn wiederhaben, seinen Slobo.

Dass aus einem Comeback der "sozialistischen Kräfte" wohl nichts werden wird, begründet Pirkers Redaktionskollege Rüdiger Göbel: "In den Rauchschwaden aus dem angezündeten Gebäude des Staatsfernsehens wurde eine kritische Sicht auf den neuen Staatschef und die um ihn gescharte Politikerkaste erstickt." (jW, 9.10.) Dass der Nebel in den Köpfen bleibt und noch dichter wird, ist durch westliche "Medienhilfe", finanziert aus "prall gefüllten Schwarzgeldkoffern", sicher gestellt. Der "Straßenputsch" gegen den rechtmäßigen Präsidenten "ebnete mit einem Schlag eine plurale Presselandschaft in Jugoslawien ein". Verfolgung oppositioneller JournalistInnen? Hat es nie gegeben - oder nur, wenn sie gleichzeitig Spione waren. Milosevic, so lernen wir bei aufmerksamer Lektüre der jungen Welt, steht nicht nur für Sozialismus und Selbstbestimmung, sondern auch für Pressefreiheit! Es ist an der Zeit, dass die jW-Redaktion ernsthaft über eine Namensänderung ihres Blattes nachdenkt: Wie wäre es mit verkehrte Welt?

Verglichen mit den Verlautbarungen aus dem Hause Pirker/Göbel wirken die Kommentare der DKP-Zeitung Unsere Zeit (UZ, 6. und 13.10.) eher blass. Das in diversen Variationen wiederholte Leitmotiv ist die Einmischung des Westens. Denn "der Präsident der Bundesrepublik Jugoslawien wurde nicht abgewählt", sondern durch einen "vom Ausland finanzierten Putsch" gestürzt, die Situation im Lande ist Ergebnis "brutalster imperialistischer Einmischung". Die politischen Vorstellungen der Opposition sind da natürlich zu vernachlässigen. Und wenn Kostunica, am 6.10. noch als "Handpuppe des Westens" tituliert, sich umgehend "gegen seine Sponsoren" wendet (indem er Milosevic nicht ausliefern will), dann ist das für die UZ-Kommentatoren kein Grund, die eigenen "Analysen" zu überprüfen. Deren Kern ist unzweifelbar richtig: Einziger "oppositioneller" Akteur in Jugoslawien ist "der Imperialismus", der nötigenfalls Kostunica durch einen noch willfährigeren Nachfolger ersetzt - Zoran Djindjic etwa, dem man "seine Befehle direkt auf Deutsch erteilen kann".

Fazit des DKP-Vorsitzenden Heinz Stehr: "Die imperialistischen Staaten Europas sind bei den Methoden der US-Herrschaft auf dem amerikanischen Kontinent ‚angekommen`." (UZ, 13.10) Der Analogieschluss, Milosevic sei eine Art jugoslawischer Allende, dürfte sich bei der UZ-Leserschaft von selbst einstellen...

Js.

28. Von einem der auszog die Welt zu verändern. OPEC-Prozess gegen Hans-Joachim Klein und Rudolf Schindler eröffnet

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak443/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:443:43

Fast 25 Jahre nach dem Anschlag auf die Konferenz der OPEC-Minister in Wien begann am 17. Oktober in Frankfurt am Main der Prozess gegen Hans-Joachim Klein und Rudolf Schindler. Als Mitglieder der Revolutionären Zellen (RZ) sollen beide an dem Anschlag beteiligt gewesen sein.

Am 21. Dezember 1975 besetzt ein Kommando, das sich "Bewaffneter Arm der Arabischen Revolution" nennt, die Wiener OPEC-Konferenz. Anführer der Gruppe ist Ilich Ramírez Sánchez, besser bekannt unter seinem Decknamen "Carlos". Das Kommando umfasst neben "Carlos" drei Palästinenser und zwei Deutsche, die den Revolutionären Zellen angehören. Die sechs stürmen das Gebäude und nehmen über 70 Geisel, darunter elf Ölminister, fest. Bei der Besetzung kommt es zur Schießerei mit Polizisten und Leibwächtern. Ein österreichischer Polizist, ein irakischer Leibwächter und ein libysches Delegationsmitglied kommen ums Leben, Hans-Joachim Klein wird durch einen Bauchschuss verletzt.

Forderung des Kommandos ist die Verlesung einer Erklärung im österreichischen Rundfunk und Fernsehen sowie freier Abzug mit einigen Geiseln. Die Erklärung wird noch am selben Abend in den österreichischen Medien gesendet. Unter anderem wird darin gefordert, die Gewinne aus dem Ölverkauf den Staaten des Südens zukommen zu lassen - vorrangig allerdings dem palästinensischen Befreiungskampf. Ansonsten wird der palästinensische Widerstand beschworen und denjenigen, die eine Verhandlungslösung mit Israel suchen, mit Bestrafung "durch die Massen gedroht". Einen Tag später fliegt das Kommando mit einem Teil der Geiseln nach Algerien und Libyen aus. Die gekidnappten Ölminister und ihre Mitarbeiter werden dort freigelassen. Bald darauf verliert sich die Spur der Kidnapper irgendwo im Nahen Osten.

Mit einem Brief an den Spiegel, dem ein Revolver beigelegt war, meldete sich Hans-Joachim Klein 1977 spektakulär in der Öffentlichkeit zurück. Darin erklärte "Klein-Klein", wie er in der Frankfurter Szene genannt wurde, seine Abkehr vom bewaffneten Kampf und warnte zugleich vor zwei Anschlägen seiner ehemaligen Genossen. Das Ziel dieser Anschläge hätten angeblich die Vorsitzenden der jüdischen Gemeinden in Berlin und Frankfurt am Main sein sollen. Die Entscheidung zum Ausstieg aus der Stadtguerilla fällte "Klein-Klein" individuell, ohne Absprache mit seinen damaligen Mitkämpfern. Dieser Punkt war es, den die RZ in einer Erklärung vom Mai 1977 kritisierten. Gleichzeitig betonten sie: "Den Kampf in der Stadtguerilla aufzuhören, ist kein Verrat." In den folgenden Jahren wurde Klein von ehemaligen Genossen des Frankfurter Revolutionären Kampfes (RK) unterstützt, die ihm schon bei seinem Ausstieg geholfen hatten. Prominente Ex-Genossen sind Joschka Fischer, Tom Königs oder Daniel Cohn-Bendit. Cohn-Bendit ist allerdings bislang der einzige, der zugibt, Klein bei seinem Ausstieg und ihn bis Anfang der 80er Jahre unterstützt zu haben. Ende der 80er Jahre vermittelte er einen Kontakt zwischen dem für das Aussteigerprogramm des Verfassungsschutzes verantwortlichen Verfassungsschützer "Benz" und Klein. Insgesamt kam es zwischen 1988 und 1993 zu insgesamt drei - ergebnislosen - Treffen.

Obwohl die bundesdeutschen Staatsschutzbehörden also lange über Kleins Aufenthaltsort informiert waren, erfolgte seine Verhaftung erst im September 1998. BKA-Beamte nahmen ihn im französischen Sainte-Honorine-La-Guillaume fest. Die Frankfurter Staatsanwaltschaft beschuldigt den 52-jährigen Klein des gemeinschaftlichen Mordes und Mordversuches sowie besonders schwerer Geiselnahme. Die Staatsanwaltschaft geht davon aus, dass Klein den Iraker Ali Hassan Khafali tötete. Sie stützt sich dabei auf eine Aussage von "Carlos". Klein dagegen behauptet, "Carlos" oder Gabriele Tiedemann wären die Schützen gewesen. Gabriele Tiedemann wurde 1990 vor dem Kölner Landgericht aus Mangeln an Beweisen freigesprochen. Fünf Jahre später starb sie an Krebs.

Mord bedeutet lebenslange Freiheitsstrafe, Strafmilderung gibt es in einem solchen Fall nur, wenn man sich als Kronzeuge zur Verfügung stellt. Kaum war Klein an die deutschen Behörden ausgeliefert, begann er ausgiebig zu erzählen. Ein Jahr nach Kleins Verhaftung wurde auf Grund seiner Aussagen der 57-jährige Rudolf Schindler festgenommen. Schindler sollte - laut Klein - den Rückzug des OPEC-Kommandos sichern.

Allerdings gab Klein einen Decknamen von Schindler an, der nach Aktenlage in einem weiteren Verfahren eindeutig einer anderen Person zugeordnet ist.

Der Prozess begann am 17. Oktober unter strengen Sicherheitsvorkehrungen. Beide Angeklagten waren in Handschellen in den Gerichtssaal geführt worden. Am zweiten Verhandlungstag nahm Klein überraschend einen Teil seiner Anschuldigungen gegenüber Schindler zurück - beispielsweise dass er an der OPEC-Aktion beteiligt gewesen sei - und entlastete ihn damit deutlich. Rudolf Schindler hat bislang keine Aussagen gemacht.

Dieser Prozess wird wohl weitere Überraschungen bringen. Für Ende November ist vorgesehen, dass "Carlos", der Ende 1997 in Frankreich zu lebenslanger Haft verurteilt worden war, als Zeuge in Frankfurt vernommen wird. Ebenfalls als Zeuge soll Tarek M. in Frankfurt auftreten. Tarek M., auf dessen Aussagen hin sechs Haftbefehle wegen RZ-Aktionen in Berlin ausgestellt wurden und vier Leute, unter ihnen auch Rudolf Schindler, im Knast sitzen, ist nach Angaben des BKA "eine wahre Fundgrube". Was Tarek M. zu diesem Fall beitragen kann, ist kaum ersichtlich. Von 1985 bis Anfang der 90er Jahre will er den RZ angehört haben. Bei Ereignissen, die zehn Jahre vorher stattfanden, kann er wohl kaum mehr als "Wissen vom Hörensagen" beisteuern. Im Berliner Verfahren scheint dies - soweit bekannt - bislang nicht anders zu sein. Dennoch gibt das BKA offen zu, dass sie mit seiner Hilfe "auch noch Jahre später Attentate der RZ aufklären" wollen. (jW, 16.10) Anscheinend ist der Frankfurter OPEC-Prozess das erste Testfeld für die neue Funktion von Tarek M. als Allzweck-Kronzeuge der Bundesstaatsanwaltschaft.

mb., Berlin

29. Griechenland: Antiterrorismus-Kampf soll auf "internationales Niveau" gehoben werden

Autor: H.P. Kartenberg, Libertad! · Rubrik: Griechenland · CD-Datei: daten/aksuche/ak443/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:443:07

Die griechische Regierung steht unter internationalem Druck, vor der Einführung des Euro 2002 und der Olympiade 2004 Erfolge in der Terrorismusbekämpfung vorzuweisen. Geplant ist die Einführung eines griechischen "§129a" und die verstärkte internationale polizeiliche Zusammenarbeit.

Während die Welt auf Sydney blickte, liefen in Athen die Vorbereitungen für die Olympischen Spiele 2004 auf Hochtouren. Griechenland ist in Verzug - das Internationale Olympische Komitee mahnte unlängst eine Beschleunigung der Baumaßnahmen an. Ein anderes Problem beschäftigt in diesem Zusammenhang Richard Shelby, den Vorsitzenden des Geheimdienstausschusses im US-Senat: die chronische Erfolglosigkeit der griechischen Polizei in der Terrorismusbekämpfung. "Ich bin sehr beunruhigt, weil Griechenland nichts gegen diese Gruppen unternimmt", so der US-Senators am 9. Juni diesen Jahres.

Zwei Tage zuvor war ein General der britischen Luftwaffe in Athen Opfer eines Anschlags geworden. Zwei Männer auf einem Motorrad hielten neben dem Auto von General Stephen Saunders, feuerten vier Schüsse ab und fuhren unbehelligt davon. Die Verantwortung für das Attentat übernahm die linke Untergrundgruppe Revolutionäre Organisation 17. November. "Saunders nahm an der Planung der barbarischen Bombardierung Jugoslawiens teil und ist somit verantwortlich für die Ermordung tausender Zivilisten, der Zerstörung der Wirtschaft und Infrastruktur des Landes", erklärte die Gruppe einen Tag später in der zweitgrößten Tageszeitung des Landes. (Elefterotypya, 8.6.2000)

USA und EU:

Die "Freunde" machen Druck

Die Gruppe 17. November trat erstmals 1975 durch die Erschießung des Athener CIA-Chefs in Erscheinung. Seitdem hat sie 24 griechische, türkische und us-amerikanische Politiker, Diplomaten oder Militärs getötet. Regelmäßig feuert die Gruppe auch Raketen ab, die sie aus einer griechischen Armeekaserne entwendet hat - zuletzt am 16. Mai 1999 auf die Privatwohnung des deutschen Botschafters. Ihr Name verweist auf die Wurzeln der Organisation im Widerstand gegen die Militärdiktatur. Am 17. November 1973 hatten hunderte StudentInnen das Athener Universitätsgelände besetzt und damit das Ende der Diktatur der Offiziere eingeleitet, die sich 1967 an die Macht geputscht hatten.

Für Hinweise auf die Identität der Mitglieder des 17. November bietet die griechische Polizei 5,8 Millionen DM, die Athener US-Botschaft gar 11 Millionen DM. Trotzdem konnte bislang noch kein Mitglied der Gruppe gefasst werden. Eine Tatsache, die immer wieder Anlass für Spekulationen gab, wie sie auch in der Erklärung von Senator Shelby durchklangen. Eine Verbindung der Gruppe zur sozialdemokratischen PASOK wurde vermutet: "Personen in der griechischen Regierung kennen Mitglieder des 17. November", erklärte etwa der CIA-Chef a.D. James Wollsey der griechischen Wochenzeitung To Pontiki nach dem Anschlag auf den britischen General. Der amerikanische Geheimdienst verortete in seinem aktuellen Bericht an die US-Regierung Griechenland zusammen mit Pakistan unter den Ländern, die "nicht vollständig gegen den Terrorismus kooperieren". Die Aktivitäten der Untergrundgruppe indes sind nicht angetan, diese These zu stützen: im März 1999 schlug eine Rakete im Zentralbüro der PASOK ein. Die PASOK-Regierung betreibe den Ausverkauf des Landes an die USA und die EU, so die Begründung des 17. November.

Mit ihrem vehementen Antiimperialismus und ebenso glühenden Patriotismus steht die Untergrundgruppe nicht allein. In einer Meinungsumfrage bekundeten 1991 knapp 60% der Befragten, hauptsächlich WählerInnen der PASOK und der Kommunistischen Partei, Zustimmung zu den politischen Zielen der Gruppe. Solche Sympathiebekundungen für die UntergrundkämpferInnen sind allerdings deutlich zurückgegangen, seit 1994 bei einem Anschlag erstmals ein Passant zu Tode kam. Dies änderte indes wenig an der seit der us-amerikanischen Unterstützung der Militärjunta in der Bevölkerung tiefsitzenden Ablehnung der USA: während der Bombardierung Jugoslawiens beteiligten sich zehntausende an Blockaden der NATO-Stützpunkte, die Transportarbeitergewerkschaft sperrte griechische Schienenstrecken und Häfen für

US-amerikanisches Kriegsgerät. Als US-Präsident Clinton im November 1999 die - wie er sagte - "traditionelle griechische Gastfreundschaft" in Anspruch nehmen wollte, sahen sich die Sicherheitskräfte gezwungen, den Präsidentenkonvoi durch Vororte zu geleiten, da die Innenstadt von 20.000 DemonstrantInnen blockiert war.

Damit soll jetzt Schluss sein; so will es die Regierung, die das Land durch einen radikalen Sozialabbau in die Euro-Zone katapultierte. Ein kürzlich geschlossenes polizeiliches Abkommen mit den USA erlaubt es US-Antiterrorspezialisten, auf eigene Faust in Griechenland zu ermitteln. In Athen will man außerdem Großbritannien für eine europäische Initiative gewinnen, so Außenamtssprecher Panos Beglitis: "Der Terrorismus ist kein lokales Problem. Wir müssen ihn auf EU-Ebene angehen." Zunächst allerdings soll ein griechisches Antiterrorgesetz, vergleichbar dem deutschen Paragrafen 129a, auf den Weg gebracht werden. 1991 hatte die damals konservative Regierung bereits einmal versucht, ein solches Gesetz verabschieden zu lassen. Damals brachten die großen Tageszeitungen, denen der Abdruck der Kommuniqués des 17. November untersagt werden sollte, das Vorhaben zu Fall. Auch heute ist das Gesetzesprojekt, dessen Text bislang geheim gehalten wird, heftig umstritten. "Das Antiterrorgesetz wird die demokratischen Rechte der Bürger außer Kraft setzen und die Strafprozessordnung zum Nachteil des Volkes manipulieren", befürchtet Costas Papadakis aus dem Vorstand der Anwaltskammer.

Kernstück des neuen Gesetzes wird, so Papadakis, die Abschaffung der SchöffInnen in politischen Verfahren sein. Die vier SchöffInnen hatten in mehreren Antiterrorverfahren die drei BerufsrichterInnen überstimmt und die Anklage abgewiesen. So war Giorgos Balafas, jahrelang als "Topterrorist" gehandelt, 1997 nach fünfjähriger Untersuchungshaft in 20 Anklagepunkten freigesprochen worden. Sein Name war nach Banküberfällen und Bombenanschlägen stets genannt worden, seitdem er 1985 untergetaucht war. Damals war Balafas' Cousin bei einem Schusswechsel zwischen Mitgliedern der Gruppe Kampf gegen den Staat und der Polizei erschossen worden. Das Ergebnis: von den 146 Bombenanschlägen und Schusswaffenattentaten seit 1975 ist nur eines "aufgeklärt" - und dies nur deshalb, weil der Anarchist Nikos Maziotis nach seiner Festnahme 1998 unumwunden erklärt hatte, er sei für einen Bombenanschlag auf das Finanzministerium verantwortlich. Maziotis wurde in erster Instanz zu 15 Jahren Haft verurteilt.

Griechenland

= Pakistan

In Sachen 17. November hoffen die griechischen Ermittler nun auf deutsche Unterstützung. Der griechische Innenminister erklärte noch kurz vor dem letzten Anschlag, er sei in Besitz eines MfS-Dokuments, das die Mitgliederstruktur des 17. November offen lege. Wahrscheinlich handelt es sich dabei um ein Dossier, dass die us-amerikanische Botschaft der griechischen Polizei im März 2000 offiziell übergeben hat. Dort sind 60 griechische "Terrorismus-Verdächtige" vermerkt, die - so schlugen die US-Diplomaten vor - einer DNS-Analyse unterzogen werden sollen. Die Daten sollten dann mit Blutspuren verglichen werden, das in einem Fluchtfahrzeug des 17. November im letzten Jahr sicher gestellt werden konnte. Die griechische Polizei allerdings hielt dieses Ansinnen für "nicht verfassungskonform". Und die UntergrundkämpferInnen höhnten, die Polizei könne anhand der Stasi-Liste ohnehin nur "einige der üblichen Verdächtigen" verhaften.

Die griechische Justiz gibt Schützenhilfe

Einer davon steht nun seit dem 4. Oktober vor Gericht. Abraham Lesperoglou, neben Giorgos Balafas der zweite prominente "Topterrorist" Griechenlands. Ähnlich wie Balafas hatte sich der 48-jährige Lesperoglou seit einer Schießerei im Jahr 1982 auf der Flucht befunden, bis er im Dezember 1999 bei der Einreise auf dem Athener Flughafen verhaftet wurde. Während Lesperoglou in Athen als Mitglied der Gruppe Kampf gegen den Staat Polizisten und Staatsanwälte erschossen haben soll, arbeitete er in den Niederlanden auf dem Bau - das bestätigen zumindest Beamte der Kommunalverwaltung, ein Bauunternehmer und FreundInnen, die mit Lesperoglous holländischer Ehefrau aus den Niederlanden gekommen sind, um als EntlastungszeugInnen aufzutreten. "18 Jahre lang hat die Polizei meinen Namen mit dem bewaffneten Kampf in Griechenland in Verbindung gebracht, weil sie keine wirklichen Spuren hatten", meint der Angeklagte selbst, "und sie brauchen heute mehr denn je Schuldige, um das Antiterrorgesetz politisch zu verkaufen."

Vierzig UniversitätsprofessorInnen, Abgeordnete und JournalistInnen haben sich in diesem Prozess der Verteidigung als sachverständige Zeugen zur Verfügung gestellt, um genau diese These zu stützen. Für den Prozess sind mehrere Monate veranschlagt. Die Polizei nahm unterdessen medienträchtig noch einmal

Giorgos Balafas fest. Er hatte ein Solidaritätsplakat für Lesperoglou geklebt. "Lesperoglou und Balafas - die üblichen Verdächtigen", resümierte Nikos Janopoulos, der Sprecher des von linken Gruppen gegründeten Solidaritätskomitees in Anspielung auf die berühmte Schlussszene des Films "Casablanca".

H.P. Kartenberg

(Libertad!)

Ein Interview mit Abraham Lesperoglou erscheint im November in der Libertad-Zeitung so oder so. Weitere Informationen unter www.sooderso.de/ online und www.libertad.de/archiv/texte

30. Larmoyante Klagen. Schernikau musste bereits in seinen Dreißigern sein Lebenswerk schreiben

Autor: Raul Zelik · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak443/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:443:23

Ronald M. Schernikaus legende ist schon allein deswegen bemerkenswert, weil die Lebensgeschichte Schernikaus so sonderbar ist. Der 1960 in Magdeburg geborene Schernikau war ein Wanderer zwischen den Grenzen. 1966 wird er von seiner Mutter mit in den Westen genommen und geht in Lehrte zur Schule. Der schreibende Teenager veröffentlicht noch vor dem Abitur im (damals noch recht auflagenstarken) Rotbuch-Verlag die Kleinstadt-Novelle, ein Buch über die Isolation eines jungen, radikalen Schülers in der Provinz, das Schernikau zur Waffe macht: Zum Schulabschluss legt er Klassenkameraden und Lehrern Exemplare seines Buches auf den Tisch.

1980 zieht Schernikau nach Westberlin, interessiert sich jedoch immer mehr für die DDR. Ab 1986 studiert er am Becher-Institut in Leipzig Literatur, eckt auch in der DDR als bekennender Schwuler und selbstständig denkender Kommunist an und erwirbt - Ironie des Schicksals - 1989 kurz vor dem realsozialistischen Zusammenbruch die Staatsbürgerschaft der DDR. Im gleichen Jahr erscheint im Konkret-Verlag Die Tage in L. 1991 schließlich stirbt Schernikau an Immunschwäche. Das Buch Dann hätten wir noch eine Chance erscheint ein Jahr nach seinem Tod.

legende ist so etwas wie das Spät- und Lebenswerk Schernikaus, ein gewaltiger, schöner, schwarzer Ziegel: 850 Seiten dick und formal an die Bibel angelehnt. In elf Teilen, die wiederum in Bücher und Kapitel unterteilt sind, sagt, erzählt, schreibt, überdenkt, dichtet und beklagt Schernikau alles, was ihm in den letzten Jahren noch so in den Sinn kam. Das wirkt eitel, es strotzt - genau wie die Geste, die Kleinstadtnovelle 1980 an seine Mitschüler zu verteilen - vor Überzeugung, der Menschheit etwas zu sagen zu haben. Doch Schernikau erklärt vorneweg selbst warum: "sie müssen sich bei eitelkeiten immer klar machen, daß ich zehn jahre lang fast vollkommen erfolglos war, als ich das hier schrieb. sie müssen bedenken, dass ich gezwungen war, mein spätwerk schon in meinen dreißigern zu liefern. wenn sie dieses buch lesen, bin ich berühmt, kunststück, aber jetzt! wenn sie dieses buch lesen bin ich schon lange tot. hoffentlich! die vergangenen zeiten! der heitere abschied! komisch ist, was über die mühe erhebt."

Auch wenn er mit seinem Vorwort doppelt falsch lag - in den Achtzigern war Schernikau keineswegs so erfolglos, wie er behauptete, zumindest erinnere ich mich an ihn als schreibenden Prominenten, und berühmt geworden ist er leider jetzt auch nicht -, sieht man ihm vor dem Hintergrund seines früh angekündigten Todes manches nach. Denn legende ist tatsächlich ein Alles-Werk. Die Rahmenhandlung ist noch einigermaßen übersichtlich. Die vier Engel fifi, kafau, stino und tete (RAF-Mitglied Ulrike Meinhof, Schauspielerin Therese Giese, der Ex-KPD-Vorsitzende Max Reimann und Schriftsteller Klaus Mann) kommen auf die Erde. Sie beobachten, kommentieren, diskutieren und greifen ein. In der Schokoladenfabrik des anton tattergreis und seines von linksliberalen Gewissensbissen geplagten Nachfolgers janfilip geldsack werden harte Auseinandersetzungen geführt. Es geht um Geschäfte mit der DDR, Betriebskämpfe und den Weltkapitalismus.

Ein breites, leidenschaftlich erzähltes Feld von Personen tut sich auf: Sozialdemokratische Betriebsräte, kommunistische Parteizellen, DDR-Funktionäre, eine Schlagersängerin, Irene Binz (Schernikaus Mutter) und ein schwuler Zweifler tauchen auf und werden in die Großgeschichte eingewoben.

Doch Schernikau macht noch viel mehr: Er erzählt Witze, collagiert Sinnsprüche von Persönlichkeiten des 20. Jahrhunderts, fügt Kurz-Dramen ein oder lässt in Einschüben Menschen ihre Biografie darstellen. Es wird deutlich, was der Verleger Goldenbogen meint, wenn er sagt, dass Schernikau drei große Passionen gehabt hat: Er war ein leidenschaftlicher Kommunist, Schriftsteller und Schwuler. Wild geht es zwischen Persönlichem und Politischem hin und her, und immer wieder fällt der Blick dabei auf das Thema "Kapitalismus und Systemalternative DDR".

"auf der insel sprechen sie schnell und über vieles. im land stehen sie still dabei und rezitieren langsam. / große bögen im stehen geben die menschen des landes von sich. auf der insel rennen die leute hin und her und reden und reden schnell. / die insel hat es geschafft. die größtmögliche anhäufung von glitzersteinchen hat

die abwesenheit der götter bewirkt. / auf der insel ist das schöne sehr schön und das häßliche sehr häßlich. das ist anstrengend. / weil das häßliche so häßlich ist, müssen wir immer so viel rennen, und das rennen beschäftigt uns sehr. / große szenen von einander bebrüllenden. leidenschaftliches sichwälzen auf der welt. beunruhigende aktivität des aufderstellelaufens. keinerlei gelassenheit. die insel."

Schernikau spielt beeindruckend mit Formen und Szenen. Aber als politisch-literarische Reflexion ist die legende zu oberflächlich und zu sehr der Verteidigung der DDR verhaftet. Die von so vielen DDR-Intellektuellen vorgetragenen Klagen über den Glitzer-Westen sind larmoyant und nicht gehaltvoller als die FocusSpiegel-Kommentare über den "grauen Osten" - nur mit dem Unterschied, dass FocusSpiegel gewonnen hat und selbstverständlich schlechter schreibt. Unabhängig vom Inhalt hat die legende als literarisches Buch einen zu schwachen Handlungsbogen und ist an vielen Stellen redundant. Ein Lektorat, das dieses kurz vor Schernikaus Tod fertig gestellte Buch nicht mehr haben konnte, hätte legende sicher gut getan.

So kann man herumlesen, aber fühlt sich selten gemüßigt, dran zu bleiben, der Geschichte zu folgen. Und immer wieder stellt sich der Eindruck ein, dass 850 Seiten ausgeschüttetes Gedankengut einfach eitel wirken müssen - selbst wenn man weiß, warum Schernikau das machte.

Ein kleines, schönes Wunder ist legende dennoch. Nur weil mehrere Hundert Menschen das Buch suskribierten, konnte der Kleinverlag Goldenbogen das Wagnis auf sich nehmen. "eine publikation", die, wie es in der editorischen Notiz heißt, "möglich geworden ist allein mit außerordentlicher, beispielgebender solidarität". Man kann über legende streiten, aber lesen sollte man es auf alle Fälle. Im übrigen machen Schernikaus Mutter und sein ehemaliger Lebensgefährte in vielen Städten Veranstaltungen und Lesungen, die einem den Autor auf ganz andere Weise näher bringen können.

Raul Zelik

Ronald M. Schernikau: legende,

ddp Goldenbogen, Dresden 1999,

845 Seiten, 68 DM

31. Blinkender Turnschuh. Die Anthologie "Morgen Land": Astronauten auf Planetensuche

Autor: Stefanie Kron · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak443/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:443:39

"Wenn ein Beschleunigungselement auf die Trägheit der Verhältnisse wirkt, entsteht eine Aura", philosophiert Jamal Tuschick, Herausgeber der Anthologie Morgen Land im Nachwort über die Kanakster-Kultfigur im progressiven deutschen Literaturbetrieb, Feridun Zaimoglu. Das Zitat ist jedoch Programm des ganzen Buches. Oder profaner ausgedrückt: Morgen Land ist wie diese Turnschuhe, deren Sohle aufblinkt, wenn der Fuß sie auf die Straße drückt, und die insbesondere bei Kids aus Berlin-Wedding oder Köln-Chorweiler angesagt sind.

Um blinkende Turnschuhe geht es auch in Sylvia Szymanskis Kurzgeschichte In und außer Gefahr, über eine Agentur-Babysitterin, die ihren Arbeitsalltag als erotisch-sinnliches Universum erlebt, mal wohlig, mal bedrohlich. Allerdings ohne den selbstbezüglichen Krampf einer vom Patriarchat beleidigten Barbara Duden. Doch zurück zu den blinkenden Turnschuhen: Die trägt Maik, ein kleiner Vokuhila (Vorne-kurz-hinten-lang)-Macker par excellence, an die Erzählerin zum Aufpassen vermittelt. Im Übrigen gehört diese Geschichte zu den besten der insgesamt misslungenen Anthologie. Misslungen nicht wegen der teilweise sogar wunderbaren Prosa-Zusammenstellung vornehmlich junger Autoren, sondern wegen des überspannten Anspruchs.

Laut Fischer-Verlag und Tuschick sollte Morgen Land die Avantgarde der "ethnischen Ränder" der bundesdeutschen Gesellschaft versammeln, die sich der Mehrheitsgesellschaft offensiv zuwendet und deren Glück der späten Geburt ihnen die intellektuellen und didaktischen Krämpfe ihrer Vorgänger aus der Einwanderergeneration erspart. Autoren also, die eine "flottierende Anschauung von Herkunft und Differenz haben", weil - so Tuschicks These - "die deutsche Literatur an den ethnischen Rändern intensiv befruchtet wird."

Beim Stöbern in Morgen Land vernebelt sich allerdings zunehmend die Vorstellung vom Verlauf der Ränder und dem Ort der Mehrheitsgesellschaft, von der sich die als randständig angekündigten Autoren unterscheiden sollen.

Bleiben wir bei In und außer Gefahr von Sylvia Szymanski (die im Übrigen vom Niederrhein stammt, einer Gegend, in der etwa jeder Dritte einen polnischen Nachnamen trägt). Das Setting ist ein überfülltes Freibad im Sommer, einer der besten Plätze der Welt für Studien zur Mehrheitsgesellschaft: Ein Sonntagnachmittag im Juli auf der versengten Liegewiese des Neuköllner Columbia- oder Kreuzberger Prinzenbades reicht schon aus, um zu wissen, was und wo Mehrheitsgesellschaft ist - und auch, dass sich dort die Jogginghosen-Prolls der hundertsten und die Jogginghosen-Prolls der dritten Generation in Deutschland kaum im Habitus unterscheiden - und oft ebenso wenig in der politischen Gesinnung.

Auch in der Story von Zoran Drvenkar, Zuckerfrei, in der Er nach einer entnervenden Club-Nacht mit Ihr (Lisa) von Ihr ordentlich gevögelt wird - und anschließend umgekehrt - ist beim besten Willen keine ethnische oder kulturelle Randständigkeit zu erkennen, sondern eigentlich nur die Begrenztheit männlicher Vorstellungswelten zum Thema Heterosex. Dass Lisa bekokst, etwas schrill und ihr Mascara verlaufen ist, dient zwar der von Tuschick viel gepriesenen Street-credibility, nicht aber einem originellen Plot.

Morgen Land blinkt, nicht weil der Band multikulturell oder an die ethnische Peripherie, sondern weil er multiperspektivisch angelegt ist. Und er blinkt auf Grund jener Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft der Sprache der Straße, die Tuschick Street-credibility nennt. Das könnte die Klammer sein, wären da nicht auch Schriftsteller wie der ästhetisch konservative Maxim Biller mit seinem altmodischen Pathos. Als jüdischer Autor ist er jedoch einer der ganz wenigen, der den überstrapazierten Begriff der bundesdeutschen Mehrheitsgesellschaft mit Inhalt füllen kann: als Kollektiv der Auschwitz-Verdränger: "Die meisten meiner nichtjüdischen Kollegen aber ignorieren, im Gegensatz zu den jüdischen Schriftstellern deutscher Sprache, die kollektive Erinnerung ihres eigenen Volkes." (S. 175)

Allein wegen Biller hätte darauf verzichtet werden sollen, die Anthologie im Untertitel neueste deutsche Literatur zu nennen. Dass es um neueste deutschsprachige Literatur geht, merkt aber lediglich Raul Zelik auf Veranstaltungen immer wieder an, der mit einer ziemlich unterhaltsamen Geschichte über männliche Ehre, rumänische Tagelöhner, Jogginghosenträger mit und ohne Migrationshintergrund sowie schusselige Schuldeintreiber vertreten ist.

Aber "neueste deutsche Literatur von den ethnischen Rändern" lässt sich natürlich auch besser vermarkten als etwa "neueste deutschsprachige Literatur unter Ausschluss der Henkerkinder". So hatte auch Feridun Zaimoglu - der natürlich in Morgen Land nicht fehlen darf - Mitte der 90er Jahre mit Kanak Sprak unter anderem bestimmt ordentlich das weißdeutsche Kultur-Establishment provoziert. Heute gilt er wohl eher als genrebildend.

Die in Morgen Land versammelten Autoren repräsentieren mit ihren Biografien und Themen ein so breit gefächertes Spektrum an sozialen und kulturellen Erscheinungsformen, dass sie nicht Träger von Zukunftsvisionen sind - wie es Tuschick pathetisch nennt -, sondern von Gegenwartssituationen einer Zweidrittelminderheit in der Bundesrepublik - die (und das merkt Tuschick auch richtig an) im etablierten Literaturbetrieb natürlich konsequent übersehen werden.

Aber Literatur von jungen Autoren - wenn wir nicht von niveagesichtigen Rollkragenpulloverträgern reden, die larmoyant mit Anekdoten über die Ödnis des Erfolges in der Konsumgesellschaft langweilen - bewegt sich doch immer abseits vom, ja peripher zum Bildzeitunglesenden Massenpublikum.

Oder verläuft die Grenze zwischen Mehrheitsgesellschaft und Rändern doch auch noch ganz woanders, wie etwa Sylvia Szymanski meint: "Man muss sich unheimlich anstrengen, um für einen Jungen das zu sein, was Bier für ihn ist." (S. 288) Aber das ist ja ein ganz anderes Thema.

Stefanie Kron

Jamal Tuschick (Hrsg.): Morgen Land. Neueste deutsche Literatur, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 2000, 302 Seiten, DM 19,90

32. Internationalismus im Doppelpack. Kritik an der Globalisierung bei Konferenzen in Berlin

Auf zwei Konferenzen in Berlin hagelte es Kritik an der Globalisierung

Autor: Alexander Schudy, Anke Schwarzer · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Aktionen / Veranstaltungen; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak443/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:443:41

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat keine Kosten gescheut, um prominente AktivistInnen, AkademikerInnen und GewerkschafterInnen aus aller Welt nach Berlin zu holen. Anlass war die Konferenz Gerechtigkeit oder Barbarei -

Interkontinentales Forum am 4. und 5. Oktober. Kurz danach, vom 6. bis 8. Oktober, trafen sich GlobalisierungsgegnerInnen zum 23. Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (Buko) in der Berliner Humboldt-Universität.

Die ökonomische Globalisierung, wie die Welle der Internationalisierung allerlei Märkte genannt wird, hat ein neues politisches Subjekt geboren: der/die GlobalisierungsgegnerIn. Die internationalen AktivistInnen treffen sich zu Demonstrationen. Institutionen und Personen werden exemplarisch für Massenarmut, Deregulierung und Finanzspekulation verantwortlich gemacht. Und sie treffen sich bei Kongressen, um vergangene Demonstrationen, lokales Engagement und weitere Strategien zu besprechen.

Angang Oktober fanden derer gleich zwei in Berlin statt. Die PDS-nahe Rosa-Luxemburg-Stiftung wandelte ein berühmtes Zitat ihrer Patin kurzerhand zum Motto "Gerechtigkeit oder Barbarei" und lud Bewegungslinke verschiedener Kontinente sowie beratende WissenschaftlerInnen zum Interkontinentalen Forum in die Plattensiedlungen Weißensees. Die TeilnehmerInnen des Abschlussplenums präsentierten sich als Think-tanks der GlobalisierungsgegnerInnen.

Inter-Kontinentales Forum

Die Weltlage analysierte Samir Amin vom Third World Forum in Senegal. Zu Luxemburgs Lebzeiten, so Amin, führte der Konkurrenzkampf der kapitalistischen Zentren zum Ersten Weltkrieg. Frankreich, Großbritannien, die USA exportierten Kapital in alle Welt und bauten Fabriken. Mittlerweile gebe es nur eine unilaterale Macht des transnationalen Kapitals mit einer konsistenten Strategie. Darin bildeten die großen Agenturen wie IWF und WTO die "Exekutive der G-7-Staaten" und die NATO deren militärischen Arm. Innerimperialistische Konkurrenz gebe es mittlerweile nicht mehr, sondern nur noch ein Zentrum: die USA. Deren Haushaltsdefizit werde von den ehemaligen Zentren und der Peripherie finanziert. Wegen der künstlich aufrecht erhaltenen Hegemonie der USA sei das Weltsystem instabiler geworden, verstärkte Militarisierung sei eine Folge, eine andere die daraus folgende Möglichkeit für Widerstand. Die Ereignisse in Seattle und Prag zeigten, dass sich eine Gegenbewegung abzeichne, die aber noch keine Entwürfe für das habe, was an die Stelle des Kritisierten treten soll, so Amin.

Fragen von Macht und Herrschaft

Wer den Weltenlauf so einfach erklärt, für den gibt es auch eine machbare Alternative: Die französische Initiative Attac! oder das deutsche Pendant, das Netzwerk zur demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte, so Jörg Huffschmid von der Memorandumgruppe für eine alternative Wirtschaftspolitik, setzten genau an den von Amin genannten Schwachpunkten des Weltwirtschaftssystems an. Und Yash Tandon von der Southeast Trade Initiative Zimbabwe möchte Gerechtigkeit als "praktizierte Fairness", die sich auf die Seite der Minderheiten stellt, verstanden wissen. Statt des politischen Projektes Rosa Luxemburgs soll der Appell an das Normative, d.h. der Appell an die Gerechtigkeit, der den Kapitalismus in wohlfahrtstaatlichen Zeiten gezähmt habe, zur Verhinderung fortschreitender gesellschaftlicher Polarisierung erneuert werden.

Die staatskritische internationalistische Bewegungslinke versucht zu solchen (links-)keynesianischen Initiativen ein Verhältnis "kritischer Solidarität" zu wahren. Die über 170 im Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (Buko) organisierten internationalistischen Basis- und Dritte-Welt-Initiativen trafen sich zum jährlichen Austausch erstmals unter Mitwirkung der Zeitschriften express und Widersprüche. Unter dem Motto "www.org - Widerstand weltweit von unten organisieren" diskutierten rund 300 TeilnehmerInnen in zahlreichen

Workshops die veränderten Bedingungen für internationalen antikapitalistischen Widerstand - die Entwicklungen der Institutionen und Diskurse der neoliberalen Globalisierung, die veränderten Arbeitsbedingungen und Geschlechterordnungen.

Auch hier war zum Auftakt die entsprechende Politikberatung geladen - allerdings lieferte sie die Kritik ihrer selbst gleich mit. Alex Demirovic vom Institut für Sozialforschung in Frankfurt verwies auf den beschränkten Horizont derzeitiger sozialwissenschaftlicher Forschung. Gesellschaftskritische Sozialwissenschaft ginge einher mit der Entwicklung des keynesianischen Wohlfahrtsstaates. Infolge dessen Erosion seien seine KollegInnen mit dem Thema "Handlungsfähigkeit des Staates", also mit einer technokratischen Sicht von Globalisierung und nicht mit Fragen von Macht und Herrschaft beschäftigt.

GesellschaftskritikerInnen wurden zu Schröder-BeraterInnen. Aber nicht nur das: Ehemalige Taxifahrer sitzen im Auswärtigen Amt, ein Kiffer wird US-Präsident. Die AnsprechpartnerInnen der GlobalisierungsgegnerInnen heißen ihre KritikerInnen in der großen universalen Diskursgemeinschaft herzlich willkommen. Bill Clinton erwies sich als Meister dieser Kunst, als er selbst für den militanten Teil der Proteste gegen das Treffen der WTO in Seattle Verständnis zeigte. Beim globalen Plaudern mit den NGOs bleiben strukturelle Zwänge, Interessen und Machtformen unberücksichtigt. NGOs seien, so Demirovic, "staatlich lizensierte private Organisationen" und trügen somit zu einem Politikverständnis bei, indem sich gesellschaftliche Veränderungen nur im Konsens mit Wirtschaft und Politik erzielen ließen.

Strategiemix oder Spagatismus?

Die Vorstandsvorsitzende der NGO WEED, Barbara Unmüßig, bestätigte dieses Politikverständnis. In Prag habe sie sich nach den Gesprächen mit VertreterInnen von IWF und Weltbank den Demonstrationen in der Innenstadt angeschlossen. Während Thomas Seibert von medico international gar ein symbiotisches Verhältnis zwischen radikaler Protestbewegung und NGOs sieht, kritisiert Moe Hierlmeier vom Buko-Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft den von Unmüßig vertretenen Strategiemix als "Spagatismus".

Man wolle, so Hierlmeier, radikale Gesellschaftskritik wieder diskursfähig machen. Dazu müsse man die staatlich organisierte Diskursordnung an sich kritisieren, mit dem derzeit praktizierten Strategiemix sei dies aber nicht zu erreichen. In dieser Ordnung werde versucht, Konsens herzustellen, indem Widersprüche zwar eine symbolische Repräsentanz finden, die aber Grenzen hat, die - bei Strafe des Ausschlusses oder der Diffamierung als Radikalinski, Totalitärer, Fundamentalist, Extremist - nicht überschritten werden dürfen.

Bei aller gebotenen Bündnisfähigkeit macht den radikalen GlobalisierungsgegnerInnen aber nicht nur das Verhältnis zu politikberatenden NGOs und alternativen Think-tanks, sowie jenes zwischen radikaler Herrschaftskritik und kooperativer Politikberatung zu schaffen: In Seattle und Prag kämpften auch nationalistische Rechte gegen die Globalisierung. Eine Abgrenzung von nationalistisch und verkürzt argumentierenden Gruppen fällt oft ähnlich schwer wie die Trennung zwischen radikaler Herrschaftskritik und kooperativer Politikberatung. In Arbeitsgruppen versuchten die TeilnehmerInnen die Linien der Abgrenzung zu präzisieren.

Die Themen der Workshops spannten sich von Internet, Soziale Grundrechte, Veränderung von Staatlichkeit über Stadtpolitik, Lomé-Abkommen und Flüchtlingsabwehr bis hin zu Verkürzter Kapitalismuskritik, Internationalisierung von Betriebs- und Gewerkschaftspolitik, Heterosexualität, Subsistenz und Mikropolitiken. Die Diskussionen wurden am Ende nicht zusammengeführt und blieben unvermittelt nebeneinander stehen.

Dies spiegelt die unterschiedlichen Positionen der im Buko organisierten Initiativen und Gruppen wieder. Offen bleibt die Frage, wer für den Buko spricht bzw. sprechen kann. Beim Auftakt der Konferenz saßen erst gar keine VertreterInnen des Buko auf dem Podium. Im Gegensatz beispielsweise zur Regierungspolitik im Wartestand einer PDS strebt der Buko keine (Regierungs-)Macht an. Weniger in seinem Selbstverständnis als in seiner Politik balanciert er so zwischen NGO (die er nicht sein möchte), Bereitstellung einer Infrastruktur für die "Bewegung" und linksradikalem Think-tank. Gehört werden und politisch intervenieren will er aber trotzdem. Die mangelnde Kampagnenfähigkeit wird selbstkritisch als "Dilemma" bezeichnet, so Markus Wissen vom Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft. Unter anderem deshalb habe sich der Buko das Motto der Zapatisten angeeignet: "Fragend gehen wir".

Fragen ist besser als Schweigen. Die Ratlosigkeit auf dem Abschlussplenum kommentierte Libia Grueso aus Kolumbien (Proceso de las Comunidades Negras) folgendermaßen: "In unseren Gemeinden ist manchmal auch Schweigen Widerstand. Wenn ihr jetzt so schweigt, so hoffe ich, dass ihr gerade darüber nachdenkt, wie ihr Widerstand leisten könnt."

Alexander Schudy/Anke Schwarzer

33. SM-Debatte: Über Macht, Identität und Politik

Autor: Christian Klesse · Rubrik: Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak443/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:443:37

In ak 440 stellte Michael Gümbel das "Manifest der Schlagwerker" vor, ein neuerer SM Zusammenschluss in Hamburg. Die Aktivitäten von Schlagwerk interpretierte Gümbel im Zusammenhang mit einem neuen Selbstbewusstsein unter SadomasochistInnen. Ferner betonte er die Notwendigkeit, einen Abwehrkampf gegen verschärfte Zensurbestimmungen von Pornografie zu führen, die sich katastrophal für die SM-Subkultur auswirken könnten. Das Hauptthema der Diskussion wurde allerdings nicht die Legitimität von Zensur, sondern von SM-Praktiken selbst. Detlef Georgia Schulze reagierte in ak 441 mit einer moralisierenden Kritik, die auf der Gleichsetzung von SM mit der Erotisierung heterosexueller Gewaltverhältnisse aufbaut. Petra hat in ak 442 gezeigt, dass diese Auffassung erstens nicht richtig sein muss und zweitens ein repressives Klima schafft. Schulze führte ferner Michel Foucault mit dem Zitat "Sag Nein zum König Sex" für seine Anti-SM-Position an. Dass das der durchaus positiven Haltung Foucaults gegenüber Experimentation mit SM nicht gerecht wird, hat M. Gümbel in ak 442 ausführlich und sachlich begründet.

In meinem Beitrag möchte ich noch einmal die von Schulze problematisierten Kategorien diskutieren. Ich werde mich erst kritisch mit seinem Verständnis von Selbstbestimmung und Konsens und dann mit Gümbels Begriff der Minderheit auseinander setzen. Beide Analysen artikulieren ihr Politikverständnis unzureichender Weise über Identität.

Schulze argumentiert, dass der Slogan "safe, sane, consenual", mit dem SM Gruppen Pathologisierung und Kriminalisierung begegnen, ideologische Verschleierung betreibt. Selbstbestimmung als die Basis von Konsens sei nicht möglich, da SM-Begegnungen im Rahmen eines heterosexuellen Gewaltverhältnisses stattfänden. Aber warum heterosexuell? SM, so behauptet er, erotisiert die Dominanz des Mannes und die Unterwerfung der Frau in einem Verhältnis, das von vornherein als - heterosexuelles - Gewaltverhältnis definiert ist.

Letztendlich beruht Schulzes entscheidendes Argument für die Verwerfung von SM auf dessen Konstruktion als heterosexuell.

SM gleich Hetero gleich Gewalt?

Natürlich ist die Kritik von Heterosexualität(en) und der durch sie vermittelten repressiven gender Konstruktionen und Heterosexismen wichtig. Natürlich gibt es auch heterosexuellen SM. Es gibt aber auch lesbischen, schwulen und bisexuellen SM. Es gibt keinen Grund, SM in diesen Beziehungen von der Diskussion auszuschließen, vor allem weil es in den respektiven Szenen wichtige Diskussionen über SM gegegeben hat. Die Verengung der Diskussion hin auf Heterosexualität ist Ausdruck eines unkritischen Heterozentrismus. Würde Schulze sexuelle Vielfalt berücksichtigen, dann würde seine eindimensionale Analyse, die Gewaltverhältnisse einfach von Identitäten abliest, auch keinen Bestand haben. Aber selbst in der willkürlichen Begrenzung auf heterosexuelle Begegnungen vereinfacht Schulze Realitäten, indem er/sie behauptet, dass in SM in der Regel Männer dominierende und Frauen submissive Rollen einnähmen. Diese Annahme ignoriert den häufigen Rollentausch in SM und übergeht die Tatsache, dass in vielen heterosexuellen SM-Szenen dominante Frauen sich über Angebote submissiver Männer kaum retten können. Es ignoriert ferner das Argument, dass die Umkehrung und Parodierung normativer heterosexueller Sex-Rollen Machtverhältnisse transformieren kann (s. Petra; ak 442).

Für solche Ambivalenzen und Kompliziertheiten ist wenig Platz in Schulzes totalisierender Sichtweise. Seine Argumentation bezieht sich auf die US-amerikanische Feministin Catherine McKinnon, deren Kritik von Heterosexualität starken Einfluss in den radikal- und lesbisch-feministischen Bewegungen hatte. Radikal-feministische Analysen sehen in Sexualität den Angelpunkt repressiver gender Konstruktionen und das Zentrum von Frauenunterdrückung. In einer häufigen Lesart heißt das: Hetero-Sex(ualität) ist Gewalt. Die britische lesbisch-feministische Gruppe Leeds Revolutionary Feminists argumentierte so in den späten 1970ern: "Für eine Feministin heißt das Ficken aufzugeben, ihre Politik ernst zu nehmen". Und später: "Wir denken heute, dass es Schwachsinn ist zu sagen, das Frauen ficken; was wirklich passiert ist, dass Männer Frauen ficken oder dass Frauen von Männern gefickt werden" (meine Übersetzungen).

Viele heterosexuelle Feministinnen fanden solche Analysen zu Recht bevormundend und anmaßend. In dieser Theorie wird die Politisierung von Heterosexualität gleichgesetzt mit einer Moralisierung von Identität und sexueller Präferenz. Die Analyse mündet in einem stereotypen Geschlechterbild. Frauen können nur noch als - schlimmstenfalls willige - Opfer von Sexismus wahrgenommen werden. Selbstbestimmung und Konsens im Rahmen heterosexueller Begegnungen und Beziehungen werden somit zur Unmöglichkeit.

Es waren aber nicht nur heterosexuelle Frauen, die so in ihrer Sexualität kritisiert wurden. Da in einem theoretischen Kurzschluss Dominanz und Aggressivität als männlich definiert wurden, konnte auch feministischen Lesben mit Spaß an Rollenspiel und gewaltbesetzter Sexualität Komplizität mit heterosexuellen Mustern vorgeworfen werden. Der feministische Widerstand gegen eine solche moralisierende Gängelung in den 80er Jahren (in den USA und Großbritannien) muss als eine der Vorreiterinnen der Formierung von Queer Politics gesehen werden.

Regeln sexueller Begegnungen umkämpfen

Eine Kritik von Heterosexualität ist absolut notwendig. Es gibt aber meiner Meinung nach verschiedene "Versionen" von Heterosexualität und es ist grundsätzlich möglich, Spielregeln der sexuellen Begegnung zu umkämpfen - mit dem Ziel, sie zu verändern. Eine Analyse, die Frauen nur als Opfer sieht oder als Trägerinnen eines falschen Bewusstseins, ist entmündigend und paternalistisch. Ein solcher Standpunkt verschleiert auch den Blick auf andere Machtverhältnisse, die sexuelle Begegnungen ebenso mitstrukturieren: namentlich Ethnizität, race, Klasse, Alter, und körperliche Normen. Frauen jedweder sexuellen Identität mit privilegiertem Status in diesen Dimensionen können so auch Macht gegenüber anders positionierten Individuen ausüben. Situative Machtverhältnisse lassen sich eben nicht einfach aus einer sozialen Kategorie ablesen. Viele feministische Theoretikerinnen haben darauf hingewiesen, dass Identitäten vielfältig konstituiert werden und dass die Konstruktionen von gender, Ethnizität/race, Klasse, und Sexualität sich gegenseitig bedingen.

Schulzes Analyse von Machtstrukturen ist simplifizierend und deterministisch. Die Machtverhältnisse, die auf jede einzelne sexuelle SM-Begegnung einwirken, sind viel komplexer als er suggeriert. Das unterminiert aber nicht grundsätzlich die Möglichkeit von Konsens. Ich gebe zu, dass Konsens eine Klarheit und Eindeutigkeit suggeriert, die in konkreten Situationen oft nicht gegeben sein mag. Auch wenn angestrebter Konsens aus vielerlei Gründen Grenzüberschreitungen nicht immer verhindern mag, so ist er als Ideal dennoch unabdingbar. Das gilt für alle sexuellen Begegnungen, Beziehungen und Handlungen. Das Bemühen um Konsens ist einer der wichtigsten Bestandteile sexueller Verantwortlichkeit. Weil viele Formen von SM ein erhöhtes Risiko mit sich bringen, hat die SM-Kultur einige Umgehensweisen institutionalisiert, die Konsens sicherstellen sollen (wie z.B. die Einigung auf Sicherheitsworte, um Szenen schnell und klar zu beenden). Es gibt Argumente, dass wegen der Betonung auf Verständigung gerade SM-Sex die Basis für eine egalitäre sexuelle Begegnung geschaffen hat.

Begriff der Identität hilft nicht

Der Slogan "safe, sane, consenual" mag dennoch ein bisschen zu unproblematisch klingen. Er betont Einverständnis und vielleicht Spiel mit Macht. Macht als grundsätzliches strukturierendes Element von Sexualität gerät aus dem Blick. Auch wenn ich prinzipiell von der Idee angetan bin, dass bewusst eingesetzte sexuelle Fantasie normative sexuelle Muster unterlaufen kann, so ist das real in SM-Kulturen leider nicht immer der Fall.

Ich habe z.B. meine Schwierigkeiten mit bestimmten Formen von Uniform Fetischismus (insbesondere wenn Symbole an politische Regimes oder Nazi-Terror erinnern). Ich bin auch davon überzeugt, dass hetero-, bisexuelle, und schwule Mainstream-SM-Ästhetik und Pornografie geeignet ist, machistische Männerbilder zu verstärken.

Ich bin oft entsetzt über den unkritischen Exotismus, der in verschiedenen SM-Kreisen zelebriert wird. Nur ein Beispiel: Der jährliche Sex Maniac's Ball der gemischten Fetisch/SM Szene in London im Jahre 1999 hatte den Titel "Eastern Promise" (Östliches Versprechen). Die TeilnehmerInnen wurden eingeladen in griechischer, türkischer, ägyptischer, arabischer, indischer, tibetischer, thailändischer, balinesischer, chinesischer oder japanischer Kleidung oder in Fetischinterpretationen derselben zu erscheinen. Die Attraktionen versprachen unter anderem "Sultans und Sultanass Wohnzimmer" und "Japanische Sklaven Rennen". Die OrganisatorInnen zeigten keinerlei Bewusstsein über die konstitutiven Machteffekte von stereotyper

Sexualisierung in Prozessen von Ethnisierung und Rassisierung. Gümbel hat Recht, wenn er auf die Notwendigkeit hinweist, auch in SM Kreisen "die Frage nach Machtstrukturen (...) offen zu halten" (ak 442). Er meint, die Chancen ständen nicht schlecht dafür. Wie Petra (ak 442) teile ich diesen Optimismus nicht. Sie stehen dort nicht besser also irgendwo sonst.

Ich würde gerne noch einige Fragen zu der Rolle der Kategorie Minderheit in der Debatte aufwerfen. "Das Schlagwerk-Manifest bezeichnet SM als einen möglichen Sammelbegriff für alle Formen von Grenzerfahrungen mit Körpern und Lüsten, für den spielerischen Umgang mit Macht, den freiwilligen, sicheren, selbstbestimmten Akt des Gebens und Nehmens und die Einbeziehung von Schmerz in das Repertoire der Lust. Es geht um das fantasievolle Erleben von Körperlichkeit, und ein vertrauensvolles Aneinander-Annähern" (Gümbel in ak 440). Viele argumentieren zu Recht, dass SM in einer so breiten Definition, in den letzten Jahren in Mainstream Kultur eingegangen ist. Ist es richtig, bzw. ist es politisch sinnvoll, sich als sexuelle Minderheit zu präsentieren? Wenn wirklich etwas Subversives an dem Spiel und der Experimentation unter dem Label SM ist, dann halte ich es für falsch, das als Charakteristik einer Minderheit zu begrenzen. Das Konzept der sexuellen Minderheit macht nur Sinn im Vergleich zu sexueller Normalität (heterosexuell, Paarbeziehung, vanilla, reproduktiv). Es schafft Gegensätze in denen Normalität und auch Marginalität reproduziert werden.

Minderheiten Politik ist meist eine Politik der gleichen Rechte. Politik im Namen von Rechten ist oft als liberal und begrenzt im Potenzial politischer Kritik zurückgewiesen worden. Die Forderung nach (gleichen) Rechten bleibt oft systemimmanent. Innerhalb der Proklamation eines abstrakten Individuums mit dem prinzipiellen Recht auf Autonomie, scheiterten die meisten Spielarten von Liberalismus, strukturelle Ungleicheiten zu benennen. Das resultiert in einem impliziten Widerspruch zu einer Politik, die Rechte fordert, ohne die Unterdrückungsverhältnisse, die Ungleichheit produzieren, zu erkennen oder zu bekämpfen (z.B. Klassengesellschaft, Rassismus, Geschlechterhierarchien, Heterosexismus).

Die Geschichte der lesbischen und schwulen Bewegung hat gezeigt, dass eine Orientierung des Kampfes hin auf gleiche Rechte für eine Minderheit mit einer Abkehr von radikalen auf Gesellschaftsveränderung zielenden Politiken einhergeht. Aus einer Forderung nach der Überwindung sexueller Identitäten, starrer gender Kategorien und normativer Beziehungsformen in den frühen Jahren der Gay Liberation wurde schließlich der Ruf nach gleichen Rechten mit gleichgeschlechtlicher Ehe zu einer der Hauptforderungen. Wenn sich SM-Gruppierungen auf dem Standpunkt einer Minderheitenidentität einrichten befürchte ich ähnliche Effekte. Der Widerstand gegen Zensur, gegen sexuelle Normierung, und für sexuellen Pluralismus wird besser nicht im Namen einer Identität geführt werden.

Christian Klesse

christianklesse@hotmail.com

34. Stets zu Diensten. Call Center und die Schattenseiten der Dienstleistungsgesellschaft

Autor: Jörg Nowak · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak443/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:443:22

Call Center schießen überall wie Pilze aus dem Boden. Von der Fahrplanauskunft bis zur Finanzberatung gibt es (fast) nichts, was diese Telefondienstleistungsagenturen nicht anbieten. Der Boom der Branche wird als Erfolgsgeschichte gepriesen, die uns den Weg in die Informations- und Dienstleistungsgesellschaft weist. Doch bei einem Blick auf die Realität dieser Musterbeispiele der "New Economy" kommt viel altmodischer Taylorismus zu Tage.

Ein Call-Center-Arbeitsplatz, typischerweise in einem Großraumbüro, ist in der Regel mit einer Telefonanlage und einem Computer inklusive Bildschirm ausgestattet. Während eines Telefongesprächs können die Angestellten Daten - z.B. Bestellungen - in den Computer eingeben und/oder durch Eingabe einer Kundennummer benötigte Daten abfragen. Bei Inbound-Call-Centern werden ACD-Systeme (Automatic Call Distribution) eingesetzt, die die eingehenden Anrufe gleichmäßig auf die Telefonarbeitsplätze verteilen. Dabei werden die Gespräche oft direkt in ein Headset (ein Kopfhörer mit integriertem Mikrofon, so dass man beide Hände frei hat) geleitet, so dass die "Call-Center-Agents" nicht erst einen Telefonhörer abnehmen müssen. Eine gut sichtbare Kontrolllampe oder eine geeignete Anzeige auf dem Bildschirm informiert über den Auslastungsgrad der Telefonanlage (des so genannte "Servicelevel"). Bei einer hohen Zahl von Kunden in der Warteschleife werden die Agents auch schon mal angewiesen, gefälligst auf ihre Pause zu verzichten. Leistungskontrollen, oft als qualitätsfördernde Trainings- oder "Coaching-"Maßnahmen getarnt, sind in einigen Call Centern an der Tagesordnung.

Während die Agents im Inbound-Bereich eingehende Anrufe bearbeiten, werden im so genannten Outbound-Bereich Anrufe "nach draußen" getätigt. Der Agent soll etwa den Kundenstamm eines Unternehmens dazu bewegen, von diesem noch mehr Leistungen in Anspruch zu nehmen. Oder neue Kunden sollen gewonnen werden, z.B. Architekturbüros für ein spezielles Grafikprogramm. Darüber hinaus spielen bei der Outbound-Telefonie Marktforschung und Meinungsumfragen eine wichtige Rolle.

Auf einem enger werdenden Markt wird die Kommunikation mit dem Kunden zu einem entscheidenden Faktor im Konkurrenzkampf der Anbieter. Diese sind zunehmend gezwungen, ihre Anstrengung zur Bindung von Kunden zu verstärken. So bieten z.B. Banken und Versicherungen mehr und mehr einen 24-Stunden-Service an. Selbst der Weg ins Kaufhaus wird dem Kunden genommen: Ein Anruf bei der im Werbespot eingeblendeten Hotline-Nummer genügt. Reklamationen und Beschwerden? Kein Problem, melden Sie sich bei unserem Call Center. Sie kapieren nicht, wie der DVD-Player zum Laufen gebracht wird? Kontaktieren Sie die Supportline, für nur 1,29 DM die Minute.

Zauberwort Kunden-Management

Das Zauberwort des "Customer Relationship Management" macht in der einschlägigen Fachpresse die Runde. Doch die unternehmensstrategische Bedeutung des direkten Kontaktes zu den Kunden erschöpft sich nicht in der Kundenbindung mit Hilfe von Inbound-Call-Centern. Darüber hinaus ist dieser Kontakt auch ein wichtiges Mittel zur Einschätzung der Nachfragesituation auf dem Markt. Schließlich geht es darum, den Verkaufspreis im Voraus optimal zu kalkulieren. So lassen sich nicht nur Lagerkosten reduzieren, sondern v.a. auch Überkapazitäten vermeiden. Der sich verschärfende Konkurrenzkampf unter den Anbietern ist so auch ein zunehmend aggressiver Kampf um die Gewinnung neuer Kunden. Dabei spielen wiederum Outbound-Call-Center eine entscheidende Rolle.

Im Kampf um hohe Marktanteile steigen die Kosten für Werbung, Marketing und Kundenservice. Die Orientierung an der Gewinnmaximierung leitet damit nicht nur die Optimierung und Rationalisierung der Betriebsabläufe, sondern gilt auch für den Bereich der Kundenbetreuung selbst. Instrumente der "lean production" kommen auch hier zum Einsatz, etwa die Senkung von Personalkosten durch Umstrukturierung. So können in einigen Fällen zentrale Inhouse-Call-Center, die zum Unternehmen gehören, Aufgaben übernehmen, die vorher dezentral und personalintensiver auf mehrere Abteilungen oder mehrere Standorte verteilt waren. Beispiele hierfür sind Call Center für Kundenbetreuung und Reklamationen der Deutschen Telekom, oder auch das Anzeigengeschäft von großen Verlagen, denen mehrere Tageszeitungen gehören.

Andere Unternehmen entscheiden sich dafür, die Kundenbetreuung an einen externen Dienstleister abzugeben, also einzelne Bereiche auszulagern. Zudem sind eigenständige Dienstleister an keine Tarifverträge gebunden und können Standortvorteile optimal nutzen, zumal ihre Umsiedlung nicht sehr aufwendig ist. Einen Mittelweg zwischen Auslagerung und Zentralisierung gehen jene Unternehmen, die z.B. ihre telefonische Kundenbetreuung in einem formal unabhängigen Tochterunternehmen abwickeln lassen, das nicht an den Tarifvertrag des Mutterkonzerns gebunden ist.

Für einen großen Teil der Call-Center-Dienstleistungen gilt, dass sie keine außergewöhnlichen Qualifikationen erfordern und daher von un- oder angelernten Beschäftigten erbracht werden können. Das betrifft etwa die Annahme von Bestellungen, Anzeigen, Beschwerden oder Überweisungsaufträgen, die Erteilung von Auskünften über Fahrpläne, den Kontostand oder sonstiges, Markt- und Meinungsumfragen sowie telefonische Werbeaktionen. Wichtigste Voraussetzung ist lediglich ein einigermaßen passables Beherrschen der Landessprache in Wort und Schrift.

Ein kleiner Unterschied besteht dabei zwischen Inbound- und Outbound-Call-Centern, da bei letzteren erst der Kontakt zum wahrscheinlich zunächst misstrauischen Gesprächspartner hergestellt werden muss. Das erfordert ein wenig mehr "kommunikatives Geschick" - nichts, was nicht binnen kurzer Zeit eingeübt werden könnte. Die ansonsten notwendigen Computerkenntnisse und die Regeln für den Umgang mit den Kunden können in einer Anlernzeit von wenigen Tagen erworben werden. Außerdem können gerade an Hochschulstandorten Vertrautheit im Umgang mit Computern und kommunikative Fähigkeiten als Allgemeinbildung vorausgesetzt werden, die nicht gesondert vergütet wird. Eine Ausnahme stellen allenfalls die beispielsweise in Amsterdam und Dublin angesiedelten Call Center dar, die Anrufe aus verschiedenen Ländern bearbeiten. Sie suchen gezielt nach Angestellten mit Fremdsprachenkenntnissen.

Freilich gibt es auch Call Center, die höhere Qualifikationsanforderungen an ihr Personal stellen, etwa Investment- und Portfolioberatung oder die toxikologische Notfallhotline. Im Mittelfeld rangieren Supporthotlines von Online-Diensten, die den Anrufern helfen, ihre Browsereinstellungen zu konfigurieren. Das arbeitsorganisatorische Kalkül geht jedoch dahin, durch Standardisierung der Sachbearbeitung bis hin zu strikt vorgegebenen Begrüßungsformeln und Antwortroutinen niedrig qualifizierte Jobs zu schaffen.

In vielen Call Centern wird dieses Ziel durch eine personelle Trennung von einfachen und anspruchsvolleren Aufgaben erreicht. Während bisher beide Arten von Tätigkeiten in Personalunion von entsprechend qualifizierten SachbearbeiterInnen durchgeführt wurden, werden nun sämtliche Anfragen von nur minimal qualifizierten TelefonistInnen bearbeitet. Nur wenn es unbedingt nötig ist, werden die Anfragen an höher qualifizierte Fachkräfte weitergeleitet (Zwei-Ebenen-Call-Center). Die ganz schwierigen Fälle landen im so genannten "Back Office", wo sich Fachkräfte mit ihnen befassen, die ansonsten überwiegend mit dem geschäftlichen Schriftverkehr betraut sind.

Taylorismus in der IT-Welt

Die Kundenbetreuung wird also - ganz "fordistisch" - taylorisiert. Teamleiter übernehmen die Funktionen, die in der angeblich ausgedienten "fordistischen" Fabrik von Vorarbeitern übernommen wurden und werden. Ebenfalls ganz tayloristisch ist die Leistungskontrolle von außen. Die Software in den ACD-Anlagen ermöglicht die individuelle Aufzeichnung und Auswertung der Dauer eines jeden Gesprächs sowie der Zeiten, die die Beschäftigten zur Nachbearbeitung benötigten. Für die nächst höhere Hierarchieebene, die Supervisoren oder Teamleiter, besteht zudem oftmals die Möglichkeit, sich von den "AgentInnen" unbemerkt in die Leitung einzuklinken.

Ein ausgeklügeltes System von jeweils neu erstellten Schichtplänen und Anruf-Verteil-Systemen erlaubt eine maximale Verdichtung der Arbeit. Daher findet sich in den Stellenausschreibungstexten unter "Anforderungen" oft die Vokabel der "Stressresistenz". Arbeitsmediziner beobachten im Bereich der Call Center eine starke Zunahme psychosomatischer Krankheitsbilder, wie etwa spezifische "Burn-Out"-Syndrome. Kein Wunder, denn die Konzentrationsanforderungen durch die Verbindung von Bildschirm und Headset gehen noch über die klassischer Fließbandtätigkeiten hinaus. Kein Wunder daher auch, dass die Fluktuation der Beschäftigten in dieser Branche besonders hoch ist. Eine Betriebszugehörigkeit von vier Jahren gilt bereits als überdurchschnittlich lang.

Die Arbeitsorganisation in Call Centern ist darauf ausgerichtet, aus den TelefonistInnen ein möglichst hohes Arbeitspensum herauszupressen. ACD-System und rigide Leistungskontrolle sind dabei die wichtigsten Instrumente. Damit scheint Call-Center-Arbeit trotz des hohen Einsatzes moderner Telekommunikations- und Datenverarbeitungstechnik in Bezug auf die Arbeitsorganisation überhaupt nichts Neues zu sein. Zu Recht wird sie manchmal als neue Fließbandarbeit bezeichnet. Für den Dienstleistungssektor bringt sie jedoch einige Veränderungen. Denn sie führt dort Organisations- und Rationalisierungsprinzipien ein, die bisher vor allem aus der Industrie bekannt waren; namentlich die strikte Trennung von Planung und Ausführung der Tätigkeiten, rigide Leistungskontrollen, eine systematische Dequalifizierung und die Entkopplung von Routinetätigkeiten und qualifizierten Tätigkeiten - auch ganz traditionell bekannt als Taylorismus.

Gerade weil die Einrichtung von Call Centern häufig der Tarifflucht dient, spielen Call Center eine Vorreiterrolle bei der Deregulierung von Arbeitsverhältnissen. Durch die mangelnde Gewerkschaftspräsenz und die staatliche Duldung wird diese Tendenz noch verstärkt. Aus Unternehmersicht sieht das optimale Beschäftigungsverhältnis so aus: Bei guter Auftragslage wird die Arbeitskraft eingestellt. Sie arbeitet vier Stunden lang hocheffektiv im Schichtbetrieb. Bei der Lohnhöhe wird natürlich nicht berücksichtigt, dass die kurze Arbeitszeit auf Grund der Arbeitsbelastung u.U. mit einer langen Regenerationszeit einhergeht. Bei schlechter Auftragslage wird sie fristlos entlassen. Und im Krankheitsfalle ebenfalls. Für Sozialversicherungsbeiträge kommt der Arbeitgeber nicht auf. So betrachtet darf der hohe Anteil von studentischen Beschäftigten und Scheinselbstständigen nicht wundern.

Strikte Leistungskontrolle

In Deutschland ist ein scharfer Standortwettbewerb der Bundesländer untereinander um die Ansiedlung von Call Centern ausgebrochen. Sogar das normalerweise nationalistisch aufgeladene Lamentieren über die Gnadenlosigkeit der Konkurrenten findet sich auf Länderebene wieder. So beklagte sich die schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD) bereits bei ihrem Amtskollegen und Parteifreund aus Mecklenburg-Vorpommern, Harald Ringstorff, über die dort übliche massive Subventionierung der Call-Center-Branche und die damit einhergehende Verzerrung des innerdeutschen Standortwettbewerbs.

Mehrere Bundesländer haben Initiativen gestartet, die sich zumeist unter der Federführung der jeweiligen Wirtschaftsministerien und Wirtschaftsförderungsgesellschaften darum bemühen, den in Frage stehenden Standort für Call Center besonders attraktiv zu machen. Es gibt inzwischen die "Call Center Offensive NRW", das "Call Center Netzwerk Niedersachsen", die "Call Center Initiative Sachsen", die Aktion "Lohn per Telefon" im Saarland, das "Kooperationsnetzwerk Call Center Standort Berlin" und das Projekt CHAMP (Chancen für Arbeitsplätze durch Multimedia sowie Informations- und Kommunikationstechnologie) in Mecklenburg-Vorpommern.

Im Saarland wird mit dem im Vergleich zum Bundesdurchschnitt niedrigen Lohnniveau geworben, während die jeweiligen Initiativen in Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern das angeblich landesüblich "gute und klare Hochdeutsch" der Arbeitskräfte anpreisen. Die Callcenter Offensive NRW betreibt neben schlichter Investoren-Anwerbung auch die so genannte "Ansiedlungsunterstützung". Potenziellen Interessenten wird bei der Auswahl eines geeigneten Ortes, entsprechender Immobilien, der Kontaktaufnahme zu anderen Unternehmen, die für die Call-Center-Branche wichtig sind, und der Anwerbung von Arbeitskräften helfend unter die Arme gegriffen. Eine so genannte "Call Center Akademie" kümmert sich um die Qualifizierung der Arbeitskräfte.

Die saarländische Aktion "Lohn per Telefon" preist einen von ihr ausgerichteten "Schnupperkurs" an, in dem die Teilnehmenden in etwa zehn Unterrichtsstunden die grundlegendsten Schritte der Call-Center-Arbeit lernen. Nach Abschluss des Kurses werden die AbsolventInnen in einen "Bewerberpool" aufgenommen, aus dem dann die verschiedenen Call Center bei Bedarf Arbeitskräfte rekrutieren. So fallen für die Betreiber auch noch etwaige, zumeist ohnehin geringe Ausbildungs- und Einarbeitungskosten weg. Es entbehrt nicht eines gewissen Zynismus, dass den potenziellen KursteilnehmerInnen der Job als Call-Center-Agent als "Arbeitsplatz mit Zukunft" angepriesen wird, mit Hilfe dessen sie ihr "Hobby zum Beruf machen" könnten.

Aber nicht nur mit Beratung der Investoren und Übernahme von Ausbildungs- und Schulungskosten wird für die jeweiligen Standorte geworben, sondern auch mit finanziellen Anreizen. In fast allen Bundesländern (außer

Baden-Württemberg, Hamburg und Bremen) werden Investitionen im Call-Center-Bereich mit öffentlichen Mitteln gefördert. Besonders hoch ist die Förderungsquote in Ostdeutschland. In Sonderförderungsgebieten in Mecklenburg-Vorpommern übernimmt das Land bei kleinen und mittelständischen Unternehmen bis zu 50% der Investitionskosten und zahlt unter Umständen noch zusätzlich Lohnkostenzuschüsse und Einstellungsförderungsgelder. In Berlin erhielten Call-Center-Unternehmen in den Jahren 1997-1999 Investitionszuschüsse in Höhe von 14 Mio. Mark, davon allein 11,5 Mio. DM im letzten Jahr. In Nordrhein-Westfalen hatte die Citibank für die Eröffnung eines Call Centers in Duisburg 7,23 Mio. DM an Fördergeldern beantragt, während sie gleichzeitig die Schließung mehrerer anderer Call Center, u.a. in Bochum, plante. Eine breit angelegte Kampagne der von der Schließung Betroffenen konnte vorerst die Auszahlung der Gelder verhindern. Aber es ist keineswegs sicher, ob dem Antrag nicht ohne öffentlichen Protest stattgegeben worden wäre.

Es wird deutlich, dass die Call-Center-Kampagnen nichts anderes als die aktive Ausdehnung prekärer Arbeitsverhältnisse durch die Bundesländer sind. Dies beschränkt sich nicht nur auf die Subventionierung und logistische Unterstützung der Unternehmensansiedlung. Auch arbeitsrechtliche Rahmenbedingungen werden aufgeweicht, um potenzielle Investoren anzulocken. In Nordrhein-Westfalen dürfen Call Center inzwischen ohne Antrag Beschäftigte sonntags arbeiten lassen, was von der Call Center Offensive NRW als entscheidender Standortvorteil beworben wird. Auch in Mecklenburg-Vorpommern ist die Auflockerung der Beschränkungen für Sonntagsarbeit vor allem darauf zurückzuführen, dass das Land für Call-Center-Betreiber attraktiver werden soll. Das dortige Wirtschaftsministerium propagiert ohnehin die vergleichsweise geringen Lohnkosten als entscheidenden Standortvorteil. So teilte es 1998 in einer Werbebroschüre mit, dass die Lohnkosten 35% unter dem Bundesdurchschnitt lägen und weder Zusatzleistungen und betriebliche Rentenversicherung noch 13. und 14. Monatsgehalt üblich seien.

Kaum eine Branche passt so gut zur Ideologie von "Innovation", "Multimedia" und "Telekommunikation", mit der die "Modernisierung des Standorts Deutschland" vorangetrieben werden soll. Der nordrhein-westfälische Finanzminister Steinbrück, damals noch Wirtschaftsminister, brachte das bereits 1998 unfreiwillig auf den Punkt: "Viele innovative Ideen werden gerade in Call Centern verwirklicht, seien es neue, kreative Dienstleistungen oder die Verknüpfung von Telefon, Internet und Electronic Commerce-Anwendungen. Es ist absehbar, dass Call- und Customer-Care-Center die begonnene Multimedia-Evolution mitprägen werden. Call Center sind Teil der Globalisierung, in dem die gesamte Telekommunikationswirtschaft eine zentrale Rolle spielt."

Call Center als Standortschlager

Inwieweit diese "Multimedia-Evolution" eine adäquate Antwort auf die Massenarbeitslosigkeit sein kann, bleibt mehr als fraglich. Denn schließlich ist es überhaupt nicht klar, ob nicht mit der Ausbreitung der Call Center ein deutlicher Arbeitsplatzabbau in Bereichen wie Sachbearbeitung und Kundendienst bei bereits bestehenden Unternehmen einhergeht. Zudem gehen einige Prognosen davon aus, dass der Höhenflug der Call-Center-Branche schon in wenigen Jahren sein jähes Ende findet, wenn Dienstleistungen über Telefon durch den wachsenden elektronischen Handel über das Internet ("e-commerce") verdrängt werden. Auch der vermehrte Einsatz von Spracherkennungssystemen könnte ähnliche Auswirkungen haben. Der stattfindende Boom führt vor allem zur Ausdehnung prekärer Arbeitsverhältnisse, die bestehende abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse ersetzen. Das Bemühen der Bundesländer um die Ansiedlung von Call Centern verspricht also keineswegs die Schaffung von "Arbeitsplätzen mit Zukunft", sondern eine weitere Verschärfung der ohnehin stattfindenden Deregulierung und Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse.

"Call Center Offensive" (Berlin)

Die Call Center Offensive ist erreichbar unter info@callcenteroffensive.de bzw. www.callcenteroffensive.de

35. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der bezahlten und unbezahlten Arbeit

Nachrichten aus der Welt der bezahlten und unbezahlten Arbeit

Rubrik: Sozialpolitik; Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak443/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:443:29

Nachrichten aus der Welt der

bezahlten und unbezahlten Arbeit

Filmriss

Die wenigsten, die sich in den modernen Kino-Palästen der UFA oder der CinemaXX-Kette bei Popcorn und Dolby Suround Sound einen schönen Abend machen, wissen, dass FilmvorführerInnen oder KartenverkäuferInnen ihre Arbeitskraft für 10-12 DM pro Stunde anbieten müssen. Sowohl mit UFA als auch mit CinemaXX führt die IG Medien z.Z. Tarifverhandlungen, denn beide Unternehmen sind vor kurzem aus dem Hauptverband Deutscher Filmtheater ausgetreten und unterliegen daher nicht mehr der Tarifbindung.

Die Kino-Besitzer haben Stundenlöhne zwischen 12,15 DM und 14,50 DM angeboten, während die Gewerkschaft mindestens 16,50 DM pro Stunde fordert. Die Kino-Betreiber streben zusätzlich eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten an, so dass in Zukunft keine Überstundenzuschläge sowie Zuschläge für Nachtarbeit gezahlt werden müssen. Urlaubsgeld, vermögenswirksame Leistungen und Einmalleistungen wie ein 13. Monatsgehalt lehnen die Unternehmer ebenfalls ab.

Doch die Kino-ArbeiterInnen zeigen sich ungewöhnlich kämpferisch. Nach ersten Protestaktionen in Wuppertal, Hannover, Bremen, Bielefeld, Freiburg und Hamburg kam es am Mittwoch, den 18. Oktober zu ersten Streiks. In Hamburg etwa wurde in den großen Filmtheatern von UFA und CinemaXX die 20 Uhr-Vorstellung bestreikt.

(www.labournet.de, taz)

Tanz die Expo

Anfang November geht die Expo in Hannover mit einem Rekordminus von 2,4 Mrd. DM zu Ende. Der erwartete Zuschauerandrang blieb aus, die Zeche zahlt die Steuerzahlerin. Doch die Expo hatte durchaus einige - wenn auch zweifelhafte - Sensationen zu bieten. So z.B. einen Arbeitsvertrag zwischen Gewerkschaften und Leiharbeitsfirmen, den ersten in der deutschen Tarifgeschichte. Wo die Gewerkschaften Sklavenhändler früher bekämpft hatten, wird heute mit "Personaldienstleistern" verhandelt. Die meisten der 20.000 WürstchenverkäuferInnen, Einlasskontrolleure und Stand-Hostessen wurden von Leiharbeitsfirmen an die Standbetreiber ausgeliehen. Allein der Marktriese Adecco schickte 7.000 ArbeiterInnen auf die Expo. Besonders lustiger Bestandteil des Tarifvertrages, der unter Federführung der IG Metall mit der Adecco abgeschlossen wurde, ist ein Betriebsrat, der nicht etwa von den Beschäftigten gewählt, sondern von der Gewerkschaft bestimmt wird. Auf Vorschlag der Gewerkschaften stellte Adecco sechs Leute ein, "deren Aufgabe die Interessenvertretung der Beschäftigten ist".

Eine andere Form der Interessendurchsetzung wählten die TänzerInnen des Ensembles "Future of work". Sie traten am 18. Juli in einen Warnstreik, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Arbeitsbedingungen und Gagen sollten in einem Haustarifvertrag mit der Agentur de Otte & de Fries geregelt werden, wogegen sich die Agentur mit Händen und Füssen gewehrt hat. Auf Grund des Warnstreiks musste die Halle 4 der Expo geschlossen werden, und die Expo setzte Sicherheitskräfte ein: Auf dem Expo-Gelände seien politische Demonstrationen verboten. Eine besondere Pikanterie am Rande: Der DGB war mit 14 Mio. DM offizieller "Förderpartner der Expo 2000". "Visionen zur Zukunft der Arbeit" wollte der DGB präsentieren, u.a. mit Videosequenzen, Multimedia-Techniken und - Tanztheater.

(www.labournet.de, jungle world)

Ford psychiatrisiert ArbeiterInnen

In den guten alten Zeiten hatte Ford gerne mal Schläger angeheuert, um aufmüpfige oder gar streikende ArbeiterInnen zur Vernunft zu bringen. Die Zeiten haben sich geändert, doch die Firma Ford und ihre Abneigung gegen ArbeiterInnenrenitenz ist geblieben. Doch der Auto-Multi bedient sich nur noch in seltenen Fällen offener Gewalt, beliebter ist der Einsatz des Psychiaters, um widerständiges Verhalten zu brechen.

Gregg Shotwell, Sekretär der US-amerikanischen Automobilarbeitergewerkschaft UAW berichtet von drei Fällen innerhalb einer Woche, wo der Konzern versucht hat, kämpferische ArbeiterInnen für verrückt zu erklären. Ford bedient sich dabei einer zusammen mit der UAW betriebenen Einrichtung, des BE/CISD, deren eigentliche Aufgabe die psychologische Untersuchung von traumatisierten Beschäftigten ist - etwa nach schweren Unfällen. Doch dieses Komitee kann auch im Falle gewalttätigen Verhalten unter Beschäftigten angerufen werden - und genau hier liegt der Hebel zur Disziplinierung. Eine Bandarbeiterin, die sich nicht scheute, sich sowohl mit den Vorarbeitern als auch mit den Gewerkschaftsfunktionären anzulegen und die dabei kein Blatt vor den Mund nahm, wurde für krank erklärt und vor das BE/CISD zitiert. Sie weigerte sich. Die Schlichtungsstelle lehnte ihre Beschwerde ab und die Frau wurde entlassen. Ähnlich erging es einem schwarzen Gewerkschaftsmitglied, der es gewagt hatte, in einer Gewerkschaftsversammlung den lokalen Gewerkschaftsvorsitzenden zu kritisieren. Bereits einen Tag später fand sich der Arbeiter auf der Krankenliste von Ford wieder und wurde zum BE/CISD zitiert, um auf seinen geistigen Gesundheitszustand untersucht zu werden.

36. Auftakt in Gorleben und Philippsburg

Autor: DSe · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak443/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:443:36

Die Anti-AKW-Bewegung hat sich zurückgemeldet. Mit 5.000 TeilnehmerInnen war die Demonstration am 23. September in Gorleben über alle Erwartungen gut besucht und sorgte für gute Laune unter den Anti-AKW-AktivistInnen. Zwar gab es vielfach Kritik an der durchwachsenen Kundgebung, aber Beiträge des Betriebsratsvorsitzenden des VW-Werks Salzgitter, Andreas Blechner, und von Jacob von Uexküll, Stifter des Alternativen Nobelpreises, sowie eine glänzende Satire vom Thomas Ebermann und Rainer Trampert (siehe nebenstehenden Text) fingen dieses Defizit auf.

Für die gute Mobilisierung sorgte sicherlich, dass wenige Tage vor der Demo die Genehmigung für die ersten Atomtransporte nach über zwei Jahren in die Wiederaufarbeitungsanlage nach La Hague erteilt wurden (siehe letzten ak). In drei Genehmigungen, die bis Ende dieses Jahres befristet sind, hatte das unter grüner Leitung stehende Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) Castortransporte aus den AKWs Phillipsburg, Biblis und Stade zugelassen. Aus verschiedenen Quellen zeichnete sich ab, dass der erste Transport aus dem baden-württembergischen AKW Phillipsburg auf die Reise gehen sollte.

Am 15. Oktober demonstrierten auf einem Sonntagsspaziergang über 1.000 Menschen gegen den für den 18. Oktober angesetzten Atomtransport. An den folgenden Tagen kam es zu zahlreichen Aktionen und Blockadeaktionen der Castor-GegnerInnen, die sich in einem Camp in der Nähe des Atommeilers einquartiert hatten. Die Polizei versuchte über die ganzen Tage mit massiver Präsens der Lage Herr zu werden, nahm weit über 100 Leute vorübergehend in Gewahrsam und beschlagnahmte sogar die Volksküchen von Rampenplan und der Freiburger Kochgruppe, die die DemonstrantInnen im Camp mit warmen Mahlzeiten versorgt hatte. Immerhin einige Hundert Leute nahmen an den Aktivitäten mitten in der Woche teil.

Behindert wurde die Mobilisierung stark durch die Unklarheiten, ob es tatsächlich zu dem Transport kommen würde. Einerseits hatte das BfS die Genehmigungen nicht mit einem Sofortvollzug ausgestattet. Da Greenpeace unmittelbar nach der Erteilung der Genehmigungen Widerspruch dagegen einlegte, wurden diese zunächst außer Kraft gesetzt. Als Reaktion darauf haben die AKW-Betreiber aus Phillipsburg, Biblis und Stade den Sofortvollzug beantragt, über den das BfS nun entscheiden muss. Früher war dies eine reine Formsache und konnte innerhalb weniger Tage erledigt werden. Deshalb konnten die AtomgegnerInnen also bis zum vorgesehenen Transporttag nicht sicher sein, ob das BfS nicht doch noch grünes Licht geben würde.

Für weitere Unklarheiten sorgte die Frage, ob Frankreich überhaupt bereit sei, deutschen Atommüll anzunehmen, bevor nicht umgekehrt der in Frankreich aus deutschen Brennstäben entstandene Atommüll nach Gorleben transportiert würde. Denn in La Hague stehen sechs Atommüllbehälter schon seit Monaten zur Abfahrt bereit. Doch bis heute kam es dazu nicht. Einerseits hatte das BfS eine Transportroute nach Gorleben über das ostdeutsche Arendsee mit der Begründung abgelehnt, dass der hierbei erforderliche lange Anfahrtsweg durch große Waldgebiete angesichts angekündigter Blockadeaktionen nicht zu genehmigen war. Andererseits ist die Seerauer Brücke in der Nähe von Hitzacker auf der Bahnstrecke zwischen Lüneburg und Dannenberg baufällig und muss saniert werden. Damit wurde erst in den letzten Wochen begonnen, so dass die traditionelle Strecke für Castortransporte nach Gorleben derzeit nicht zur Verfügung steht.

Man kann darüber streiten, ob diese Probleme ganz zufällig gerade jetzt einem Rücktransport von Atommüll aus Frankreich im Wege stehen.

Bis kurz vor dem 18. Oktober war jedoch nicht eindeutig zu klären, ob die französische Regierung tatsächlich auf eine Regelung in Sachen Rücktransporte nach Gorleben bestehen würde, bevor der Atommüll aus den AKWs wieder nach La Hague rollen könnte - oder ob es sich um ein inszeniertes Verwirrspiel handelte. Und schließlich sorgten Aussagen von Bundesumweltminister Trittin für weitere Irritationen. Er hatte sich dahingehend geäußert, dass es erst im nächsten Frühjahr zu ersten Atomtransporten kommen würde. Viele Castor-GegnerInnen hatten das mediale Hin und Her in dieser Frage zu Hause abgewartet, bis schließlich die Initiativen vor Ort eine vorläufige Entwarnung aussprachen.

Die AktivistInnen bewerteten die bisherigen Aktionen als durchaus erfolgreich. Gleichzeitig kündigten sie an, wieder vor Ort zu sein, wenn sich der Abtransport konkret abzeichnen würde. Wann das sein wird, ist derzeit

weiter offen. Das BfS hat über den Sofortvollzug bis Redaktionsschluss (20.10.) noch nicht entschieden und aus Frankreich ist zu vernehmen, dass man dort erst wieder Castortransporte aus Deutschland ins Land lassen will, wenn der Müll aus La Hague abgefahren ist. Trifft das zu, dann dürfte Trittin Recht behalten, denn nach Gorleben führt der Weg nur über die Seerauer Brücke. Und die dürfte erst im nächsten Frühjahr wieder castortauglich sein. Es gilt die Augen offen zu halten und die Zeit für die weitere Mobilisierung zu nutzen.

DSe

37. Die tiefgründige Dialektik des Umweltministers Trittin

Autor: Rainer Trampert · Rubrik: Umweltpolitik; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak443/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:443:09

Minister Trittin hatte versprochen, möglichst schnell aus der Atomwirtschaft auszusteigen: "Der Ausstieg muss noch in dieser Legislaturperiode beginnen." Dann kamen die langen Winterabende und kurz vor Weihnachten sagte er, er würde sich "mit einem Ausstieg binnen 20 Jahren zufrieden geben". Der Kanzler, der das nicht hören mochte, wünschte sich "mehr Fischer und weniger Trittin".

Da versank der Minister in tiefe Nachdenklichkeit und fand die Lösung: Keine Anlage "soll länger als 25 Jahre laufen". Als er bemerkte, dass der Kanzler noch immer unzufrieden war, erhöhte er schnell, als säße er in einer Skatrunde, auf "28".

Nun drohte die Industrie mit dem Ausstieg aus dem Bündnis für Arbeit. Der Minister kam wieder ins Grübeln und erkannte bald: "30 Jahre - 30 Jahre gehen auch ohne Konsens. Dabei gehen wir keinerlei rechtliches Risiko ein." Das war's, dachte er, und schlug beim Frühstück beiläufig das Hamburger Abendblatt auf. Da stand, er sei noch immer "der einsame Reiter und der sarkastische Asket".

Der Schreck fuhr ihm derart in die Glieder, dass er seinen Grünen Delegierten so laut er konnte zurief: "32 Jahre sind ein gutes Ergebnis." Der Parteitag spendete tosenden Applaus und viele Grüne mit Rang und Namen fielen ihm vor Dankbarkeit um den Hals. Sie mochten auch dann nicht aufhören, ihn zu herzen, als er hinzufügte, dass 32 Jahre durchaus keine 32 Jahre seien. "Die Unternehmen können teure Nachrüstungen sparen, wenn diese sich für ein Kraftwerk nicht mehr lohnen und statt dessen Laufzeit und Strommenge auf ein anderes übertragen," das in diesem Fall natürlich viel länger in Betrieb sein dürfe als 32 Jahre. Vielleicht auch 40 Jahre. Wieder spendeten die Grünen ihm tosendem Applaus, weil sie nun endlich das Wesen der Realpolitik verstanden hatten: Man kann nicht alles haben. Wer einen Atomausstieg will, der darf nicht zusätzlich noch verlangen, dass ausgestiegen wird. Mit diesem Schachzug, verkündete er landauf landab, sei es ihm gelungen, "die Blockade der Industrie zu brechen".

Die Industrie hatte sich tatsächlich bereit erklärt, in einem Atomkonsens-Papier den Satz zu unterschreiben: "Wir akzeptieren den Primat der Politik."

Sich der ganzen Tragweite des historischen Augenblicks bewusst, sagte der Minister: "Aber natürlich birgt der Satz, den die Energieversorger unterschrieben haben - ‚wir akzeptieren den Primat der Politik` - eine tiefe Wahrheit."

Die Wahrheit lag wirklich tief. Die Atomanlagen durften nun solange laufen, wie sie es selber nicht aushalten, und dafür hatte die Industrie sich breitschlagen lassen, den Parlamentarismus zu akzeptieren. Der Minister betrachtete sein Werk mit Wohlwollen und plauderte über seine wahre Mission: "Ich hatte tatsächlich alle Hände voll zu tun mit dem Atomkonsens (und nun) erwarte ich ein Abflauen der Proteste von Atomkraftgegnern."

Und während er in Zufriedenheit schwelgte, fragte ihn ein Journalist, ob denn bis zur nächsten Bundestagswahl wenigstens ein AKW abgeschaltet werde. Ein typischer Rückfall in den Fundamentalismus, dachte der Minister und bot sein ganzes dialektisches Repertoire auf: "Ich sage, wenn man zwei Kraftwerke ein halbes Jahr früher stilllegt, 17 weitere aber drei Jahre länger laufen, dann ist dieser Preis die Symbolik nicht wert."

Seine Dialektik war so tiefgründig, dass keiner mehr zu fragen wagte, warum denn 17 Anlagen drei Jahre länger laufen, wenn man zwei Anlagen ein halbes Jahr früher stilllegt. Nur Rudolf Scharping hatte sofort begriffen. Er würde in künftigen Kriegen nicht mehr Bilder hoch halten müssen, auf denen nichts zu erkennen war, sondern einfach sagen: Wenn man einen Krieg ein halbes Jahr früher beendet, dann laufen 17 andere Kriege drei Jahre länger und wer will das schon. - Als der Journalist nachfragte, ob denn nun oder ob nicht, wurde der Minister wütend. "Es soll keiner glauben, mit der Abschaltung einer Anlage ... würde der Ausstieg unumkehrbar."

Jede abgeschaltete Anlage "wäre schnell wieder betriebsbereit".

Seine Dialektik wurde immer feiner. Was konnte er gemeint haben. Wenn ein Ausstieg mit der Abschaltung einer Anlage umkehrbar ist, wäre dann ein Ausstieg ohne jede Abschaltung von Anlagen unumkehrbar? Oder wollte er sagen: Die Abschaltung von Anlagen lohnt schon deshalb nicht, weil sie ja wieder angeschaltet werden können. Vielleicht hatte der Minister auch nur subtil auf sein Prinzip aufmerksam machen wollen, nach dem er bisher immer gehandelt hatte: Auf jeden Ausstieg folgt der Einstieg. Das war bei der Altauto-Verordnung genauso wie mit der Sommersmog-Novelle, wo er sich den Scherz erlaubt hatte, zunächst eine Novelle vorzulegen, in der es bei hohen Ozonwerten ein Tempolimit und das Verbot von Malerarbeiten und Rasenmähen geben sollte. Dann hatte er sie zurückgenommen und eine neue Novelle vorgelegt, in der es nun jedem erlaubt wurde, so schnell zu fahren und so oft Rasen zu mähen wie er lustig ist. Dazu hatte er lapidar erklärt: "Kurzfristige Maßnahmen brächten wenig, besser ist es, langfristig die Ozonvorläufersubstanzen zu bekämpfen."

Wieder diese rätselhafte Dialektik. Ein Tempolimit würde die Ozonvorläufersubstanzen zwar bekämpfen, hatte er herausgefunden, weshalb der Verzicht auf ein Tempolimit langfristig die Ozonvorläufersubstanzen besser bekämpfen würde oder so. - Er hatte den Journalist ganz vergessen, der hartnäckig wissen wollte: ob denn nun oder ob nicht. Also, passen Sie mal auf, sagte der Minister: "Derzeit sind 9 von 19 Meilern an der Grenze der Wirtschaftlichkeit. Wenn der Rauch verflogen ist, werden die Kaufleute der Konzerne kühl kalkulieren und handeln."

Damit hatte er eine noch tiefere Wahrheit angesprochen als vor ihm die Energiewirtschaft. Wenn jemand aussteigen würde, war es die Industrie selber. Mit ihm hatte das gar nichts zu tun. Dass er trotzdem wichtig war, erfuhr er dann von Bärbel Höhn, die erkannt hatte: "Strahlenden Müll kann man nicht einfach auf der Straße herumliegen lassen."

Der Minister pflichtete ihr bei und handelte. "Wir haben fünf innerdeutsche Transportgenehmigungen erteilt," sagte er, und der Müll aus Frankreich und England werde noch dazu kommen.

"Jeder weiß, wo die Abfälle herkommen: aus Deutschland; und jeder weiß auch, wo sie hinkommen: nach Gorleben."

Einmal in Fahrt gekommen, forderte er die niedersächsische Regierung auf, "sich mit ihrer Ablehnung von Castor-Transporten ... nicht zu weit aus dem Fenster zu hängen".

Am nächsten Tag warf er beim Frühstück einen Blick in die Frankfurter Rundschau und war entsetzt über das, was er zu lesen bekam: "Noch bevor auch nur ein einziges AKW vom Netz gegangen ist werden die rollenden Castoren den Lüchow-Dannenbergern zeigen, was ein Atomausstieg im Zeichen der Realpolitik bedeutet. ... Denn ausgerechnet der rot-grüne Atomkonsens wird es der Region Gorleben nun abverlangen, die Rolle als Atomklo der Nation zu akzeptieren."

Begreifen die denn gar nichts, dachte der Minister und wühlte nervös in seiner dialektischen Trickkiste herum, bis er die Lösung gefunden hatte: "Zum Atomausstieg gehört nicht nur, dass Transporte vermieden werden, sondern auch, dass sich nicht alle vermeiden lassen."

Scharping horchte wieder auf. Zum Frieden gehört nicht nur, dass Kriege vermieden werden, sondern auch, dass Kriege sich nicht vermeiden lassen. Das ist gut, dachte er, das ist wirklich gut. - Beseelt von seinem Auftrag, den Atom-Müll zu verteilten, eilte der Minister zur Polizei-Führungsakademie und lobte die versammelten Polizisten "für ihre Ruhe und Besonnenheit" und scherzhaft "auch für ihre sportive Leistung." Er rief die Polizisten auf zu einer "fairen Streitkultur mit den Atomkraftgegnern". Aber der Inspekteur des Bundesgrenzschutzes war skeptisch: "Die Botschaft ... haben wir wohl gern gehört. Allein, den Polizisten fehlt der Glaube. Am Ende geraten wir doch wieder zwischen die Steine. Was sollen wir denn nach Ihrer Meinung mit denen machen, die sich nicht an faire Spielregeln halten?"

Dem Minister hatte es schon lange gedämmert, dass beides nun mal nicht zusammen geht. Man kann nicht die Verantwortung für die zweitgrößte Wirtschaftsmacht der Welt, ihre Techniken, ihre Wertvermehrung, ihre Eroberungsgelüste, für ihre Ordnung und ihre Polizeiapparate übernehmen und gleichzeitig dagegen sein. Also antwortete er: "Die Polizei soll Recht und Gesetz gegenüber jenen durchsetzen, die bei ihrem Protest gegen die Castor-Transporte die von dem Grundgesetz gezogenen Grenzen überschreiten."

So weit war er mit sich zufrieden, nur eines wurmte ihn: "Warum fragt mich keiner zur Rotbauchunke?"

Ja, diese Frage kann ich nur an euch weitergeben. Fragt ihn doch mal irgendwas zur Rotbauchunke. Ich nehme seine Antwort vorweg: Wenn man die Rotbauchunke ein halbes Jahr zu früh rettet, dann senkt sich die Lebenserwartung der Bevölkerung mindestens um drei Jahre oder so ähnlich.

Rainer Trampert

38. Castoren aus Stade

Autor: DSe · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak443/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:443:35

Nicht nur in Philippsburg, sondern demnächst auch in Stade hat die Anti-AKW-Bewegung möglicherweise noch im November viel Arbeit vor sich. Denn am 9. Oktober ist dort ein leerer Transportbehälter (Typ TN) eingetroffen. Geht es nach den Plänen des Betreibers E.On (vormals PreussenElektra), dann soll die erste hochradioaktive Fracht am 13. November den Atommeiler Richtung La Hague verlassen.

Dabei wird es allerdings nicht bleiben, denn Stade steht der Atommüll bis zum Hals. Das interne Abklingbecken ist derart voll, dass mehrere Atomtransporte erforderlich sind, um für den Ende Januar 2001 anstehenden Brennelementewechsel ausreichend Platz zu schaffen. E.On hatte daher beim Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) auch gleich fünf Castortransporte bis Ende des Jahres nach La Hague beantragt. Nach dem 13. November sollen daher in den beiden folgenden Wochen (am 20.11. und am 27.11.) zwei weitere Castoren auf den Weg gebracht werden. Vom AKW Stade aus geht die Reise nach La Hague zunächst in das rot-grün regierte Hamburg. Über Hamburg-Neugraben und -Harburg wird die strahlende Fracht auf Europas größten Rangierbahnhof nach Maschen im Süden der Hansestadt transportiert. Unbekannt ist, ob der Castor dann dort - wie früher üblich - für einige Stunden rumsteht, bevor er direkt hinter der Lok in einen regulären Güterzug eingestellt und entweder über Bremen oder Hannover abtransportiert wird. Angesichts angekündigter Aktionen könnte aber auch eine so genannte Sonderfahrt drin sein, also eine Lok, der Castor und einige Waggons mit haufenweise BGS-Personal hintendran.

Ob die Planungen von E.On allerdings Realität werden, hängt natürlich von den Dingen ab, die bislang auch den Castortransport aus Philippsburg ausgebremst haben. Also ob der Sofortvollzug für die Transportgenehmigung vom BfS bis dahin erteilt wird und ob die französische Regierung grünes Licht für die Annahme gibt. Und natürlich davon, wie stark die Aktionen gegen den ersten Transport sein werden.

Für die Anti-AKW-Bewegung dürfte es in Stade kein besonders angenehmes Agieren werden. Denn Anfang Oktober hatte E.On erklärt, dass das AKW Stade bis zum Jahr 2003 abgeschaltet werden soll. In der Region ist deshalb die Stimmung nicht besonders gut. Nicht nur, dass der Betrieb des Atommeilers hohe Steuereinnahmen in die kommunale Kasse spült. Zahlreiche Wartungsaufträge versorgten das regionale Handwerk, und die Revisionen und Nachrüstungen mit um die 1.000 angereisten Fachkräften und Hilfsarbeitern kurbeln die Zimmervermietung an und zahlungskräftige Kundschaft tummelt sich zusätzlich in Geschäften und Gaststätten. Die schlechte Laune der Einheimischen werden die AtomkraftgegnerInnen ertragen müssen. In Hamburg bereiten sich die AtomgegnerInnen nun darauf vor, vor dem geplanten Atomtransport eine Demonstration bzw. einen Sonntagsspaziergang (vielleicht auch am Samstag) in Stade durchzuführen. Während X-1000-mal-Quer schon vor einiger Zeit auch Aktionen am AKW selbst angekündigt hat, orientieren autonome Gruppen stärker auf Aktionen im Raum Hamburg-Harburg. Ein gemeinsames Konzept soll in den nächsten Tagen noch zusammengeschraubt werden.

DSe

Infos zu den Castoren im Internet:

AKW Stade: Hamburger Anti-Atom-

Büro Tel.: 040-3909222 und

www.nadir.org/castor

Arbeitskreis gegen das AKW Philippsburg: home.t-online.de/home/anti-atom

HessenBadenPlenum (Biblis):

www.hessenbaden.de/

Aktionsbündnis Castor-Widerstand Neckarwestheim: www.i-st.net/~buendnis/

BI Lüchow Dannenberg:

www.bi-luechow-dannenberg.de

BI Ahaus: www.bi-ahaus.de

39. Die Grenzen des Selbstverständlichen oder warum man Derrida gelesen haben wird

Autor: Stefanie Gräfe · Rubrik: Theorie · CD-Datei: daten/aksuche/ak443/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:443:30

Es passiert immer mal wieder, dass besorgte Mitmenschen sich mir gegenüber warnend äußern, weil ja "Dekonstruktivismus und so" gewissermaßen gesundheitsgefährdend ist. Die Gefahr für Seele und Hirn sei nämlich offensichtlich. Denn dass alles, was unter dem Label "Poststrukturalismus" gehandelt wird, irgendwie angesagt ist, nährt den Verdacht mancher ZeitgenossInnen, hier würde es sich um eine neue Kapitalstrategie betreffs ideologischer Irreführung handeln. Obacht ist also angesagt. Auch schriftliche Beiträge von rechts, Mitte oder links, feministisch oder malestream, wollen bisweilen als Arzt oder Apothekerin zu Risiken und Nebenwirkungen in Sachen "post-" zu Rate gezogen werden. Nicht wenige dieser Enthüllungsreportagen zeichnen sich allerdings in erster Linie durch betrübliche Unkenntnis ihres Gegenstandes aus. Und auch philosophisch Interessierte assoziieren mit Vokabeln wie "Dekonstruktion" oder "différance" oft vor allem eins: Nebel.

Um kühne Erwartungen gleich zu dämpfen: Dieser Nebel wird auch hier nicht gelichtet werden. Einmal, weil die Anzahl der zulässigen Zeichen auf einer ak-Seite limitiert ist. Vor allem aber, weil das mit dem Licht bereits so eine Sache ist. Aber dazu später. Lediglich eine vorsichtige Orientierungshilfe im Dickicht um die Begriffe Dekonstruktion, Derrida und différance soll hier angeboten werden. Grundsätzliche Klärung: Derrida ist der Name des Entdeckers, wenn man so will, die Dekonstruktion ist ein Verfahren, wenn man so will, die différance... ist ein Problem, denn die différance ist nicht, und das ist das einzige, was man ganz sicher über sie weiß.

"... die différance ist nicht. Sie ist kein gegenwärtig Seiendes, so hervorragend, einmalig, grundsätzlich oder transzendent man es wünschen mag. Sie beherrscht nichts, waltet über nichts, übt nirgends eine Autorität aus."

So weit le maître himself. Folgendes lässt sich noch am ehesten über diese Derridasche Wortschöpfung sagen: Es handelt sich um ein ziemlich groß angelegtes Unternehmen, denn die différance soll gewissermaßen die metaphysischen (1) Fundamente westlichen Denkens untergraben: Das von der différance angezeigte paradoxale Denken soll lieb gewordene und angeblich ahistorische "Gegebenheiten" wie Wahrheit, Vernunft, Identität, Subjekt konsequent zurückzuholen in die Geschichte. Was es dazu braucht, ist eine radikale Konzeption von Sprache.

Der französische Linguist Ferdinand de Saussure entwarf schon vor gut hundert Jahren eine Theorie sprachlicher Zeichen, die bis dahin gültige Vorstellungen vom "Wesen" der Sprache revolutionierte. De Saussure stellte klar, dass es keinen inneren Zusammenhang zwischen einem Begriff und den durch ihn bezeichneten Gegenstand gibt. Baum heißt nicht Baum, weil Baum so baumig klingt, sondern weil es nicht Traum, nicht Saum und nicht Raum ist. Begriffe sind als einzelne Einheiten folglich nicht fassbar, sondern müssen als Elemente eines Systems gedacht werden. Derrida führt diesen Gedanken in seiner Lektüre de Saussures konsequent weiter, um ihn dann (in guter dekonstruktivistischer Manier) so weit zu denken, bis die Grundannahmen de Saussures kollabieren: Wenn sprachliche Zeichen erst in Differenz zu anderen sprachlichen Zeichen Bedeutung erlangen, dann kann Sprache nicht, wie de Saussure noch glaubte, ein endliches und geschlossenes System sein. "Bedeutung" ist demnach nicht mehr und nicht weniger als eine relative Größe in einem unbegrenzten System und sie findet nirgends einen gesicherten Bezugspunkt in der "Realität".

Das ist übrigens leicht zu überprüfen: Man schlage ein beliebiges Wort im Duden nach und stelle fest, dass die Erklärung auf weiteren Wörtern basiert, deren Bedeutung an anderer Stelle erklärt wird. Zu keinem Zeitpunkt wird man auf der Suche nach dem einen "Urwort" fündig werden. Welche Bedeutung ein Begriff hat, entscheidet sein Kontext: Selbst scheinbar eindeutige Begriffe wie beispielsweise ‚Krüppel` können als Diffamierung oder als politischer Kampfbegriff benutzt werden - je nachdem.

"Wir möchten vielmehr die Grenzen und Voraussetzungen dessen aufzeigen, was hier für selbstverständlich gehalten wird ..."

Fragt sich nur, wo das Subjekt geblieben ist. Die Rede vom Tod des Subjektes wird ja immer wieder gerne falsch Foucault in den Mund gelegt und als Beleg für den fiesen poststrukturalistischen Nihilismus herangezogen. Von Derrida stammt der Spruch auch nicht. Kann er auch gar nicht, denn sein Problem ist gar nicht, ob "das Subjekt" existiert oder nicht (das ist eher ein Problem der MetaphysikerInnen). Ihn interessiert, unter welchen Bedingungen ein Subjekt sprechen kann.

Der Sprachphilosoph John Austin unterscheidet in seiner "Theorie der Sprechakte" verschiedene Formen des Sprechens. Seine Idee des "performativen Sprechaktes" bezeichnet ein Sprechen, das in bestimmter Weise Handeln ist. Damit denkt Austin Sprache nicht schlicht als Abbild von Realität, sondern auch als Herstellung von Realität - und zwar so: Sag ich zu meinem Kollegen, "bitte unterlasse das Rauchen", dann hört er hoffentlich auf, mich vollzuquarzen. Äußert ein Richter den Satz "ich verurteile dich", so ist das Urteil vollzogen (2).

Aber auch Austin wusste, dass die Gefahr des Scheiterns solcher Sprechakte groß ist. Mein Kollege kann rücksichtslos sein, und der Richter kein Richter, sondern ein spielendes Kind. Denkbar auch, dass der erste Satz zitiert wird in einer Persiflage auf lustfeindliche Nichtraucher oder der zweite Satz in irgendeinem Lied. Beide Sätze könnten schlicht Zitate sein. So weit, so einfach. Kompliziert wird es erst, wenn man Austin wiederum ernster nimmt als er sich selbst: Was, wenn die Möglichkeit des Misslingens nicht wie bei Austin eine Art Unfall, sondern in jede Form des Sprechens eingeschrieben ist? Wenn dies eine weitere Grundbedingung von Sprache ist: dass nicht nur einige, sondern alle sprachlichen Zeichen Zitate sind - Zitate, die allerdings, nie auf ein Original zurückgeführt werden können? Ja, was dann? Man ahnt es schon. Dann sind wir wiederum bei Derrida gelandet: Jedes sprachliche Zeichen trägt wegen der Zitatförmigkeit von Sprache immer Vergangenes und Zukünftiges in sich und weist so über den Moment des Sprechens hinaus. Ich sage immer mehr als ich meine, weil ich immer Bedeutungen mit aufrufe, die bereits lange vor mir existierten, und ich kann nicht wissen, was in Zukunft mit meinen Wörtern passiert. Wer spricht also? Jedenfalls nicht ich allein. Vor allem bestimme ich nicht diese Bedingungen des Sprechens. Sondern eben diese uneindeutigen, zerstreuten und vielfältigen Bedingungen von Sprache ermöglichen mein Sprechen. Ich spreche, indem ich gesprochen werde.

"Es wird keinen einzigartigen Namen geben, und sei es der Name des Seins. Und das muss ohne Nostalgie gedacht werden ..."

Wenn es schon keine abgesicherten und ein für allemal feststehenden Bedeutungen von Begriffen gibt, liegt scheinbar die Annahme nahe, Bedeutungen von sprachlichen Zeichen und überhaupt so ziemlich alles sei "beliebig" - jedenfalls ist das eine gern genommene, wenn auch nicht sonderlich originelle Kritik an poststrukturalistischer Theorien. Aber Derrida denkt einen Diskurs als Sprechweise, die zumindest in der westlichen Denktradititon unerlässlich - und eben nicht beliebig - auf ein "Außen" angewiesen ist. Sein Anliegen ist es erstens nachzuweisen, dass dieses Außen immer auf einem recht gewaltsamen Ausschluss des Abweichenden basiert. Zweitens, dass es trotz dieser Gewalttätigkeit eigentlich fiktiv ist, weil jeder Diskurs bereits von seinem Verworfenen "verunreinigt" ist. Und drittens führt er vor, wie man damit sinnvollerweise umgeht: Man gräbt das Ausgeschlossene konsequent aus dem Diskurs heraus und konfrontiert diesen dann damit, bis die jeweilige Ordnung des Diskurses schließlich ganz wunderschön zusammenkracht. Das Ganze ist bisweilen recht kompliziert und nennt sich Dekonstruktion. Beliebtes Objekt der Dekonstruktion sind Oppositionen. Mann/Frau, innen/außen, Natur/Kultur, Licht/Dunkel. Setzt man diese Begriffs-Pärchen der différance aus, wird ihre wechselseitige Abhängigkeit ebenso sichtbar wie das Gefälle zwischen den jeweiligen Polen. Deswegen tappen dekonstruktive Denkbewegungen eher vom Licht in den Nebel als umgekehrt. Worum es geht, ist nicht zuletzt, gesellschaftliche Macht konsequent als Bedeutungsmacht denken zu können. Ein auf diese Weise erweiterter Machtbegriff ist beispielsweise unabdingbar, wenn man verstehen will, wie Rassismus funktioniert.

"Sehr schematisch: eine Opposition metaphysischer Begriffe (...) ist nie die Gegenüberstellung zweier Termini, sondern eine Hierarchie ..."

Richtig ist leider, dass viele Derrida- und Postmoderne-Fans regelmäßig vergessen, dass es bei Dekonstruktion nicht um Spiel, Sprache und Fleißkärtchen geht, sondern um eine philosophisch informierte Praxis der Gesellschaftskritik. Gerne wird auch übersehen, dass man schlecht einerseits gegen Transzendenz und Metaphysik vorgehen kann und stattdessen die différance zur Möglichkeitsbedingung von Subjekt,

Bedeutung, kurz Gott und der Welt erklären kann. Die différance erklärt eben nicht die Welt. Allenfalls, warum solche Welterklärungen nie wahr sind. Vor allem aber fordert dekonstruktives Denken dazu auf, in Kleinarbeit den gewalttätigen Charakter gerade auch vieler humanistischer "Menschenbilder" nachzuweisen und das zu benennen, was sie systematisch verwerfen. Dass vermeintlich neutrale Bilder "des" Menschen im Recht, in der Linken, in der Philosophie, in der Wissenschaft oft nicht mehr sind als die Reproduktion einer speziellen Vorlage: weiß, männlich, hetero, christlich säkularisiert, Mittelklasse, fit for fun, gefühlsarm und so weiter, haben Feministinnen in diesem Sinne bereits des öfteren vorgeführt.

Schließlich: Wenn jede Aussage immer schon unterlaufen wird von dem, was sie nicht zu sein vorgibt, dann heißt das zum Beispiel, dass die soliden "Wahrheiten" (das Sein bestimmt das Bewusstsein, my body myself, oder was auch immer) auf die sich manche WarnerInnen vor der Postmoderne beziehen, in echt vielleicht gar nicht so solide sind, wie sie gerne wären. Vielleicht sind sie sogar furchtbar flüchtig - und das Erschrecken darüber kehrt dann in umgekehrter Gestalt als Furcht vor der vermeintlichen Unbeständigkeit eines dekonstruktiven Denkens zurück.

Was allerdings stimmt, ist, dass Derrida herkömmliche Lesegewohnheiten ganz schön strapaziert. In der Regel leuchten seine Texte keineswegs ein, denn sie führen von der Illusion der Eindeutigkeit in eine unerhörte Zahl desillusionärer Vieldeutigkeiten. Beruhigenden Halt in Definitionen und heimeligen These-Antithese-Synthese-Abläufen verweigern sie. Irritierend häufig lassen sie den Futur II zum Einsatz kommen. So winden sich die Sätze in zeitlichen Schleifen, und das muss wohl so sein. Denn ebenso wenig wie die einfache Präsenz ist die einfache Vergangenheit oder Zukunft denkbar.

So erklärt sich schließlich, warum man Derrida nicht liest, nicht lesen wird, noch jemals las. Warum man ihn, immer schon und niemals ganz, gelesen haben wird.

Stefanie Gräfe

Anmerkungen:

1) Metaphysik ist das, was (angeblich) hinter der sinnlich erfahrbaren Welt liegt: "der letzte Grund". Dekonstruktive Kritik metaphysischen Denkens bedeutet aber gerade nicht, sich vollständig auf die "Erfahrung" zu verlassen. Es bedeutet vielmehr, die Opposition Metaphysik/Erfahrung kollabieren zu lassen und nachzuweisen, dass sowohl Erfahrung wie Metaphysik im Kontext von Sprache differenziell hervorgebracht werden.

2) Bei Austin nennt sich das "Perlokution" und "Illokution". Eine poststrukturalistische Theoretikerin, die sich intensiv mit Austins Sprechakten befasst, ist Judith Butler, insbesondere in: Hass spricht. Zur Politik des Performativen, Berlin 1998.

Literatur:

John Langshaw Austin, Zur Theorie der Sprechakte, Stuttgart 1979

Jacques Derrida, Die différance, in: Postmoderne und Dekonstruktion. Texte französischer Philosophen der Gegenwart. Hrsg. von Peter Engelmann, Stuttgart 1990 S.76-113

Jacques Derrida, Signatur, Ereignis, Kontext, in: Randgänge der Philosophie, Wien 1988, S.291-314

Jörg Lagemann, Klaus Gloy: Dem Zeichen auf der Spur. Derrida. Eine Einführung, Aachen 1998

Ferdinand de Saussure, Grundfragen der Allgemeinen Sprachwissenschaft, hrsg. von Charles Bally und Albert Sechehaye, Berlin/Leipzig 1931

Urs Stäheli, Poststrukturalistische Soziologien, Bielefeld 2000

40. Keine Angst vor Jacques Derrida. Annäherung an einen linken Radikalismus nach dem Ende der Utopie

Autor: Thomas Seibert · Rubrik: Theorie · CD-Datei: daten/aksuche/ak443/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:443:05

Eine Erörterung des widersprüchlichen Verhältnisses der Linken zum Recht, zum Gesetz und zur Gerechtigkeit führt notwendig in eines ihrer zentralen Probleme. Zur Debatte steht, ob die Fundamentalkritik der kapitalistischen Vergesellschaftung - und zugleich die Kritik jedes systemimmanenten Reformprojekts - notwendig die Utopie einer gänzlich anderen - sozialistischen, kommunistischen oder anarchistischen -

Gesellschaft einschließt. Wäre dies nicht der Fall, stünde die Linke vor der Aufgabe einer radikalen Reformulierung ihres Politikverständnisses. Dieses wäre dann nicht mehr durch das Ziel des Übergangs von einer Herrschafts- und Gesellschaftsformation in eine andere bestimmt, sondern durch die unendliche Kritik von Herrschaft und Gesellschaft überhaupt. Eine solche wird beispielhaft in Jacques Derridas Dekonstruktion des Rechts im Namen unendlicher Gerechtigkeit versucht, deren Bedeutung für die Linke im folgenden mit Bezug auf den Kosovo-Krieg entwickelt wird.

I. Das Ungenügen des Gesetzes gegenüber der Gerechtigkeit

Schon früh formuliert die politische Philosophie Europas ein prinzipielles Ungenügen des Rechts bzw. der Fixierung der Gerechtigkeit in der Form des Gesetzes. Den Grund dafür benennt Platon wie folgt: "Denn die Unähnlichkeit der Menschen und der Handlungen, und dass niemals nichts sozusagen Ruhe hält in den menschlichen Dingen, dies gestattet nicht, dass irgendeine Kunst irgendetwas für Alle und zu aller Zeit Einartiges hinstelle. (...) Das Gesetz aber sehen wir doch, dass es eben hiernach strebt, wie ein selbstgefälliger und ungelehriger Mensch, der nichts anderes will als nach seiner eigenen Anordnung tun und auch niemanden weiter anfragen lassen, auch nicht, wenn für jemanden etwas Neues besser ist außer der Ordnung, die er selbst festgestellt hat. (...) Unmöglich also kann sich zu dem niemals Einartigen das richtig verhalten, was durchaus einartig ist." (1)

Platons Kritik richtet sich gegen die Gesetzlichkeit als solche. Diese will in der Form des Gesetzes Regeln zur Anwendung bringen, die ausnahmslos für alle Personen und Situationen gelten sollen. Das Gesetz macht bei gleichen Handlungen keinen Unterschied zwischen den handelnden Personen und setzt sich über Unterschiede des Ortes und der Zeit hinweg. Indem es alle gleich macht und unter allen Umständen gerecht sein will, muss das Gesetz den Einzelnen gegenüber ungerecht sein, weil es weder ihren Motiven noch den einzigartigen Bedingungen ihrer singulären Existenz gerecht werden kann. Das Ungenügen des Gesetzes ist ein Ungenügen gegenüber der Gerechtigkeit, die es doch gerade durchsetzen will, in dem es sich jeder und jedem unter allen Umständen auferlegt.

Bei Platon begründet der Widerspruch von Gesetzlichkeit und Gerechtigkeit die autoritäre Utopie eines über dem Gesetz stehenden Philosophenkönigs, der der Gerechtigkeit nötigenfalls gegen das geltende Recht zu ihrem Recht verhilft. Diese Utopie ist noch heute die der politischen Rechten. Aus dem Ungenügen des Gesetzes resultieren aber auch die linken Utopien einer sozialistischen, kommunistischen oder anarchistischen Gesellschaft, in der das Gesetz vollständig in die Selbstbestimmung und Selbsttätigkeit der vergesellschafteten Individuen zurückgenommen ist. Das Gesetz wird hier nicht durch die übergesetzliche Souveränität eines einzelnen, sondern durch die der Gesellschaft selbst überschritten.

Dass beide Utopien - die der Herrschaft des Guten und die des Guten ohne Herrschaft - zwischenzeitlich grundsätzlich diskreditiert wurden, bedarf nach den sozialen Katastrophen des 20. Jahrhunderts keiner ausführlichen Begründung mehr und rechtfertigt insoweit die nachutopische Position einer Linken, deren Berufung auf das Recht weithin zum pragmatischen Ersatz für die utopische Idee vollständig realisierter Gerechtigkeit geworden ist. Der nachutopische Pragmatismus hat im Kosovo-Krieg allerdings doppelten Schiffbruch erlitten.

II. Kosovo - der Krieg des Rechts und

der gerechte Krieg

Zu den erschreckendsten Begleiterscheinungen des Krieges gegen Jugoslawien gehört, dass es nirgends zu einem nennenswerten Widerstand gegen diesen Krieg kam. Dass die Reste der Antikriegs- und Solidaritätsbewegung der Propaganda der beteiligten Regierungen und der elektronischen Medien wenig entgegenzusetzen hatten, lag vor allem daran, dass es ihr Diskurs von Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie war, der das Dauerbombardement legitimieren sollte. Gegen diese infame Legitimationsstrategie argumentierte auch die Linke unter Berufung auf Recht und Gesetz, diesmal unter Berufung auf Völkerrecht und Grundgesetz, die von der NATO bzw. der Bundesregierung objektiv verletzt wurden. Im Streit zwischen Menschenrecht hier und Völkerrecht dort herrschte ein ideologisches Patt. Dieses wurde auch dadurch weiter verfestigt, dass sich sowohl das serbische Regime wie die Bandenchefs der UCK auf das Völkerrecht, nämlich einerseits auf das Recht auf territoriale Integrität, andererseits auf das Recht auf nationale Selbstbestimmung beriefen. Dem hatten insbesondere jene Linken nichts entgegenzusetzen, die durch die NATO-Aggression primär die Unverletzlichkeit nationalstaatlicher Souveränität - also wiederum einen Kernbestandteil des Völkerrechts - verletzt sahen.

Angesichts solcher Fallen muss zunächst ausdrücklich erinnert werden, dass ein linker Streit um Recht und Gerechtigkeit zuerst die Analyse der Machtverhältnisse voraussetzt, die die in Frage stehenden Rechtsverhältnisse bestimmen. Dabei sollte eine durchaus dogmatische Bestimmung wieder zur Geltung gebracht werden, nach der zur Minimaldefinition der Linken die kompromisslose Gegnerschaft zum imperialistischen Krieg gehört.

Dabei eröffnet gerade der Kosovo-Krieg einen ersten Zugang zu einem adäquaten Begriff des zeitgenössischen Imperialismus. Was in Jugoslawien geschehen ist, ereignet sich auch anderswo und wird sich in Zukunft ausweiten. Weil der Globalisierungsprozess der letzten 20 Jahre zu einer historisch nie zuvor gekannten Verarmung von Millionen und zur Desintegration ganzer Gesellschaften geführt hat, ist in den marginalisierten Weltregionen ein halbwegs gesichertes Überleben vielfach nur noch um den Preis einer gewaltbestimmten "Verwilderung der Konkurrenz" (Robert Kurz) möglich. Diese wird durch gnadenlose Machtkämpfe zwischen den jeweiligen Staatseliten und durch eine Ökonomie des Raubes auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens realisiert. Schon Mitte der 90er Jahre schätzte das UN-Flüchtlingskommissariat die Zahl der Menschen, die dabei vertrieben wurden oder ihr Überleben durch Migration zu sichern suchten, auf über 20 Millionen, vier Fünftel davon Frauen und Kinder. Noch heute gelingt es nur einer Minderheit, sich in die prosperierenden Archipele des Weltsystems zu retten; dass dies auch in Zukunft so bleibt, ist das primäre Ziel des gegenwärtigen Imperialismus, den Kurz deshalb treffend als "Sicherheits- und Ausgrenzungsimperialismus" bezeichnet: "Die von der universellen Marktwirtschaft selbst erzeugten Katastrophen sollen möglichst draußenbleiben. Von diesem Standpunkt aus müssen die ‚Flüchtlingsströme` vor den westlichen Grenzen gestoppt und die Zusammenbruchsregionen auf Elendsniveau ‚befriedet` werden." (2) Insofern besteht der Erfolg des Krieges gegen Jugoslawien denn auch darin, dass die vom Irak über die Türkei und den Balkan nach Italien führende "Südroute" der internationalen Migrationsbewegung unterbrochen und vermutlich dauerhaft unter Kontrolle gebracht werden konnte.

Allerdings tritt in der Erneuerung einer imperialismustheoretischen Kritik ein Dilemma auf, das dem einer ‚bloß` normativ argumentierenden Kritik ebenbürtig ist. Die Schwäche der Antikriegsbewegung hat nämlich auch mit einer von normativen Fragen unberührten "antiimperialistischen" Tradition zu tun, mehr noch: damit, dass nicht wenigen Linken oder Ex-Linken der NATO-Krieg als Fortsetzung ihres früheren Antiimperialismus mit anderen, nämlich staatlichen Mitteln, erschien. Die Berufung der regierenden Menschenrechtskrieger auf ihre unverbrüchliche Treue zu dem, was sie in der Vietnam-, Nicaragua- und El Salvador-Solidarität gelernt haben wollen, ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Gehörte doch die bedingungslose und bisweilen blinde Unterstützung der "unterdrückten Volksmassen" zum "Sieg im Volkskrieg" gegen "herrschende Cliquen" und ihre "Hintermänner" über Jahre hinweg zum guten Ton internationaler Solidarität. Wesentliches Motiv war und ist dabei die trotz allen ideologischen Verschiebungen fortwirkende Bejahung einer vorgeblich emanzipatorischen Qualität des bewaffneten Kampfes und ihre Überhöhung im Ideal des "gerechten Krieges". Dieser setzt sich im Namen der Gerechtigkeit über alle Rechtsordnungen hinweg und rechtfertigt die faktische Ungerechtigkeit jeder Form der Gewalt als solcher. Die ideologische Figur weist in die dunkelsten Traditionen der Linken, der Arbeiterbewegung und der antikolonialen Befreiungsbewegungen zurück, in die vom militärischen Kalkül gegen das Recht gekehrte Gewalt bewaffnet kämpfender Fronten ebenso wie in die systematische Gewaltherrschaft einzelner staatssozialistischer Regime und deren Legitimation durch kommunistische Parteien oder linksradikale Organisationen. Gemeinsamer Nenner dieser ansonsten

heterogenen Tradition ist die Verachtung des Rechts als eines ‚bloß` ideologischen Überbaus bürgerlicher Herrschaft, zu dem die Linke nur ein taktisches Verhältnis haben könne.

Dabei speist sich die Verachtung des Rechts aus zwei Quellen: aus der Tradition des "wissenschaftlichen Sozialismus", für den sich Rechts- und Gerechtigkeitsfragen auf Machtfragen reduzierten, und aus der Tradition des utopischen Sozialismus, der das endliche Recht im Namen unendlicher Gerechtigkeit verwarf. Bei den regierenden Ex-Linken, aber auch in der Bejahung des Krieges durch zahllose andere, ansonsten integre Ex- und Noch-Linke vermischen sich Reste längst aufgegebener Gerechtigkeitsutopien mit dem nachutopischen Pragmatismus ihrer "reifen" Jahre. Dieser versteht den gerechten Krieg nicht mehr als Sache internationaler Solidarität im antikolonialen "Volkskrieg", sondern als "humanitäre Intervention" des bewaffneten Arms der internationalen Zivilgesellschaft.

Im doppelten Dilemma des Kriegs der Rechte und des gerechten Krieges ist die Linke deshalb doch nicht allein auf die genaue Analyse der imperialistischen Machtverhältnisse, sondern auch auf den normativen, d.h. an Geltungsfragen orientierten Streit um Recht und Gerechtigkeit angewiesen. Das eine ist ohne das andere nicht zu haben.

III. Für eine Politisierung des Rechts

Im bereits in den siebziger Jahren einsetzenden Niedergang des im Mai 68 noch einmal erneuerten revolutionären Utopismus wird auch in der Linken eine theoretische Strömung rezipiert, die vor allem von französischen AutorInnen ausging. Den "Poststrukturalisten" und "Dekonstruktivisten" ist bei allen z.T. erheblichen Unterschieden die Berufung auf die zweideutig-zwielichtigen deutschen Philosophen Friedrich Nietzsche und Martin Heidegger gemein. (3) Obwohl sie zur "gauchistischen" Tradition einer radikal herrschaftskritischen Linken zählen, tragen sie unwillentlich nicht wenig zur Abwendung der 68er Generation von der eigenen linken Vergangenheit und somit zum Pragmatismus ex-linker "Realpolitik" bei. Dies lag an ihrer radikalen Kritik an zentralen Voraussetzungen der linken Tradition, vor allem an der Vorstellung der Geschichte als eines linear voranschreitenden Prozesses, in dem ein universales Subjekt der Menschheit zur Emanzipation seines "Gattungswesens" in einer vollständig gerechten Gesellschaft gelangt.

Dass die liberal-pragmatistische Rezeption der Poststrukturalisten sich einem Missverständnis verdankte, wird spätestens Anfang der neunziger Jahre klar, als ausgerechnet Jacques Derrida - vorgeblich der unpolitischste und "versponnenste" Autor des Poststrukturalismus - dem immer schriller werdenden "antimarxistischen Konzert" entgegentritt, sich offen dem "kommunistischen Versprechen" verpflichtet und ausdrücklich erklärt, dass die Dekonstruktion "immer nur Sinn und Interesse gehabt hat als eine (...) versuchte Radikalisierung des Marxismus. (...) Deswegen habe ich vom marxistischen Gedächtnis und von der marxistischen Tradition der Dekonstruktion, von ihrem marxistischen ‚Geist`, gesprochen." (4)

Die dekonstruktive Radikalisierung des "kommunistischen Versprechens" hat Derrida in mehreren Schriften entwickelt, in deren Mittelpunkt eine erneuerte Fundamentalkritik der Gesetzlichkeit unter der Forderung nach unendlicher Gerechtigkeit steht. (5) Dabei gründet Derrida die theoretische Dekonstruktion des Rechts auf eine vortheoretische historische Bewegung: "Diese Gerechtigkeit, die kein Recht ist, ist die Bewegung der Dekonstruktion: Sie ist im Recht und in der Geschichte des Rechts am Werk, in der politischen Geschichte und in der Geschichte überhaupt, bevor sie sich als jener Diskurs präsentiert, den man in der Akademie, in der modernen Kultur als ‚Dekonstruktivismus` betitelt." (6)

Allerdings verwirft Derrida nicht nur den Pragmatismus einer Realpolitik, der das Recht von der prinzipiell unmäßigen Forderung unendlicher Gerechtigkeit entlasten will, sondern auch den Utopismus einer vollendet gerechten Gesellschaft. Exemplarisch realisiert Derrida dies in der Auseinandersetzung mit einem Autor, dem er in vieler Hinsicht nahe steht, nämlich mit Walter Benjamin. Dieser hat in dem Aufsatz ‚Kritik der Gewalt` (1921) eine geschichtsphilosophische Rechtfertigung der außer- und antigesetzlichen revolutionären Gewalt und der Utopie einer Abschaffung der Gesetzlichkeit durch diese Gewalt versucht. (7) Derrida zeigt, dass Benjamin in einem wesentlichen Punkt mit den Pragmatisten übereinkommt: Wie diese setzt er Gesetzlichkeit und Gerechtigkeit in ein äußerliches Verhältnis. Während unendliche Gerechtigkeit für die Pragmatisten ein ‚bloßes` Ideal ist, nach dessen Verabschiedung sie sich allein am pragmatisch Möglichen orientieren, verortet Benjamins Utopismus die Forderung nach unendlicher Gerechtigkeit in der gesetzwidrigen Gewalt eines

"proletarischen Generalstreiks", der jede Form staatlichen Rechts beseitigt und die Gesetzeskraft in eine vollständig emanzipierte Gesellschaft zurücknimmt.

Gegen die vom Pragmatismus des endlichen Rechts und vom Utopismus der vollendeten Gerechtigkeit gleichermaßen vollzogene Trennung von Recht und Gerechtigkeit entdeckt Derrida "zwischen Recht und Gerechtigkeit ein zweideutiges und zweifelhaftes Gleiten", das deren Entgegensetzung unterwandert. Dieses "Gleiten" zeigt sich im hermeneutischen, d.h. auslegenden Charakters des Rechts. Dabei geht Derrida in zwei Schritten vor.

Gegen die Reduktion des Rechts auf ein autonomes System ausformulierter Regeln und Normen verweist er darauf, dass Recht und Gesetz nur im Kontext rechtssetzender und rechtserhaltender Deutungen verständlich und angewendet werden können, und dass - im Gegensatz explizit zu Benjamin - Rechtssetzung und Rechtserhaltung nie grundsätzlich getrennt werden können. Jede Rechtssetzung ist zugleich ein Fortschreiben bisherigen Rechts, und jede Rechtserhaltung ist nicht bloß eine bloße Wiederholung, sondern stets eine Um- und Neu-Deutung des Gesetzes.

Im zweiten Schritt legt Derrida dar, dass und wie der stiftende und erhaltende Rechtsvollzug nicht allein auf den Gesetzestext zurückgeführt werden kann, weil sich in jeder Deutung des Rechts ein Gerechtigkeitsverlangen geltend macht, das in keiner Rechtsordnung erfüllt werden kann. Dieses Gerechtigkeitsverlangen hat seinen Ort aber nicht - wie Benjamin und die Utopisten unterstellen - in einem Außerhalb des Gesetzes, sondern in den besonderen Rechtsvollzügen, die das gegebene Recht auf ein neues Recht hin überschreiten. Das Setzen neuen Rechts im selbstüberschreitenden Vollzug des bisherigen Rechts gehört "weder zur Gerechtigkeit noch zum Recht. Dem einen oder dem anderen Raum gehört es nur in dem Maße an, in dem es die Grenzen des betreffenden Raums zum anderen hin öffnet." (8) Diesen Prozess bezeichnet Derrida als ebenso antipragmatistische wie nachutopische "Politisierung des Rechts": "Die Politisierung des Rechts ist ein endloser Prozess, sie kann und darf aber niemals zu einem Abschluss kommen, eine totale Politisierung sein. Damit dies nicht wie eine Binsenweisheit oder etwas Triviales klingt, gilt es, folgende Konsequenz zu erkennen: Jedes Vorstoßen der Politisierung zwingt uns dazu, die Grundlagen des Rechts, die aus einer erfolgten Berechnung und Abgrenzung resultieren, erneut in Erwägung zu ziehen und folglich neu zu deuten. So hat es sich z.B. bei der Erklärung der Menschenrechte zugetragen, bei der Abschaffung der Sklaverei, im Zuge all jener Befreiungskämpfe, die statthaben und weiterhin statthaben werden, überall in der Welt, im Namen der Frauen und der Männer" (ebd.).

Tatsächlich tritt Derrida damit der von Pragmatismus und Utopismus abgesetzten dritten Linie eines radikalen, weil prinzipiell unbeschränkten Reformismus bei, dem Projekt einer, wie Christoph Menke sagt, "unendlichen Reform des Rechts." (9) Trotzdem wird seine Position erst dann klar, wenn man erkennt, wie er noch die radikalreformistische Idee einer unendlichen Annäherung an die Utopie vollendeter Gerechtigkeit - in Derridas Worten: einer möglichen totalen Politisierung des Rechts - verwirft. Denn der radikale Reformismus denkt die Gerechtigkeit von der Gleichheit her und kritisiert das geltende Recht aus der Erfahrung heraus, dass es nicht für alle gleichermaßen gerecht ist. Radikale Reformen überschreiten das bestehende Gesetz in einer nie zu vollendenden Annäherung an die vollständige Gleichheit aller, in der sich Recht und Gerechtigkeit in der steten Verbesserung des Gesetzes unendlich nahe kommen sollen. (10)

Derrida hingegen denkt den Widerstreit zwischen Gerechtigkeit und Recht und das "zweideutige und zweifelhafte Gleiten" ihres Unterschieds und ihrer Zusammengehörigkeit nicht von der noch nicht realisierten Gleichheit, sondern vom Widerstreit zwischen dem Gesetz und den singulären Existenzen her: "Wie soll man den Akt der Justiz, der stets ein Besonderes in einer besonderen Lage betrifft, Individuen, Gruppen, unersetzbare Existenzen, mich, einen/den/als anderen, mit der Regel, der Norm, dem Wert oder dem Imperativ der Justiz in Einklang bringen, wenn diese zwangsläufig eine allgemeine Form aufweisen, mag es sich auch um eine Allgemeinheit handeln, die eine jeweils besondere Anwendung vorschreibt?" (11) Macht man dies zum Ausgangspunkt für den Einspruch gegen das Gesetz, dann zielt die Forderung nach unendlicher Gerechtigkeit nicht auf die Vollendung der Politik in einer (vollständig oder möglichst) gerechten Gesellschaft der Freien und Gleichen, sondern auf die Unterbrechung der Politik, auf einen unendlichen Widerstand gegen die Politik, gegen das Recht, den Staat und jede staats- und rechtsförmig organisierte Zusammengehörigkeit der Gleichen vor den Anderen. Diese Subversion führt aber nicht in ein Jenseits des Rechts, sondern wirkt im Rechtsvollzug selbst - in der Umdeutung des geltenden Gesetzes im Namen des Rechts, für das zu kämpfen jetzt dringlich ist.

IV. Zurück ins Kosovo oder:

Grenzen auf für alle!

Was haben die Dekonstruktion, die Politik der Dekonstruktion und die Dekonstruktion der Politik mit dem Kosovo zu tun und dem Dilemma des linken Streits um Recht und Gerechtigkeit? Derrida definiert die Dekonstruktion als "Aufgabe, die Geschichte, den Ursprung, den Sinn, will sagen die Grenzen der Begriffe der Gerechtigkeit, des Gesetzes, des Rechts, und die Grenzen der Werte, der Normen, der Vorschriften ins Gedächtnis zurückzurufen." (12) Bezieht man dies auf die im Kosovo-Krieg von allen Parteien in unterschiedlicher Weise in Anspruch genommenen Menschenrechte, so muss deren dekonstruktive Politisierung sie zunächst in ihrer ganzen Bandbreite ins Spiel bringen und deshalb jeden Versuch zurückweisen, sie im partikularen Interesse gegeneinander auszuspielen. Die gegebenen Rechte der Beteiligten müssen dann aber im Licht der Rechte gedeutet werden, durch die sie im besonderen Widerstreit von Recht und Gerechtigkeit, und das heißt im Einspruch und im Widerstand gegen die in ihrem Namen begründeten Politiken überschritten werden.

In dekonstruktiver Perspektive erfolgt diese Überschreitung unter der Forderung nach unendlicher Gerechtigkeit, die sich stets "an das vielfältig Besondere, an die Besonderheit des Anderen richtet, unbeschadet oder gerade auf Grund ihres Anspruchs auf Universalität." (13) Im Kosovo-Krieg ist dieser Andere, besser: sind diese Anderen ohne jeden Zweifel die von allen Seiten in ihrem Existenzrecht bedrohten Vertriebenen, MigrantInnen und Deserteure. Ihr Anspruch auf Gerechtigkeit ist es, der die Politisierung des Rechts zum Widerstand gegen die Politik selbst macht: "Unendlich ist diese Gerechtigkeit, weil sie sich nicht reduzieren, auf etwas zurückführen lässt; irreduktibel ist sie, weil sie dem Anderen gebührt, dem Anderen sich verdankt; dem Anderen verdankt sie sich, gebührt sie vor jedem Vertragsabschluss, da sie das Kommen des Anderen ist, dieses immer anderen Besonderen." (14)

Deshalb ist für Derrida das Recht, in dessen Licht alle anderen Rechte neu gedeutet werden müssen, das dem Anderen bedingungslos gebührende Gastrecht. (15) Insofern deutet sich die praktische Konkretion einer dekonstruktiven Politisierung des Rechts in den Sätzen an, mit denen die autonome a.f.r.i.k.a.-gruppe in der Ausgabe 3 der Internetzeitung com.une.farce ihre "Thesen für einen neuen Anti-Militarismus" beschlossen hat:

"Wegweisend wäre vor allem eine Kampagne für die Öffnung der Grenzen für die Flüchtlinge gewesen. Der Aufruf ‚Break the logic of war! Desert! Open the borders!` war ein Versuch hierfür. Eine breitere Auseinandersetzung darüber hätte offensichtlich werden lassen, wie humanitär diese Kriegsbefürworter tatsächlich sind. Es ist nicht der geniale ideologische Schachzug, und es sind auch nicht die Massen, an denen es uns mangelt. Es bedarf vielmehr neuer sozialer Netzwerke all derer, die sich in Widerspruch zu den herrschenden Verhältnissen setzen wollen. Hierfür benötigen wir einen langen Atem, eine außerordentliche Frustrationstoleranz und die Bereitschaft, sich verwickeln zu lassen. Dabei sollten wir nicht selbst Sicherheits- und Ausgrenzungsmechanismen im Kleinen (re)produzieren, sondern die Fähigkeit entwickeln, ‚fuzzy networks` über ideologische Differenzen und unterschiedliche Motivationen hinweg zu knüpfen." (16)

Die Aktualität des "kommunistischen Versprechens" liegt Derrida zufolge in der Verbindung einer radikalen theoretischen Kritik der bestehenden Macht- und Rechtsverhältnisse mit ihrer praktischen Dekonstruktion in einer universellen politischen Aktion, der Derrida in der besten und der dunkelsten marxistischen Tradition den Namen der "Internationale" gibt. Von dieser wird zu sagen sein, dass sie gegen die Politik, d.h. gegen die polis, d.h. gegen jede Gemeinschaft der Gleichen, sei sie als Gemeinschaft des Blutes, der Sprache oder des Rechts bestimmt, das Recht des Anderen erkämpfen wird. Denn, um ein letztes Mal Derrida zu zitieren, "ein Versprechen muss versprechen, dass es gehalten wird, es muss versprechen, nicht ‚spirituell` oder ‚abstrakt` zu bleiben, sondern Ereignisse zu zeitigen, neue Formen des Handelns, der Praxis, der Organisation." (17)

Thomas Seibert

Von Thomas Seibert ist gerade in der Reihe Rotbuch 3000 der Band "Existenzialismus" erschienen. Hamburg 2000, 95 S., 14,90 DM

Anmerkungen:

1) Platon, Politikos, 294b,c.

2) Robert Kurz, jungle world vom 5.5. 99. Seiner Analyse kann m.E. auch dann zugestimmt werden, wenn die grundsätzlichen Annahmen der Krisentheorie nicht geteilt werden.

3) Neben Jacques Derrida gehören dazu Jean Baudrillard, Gilles Deleuze, Michel Foucault, Felix Guattari, Luce Iruigaray, Jean-Luc Nancy u.a. Als "Poststrukturalisten" werden sie bezeichnet, sofern sie die politischen und moralischen Konsequenzen der strukturalistischen Methodologie - vor allem den Verzicht auf ein konstitutives "Subjekt" - zur Voraussetzung ihres Diskurses machen. Der Ausdruck "Dekonstruktion" geht auf Heidegger zurück.

4) Jacques Derrida, Marx' Gespenster. Der Staat der Schuld, die Trauerarbeit und die neue Internationale. Frankfurt 1996, S. 149f.

5) Dazu gehört neben "Marx' Gespenster" vor allem die Benjamin gewidmete Schrift "Gesetzeskraft. Der ‚mystische Grund der Autorität`", Ffm 1991, die Essays "Das andere Kap.", Ffm 1992, die "Politik der Freundschaft", Ffm 2000 und der Nachruf auf E. Lévinas, "Adieu", München 1999.

6) Gesetzeskraft, S. 52.

7) Vgl. Walter Benjamin, Kritik der Gewalt. In: Gesammelte Schriften Bd. II.1. Frankfurt 1977.

8) Gesetzeskraft, S. 58.

9) Christoph Menke, Für eine Politik der Dekonstruktion. In: Anselm Haverkamp, Gewalt und Gerechtigkeit. Derrida-Benjamin. Frankfurt 1994, S. 285.

10) Dies gilt so freilich nur für den klassischen Radikalreformismus. André Gorz, Michel Foucault und Joachim Hirsch, die in unterschiedlicher Weise als "Radikalreformisten" bezeichnet werden können bzw. sich selbst so bezeichnen, kommen der von Derrida vertretenen Position näher. Vgl. André Gorz, Abschied vom Proletariat. Reinbek 1983, S. 82f u. pass.; ders., Und jetzt - wohin?. Berlin 1991, S. 96f. u. pass.; Michel Foucault, Was ist Aufklärung? In: Eva Erdmann u.a.: Ethos der Moderne, S. 49ff.; Joachim Hirsch, Vom Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat. Berlin 1998, S. 105.

11) Gesetzeskraft, S. 35.

12) ebd. S. 40.

13) ebd., 41. In der Betonung des Rechtsanspruchs der singulären Existenz vor der Gleichheit aller steht die Dekonstruktion dem Liberalismus nahe, von dem sie sich jedoch grundsätzlich unterscheidet, in dem sie die singuläre Existenz nicht vom (bürgerlichen) Individuum, sondern vom Anderen her denkt - "und sei es der Andere in mir", wie Derrida ergänzt.

14) Gesetzeskraft, S. 51.

15) Derridas eigenes politisches Engagement gilt in den letzten Jahren primär antirassistischen Initiativen wie denen der 'sans papiers'.

16) autonome a.f.r.i.k.a.-gruppe, Gegen wessen Kriege welchen Widerstand? In: com.une.farce no. 3, www.copyriot.com/unefarce.

17) Marx' Gespenster, S. 145.

41. Das Eine und das Viele. Zum Hintergrund postmoderner Kritik

Autor: ef. · Rubrik: Theorie · CD-Datei: daten/aksuche/ak443/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:443:31

Eines der zentralen Themen der abendländischen Philosophie bis heute ist die Frage nach dem Verhältnis des Einen und des Vielen. Bei Platon etwa sind die real gegebenen Dinge nur matte Abschattierungen einer absoluten Idee. Das Absolute ist aber nicht erkennbar, zumindest nicht in der Regel. Nur wenige Auserwählte sind in der Lage die Sonne der Wahrheit zu erblicken. Im Christentum heißt das Eine "Gott". Gott ist das unendlich gute, allwissende und -mächtige Prinzip. In einem Akt der absoluten Autonomie hat Gott die Erde und die Menschen erschaffen. Hier stellt sich ein Grundproblem der christlichen, monotheistischen Religion: die Theodizeefrage. Warum gibt es das Böse in der Welt angesichts eines allwissenden, -guten und -mächtigen Gottes, der doch seine Geschöpfe selbst erschaffen hat? Warum unterscheiden sich viele der Vielen derart von ihrem Schöpfer, dem guten Einen. Und warum bestraft Gott auch die Unschuldigen? Dies ist die Frage Hiobs an den zürnenden Gott, der ihn und seine Familie ohne Gründe grausam bestraft. Gerade nach Auschwitz hat sich die Theodizeefrage radikalisiert: Ein Gott, der Auschwitz zulässt, kann nicht allwissend, -gut oder -mächtig sein, so lautet der Vorwurf. In der christlichen Dogmatik ist diese Frage bis heute unbeantwortet geblieben.

Mit der Aufklärung säkularisierte sich der Diskurs um das Eine und das Viele. Spätestens infolge der Kritik der Gottesbeweise durch Bayle, Hume und Voltaire wurde der Ordogedanke der thomistischen Scholastik, die Welt sei ein rationales Abbild der himmlischen Ordnung, aufgegeben. Kant verbannte Gott in den Bereich des Glaubens. In der empirischen Welt nahmen nun säkulare Religionen die Stelle der Theologie ein. Im 18. und 19. Jahrhundert waren das aufstrebende (Klein-)Bürgertum und die Mehrheit der Intellektuellen und Bürokraten die Träger dieser neuen Glaubensmächte. Ihre Leitbilder waren die rationalistischen und eurozentristischen Vorstellungen von Aufklärung, Fortschritt und Entwicklung. Drei zentrale Elemente charakterisierten diese Vorstellungen: Es gibt auf jede Frage eine und nur eine wahre Antwort; es gibt nur einen Weg, die Wahrheit vernünftig zu erreichen; die Lösungen sind allgemein gültig, ewig und unveränderlich, überall und für alle Menschen wahr. Das Eine hatte sich somit in der Vorstellung einer objektiven, säkularen Wahrheit und Vernunft kristallisiert.

Die Revolte der "Postmodernen"

Doch gab es auch gravierende Unterschiede der einzelnen Positionen. Der Positivismus koppelte Wahrheit und Vernunft an Ordnung, Fortschritt und technische Entwicklung. Durch immer mehr Planung und technischen Fortschritt sollte alles Rückständige wie Armut und Götzendienst ausgetrieben werden. Vor allem auf Eliten in sog. Dritte-Welt-Staaten, die sich dem Konzept der nachholenden Entwicklung verschrieben hatten, hatte der Positivismus einen ungeheuren Einfluss. "Ordnung und Fortschritt" lautet noch heute die Parole in Brasiliens Flagge. Die rechts- und linkshegelianischen Varianten buchstabierten Wahrheit und Vernunft, je nach Träger derselben, unterschiedlich. Für die Rechtshegelianer war der preußische Staat der Träger der substanziellen Sittlichkeit; die meisten Marxisten (Linkshegelianer), sahen diesen im Proletariat verwirklicht. Und schließlich beansprucht auch der Sozialdarwinismus für sich Einsicht in die Entwicklungsgesetze der Menschheit.

Wie auch immer die Positionen aussahen, verbunden mit ihnen war der Anspruch, einen privilegierten Erkenntnisstandpunkt zu besitzen, mit Konsequenzen für das Viele. Wenn es genau eine objektive Wahrheit gibt und genau einen Weg, diese Wahrheit vernünftig zu erreichen, dann sind alle anderen, die diesen Weg nicht einschlagen, Uneinsichtige, Abweichler, Verräter, Manipulierte oder Verführte. Die Frage nach den Gründen der Abweichung, der Uneinsichtigkeit etc. kann man als säkulare Theodizeefrage bezeichnen. Für den Traditionsmarxismus lautet die Frage etwa: Warum handelt ein Großteil des Proletariats nicht entsprechend seiner vermeintlich objektiven Interessen?

Die Einsicht in die objektive Wahrheit legitimiert diejenigen, die diese Einsicht haben, im Namen der Vernunft, der Wahrheit usw. die Vielen auf den richtigen Pfad - notfalls mit Gewalt - zu zwingen. Der "Terror der Vernunft" hat viele Namen: Zwangsmodernisierung in den Entwicklungsdiktaturen; gewaltsame Durchsetzung des freien Weltmarktes; Assimilation und Integration im Rechtshegelianismus, der sich an homogenen Staats-

und Nationsvorstellungen orientiert; aber auch die Einnahme eines "proletarischen Standpunktes" und der "Parteilinie" etwa in der III. Internationale gehören zu den Anmaßungen des Einen über das Viele.

Die eben skizzierten Vorstellungen von Wahrheit, Vernunft, Fortschritt, Entwicklung und Universalismus werden unter dem Schlagwort "Moderne" zusammengefasst. Gegen diese Vorstellungen rebelliert nun die "Postmoderne" seit etwa Ende der 50er Jahre. Sie verkündet das "Ende der Meta-Erzählungen". Das Schlagwort der Postmoderne lautet Pluralismus, Kampf dem Ganzen und Einen; stattdessen Schätzung des Heterogenen und Differenten. Die Irreduzibilität des Differenten wird als grundlegend angesehen. Die Verwirklichung der Vorstellungen der Moderne würden zu einer gesellschaftlichen Totenstarre führen. Insofern wird das Ende der Meta-Erzählungen nicht als Verlust, sondern als Gewinn angesehen. Es gibt nicht "den" Kanon, weder in der Literatur, noch in der Musik oder der Philosophie. Und selbstverständlich gibt es auch nicht "die" marxistische Theorie, sondern bestenfalls einen pluralen Marxismus, der sich reflektiert unterschiedlichster Fragmente bedient und diese mit Fragmenten anderer Theoriestränge verknüpft. Dies bedeutet eine Absage an einen begriffsimperialistischen Marxismus, der alle Formen der Vergesellschaftung aus einem Prinzip, etwa dem Wert, ableiten will.

Habermas und die Postmoderne

In Deutschland hatte und hat es die Postmoderne schwer: sie wird gleichgesetzt mit Irrationalismus, politischem Quietismus, Jungkonservativismus und Beliebigkeit. "Anything goes" lautet der häufigste Vorwurf. Natürlich findet sich für dieses Urteil reichlich Nahrung, gerade in den Feuilletons. Aber daraus ableiten zu wollen, die Postmoderne als Ganzes sei unredlich, erinnert an die Methode, an Hand von MLPD-Texten den Blödsinn aller Marxismen nachweisen zu wollen.

Ernsthafte postmoderne Arbeiten, auch die Werke Paul Feyerabends, der diesen Begriff prägte, haben mit einem "Anything goes" nichts zu tun. Die Arbeiten eines Lyotard, Derrida, Deleuze und Foucault bewegen sich zumeist auf höchstem theoretischen Niveau. So schreibt Thomas Assheuer : "Derrida, unendlich skrupulös gegenüber jedem Wort, möchte verstanden werden, (...) in all seinen Sprachgesten, allem Zögern, dem unaussprechlichen Zweifel gegen scheinbare Klarheit und einfache Lösungen. Die Korrespondenz (...) wird zu einer Lektion in Genauigkeit." (Zeit, 5.3.98)

Auch der Vorwurf des Irrationalismus trifft die postmoderne Theorie nicht. Derrida oder Lyotard geht es nicht darum, die Vernunft zu überwinden oder hinter sich zu lassen. Die Postmoderne will keine neue Epoche begründen. Deshalb lehnt Derrida für sich den Begriff "Postmoderner" ab. Denn wer fortdauernd "post-ers" klebt, so Derrida, der sortiert nach Entwicklungsepochen im Sinne einer Fortschrittsideologie. Derrida geht es um den Abbau vermeintlicher Gewissheiten. Mit ihm verbindet sich der Name Dekonstruktion. Dabei betont er immer wieder, dass Dekonstruktion nicht einfach destruktiver Abbau ist, sondern immer zugleich eine Rekonstruktion.

Konservative, unpolitische Postmoderne?

Jede Dekonstruktion führt zu einem neuen Werk und einer neuen Konstellation von Sinn. Die Postmoderne will also nicht im Sinne Hegels die Positionen der Moderne überwinden bzw. aufheben; dies würde tatsächlich zu Irrationalismus führen. Ihr geht es vielmehr darum, den "Verwindungen" (Heidegger/Vattimo) der Vernunft nachzuspüren, der Tatsache etwa, dass die Vernunft selbst keinen rationalen Grund hat, da die Vernunft sich selbst wiederum nicht vernünftig begründen lässt. Dieses Befragen der Vernunft auf ihre Leerstellen und Verwindungen bedeutet für Derrida "ganz und gar nicht ein Verwerfen der Vernunft, sondern im Gegenteil in großem Maße eine Verantwortlichkeit des Philosophen vor der Vernunft."

Viele Fragestellungen greifen die Postmodernen von Nietzsche auf. Nietzsche übte eine Fundamentalkritik an den Vorstellungen und Leitbildern der Moderne. Seine Kritik mündete in den Ausruf "Gott ist tot". Damit meinte er natürlich nicht nur die landläufigen Gottesvorstellungen, sondern auch alle sonstigen Ganzheits- und Ursprungsmythen der Moderne. Nietzsche wird deshalb zum entscheidenden Stichwortgeber der Postmodernen. Alle bisherigen Vorstellungen von objektiver Wahrheit, Rationalität und geschichtlichem Fortschritt wurden von ihm zertrümmert. Von Habermas wurde in seiner "Theorie des kommunikativen Handelns" der Versuch unternommen, diese verloren gegangene Einheit neu zu begründen. Allerdings ist dies auch für ihn nicht mehr möglich im Rückgriff auf eine scheinbar objektive Wahrheit oder Vernunft. Sondern Wahrheit oder Vernunft lassen sich nur noch intersubjektiv begründen, indem jemand für eine Behauptung

Geltungsansprüche einem Anderen gegenüber erhebt. Diese können in einem herrschaftsfreien Diskurs begründet und überprüft werden. Der Habermas'sche Diskurs, der sich fundamental vom Diskursbegriff eines Foucault unterscheidet, zeichnet sich durch den gleichberechtigten Zugang und die Chancengleichheit all seiner Teilnehmer aus. Habermas konstruiert somit eine ideale Sprechsituation, die auf die Erreichung eines rational motivierten Einverständnisses abzielt, das auf Grund des "eigentümlich zwanglosen Zwangs des besseren Arguments im Diskurs" zu Stande kommt. Die Theorie von Habermas bildet die zentrale Grundlage aller harmonisierenden Zivilgesellschaftstheorien. Gegen dieses Konsens-Ideal bringen die Postmodernen ihre Argumente ins Spiel. Sie zeigen auf, dass das Anliegen von Habermas, alle divergenten Sprachspiele in einem Meta-Sprachspiel, dem Diskurs, aufzulösen, eine Illusion ist. Sie verweisen darauf, dass es unterschiedliche Sprechorte gibt, die unvereinbar sind und deren Sprachspiele nicht im Konsens gelöst werden können. Lyotard: "Man hat nicht die mindeste Versöhnung zwischen Sprachspielen zu erwarten." Die Unvereinbarkeit der Diskurse verdeutlicht Lyotard am Beispiel des Auschwitz-Leugners Faurisson. Seine diskursiven Positionen sind dermaßen hermetisch abgeschlossen, dass sie sich nicht durch die besseren Argumente widerlegen lassen, sondern nur dadurch, dass man die Struktur seines diskursiven Systems aufzeigt.

Vorwürfe gegenüber der Postmoderne

In einer Zeit des "zivilgesellschaftlichen Totalitarismus" (J. Hirsch) öffnet die Postmoderne auf jeden Fall Freiräume für den Widerspruch, die Ränder und das Viele; gegen den Konsens des Einen. Dies verbürgen viele Postmoderne durch ihre politische Praxis. Ganz im Gegensatz zum Vorwurf, sie seien Jungkonservative, haben sich fast alle Postmodernen in emanzipatorischen Bewegungen engagiert. Derrida etwa setzte sich für die Charta 77 ein, kämpfte gegen das Apartheidsystem in Südafrika und für die "sans papiers" in Frankreich. Er wendet sich gegen Neoliberalismus und Monetarismus, warnt vor neuen etatistischen Hoffnungen, hofft auf eine neue Internationale und bezeichnet sich selbst als "entschiedenen Linken". Man kann ihn als Vertreter einer nachutopischen Linken bezeichnen. Er versucht "den Alibis und all den angeblichen und realistischen und pragmatischen Abdankungen" der neuen Mitte zu widerstehen. Gegenüber der Utopie betont er "die Dringlichkeit des Augenblicks, hier und jetzt, in diesen einzigartigen Situationen." Ähnliches ließe sich auch von anderen postmodernen Philosophen berichten.

Schließlich sei auch noch darauf verwiesen, dass auch das postmoderne Plädoyer für Pluralismus und Differenz seine Verwindungen hat. Etwa dann, wenn heute Rassismus differenzialistisch im Namen der Pluralität der Kulturen auftritt. Doch auch dieses Problems waren sich die Postmodernen bewusst.

ef.

Derrida zwischen Philosophie und Politik

1930, Geburt am 15.7. in El Biar nahe Algier

1942, Derrida wird als Jude vom Besuch der weiterführenden Schule ausgeschlossen

1952-1954, Bekanntschaft mit Althusser und Foucault. Auseinandersetzung mit der Phänomenologie Husserls

1967, Derrida veröffentlicht eine Reihe wichtiger Schriften,, u.a. "Die Stimme und das Phänomen",, "Die Schrift und die Differenz",, "Grammatologie".

1979, Die "Generalstände der Philosophie" werden unter Derridas Mitwirkung an der Sorbonne abgehalten.

1981, Derrida setzt sich für verfolgte tschechische Intellektuelle ein. Er wird verhaftet und nach internationalen Protesten ausgewiesen.

1983, Derrida veröffentlicht den Text "Für Nelson Mandela".

1992, Derrida greift in die Diskussion um das Berliner Holocaust-Museum auf Seiten des Architekten Peter Eisenmann ein.

1993, Derrida schreibt "Marx' Gespenster".

42. Word Up! Die CD "Zigaretten Rauchen": Heimorgelmarxismus und Irritations-Drum & Bass

Autor: Raul Zelik · Rubrik: Kultur; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak443/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:443:20

Lese-CDs sind im Trend. Schrecklich. Wenn man Verlagsprogramme aufschlägt, glaubt man, es gäbe nichts anderes mehr: Alexa von Stuckrad-Leberts, die aus ihren gesammelten Lebenswerken rezitieren. Schnarchiges Zeug von 17-25-jährigen für Hausfrauen, Analphabeten, BravoAllegra-Fuzzies und vertrottelte Nerds. Nur Drogen müssen vorkommen. Das ist die Hauptsache! Doch deswegen das ganze Medium zu verdammen, ist natürlich Unsinn. Genauer betrachtet ist Lese-CD nicht gleich Lese-CD, vor allem dann nicht, wenn es zwar um Worte, aber nicht um Texte geht.

Den Satz oder vielmehr Halbsatz (immerhin fehlt da ein Prädikat): "Zigaretten Rauchen - die ultimative CD des Jahres" wollte ich eigentlich schon 1999 schreiben. Die Platte, um die es hier geht, ist nämlich etwas älter, aber mir sind alle möglichen Dinge dazwischen gekommen, die jetzt nichts zur Sache tun. So gesehen ist Zigaretten Rauchen auch nicht mehr die "ultimative CD des Jahres" (was sowieso ein seltsames Urteil wäre, wenn man wie ich nicht einmal eine Stereo-Anlage besitzt und höchstens 10 CDs im Jahr hört), sondern nur eine Platte, die mir immer besser gefällt.

Zigaretten Rauchen, das bei dem Berliner Nicht-ganz-leicht-zu-verstehende-Bücher-Label b-books vertrieben wird, ist ein interessantes Projekt. Es ist eine Art Diskurs-Musik auf der Grundlage elektrischer Garagen-Sounds oder eines Heimorgelmarxismus aus der Negri-Schule mit Irritations-Drum&Bass auf Chart-Kurs. Dabei wurden bekannte Jazz-Themen gesamplet - die ich allerdings nicht erkannt habe.

So besingen (oder sollte man "besprechen" sagen?) Zigaretten Rauchen zu bekannten Musikbausteinen zentrale Fragen unserer Zeit: postfordistische Büroraumorganisierung, immaterielle Arbeit, Personalabbau, Emotionalität von Hausarbeit und Galeriegeschwätz.

"Irgendwie sitzen wir jetzt in so einer Art Kreis, und können uns im Prinzip immer beobachten. Das finde ich auch schön, weil das nicht so anonym ist, und man kann Freunde bekommen in der Firma", erklärt uns ein freundlicher Österreicher und: "Ich bin ein Monolyth und distanziert zur Ebene." Dazwischen stehen kleine Balladen gegen "die Arschlochwelt" oder vertonte Grußadressen: "Hallo kleine Häuser".

Das hört sich ein bisschen wahllos an, hat aber Programm: Diskursfragmente werden auseinander genommen und neu zusammen gesetzt, was manchmal ironisch, manchmal aufklärerisch, aber immer irritierend wirkt. Auch musikalisch verfolgen Zigaretten Rauchen ein sympathisches Konzept: In Anbetracht dessen, dass immaterielle Arbeit die Möglichkeit zur Auflösung von Besitzverhältnissen zumindest in sich trägt, haben Martin Elmer, Klaus Weber und Nicolas Siepen zusammen gesamplet, was ihnen so unter die Finger kam. Die ganze Idee erinnert an die Theaterstücke Rene Polleschs über Heidi Ho! (in einer b-books Neuerscheinung ebenfalls nachgedruckt), die auf ähnlich diffuse Weise neue Arbeitsverhältnisse - zum Beispiel Telearbeit und die Emotionalisierung der Arbeit - thematisieren: schwierige Referate, die in ihrer Form bürgerlicher Effizienz-Logik verhaftet bleiben. Die Diskurse werden durch Überdrehung zertrümmert.

Dass der Garagen-Schlager "Männer sind Penner", den Zigaretten Rauchen mit ein paar Teenie-Gören aus dem Bekanntenkreis aufgenommen haben, einige Zeit in den Charts war ("Unser Deal mit der Arschlochwelt!"), ist eine nette Rand-Anekdote, die uns wieder einmal vorführt, wie wahnsinnig ambivalent alles ist.

Raul Zelik

CD Zigaretten Rauchen, b-books, Berlin 1999, 24 DM

Author : Renate Mö ller

Creation date: 10-30-2000-

Modification date: 10-30-190-/

43. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak443/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:443:11

Italien im Wandel

Bei dem immer mal wieder diskutierten Thema "Wohin steuert Italien?" geht den Kommentatoren der internationalen Presse manches Mal die Fantasie durch. Mal war es die "kommunistische Gefahr", dann die (angebliche) Allmacht der Mafia, schließlich eine durch den "Korruptionsschock" ausgelöste "Revolution", die einer neuen "Zweiten Republik" die Tore geöffnet hätte. Teile der Linken wollten 1994, nach dem Wahlsieg Berlusconis und seiner neofaschistischen Bündnispartner, gar einen neuen Faschismus entdeckt haben. Nun, da die Revanche der Rechten kurz bevor zu stehen scheint, kann ein Rückblick auf die turbulenten Jahre seit 1989 nicht schaden. Das von Luigi Vittorio Graf Ferraris, Günter Trautmann und Hartmut Ullrich herausgegebene Buch "Italien auf dem Weg zur ‚zweiten Republik`?" ist schon 1995 erschienen; die dort versammelten Beiträge stammen von so namhaften Autoren, dass die Lektüre schon deshalb spannend ist, weil sich die Frage aufdrängt: Sollten die sich etwa über den Fortgang der Dinge getäuscht haben? Im Großen und Ganzen nicht. Dass eine Revolution nicht stattgefunden hat und von einer "Zweiten Republik" daher keine Rede sein kann, sieht auch der erzkonservative Graf Ferraris, zwischen 1980 und 1988, also noch zu Zeiten der christdemokratisch dominierten "Ersten Republik", italienischer Botschafter in der BRD. Problematisch ist sein Lamento, in Italien fehle zwischen dem linken und dem rechten Lager eine handlungsfähige Mitte. Die meisten Beiträge sind weniger ideologisch ausgerichtet, vielmehr bieten sie eine Fülle von Fakten zu einer Reihe wichtiger Einzelfragen. Es geht u.a. um die Vorgeschichte der Krise von 1992, die neuen Parteien, den Unternehmerverband Confindustria und die Gewerkschaften, um regionale Besonderheiten und um die Ergebnisse der Wahlen und Referenden 1994/95. Im Schlusskapitel "Trends und Perspektiven" begründet Günter Trautmann seine Hoffnung auf wirksame Verfassungsreformen; dass daraus bis heute nichts geworden ist, findet der Rezensent eher positiv: Alle einschlägigen Vorschläge zielten und zielen - unter dem Stichwort der "Regierbarkeit" - auf eine Stärkung der Exekutive.

Luigi Vittorio Graf Ferraris/Günter Trautmann/Hartmut Ullrich: Italien auf dem Weg zur "Zweiten Republik"? Die politische Entwicklung Italiens seit 1992; Peter Lang Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt am Main, 1995; 455 Seiten, 98 DM

Die neue Bundeswehr

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie hat wieder eine seiner nützlichen Bürger- und Bürgerinnen-Informationen heraus gegeben - wie immer zu einem brandaktuellen Thema: Es geht um die Reform der Bundeswehr, die zur Interventionsarmee umgerüstet werden soll. ak-LeserInnen ist das Thema aus dieser und der vorigen Ausgabe bekannt, so dass hier auf eine Inhaltsangabe verzichtet werden kann. Das handliche Heftchen ist eine Agitationsschrift im besten Sinne, mit der auch Menschen, die für gewöhnlich nicht zu den KonsumentInnen politischer Zeitschriften gehören, angesprochen werden können. Vorausgesetzt, das Heft wird wirklich massenhaft auch außerhalb der linken Szene angeboten. Also: Bestellen, verteilen, diskutieren! Denn die Bundeswehrreform "geht uns alle an", wie die HerausgeberInnen mit dem mittlerweile ungewohnten (aber nicht unsympathischen) Pathos der friedensbewegten 80er Jahre schreiben.

Bürger- und Bürgerinnen-Information: Die Neue Bundeswehr. Umrüstung zur Angriffsfähigkeit; Herausgeber und Bestelladresse: Komitee für Grundrechte und Demokratie, Aquinostr. 7-11, 50670 Köln, Tel. 0221/9726930. 10 Exemplare 10 DM, 25 Exemplare 20 DM; 100 Exemplare 50 DM. Nur gegen Vorauszahlung: Bargeld, Scheck oder Briefmarken

Einebnung der Kritischen Theorie

Am Beispiel der Tagung "Hannah Arendt und Theodor W. Adorno. Das Jahrhundert verstehen", die an der Oldenburger Universität stattfand, zeigen die Autoren einer vom AStA herausgegebenen Broschüre auf, wie die beiden Exponenten der kritischen Wissenschaft für die Zivilgesellschaftsdebatte, den Menschenrechtsinterventionismus und sogar für die Historisierung der Shoah benutzt werden. So nahm die US-Wissenschaftlerin Dagmar Barnouw in ihrem Referat positiv Bezug auf Martin Walsers Paulskirchenrede, in der er eine Historisierung des Holocaust forderte. Walsers Kontrahenten Ignatz Bubis hingegen warf sie vor, er habe die "de facto Heiligsprechung des gesamten Komplex Holocaust" betrieben, um sich und der "Gruppe,

die er vertrat ... eine machtpolitisch höchst vorteilhafte Position" zu sichern. Wieso solche Töne ausgerechnet auf einer Adorno und Arendt gewidmeten Tagung laut werden können, fragen sich die VerfasserInnen der Broschüre. Die Antworten sind nicht einhellig. Während Klaus Thörner und Cordula Behrens-Naddaf die Aktualität der Analysen von Arendt und Adorno für die Reformulierung einer radikalen Gesellschaftskritik in den Mittelpunkt stellen, zeigen Lars Rensmann und Gerhard Scheit auf, dass sich in den Schriften der beiden Kritischen Theoretiker sehr wohl Textstellen finden, die Zivilgesellschafter und Totalitarismus-Theoretiker für ihre Interpretation nutzen können. Scheit zitiert Textstellen aus Arendts Grundlagenwerk "Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft", in denen sie eine totale Gleichsetzung von Stalinismus und Faschismus vornimmt. Auch bei Adorno finden sich durchaus Textstellen, auf die sich die Zivilgesellschaftler stützen können. Trotzdem legen die VerfasserInnen der Broschüre überzeugend dar, dass es in den Schriften beider Denker einen Fundus von Denkansätzen gibt, die rechten Totalitarismustheoretikern nicht überlassen werden sollten. Thörners Fazit ist umstandslos zuzustimmen: "Wer - wie die wissenschaftliche Arendt-Industrie in Dresden und Oldenburg - von Antisemitismus, Rassismus, Flüchtlingspolitik..... nicht reden will, sollte von Hannah Arendt schweigen."

AStA der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg (Hrsg.): Im Hause des Henkers vom Strick geredet - Zur Unvereinbarkeit der Analysen von Arendt und Adorno mit der wissenschaftlichen just-in-time-production der Berliner Republik; Bestelladresse: Alhambra, c/o Gruppe 42, Hermansstr. 83, 26135 Oldenburg; 99 Seiten, 5 DM

Postkoloniale Kritik

Das aktuelle Sonderheft der Zeitschrift alaska beschäftigt sich mit Rassismus und Feminismus im Kontext postkolonialer Theorie. Viele dieser Artikel sind Übersetzungen und Erstveröffentlichungen. Anspruch der HerausgeberInnen ist es, die antirassistische Praxis, die sich in den letzten zehn Jahren ausgeweitet habe, theoretisch zu unterfüttern. Katharina Walgenbach und Ruth Frankenberg führen ein in die Debatte um "Whiteness", die bislang vorwiegend eine US-amerikanische Diskussion ist, obwohl, wie Walgenbach zeigt, auch für Deutschland die Modelle von Männlichkeiten und Weiblichkeiten geprägt sind von der kolonialen Vergangenheit und von der neokolonialen Gegenwart. Die Beiträge von Shahidah Janjua, Desiree Lewis und Patricia McFadden sind Kritiken zum Verhältnis von nationaler Befreiung und Patriarchat, insbesondere in den Ländern Irland und Südafrika. Auch den AutorInnen Laura A. Harris, Raimi Gbadamosi und Paul Gilroy geht es um die Kritik an einem schwarzen Nationalismus bzw. einer Identitätspolitik, die es sich zu einfach macht. Curtis Price, Mike Davis und Angela Davis befassen sich dagegen mit der materiellen Realität schwarzer und lateinamerikanischer Communities. Hier zeigt sich, dass der Bezug auf amerikanische Verhältnisse immer noch sehr stark ist. Eine Ausnahme bildet u.a. das Interview mit Britta Schmidt von dem Projekt Jiskra. Thema ist die Situation von osteuropäischen Migrantinnen in Deutschland. Der lesenswerte Reader befasst sich aber auch mit den Grenzen postkolonialer Ansätze. Robert Young wirft am Ende entsprechende Fragen auf: Überbetont das postkoloniale Schreiben die kulturellen Folgen von Migration und Entwurzelung? Kann die Geschichtsschreibung postkolonialer TheoretikerInnen den Anspruch auf "objektives Wissen" erheben? Und an wen richtet sich das Sprechen, von wem wird erwartet zuzuhören und von wem zu antworten?

Verein für Internationalismus und Kommunikation (Hg.), alaska:materialien, set it off - Rassismus, Feminismus und Postkolonialismus. Bremen, 2000; 71 Seiten, DM (Bezug über alaska, Tel. 0421/72034)

Große Freiheit - Kleine Freiheit

Nach dem Blättern im Papier eine Filmbesprechung: Kristina Konrad - selbst Pendlerin zwischen Berlin und Montevideo - lässt Inge Viett (Deutschland) und Maria Barhoum (Uruguay) Momente aus ihrem Leben erzählen, das geprägt war von Dumpfheit während Kindheit und Jugend, von Aufbruch und Rebellion, Exil und Gefängnis und vom Festhalten an Idealen. Wie diese heute umgesetzt werden können bleibt zwangsläufig offen. Maria Barhoum, 1940 in Uruguay als vierte Tochter armer Immigranten aus Syrien geboren, schließt sich den libertären Anarchisten der FAU an und muss nach dem Staatsstreich 1973 ins argentinische Exil und später nach Schweden auswandern. Nach dem Ende der Militärdiktatur kehrt Maria Barhoum mit ihrem Sohn nach Uruguay zurück. Inge Viett, 1944 in Norddeutschland geboren, wächst bei Pflegeeltern auf, jobbt in Hamburg und auf Sylt und schließt sich in Berlin der "Bewegung 2. Juni", später der RAF an. 1990 wird sie in der DDR verhaftet. 1998 treffen sich Barhoum und Viett auf Kuba; Barhoum wird Vietts Spanischlehrerin. Gemeinsam lauschen sie Castros Rede zum Thema "Vaterland ist Menschheit". Wer mag, kann ähnlich

glänzende Augen wie Maria Barhoum bekommen; andere werden von Castros Ausführungen eher peinlich berührt sein. Im Film setzen nicht die beiden ProtagonistInnen die kritischen Zwischentöne, sondern ihre GesprächspartnerInnen: Ralf Reinders und Ronald Fritzsch vom "2. Juni" oder Marias Schwester Celia.

Große Freiheit - Kleine Freiheit; BRD 1999/2000, Regie Kristina Konrad, 83 Minuten

Ab dem 25.10 im Kino Lichtblick, Kastanienallee in Berlin; ab dem 15.11. im 3001, Schanzenstraße in Hamburg

44. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak443/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:443:40

Datenjäger

und Börsengänger

Mit der Gentechnik soll in Zukunft viel Geld verdient werden. Doch bevor es so weit ist, müssen jede Menge Daten gesammelt und ausgewertet werden. Bereits vor zwei Jahren hatte die Firma deCODE Genetics mit der isländischen Bevölkerung vereinbart, ihre Gene in Datenbanken erfassen zu können. Weitere Regionen sollen folgen. Darüber berichtet der isländische Wissenschaftler Skúli Hgurdsson. Parallel dazu versucht die medizinische Genforschung mit großen Heilsversprechen die Embryonenforschung populär zu machen. Die Soziologin Uta Wegemann vom Gen-ethischen Netzwerk liefert Fakten.

Essen, 14. November, 20 Uhr, Körper Sprache Politik, Embryonenforschung im Aufwind und

28. November, 20 Uhr, Das Projekt Island, jeweils in der Zeche Carl,

Wilhelm-Nieswandt-Allee 100

Europa und

die Flüchtlinge

heißt eine Veranstaltung mit Helmut Dietrich, dem Mitbegründer der Berliner Forschungsgesellschaft Flucht und Migration, in der er u.a. der Frage nachgeht, welchen Stellenwert die EU-Flüchtlingspolitik für die Frage hat, ob Kriege geführt, Handelsabkommen geschlossen werden oder investiert wird. Die westeuropäische Staatswerdung ist eng mit einer vorverlegten Flüchtlingspolitik verbunden. Das will Dietrich auf der Veranstaltung des Kölner Appell gegen Rassismus und des dortigen Netzwerk Kein Mensch ist illegal begründen.

Köln, 27. Oktober, 20 Uhr, Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3

(Eintritt 5 DM, Arbeitslose etc.

Eintritt frei)

Die Probleme

der Türkei

untersucht Taner Akcam in einer Veranstaltung des Kölner Appell gegen Rassismus und des Netzwerk Kein Mensch ist illegal. Über die Rolle des Militärs, das Verhältnis von Staat und Religion und ethnisch-kulturelle Konflikte im angehenden EU-Partnerland Türkei wird es gehen in

Köln, 15. November, 20 Uhr, Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Melchiorstr.3 (Eintritt 5 DM, Arbeitslose etc. Eintritt frei)

Über die Lage

der Kurden

veranstaltet die Kurdologie-AG der Hamburger Universität ein Wochenendseminar. Nicht so sehr die Menschenrechtsverletzungen in den kurdischen Gebieten sollen hierbei behandelt werden. Vielmehr wird es um innerkurdische, regionale und überregionale Konflikte und über die geopolitischen Konflikte gehen, die dazu geführt haben, dass sich die kurdischen Bewegungen in einer Sackgasse befinden. Weitere Infos und Anmeldung unter Telefon 040-4302664 oder per Mail kurdolog@aol.com

Hamburg, 17.-19. November, Freitag 18-21 Uhr, Samstag 11-18 Uhr, Sonntag 11-13.30 Uhr, Hörsaal B im Philosophenturm der Universität Hamburg, Von Melle Park 6

Über die Grundrechte- Charta der EU

geht es auf einer Veranstaltung der Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit und der Ruhrkoordination kritischer GewerkschafterInnen. Marie-Oaule Connan vom belgischen Euromarsch will aufzeigen, dass die Grundrechte-Charta ihren Namen nicht verdient und darüber hinaus sogar erstrittene soziale Grundrechte bedroht. Im zweiten Teil der Veranstaltung geht es um die Charta der sozialen Bewegungen, die in den kommenden Monaten erarbeitet werden soll.

Bochum, 31. Oktober, 19 Uhr,

Soziokulturelles Zentrum, Bahnhof Langendreer

"Ohne Papiere"

Zur Situation illegalisierter Frauen informiert der Film Planeta Alemania (dogfilm). Anschließend wird es nicht nur weitere Informationen über die Lage der illegalisierten Frauen geben, sondern auch über Wege zur Selbsthilfe wird berichtet.

Berlin, 4.11., 18 Uhr, metrogab, Mariannenstraße 32, U-Kottbusser Tor, 2.HH, linker Aufgang, 4.OG, bei

Bedarf Auszug

Kill the agenda

Mit dem Rassismus in Zeiten eines Einwanderungsgesetzes setzen sich Kanak Attak und Gäste auseinander und suchen nach Perspektiven, wie jene Elemente zu stärken sind, die die Wirkungsweisen von Rassismus attackieren und Optionen jenseits rassistischer Zwänge erkämpfen.

Berlin, 19.11., 18 Uhr, metrogab, Mariannenstraße 32, U-Kottbusser Tor, 2.HH, linker Aufgang, 4.OG, bei

Bedarf Auszug

Über die Vertriebenenverbände

ihre Geschichte, Gegenwart und Zukunft diskutiert der Journalist und Buchautor Samuel Salzborn auf Einladung der Arbeitsstelle Neonazismus an der FH Düsseldorf und dem dortigen Antifa-Arbeitskreis.

Düsseldorf, 8.11., 19.30 Uhr, Buchhandlung BiBaBuZe, Aachener Str. 1, Eintritt frei.

"Die Leute von

der Hafenstraße"

sind Anlass einer Lesung. Carl-Heinz Mallet hat nämlich über die ein Buch geschrieben, das in der Edition Nautilus erschienen ist und in dem so viel drinsteht, dass es gleich für drei Veranstaltungen reicht.

Hamburg, 1.11., 19.30 Uhr, Buchhandlung Uta Selck, Langenhorner Markt 2a

6.11., 20 Uhr, Öffentliche Bücherhalle Trommelstraße

21.11., Hafenkrankenhaus (Uhrzeit unbekannt)

Spiel mir

das Lied vom Tod!

Zwar erst im Dezember wollen sich der BUKO, die Zeitschrift alaska, die Werkstatt 3 und das AKE Bildungswerk mit den Menschenrechten zwischen Krieg und Frieden auseinander setzen, aber hinweisen wollen wir schon jetzt auf das für ein Wochenende ausgelegte Seminar. In mehreren Themenblöcken sollen die Grenzen, Möglichkeiten und Probleme des Begriffs der Menschenrechte intensiv diskutiert werden. Behandelt wird u.a. die Entstehung und Entwicklung des Begriffes, ebenso wie das Verhältnis der Linken zu den Menschenrechten. Und wer abends nicht weiter quasseln will, kann sich auch Filme anschauen, darunter u.a. Queimada mit Marlon Brando. Anmeldung über AKE Bildungswerk, Burgstr. 1, 32602 Vlotho, Tel.: 05733-95737, Mail: akebw@aol.com. Das Seminar kostet 120 DM bzw. 80 DM (Sonderkonditionen erfragen). Die Fahrtkosten werden allen TeilnehmerInnen erstattet.

Bielefeld, 8.-10.12., Beginn ab Freitag, 17.30 Uhr, Jugendgästehaus

45. Ein Preisausschreiben

CD-Datei: daten/aksuche/ak443/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:443:42

Endlich. Nun machen auch wir mal wieder ein schönes Preisausschreiben. Ja, wirklich. Und es gibt auch was zu gewinnen. Also, worum geht's?

Immer wieder quält sich unsere Anzeigen- und Kreativabteilung verzweifelt, aber engagiert mit der Entwicklung einprägsamer, künstlerisch wertvoller und vor allem natürlich extrem wirkungsvoller Werbeanzeigen. Was ihr häufig in befreundeten Zeitungen, auf Postkarten oder sonstwo erblickt, was viel zu häufig winzig klein die Stärken und Qualitäten dieser großartigen Zeitung auf den Punkt zu bringen versucht, erfordert immens viel Arbeit und Geduld und übersteigt ohne weiteres gern den Aufwand für viele mit Artikeln gepflasterte Seiten. Und immer wieder raufen sich die AnzeigenredakteurInnen die Haare, um die entscheidenden drei oder vier Worte für die zentrale Headline zu finden. Und davon haben wir nun die Faxen dicke. Und deswegen haben wir ein Preisausschreiben erfunden. Eure Aufgabe: Schickt uns kleine, aber prägnante Parolen, Sätzchen, Reime oder wie immer wir das nun nennen wollen, die für die Werbung von ak einsetzbar wären. Sätze, die ak auf den Punkt bringen, die die Identität dieser Zeitung ausdrücken, die sich positiv, eindringlich und charmant in die Wahrnehmung möglicher LeserInnen einschleichen und zu einem hemmungslosen Kaufrausch führen. Sätzchen, die einschmeicheln und provozierend einladen. Die ironisch, aber herzlich daher kommen. Oder drei, vier Worte, die derart Mitleid erzeugen, dass die Jahresabobestellungen nur so fluppen. Kurz und bündig. Spritzig und peppig.

Und euer Einsatz und Einfallsreichtum wird natürlich belohnt. Nicht nur, dass die besten Werbezeilen umgehend in unsere Anzeigenkampagnen einfließen werden und euch schon allein dadurch Ruhm zuteil werden wird. Die drei besten Werbesprüche werden wir mit jeweils einer ak.Archiv-CD-Rom belohnen. Darauf findet ihr die kompletten ak-Jahrgänge seit 1993 bis einschließlich Oktober 1999. Also jede Menge Material, um sich zu zahlreichen Themen ordentlich mit Hintergrundwissen auszustatten (mit dem man natürlich exzellent vor FreundInnen angeben kann).

Also: Schreibt eure Ideen für ak-Werbesprüche auf eine Postkarte und schickt sie an die Redaktion. Einsendeschluss ist der 14. November. Die GewinnerInnen und die besten Sprüche werden wir natürlich auch in der nächsten Ausgabe vorstellen. Und diesen Satz liebe ich: Der Rechtsweg ist ausgeschlossen!

Wer für derartig anspruchsvolle kreative Aufgaben nicht die Muße findet oder wem sonst nichts einfällt: Abonniert doch einfach mal ak - analyse und kritik. Denn regelmäßiges Studieren dieser Zeitung sorgt nicht nur für jede Menge politische Erregung im Kopf und vielleicht auch beim Klassenfeind. Nein, obendrein bekommt ihr auch für ein Jahresabo eine ak.Archiv-CD geschenkt. Das Jahresabo kostet euch zwar 90 DM (Förderabo ab 150 DM, Sozialabo 60 DM), dafür habt ihr aber auch das Datenmaterial, das nach eifrigem Studium zum Angeben mit enormem Hintergrundwissen vor den FreundInnen befähigt. Das ist doch toll! Und solltet ihr daran nicht interessiert sein, bieten wir alternativ zur CD-ROM diese kleinen Papierdinger, die noch ganz ohne Strom funktionieren und um die sich derzeit alles in Frankfurt dreht. Auf der Rückseite dieser Ausgabe seht ihr, was ihr auswählen könnt.

DSe

Per Postkarte, Fax, Mail oder per Telefon melden bei: ak-redaktion, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg, Tel.: 040-40170174, Fax: 040-40170175 oder Mail: ak-redaktion@cl-hh.comlink.de

46. Postmoderne Philosophie

CD-Datei: daten/aksuche/ak443/post.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:443:post

Poststrukturalismus, Dekonstruktivismus, différance, Theodizeefrage sind Begrifflichkeiten, die in unserem Dossier behandelt werden. Der Beweis soll erbracht werden, dass es sich beim "Dekonstruktivismusö nicht um eine ideologische Gesundheitsgefährdung oder Schlimmeres handelt. Viel zum Erkenntnisgewinn beigetragen haben die französischen postmodernen Philosophen, namentlich Jacques Derrida. Drei AutorInnen haben für ak in die Tasten gehauen, um der LeserInnenschaft zentrale Gedankengänge postmoderner Philosophie näher zu bringen. Diskutiert werden Fragen des Verhältnisses zwischen dem Einen und dem Vielen, und am Beispiel des Kosovo-Krieges wird das Verhältnis der Linken zu Recht, Gesetz und Gerechtigkeit erörtert. Die Aktualität des "kommunistischen Versprechens" spielt dabei ebenso eine Rolle wie die Anerkennung der différance.
Unser Dossier

auf den Seiten 31-34